

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

NEUE FOLGE

Nr. 10



Antiimperialismus in den 80er Jahren

AUTONOMIE

10/82 **DM 8.-**

Impressum

Verantwortlich: F. Borris
Verlag: AUTONOMIE e.V.

Anschrift des Verlags und der Redaktion:
Thadenstr. 130a
D- 2000 Hamburg 50
Telefon: 040/43 000 70
Konto: PschA Hmb. AUTONOMIE e.V. 421258-201

Druck: Druckerei St. Pauli
Simon von Utrecht-Str. 85a
2000 Hamburg 4
Telefon: 040/31 01 54

Vertrieb an Buchhandlungen in Westdeutschland:
PROLIT-Buchvertrieb
Postfach 66 / Daubringer Str. 32
6304 Lollar
Telefon: 06406/51 27

Das Abo für die AUTONOMIE kostet 28,00 DM.
Jedes Heft ist im Abo eine Mark billiger als im
Laden. Wir liefern solange, bis das Guthaben
aufgebraucht ist.

Probeabo AUTONOMIE
Heft 1-3 und Sonderheft Nr.2 zusammen im Paket
für 21,00DM incl. Versand.

Bestellungen an die Redaktionsanschrift
Vorauszahlungen auf das Postscheckkonto Hamburg
AUTONOMIE e.V. 421258-201

Die Neuzusammensetzung der Unterklassen in den drei Kontinenten

VORBEMERKUNG

Die Zeiten, in denen „Imperialismusanalysen“ ihr Publikum gefunden haben, sind längst vorbei. Sie haben sich auch meist mit der Frage auseinandergesetzt, wie sich das Kapital auf Weltebene reproduziert, und dann messerscharf geschlossen, daß das ganze eine riesige Schweinerei ist. Aber um das zu wissen, brauchen wir keine Analysen.

Wir brauchen auch keine genaueren Beschreibungen des Elends, des Hungers, der Schlächtereien und Bestialitäten. Das Grauen können wir in Farbe in der Glotze sehen. Indessen kommt auch diese Studie nicht umhin, einige Blutspuren des Kapitals zu verfolgen – allein aus der Notwendigkeit, mehr von denen zu wissen, von denen dieses Blut stammt.

Genausowenig geht es um die Aufzählung verschiedener Befreiungsbewegungen, an deren Stärke oder Schwäche sich ablesen ließe, wie gut oder wie schlecht es um den antiimperialistischen Kampf bestellt sei – um die Solidarität mit diesem oder jenem Befreiungskampf und die enttäuschte Abkehr, wenn deren Kampf in Stagnation umgeschlagen ist oder sich die siegreiche Elite einer Bewegung als nur ein neues Regime entpuppt. Mit den „Imperialismusanalysen“ haben wir auch jene Form von „internationaler Solidarität“ fahren lassen, die vom Glauben an propagandistische Programme oder von diffusen marxistisch-leninistischen Gemeinsamkeiten lebte.

Und es geht uns auch nicht um die Teilnahme an einer intellektuellen Diskussion über die sozialen Formationen im jüngsten Stadium des Imperialismus. Darüber ist viel Kluges geschrieben worden – aber mögen die Sozialforscher und die künftigen Krisenmanager unter sich bleiben. Für uns geht es nur darum, ihre Erkenntnisse nach ihrem Gebrauchswert für eine sozialrevolutionäre Bewegung zu befragen.

Was den Iran betrifft, haben wir uns schon in mehreren Hefen bemüht, Verbindungslinien zwischen der dortigen Revolution und unseren metropoliten Kämpfen zu ziehen. Verbindungslinien, die hinausgingen über die Solidarität mit dem Kampf gegen eine mörderische Despotie und die auch nicht stehen blieben bei der Analyse der Folgen dieser Revolution hinsichtlich der militärischen Eskalation in Mitteleuropa, sondern die darauf hinauslaufen, den vom Imperialismus erzeugten Ungleichzeitigkeiten von Entwicklung und Unterentwicklung, Boom und Krise, Lohn und Hunger tendenziell eine neue Gleichzeitigkeit entgegenzusetzen: die Gleichzeitigkeit des Kampfes der Unterklassen in den drei Kontinenten und in den Metropolen. Nicht die Gleichzeitigkeit linker Bewegungen also, sondern die Gleichzeitigkeit sozialrevolutionärer Kämpfe für den Umsturz des imperialistischen Weltregimes. Keine Angst vor großen Worten, lange genug haben wir es nicht mehr gewagt, über den eigenen Tellerrand hinauszusehen, haben uns mit kleinen Dingen verzettelt, um dem Gefühl der Ohnmacht auszuweichen, das sich leicht einstellt, wenn man die Ungheuerlichkeiten unserer Zeit zu nah an sich her-

anläßt. Schon beim Schreiben stellt sich so leicht Verzweiflung und Resignation ein, und wir haben auch einige Autonomiehefte mehr mit Verzweiflung als mit kämpferischem Elan geschrieben. Und dennoch müssen wir das ganze Ausmaß des Schrecklichen kennen; Lohn der Angst wird nur neue Angst sein, und die Augen zu verschließen, das hat uns in den 70er Jahren zur Bedeutungslosigkeit verurteilt – in den 80er Jahren wird es unser physischer Untergang sein. Uns führt kein Weg daran vorbei, aus unserer Verzweiflung Kraft zu ziehen, Kraft, die sich nicht mit Halbheiten zufriedengeben kann, die Kraft derer, die am Abgrund stehen – und das wird uns verbinden mit der Kraft derer, „die nichts mehr zu verlieren haben als ihre Ketten“, deren Verzweiflung umschlägt zum revolutionären Kampf.

Wie gehabt wird den Lesern im folgenden einiges zugemutet: es soll versucht werden, den Begriff der Massenarmut für die drei Kontinente zu präzisieren – natürlich handelt es sich dabei um Menschen und ihre Kämpfe, um ihre Unterwerfung und ihre Insurrektion. Es geht nicht um begriffliche Klärungen und auch nicht nur darum, die westliche Brille abzunehmen, um die trikontinentalen Unterklassen aus ihrer eigenen Tradition zu verstehen. Das allein wäre freilich schon viel wert und ist sicher nur in groben Umrissen gelungen. Aber es wäre nicht genug: wir stehen heute vor einer Epoche, die unsere Kämpfe in den Metropolen den Kämpfen der Unterklassen in den drei Kontinenten so nah bringen wird wie nie zuvor. Die Spielräume und Leerstellen, in denen wir uns bislang über Wasser gehalten haben, werden dichtgemacht. Wir selbst werden zu einem Segment in der Ausbeutungshierarchie des multinationalen Kapitals – zu einem Segment, das in seiner Verarmung, dem Zwang zur Arbeit, der sozialtechnischen Regulierung den Kapitalinteressen unterworfen wird in ganz ähnlicher Weise wie die Armen auf der Südhalbkugel der Erde. Freilich wird hier die Schraube sehr dosiert zugekehrt, und es wäre vordergründig frivol, Hunger und Vernichtung in den drei Kontinenten mit der Situation bei uns hier vergleichen zu wollen. Aber es ist ganz eindeutig, daß die Akteure des multinationalen Kapitals in ihrer weltweiten Konzeption Armutszonen im Süden und im Norden der Welt stabilisieren wollen, sich die Arbeitskraft aus diesen Zonen jenseits der rechtlichen und lohnvermittelnden Beziehungen, jenseits kompensatorischer Konsumversprechen und der staatlichen Wohlfahrt neu einverleiben wollen. Auch in den Metropolen entsteht eine neue Massenarmut – anders als in den drei Kontinenten besteht sie nicht aus den in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten mobilisierten Landflüchtigen, sondern aus den Kindern der Massenarbeiter und Arbeitsemigranten, aus ausgestoßenen Hochlohnarbeitern und abgebrochenen Studenten, aus vagabundierenden Jugendlichen und Ausländercommunities.

Die folgende Studie soll ein Beitrag zur Standortbestimmung sein. In einem kommenden Heft werden wir uns mit der eigenen Situation – „Arbeit in den 80er Jahren“ – ausführlich auseinandersetzen. Dies hier ist dazu eine Vorarbeit; vielleicht sehen wir manches bei uns mit anderen Augen, wenn wir die Massenarmut zunächst von der anderen Seite her, von den drei Kontinenten her, aufzurollen beginnen; wenn wir unser Augenmerk nicht allein auf die Blutspuren, auf die Vernichtung und den Verschleiß durch Arbeit, Hunger und Krieg richten, sondern zugleich auch auf das Wissen von Recht auf Existenz und Würde, das sich jenseits aller staatlichen Projekte auf jahrhundertalte Traditionen beruft – auf dieses Wissen, das die Unterlassen der drei Kontinente noch viel mehr macht als die Angriffe gegen sie. Uns dämmert, daß diese Armen, die in ihrem täglichen Kampf ums Überleben so viel schlechter dastehen als wir, uns doch dieses Wissen voraushaben – unsere Vorfahren haben mit dem gleichen Wissen Revolutionen gemacht; uns ist es durch die Maschinerie des Kapitals ausgetrieben worden. Uns dies zurückzuerobern, das Existenzrecht jenseits des Kapitals und des Staats, das wird für uns, der aus der sozialen Maschinerie des Kapitals ausgespuckten Generation, deren Arbeitskraft jenseits der Normen der letzten Jahrzehnte verwertet werden soll, zum Überlebensproblem. Aber wir werden dieses Existenzrecht von der anderen Seite her entwickeln: nicht als kärgliche Sicherung der Subsistenz, sondern als Anspruch auf den gesamten gesellschaftlichen Reichtum, für den die Generationen vor uns – in den drei Kontinenten und hier – arbeiten mußten.

Wenn wir dies nicht in der unmittelbar kommenden Zeit tun, kann es schon in wenigen Jahren dafür zu spät sein. Aus dem Krisenzyklus der 70er Jahre bewegen wir uns immer schneller in eine Situation hinein, in der das Kapital hier in den Metropolen eine neue Massenarmut aus seiner Sicht schafft – eine unentlohnte Klasse, gegängelt und kontrolliert durch Daten-systeme, polizeiliche Gesellschaftshygiene und Zwangsarbeit, während es in den drei Kontinenten auf einen Zyklus von Nord-Süd-Kriegen zusteuert, mit dem es seine Konzeption von trikontinentaler Arbeitskraft, Industriedisziplin und Hunger durchzusetzen versuchen wird und mit dem es zugleich die kommenden Aufstandsbewegungen durch die „Lösung des Problems der Überbevölkerung“ zerschlagen wird – durch die geographische Vernichtung von Menschen in einem Ausmaß, das die Schrecken dieses Jahrhunderts wie ein bescheidenes Vorspiel erscheinen lassen könnte.

Um die Entwicklung dieses Krisenzyklus der 70er Jahre, der uns an seinem Ende vor die Entscheidung stellt, eine neue Dimension des Angriffs voranzutreiben oder uns die kommenden 10 Jahre dem Kapital und seinem Vernichtungswillen zu überlassen, soll es im ersten Abschnitt dieser Arbeit gehen: **Die Krise der 70er Jahre gegen die Unterlassen der drei Kontinente.** Diese Krise ist nicht durch eine „freiwillige“ Entscheidung des Kapitals produziert worden; sie wurde hervorgerufen durch eine multinationale Offensive der Unterlassen, durch die Homogenisierung ihrer Einkommensforderungen in vielfältiger Gestalt: als Guerilla, in Bauernaufständen, als Lohnforderung der städtischen Arbeiterklasse und des städtischen Mobs und zugleich durch einen Kampfzyklus in den Metropolen, der zu Beginn der 70er Jahre sämtliche Metropolstaaten umfaßte.

Das Kapital, das seit dem Ende der 50er Jahre eine „Entwicklungsdekade“ für die drei Kontinente konzipiert hatte – die Kombination von Industrialisierung, Bevölkerungsplanung zur Zubereitung billiger Arbeitsmärkte und Counterinsurgency –, fand sich in einer Klemme wieder: die Arbeitsunlust und mangelnde Industriedisziplin auf der einen und die relativ hohen Einkommensforderungen der spätkolonialen städtischen Arbeiterklasse in den drei Kontinenten auf der anderen Seite hatte es durch die Grüne Revolution, durch die Kapitalisierung des Agrarsektors und die Mobilisierung der ländlichen Massen aufbrechen wollen. Aber nun, am Ende der 60er Jahre, stellten diese Massen Einkommensforderungen – die Forderung nach Überleben –, sie waren „mobilisiert, aber nicht modernisiert“, sie wollten leben, aber nicht als Industrieglabe.

Die Reaktion des multinationalen Kapitals auf diesen Kampfzyklus war der Krisenzyklus der 70er Jahre: die Nahrungsmittelkrise von 1971 ff, das Ende des Währungssystems von Bretton Woods, die Politik des Hungers statt des Lohns; dann die Vertiefung der Krise 1973 mit der „Energiekrise“ und der weltweiten „Stagflation“ – der Übergang zu einer Politik, die den trikontinentalen Unterlassen, mit wenigen Ausnahmen, keinen „Fortschritt“ mehr anbot, sondern Armut und Arbeitszwang. Am Ende des letzten Krisenjahrzehnts stehen diese Unterlassen, so oder so, vor ihrem „letzten Gefecht“: ihrer Überlebensgrundlagen beraubt, bleibt ihnen nur die Perspektive von Aufständen und Hungerunruhen. Und diese verzweifelten Kämpfe werden in den 80er Jahren vom Kapital in einer geostrategischen Vernichtungswelle erstickt werden, wenn das Kapital nicht auch an seinem zweiten Standbein, in den Metropolen, gleichzeitig angegriffen wird.

Im zweiten Teil dieser Arbeit geht es dann um die **Reproduktion der Armut**, um Reproduktion in doppeltem Sinn: zum einen entdeckt das Kapital in den 70er Jahren die Arbeitskraft der Armen neu, für die Weltmarktfabriken und die Zuliefererkitschen der Slums, und es entwickelt, unter Federführung der Weltbank, der Stiftungen der US-Multis und der internationalen Arbeitsorganisation, eine soziale Konzeption für die drei Kontinente, mit der diese Armut als Quelle für tributäre Arbeitskraft erhalten werden soll: eine Konzeption der Industriearbeit ohne Arbeiterklasse, der Armutsarbeit ohne Lohn. Aber für uns ist die zweite Seite der Reproduktion der Armut interessanter: eben daß damit auch das Existenzrecht der Unterlassen in den drei Kontinenten, die „moralische Ökonomie“ der vorkapitalistischen Lebenszusammenhänge, lebendig gehalten wird und sich in den Armutszonen der Städte neu zusammensetzt. Wir müssen diesen Zusammenhang kennen, um die Konfrontationslinien der 80er Jahre zu verstehen und auch von den Metropolen her einen Angriff zu entwickeln, der der vom Kapital geschaffenen Ungleichzeitigkeit auf Welt-ebene die Gleichzeitigkeit der metropolitanen und der trikontinentalen Massenarmut entgegensetzt.

Hoffentlich hat diese Studie, deren Zusammenstellung doch einige Mühe gekostet hat, für die, die sich nun da hindurch-mühen werden, in diesem Sinne einen Gebrauchswert.

1. Die Krise der 70er Jahre

Die Krise der »Entwicklungsdekade«

Kriegsziel der USA im Zweiten Weltkrieg war es gewesen, durch eine „integrierte Politik zur Erlangung militärischer und ökonomischer Vorherrschaft der USA“ jede Form des „informellen Imperialismus“, den sie bisher gegen die latein-amerikanischen Staaten aufrechterhalten hatten – einen Imperialismus ohne formelles Kolonialreich –, auf die „Wirtschaftsgroßräume“ Südasiens – und später Europa – auszudehnen. Die USA „müßten sich eine Menge Dinge, Gummi, Zinn und so weiter, da unten in Holländisch Ostindien, der Malakka-Straße und Indochina holen“, sagte Roosevelt 1941 und betrieb damit eine Politik, die in den „War and Peace-Studies“ des amerikanischen „Council of Foreign Relations“ vorformuliert worden war.

Das kürzlich auf deutsch erschienene Buch von Shoup und Minter enthält ausführliche Hinweise zur US-Kriegsziel- und Nachkriegspolitik. Während es gegenüber den Drei Kontinenten in erster Linie um die Sicherung der internationalen Rohstoffmärkte ging, zielte die Politik gegenüber den industrialisierten Zentren Westeuropa und Japan vor allem darauf, den amerikanischen Kriegsboom durch Erschließung von Auslandsmärkten zu verlängern. „Die amerikanische Schwerindustrie kann so lange nicht prosperieren, wie nicht die ganze Welt ihr Markt ist“, hieß es, „die amerikanische Schwerindustrie aber ist das Rückgrat der Konsumgüterindustrie. Diese beiden Industrien sind die Grundlage der Vollbeschäftigung.“ In Verlängerung der Einkünfte aus dem Waffen-Leasing während des Kriegs wollte man nun „Kaufkraft auch außerhalb des Landes schaffen, die dann durch Exporte in Kaufkraft auf dem (amerikanischen) Binnenmarkt verwandelt werden kann“ – deshalb die Wiederaufbauhilfen des Marshall-Plans, die die industrialisierte westliche Welt in das keynesianistische Konzept der Vollbeschäftigung einbezogen. „Aus all dem wurde 1944 in Bretton Woods eine internationale Konferenz zur Errichtung eines Währungsfonds und einer Weltbank, deren Zweck die Integration des erweiterten Großraums war, letztlich aber eine Weltwirtschaft unter der Herrschaft der USA“.

Zur Absicherung der „Wirtschaftsgroßräume“ mußten diese in die Politik des „Containment“ gegen Rußland einbezogen werden; die Truman-Doktrin formulierte das Ziel der amerikanischen „Weltinnenpolitik“ vor allem zur antikommunistischen Beherrschung der drei Kontinente. Aber die USA konnten das Erbe der alten Kolonialmächte nicht antreten, indem sie sich einfach an deren Stelle setzten: das hätte nicht nur zu Konflikten mit den europäischen Kolonialstaaten geführt; vor allem waren die antikolonialen Befreiungsbewegungen so stark geworden, daß sich der US-Imperialismus nicht von vornherein mit ihnen konfrontieren wollte. In der Truman-Doktrin stand deshalb neben der militärischen Intervention auch die politische Entwicklungshilfe, die auch den Entwicklungsländern eine Politik des wirtschaftlichen Wachstums avisierte: als erstes für Südkorea und Taiwan.

Tatsächlich wurde aber in den 50er Jahren soweit als möglich die alte kolonialistische Politik fortgesetzt: die Ausbeutung von Rohstoffen und kolonialen Monokulturen durch Migrations- und Zwangsarbeit. Für die fernere Zukunft aber schienen die Entwicklungsmöglichkeiten für diese Länder nahezu unbegrenzt. 1953 schrieb W.A. Lewis seinen berühmten Auf-

satz „Economic Development with Unlimited Supplies of Labour“, in dem dargestellt wurde, daß man aus den agrarischen Gebieten, die mit unproduktiver Subsistenzproduktion bewirtschaftet wurden und die bislang die Migrations- und Zwangsarbeiter für die kolonialen Bergwerke und Plantagen geliefert hatten, beliebig viele Arbeitskräfte abziehen könne, ohne daß die landwirtschaftliche Produktion darunter leiden würde. Man müsse nur einen Lohn zahlen, der um 30-50% über dem traditionellen Subsistenzinkommen läge und könne dann den produktiven Sektor der neuen Fabriken so lange ohne jede Lohnerhöhung ausweiten, bis die „versteckte Arbeitslosigkeit“ des agrarischen Sektors beseitigt wäre – und dies würde erst in unbestimmter Zukunft der Fall sein.

Aber es zeigte sich sehr schnell, daß diese Entwicklungsperspektive eine Rechnung ohne den Wirt gewesen war. Die Arbeitswissenschaft entdeckte den „target-worker“, der mitnichten seine agrarische Existenz aufgab, um ein 30-50% höher bezahlter Industriearbeiter zu werden, sondern der die industrielle Beschäftigung allenfalls als zeitweiligen Zuverdienst begriff. Als Beispiel sei P. de Brier angeführt, der 1955 schrieb: „Es wird einhellig festgestellt, daß die Leistung unqualifizierter afrikanischer Arbeitskräfte in fast allen Unternehmen äußerst niedrig ist (etwa ein Drittel des Optimums)“ – sie arbeiteten gerade so viel, daß es zum Überleben reichte, und de Brier stellt die Frage, warum die Afrikaner auf ihren Bauernhöfen so schwer arbeiten würden, aber dies nicht für Lohn täten? „Oft wurde über den afrikanischen Arbeiter gesagt, daß Lohn für ihn kein Antrieb sei und daß das Ergebnis höherer Löhne eher eine geringere als eine höhere Arbeitsleistung sei. Das ist sicher so nicht richtig. Was aber stimmt, ist, daß viele Afrikaner, die in ihren Dörfern Felder zu bestellen oder Vieh zu hüten haben, nach Lohnarbeit nur suchen, um ein bißchen Extra-Geld zu verdienen, um die Steuern zu zahlen oder einen bestimmten Gegenstand zu kaufen. Wenn an ihrem Arbeitsplatz der Lohn erhöht wird und sie den nötigen Betrag schneller zusammenhaben, dann sehen sie keinen Sinn mehr in der Arbeit und schlafen ab oder verlassen den Betrieb. . . Wie die Dinge liegen, liegt der Hauptantrieb darin, in den Städten schnell Geld zu verdienen, um dann zum ländlichen Leben zurückzukehren. Das Ziel, die Qualifikation zu erhöhen und sich fest der städtischen Industrie zuzuwenden, kann sich nicht entwickeln, wenn die heimatlichen Boote nicht verbrannt sind; aber ich bin überzeugt, daß, wenn diese Boote einmal verbrannt sind und der Antrieb richtig orientiert ist, daß diese Leute dann genauso und auch so produktiv arbeiten werden wie andere Menschen auch.“

„Bis in die 50er Jahre hinein“, schrieb E. Senghaas-Knobloch (1979), „war ein Großteil der Überlegungen, die sich auf die Nutzung der Arbeitskraft in nicht-metropolitanen Gebieten bezogen, auf das ‚koloniale Paradox‘ gerichtet: ‚Arbeitskräfteknappheit inmitten eines offensichtlichen Arbeitskräfteüberschusses‘, wie Myrdal (Asian Drama, Harmondsworth 1968) es vor allem in Hinblick auf Südostasien formulierte.“ „Da bis in die 50er Jahre niemals erwogen wurde, ob ein ausreichender oder stetiger Zustrom von Arbeitskräften etwa durch höhere Löhne erreicht werden könnte, ... gab es ausgiebige akademische Diskussionen, die das Problem des Arbeits-

kräftemangels in der – rassistisch, klimatisch oder sonstwie begründeten – besonderen Mentalität der afrikanischen (oder asiatischen oder südamerikanischen) Menschen zu ergründen suchte.“ Ein Beispiel für eine solche Diskussion zeigen die Ausschnitte aus einer westdeutschen Konferenz über das „Arbeitsverhalten in Entwicklungsländern“, die im nebenstehenden Kasten dokumentiert werden. In diesen Diskussionen spielt – neben der mangelnden Produktivität – das Konzept vom „target-worker“ eine Rolle, des Arbeiters, der sich nur eine bestimmte Summe Geldes zusätzlich zu seiner Subsistenzproduktion verdienen wollte.

Dieses Konzept, das noch aus der kolonialistischen Ära stammte, beschrieb zwar ein reales Problem, war aber vor allem die ideologische Rechtfertigung dafür, niedrige Löhne zu zahlen. In den 40er und 50er Jahren hatte sich in vielen Städten der drei Kontinente sehr wohl eine kleine, von den agrarischen Bezügen abgelöste Arbeiterklasse gebildet – aber diese kleine Klasse hatte nur für ein neues Dilemma der Entwicklungspolitik gesorgt: denn sobald sich die Bauernarbeiter langfristig in den Städten niedergelassen und die Verbindungen zu ihren Heimatdörfern abgebrochen hatten, stellten sie Lohnforderungen, die deutlich über dem von Lewis berechneten Minimallohn lagen – zumal sie nun sich und ihre Familien vollständig von ihren Industrielöhnen ernähren mußten. „Die relativ statische Zahl der lohnabhängigen Erwerbstätigen geht mit steigenden Löhnen einher“, schreibt G. Arrighi (1970), „so stiegen die Löhne in Afrika zum Beispiel in den 50er Jahren im Durchschnitt offenbar um 7-8% jährlich. Im allgemeinen jagen die Löhne nicht nur den Preisen hinterher, sie laufen ihnen sogar davon, und dabei handelt es sich oft um einen Anstieg der Reallöhne, der beträchtlich rascher ist als das Wachstum des realen Sozialprodukts. Auch Turner bemerkt: ‚Offenbar ist es recht schwer, einen Fall zu finden, wo sich das allgemeine Niveau der Reallöhne in den letzten Jahren so verhalten hat, wie es in einer unterentwickelten Volkswirtschaft theoretisch sein müßte, d.h. wo die Löhne hinter anderen Einkommen und insbesondere hinter den Gewinnen hinterherhinken‘. Die wichtigsten Kennzeichen der Klasse der Lohnabhängigen sind also: die relativ statischen Erwerbstätigenzahlen und steigende Einkommen.“

Gegen jegliche Entwicklungskonzeption auf der Grundlage billiger Arbeitskraft tat sich eine Schere auf zwischen der Verweigerung der Bauernarbeiter, langfristig und beständig Industriearbeit zu leisten, auf der einen Seite und den steigenden Lohnforderungen der städtischen Industriearbeiter auf der anderen. Es war klar, daß man wirklich die „heimatlichen Boote verbrennen“ mußte, wenn man einen billigen industriellen Arbeitsmarkt in den unterentwickelten Ländern nachhaltig fördern wollte. Aber nicht nur aus diesem Grund war die politische Entwicklungshilfe der 50er Jahre wenig erfolgreich; noch wichtiger war, daß in den 50er Jahren eine Reihe antikolonialer und revolutionärer Bewegungen entstanden (Korea, Vietnam, Algerien, Kuba, die ländliche Guerilla in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten, die Bildung afrikanischer Nationalstaaten usw.), die zum Teil eine auf die städtische Arbeiterklasse und die Intelligenz gestützte Entwicklungskonzeption verfolgten, deshalb aber die Einkommensforderungen dieser Klassen auch politisch repräsentierten, und die zum Teil auch fanonistische antiimperialistische Züge trugen. Und zudem noch brachen am Ende der 50er Jahre die globalstrategischen Voraussetzungen des „Containment“ gegen die UdSSR zusammen, nachdem der Start des Sputnik gezeigt hatte, daß Rußland noch vor den USA in der Lage war, Interkontinentalraketen zu bauen: damit war zum ersten Mal das US-Territorium für einen russischen Gegenanschlag verwundbar geworden, und die UdSSR konnte nicht mehr durch die Drohung mit ihrer atomaren Vernichtung daran gehindert werden, Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten zu unterstützen.

» DAS ARBEITSVERHALTEN IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN «

Ausschnitte aus einem Kolloquium deutscher Arbeitssoziologen an der Bergakademie Clausthal, 1966.

„In den tropischen Tieflandgebieten der Andenländer kommt (den Indianern) die Natur durch üppiges Wachstum sehr entgegen. Da außerdem (die dortigen Indios) ... weder der Arbeit als solcher noch der Ansammlung von Reichtümern einen besonderen positiven Wert beimessen, ist es verständlich, daß in diesen Gebieten der Indio ‚gar nicht daran denkt, größere Anstrengungen zu machen, als für seinen gewohnten, bescheidenen Lebensunterhalt erforderlich ist‘. Diese Haltung wird dadurch verstärkt; daß bewirtschaftungsfähiges Land ausreichend vorhanden ist ...“

„Bei den emanzipierten Indianern, die hauptsächlich als Plantagen-, Industrie- und Bauarbeiter sowie als Hausangestellte beschäftigt werden, ergibt sich eine stärkere Vermischung von indianischen und iberischen Kulturelementen und damit eine größere Ambivalenz in ihrer Einstellung zur Arbeit. Über das Arbeitsverhalten der Cholos hört man deshalb auch die verschiedensten, sich oft widersprechenden Urteile. Zum Teil werden sie als geschickt und gelehrig dargestellt, zum Teil heißt es, man könne nie ordentliche Industriearbeiter aus ihnen machen ...“

„Charakteristisch ist in den Andenländern auch der in fast allen Entwicklungsländern zu beobachtende häufige Absentismus, der aus den fortbestehenden Bindungen an die eigene Sippe und deren familiäre und lokale Feste oder Erntezeiten, aus der jeweiligen Arbeitsmotivation und vermutlich aus einer fehlenden Anpassung an die neue Arbeitsumwelt zu erklären ist. Weiterhin ist teilweise eine starke Fluktuation der Arbeitskräfte zu beobachten. Am ausgeprägtesten ist sie vielleicht unter den Dienstboten, die oft von heute auf morgen ihre Stellung verlassen. Sehr stark macht sie sich im Küstengebiet Ecuadors unter den sogenannten Montuvios bemerkbar, wo die Plantagenarbeiter von einer Pflanzung zur anderen ziehen ...“

„Z.B. ist der Cholo – wie auch der Indio – im allgemeinen nicht gewillt, intensiv und sorgfältig zu arbeiten, wenn lediglich im Zeitlohn bezahlt wird. Der Geldlohn an sich ist bei den freiwillig Arbeit suchenden Menschen – mit gewissen Einschränkungen – durchaus ein Anreiz, der sich aber meist nur dann leistungssteigernd auswirkt, wenn Leistungslohn und nicht einfacher Zeitlohn gezahlt wird ...“

„Wie soll man es erklären, daß 10% einer Gruppe von Arbeitslosen in der Türkei auf die Frage: ‚Wie wurden Sie arbeitslos?‘ antworteten: ‚Ich gab meine Stelle auf, weil mir der Verdienst nicht reichte.‘ Und das, obwohl es in der Türkei keine Arbeitslosenunterstützung gibt!“

„Der größte Teil der Industriearbeiterschaft rekrutiert sich aus der verarmten Landbevölkerung, die oft in Scharen in die Städte abwandert und in dicken Trauben morgens vor den Fabrikatoren auf Arbeit wartet. Die Stadtbevölkerung hat dagegen weiterhin ihre kleine, selbständige Existenzgrundlage in einem kleinen Laden oder einer Werkstatt. Schon aus diesem Grund wird Industriearbeit oft als Abstiegstufe für in Not geratene Selbständige angesehen. Die Selbständigkeit bleibt weiterhin Ideal, und Industriearbeit wird je nach den Umständen als Mittel zur Wiedererlangung der Selbständigkeit angesehen oder resignierend als einzige bleibende Möglichkeit der Existenzsicherung.“

„Rein äußerlich fällt schon die großzügige Auslegung der Arbeitszeit auf. Nicht immer ist die im Betrieb verbrachte Zeit reine Arbeitszeit. Nicht selten kann man schon vormittags um 11 Uhr, drei Stunden nach Arbeitsbeginn, einen Arbeiter beim Ausruhen beobachten, und zwar nicht etwa nur in einer ausgedehnten Zigarettenpause, sondern schlafend auf einem Rasenstück vor dem Direktionsgebäude. In

der Regel hat er keine disziplinarischen Maßnahmen zu erwarten. In der Betriebsleitung weiß man, daß der Mann vielleicht nebenbei eine eigene Schusterwerkstatt betreibt, in der er bis nach Mitternacht arbeitet, daß er möglicherweise als Kellner tätig ist oder dem Bruder regelmäßig in der Landwirtschaft hilft. Die Fabrikarbeit ist nur die Dauer-sicherung seines Existenzminimums, nicht die ausschließliche Existenzgrundlage.“

„In (einem) türkischen Betrieb mußte an jedem dritten Arbeitsplatz die dritte Maschine stillgelegt werden, weil die Arbeiter meinten, bei mehr als zwei Maschinen seien sie am Schichtende zu müde. Trotzdem antwortete fast zwei Drittel einer Gruppe befragter Industriearbeiter auf die Frage nach der Urlaubsgestaltung, man ruhe sich aus.“

„Ein wichtiges Hindernis bei der Entwicklung eines industrieangemessenen Arbeitsverhaltens sind viele sozialpolitische Maßnahmen, die in der Türkei nach dem Muster westlicher Industrienationen kopiert werden und dem Arbeiter damit wahrscheinlich einen besseren Schutz bieten, als er etwa in den USA anzutreffen ist. Die noch nichtindustrielle Wertordnung läßt ihn den Schutz mißbrauchen zu risikolosem Bummelantentum, zur Unvorsichtigkeit mit Betriebseigentum u.ä.“

„Was hingegen das Zuspätkommen anbelangt, so erzählte mir eine meiner Interviewpersonen (in den sambischen Kupferminen): ‚Das schlimmste in den ersten Jahren war, daß die Werkspolizei nachts zwischen drei und vier Uhr kam und an alle Türen klopfte. Wenn keiner aufmachte, brachen sie die Tür ein. Sie weckten uns mit Rufem und Schlägen, ja mit Schlägen. Wir wurden alle aus dem Schlaf gerissen, gehetzt und zum Bergwerk begleitet. Dort warteten wir, bis wir einfuhren, gegen acht Uhr.‘ Die Erinnerung kann falsch sein, aber sie ist typisch. Sie spiegelt die Klagen von Firmenleitungen wider: Der Neger hat kein Zeitgefühl. Der Neger kann sich nie einrichten. Der Neger weiß nicht, was die Zeit wert ist.“

„Die Industrialisierung, die oft übergangslos von der Urwaldgemeinschaft zum hochmechanisierten, von Weißen geleiteten Betrieb führt, wird dort von der Bevölkerung enthusiastisch bejaht. Ein neues Bergwerksunternehmen in einem Urwaldstaat ist eine Attraktion. Die Menschen strömen in ganzen Sippen zu diesem Zentrum; viel stärker, als den Betrieben selbst erwünscht ist. Gleichsam mit Busch-trommeln pflanzte sich die Neuigkeit der Gründung von Eisenerzbetrieben in Liberia fort. Viele der so angelockten sind guten Willens, sich den neuen Bedingungen der Industriearbeit anzupassen; andere weniger. Wichtig ist die Dis-

ziplinierung der Menschen. Das fängt an mit der morgendlichen Sirene, die keinen Entschuldigungsgrund läßt für mangelnde Zeiteinhaltung. Weiter müssen meines Erachtens Anreize geschaffen werden ...“

„Ich meine, daß es in hochmechanisierten Großbetrieben mit scharfem Arbeitsrhythmus leicht ist, so etwas wie Betriebsgemeinschaft und Betriebstreue herbeizuführen. Und es kommt noch ein weiteres hinzu. Der Afrikaner ist es gewohnt, autoritär beherrscht zu werden. Der Häuptling ist ein beherrschendes autoritäres Element. Man kann feststellen, daß dort, wo eine Persönlichkeit als Häuptling wirkt, das Dorf auch entsprechend ordentlich ist. So wird es auch in den Betrieben sein.“

„Die Einzelkarriere ist für weite Gebiete Afrikas völlig unangemessen. Wer aus der Herkunftsgruppe wegen irgendeiner besonderen Fähigkeit herausragt, wird nämlich boykottiert. Ein Beispiel, das Ihnen etwa die Mentalität zeigt: ein Schweizer Unternehmer ... machte seinen Arbeitern einmal das Angebot, einer von ihnen solle Tischler werden. Nach einer einjährigen Ausbildung bekäme er dann einen höheren Lohn. Kein einziger von den mehr als hundert Versammelten hat sich gemeldet. Sie hatten miteinander ‚palavert‘ und sich untereinander abgestimmt. Der Schweizer versuchte, das Angebot mit Argumenten schmackhaft zu machen wie: ‚Derjenige, der mehr Geld bekommt, kann sich ein Fahrrad kaufen und damit in die Stadt fahren.‘ Typisch dann die Antwort: ‚Mit dem Fahrrad in die Stadt zu fahren ist ja gar nicht so gut, dann muß man ja hinterher wieder zurückfahren.‘ Der Einzelne traut sich also nicht, aus dem Kreis der egalitären Gruppe herauszutreten, und diese Situation ist in Afrika ungemein häufig anzutreffen.“

„Ich habe in Südafrika mehrfach versucht, die Lebenseinstellung südafrikanischer Bergarbeiter zu ergründen. Sie lief weitgehend darauf hinaus, so viel Geld wie möglich zu verdienen, um sich mehrere Frauen kaufen zu können, weil die Männer dann nichts mehr zu tun brauchten. Die Tatsache, daß der europäische Mann auch in seinem Heimatland einer Arbeit nachgeht, veranlaßte einen Eingeborenen mir gegenüber zu der Feststellung: ‚Die Europäer behaupten immer, sie hätten Kultur. Wo der Mann arbeiten muß, gibt es keine Kultur.‘ Das ist eine Anschauung, die vielleicht gar nicht mal so schlecht ist ...“

„Natürlich ist das Glück kein Kriterium des wirtschaftlichen Fortschritts, denn in der Wirtschaft gibt es keine Möglichkeit, Glück zu messen. Deswegen beschäftigt sich der moderne Nationalökonom auch nicht mit dem Glück.“

Gerade die am weitesten industrialisierten Länder in Lateinamerika und Asien waren zudem am Ende der 50er Jahre stark verschuldet; ihre Industrialisierungskonzeption („Importsubstitution“) war zwischen den Lohnforderungen der Arbeiter und den teuren Importen von Investitionsgütern aus den Industriestaaten stecken geblieben. Das Indien-Hilfsprogramm von 1958 oder die Gründung des EWG-Entwicklungsfonds im gleichen Jahr waren nur Tropfen auf einen heißen Stein, der um so heißer geworden war, als die UdSSR nach Stalins Tod damit begonnen hatte, diesen Ländern ihrerseits günstige Entwicklungskredite anzubieten.

Eine neue Strategie mußte deshalb gefunden werden, die gleichzeitig der Bauernguerilla wie den städtischen Arbeitern der drei Kontinente, den antiimperialistischen Bewegungen und der russischen Penetration das Wasser abgraben sollte. Diese Gründe führten zur Ausrufung der „Entwicklungsdekade“ für die unterentwickelten Länder, zur exzessiven Steigerung der amerikanischen Militärausgaben und zur Propagierung der „Grünen“ gegen die „Rote“ „Revolution“.

In den USA ist der Übergang zur „Entwicklungsdekade“, die 1961 von der UNO ausgerufen wurde, vom Machtantritt der

Kennedy-Administration und seines brain-trusts gekennzeichnet. Militärstrategisch handelte es sich um den Übergang zur „flexible response“, um das Programm, über eine gigantische Steigerung der Militärausgaben Kriege trotz des atomaren Patts unterhalb der atomaren Schwelle wieder führbar zu machen und von Rußland unterstützte Befreiungsbewegungen militärisch schlagen zu können. Entwicklungsstrategisch konzipierte man eine Kombination von Wachstum und Counterinsurgency; die „Amerikanische Lösung“ sollte wirtschaftliche Produktivitätssteigerungen durch einen gesteigerten Innovationszyklus, dadurch die Erhöhung auch der Arbeiter-einkommen, die Schaffung von Binnenmärkten, eine begrenzte Sozial- und vor allem eine Bevölkerungspolitik auch in den drei Kontinenten beinhalten – virtuell also eine Steigerung der Binnennachfrage auch in den unterentwickelten Ländern über eine Ausweitung der Masseneinkommen und deren Koppelung an Produktivitätszuwachs und Kapitalakkumulation.

Unter diesen Zeichen standen die Kredite zu „weicheren“ Konditionen, die die Weltbank seit 1960 über die IDA ausgab; unter diesen Zeichen – Entwicklung, Aufrüstung und Guerillabekämpfung – stand auch die „Allianz für den Fortschritt“

zwischen den USA und den lateinamerikanischen Staaten. H.R. Sonntag (1974) schreibt hierzu:

Die 60er Jahre standen „im Zeichen der Dialektik zwischen bewaffnetem Guerilla-Kampf und Teil- oder ‚Reflexmodernisierungen‘ durch die herrschenden Klassen. Es war nicht von vornherein abgemacht, welche Tendenz sich am Ende durchsetzen würde, obwohl die herrschenden Unterdrücker viel stärker schienen (und waren) als die Widerständler. Der Kampf zwischen beiden Trends verdeckte zudem den Blick darauf, daß sich unter der Hand eine neue Lage vorbereitete, die vom Wirken der multinationalen Unternehmen charakterisiert wird. Immerhin aber konnte seit der Errichtung der brasilianischen Militärdiktatur im Jahre 1964 – der ersten präventiven Konterrevolution in diesem Zeitraum – schon abgesehen werden, daß die Tendenz zur Erhaltung des status quo, zur Kontinuität des Systems kräftiger war“.

Die „bewaffneten Technokraten“ in Lateinamerika verfolgten eine Industrialisierungsstrategie, die, auch mit einer begrenzten Schaffung von Binnenmärkten, mit den Interessen der US-Multis zu Beginn der 60er Jahre durchaus konform ging. Denn diese waren vom „Rohstoff holen“ zu einer Orientierung auf Auslandsmärkte auch in den drei Kontinenten übergegangen. „Man ist hier in den USA auf einem gesättigten Markt“, so ein Mann der Colgate-Palmolive-Company 1964, „und im Ausland gibt es jedes Jahr Millionen Menschen, die in ihrer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ein Stadium erreichen, in dem sie Seife, Zahnpasta und andere Dinge, die wir verkaufen, kaufen können.“ Die US-Firmen machten im Auslandsgeschäft „doppelt so hohe Gewinne wie in den USA“, und sie hatten begonnen, über Niederlassungen auch in Entwicklungsländern die dortigen Märkte zu erobern.

Die Struktur des „ungleichen Tauschs“, die dieser Exportstrategie zugrunde liegt, ist vor allem von lateinamerikanischen Autoren beschrieben worden (A. Emmanuel, R.M. Marini, S. Amin). Billige Arbeitskraft war zu allen Zeiten die Grundlage für die ungleiche Entwicklung zwischen Metropolen und Peripherie. Billige Arbeitskräfte hatten in den Kolonien landwirtschaftliche Erzeugnisse produziert, die in die Kolonialstaaten exportiert worden waren. Auf diese Weise waren dort die Lebensmittelpreise gesenkt und die Ausbeutungsraten erhöht worden (durch niedrige Reproduktionskosten für die Arbeiterklasse). Billige Arbeitskraft in den Kolonien hatte Rohstoffe gefördert und damit zur Verwohlfeilerung des fixen Kapitals in den Kolonialstaaten – und damit zur Steigerung der Profitraten – beigetragen. Mit fortschreitender Industrialisierung hatte dann das Metropolenkapital durch Steigerung der Arbeitsproduktivität seine Produktionskosten gegenüber den Weltmarktpreisen gesenkt und diese Preise zugleich durch Produktionsmonopole hochgehalten: es hatte so einen beständigen Werttransfer aus den abhängigen Ländern in die Metropolen auch über den Kolonialismus hinaus gesichert. Die abhängige Kompradorenbourgeoisie in den peripheren Staaten hatte auf diesen Wertverlust immer wieder mit stärkerer Ausbeutung der dortigen Unterklassen reagiert – sie senkte die Arbeitslöhne über Zwangssysteme unter den Wert der Arbeitskraft –, produziert wurden nur Güter, die exportiert oder allein von den Oberschichten konsumiert wurden. Billige Arbeitskraft in den abhängigen Ländern war auch die Grundlage für den Zyklus des Kapitalexports, der sich in den 60er Jahren – vor allem aus den USA nach Lateinamerika – sprunghaft ausweitete. Das Metropolenkapital verlegte veraltete, arbeitsintensive Technologien – vom Stahlwerk bis zur Automontage – in diese Staaten. Auch diese Stufe der „Entwicklung“ basierte im wesentlichen auf einer vom Konsum ausgeschlossenen Arbeiterklasse, die sich außerhalb des Kapitalzyklus reproduzierte und über Mittel des außerökonomischen Zwangs zur Fabrikarbeit mobilisiert wurde – so, wie dies auch auf der jüngsten Stufe der Weltmarktproduktion der Fall ist.

Aber dennoch änderte sich die Struktur des „ungleichen Tausches“ in den 60er Jahren; nicht nur, weil Colgate-Palmolive Zahnpasta auch in Brasilien verkaufen wollte. Aufgrund des Kapitalexports entwickelten die US-Multis selbst ein direk-

tes Interesse an billigen Arbeitskräften in der Peripherie; an einem Arbeitsmarkt, der über den Bedarf der Minenindustrien und Bananenplantagen hinausging. Wenn Ford, GM oder VW Montagefabriken in diesen Ländern errichteten, dann integrierten sie die überausgebeuteten Arbeitskräfte direkt in ihre Ausbeutungskaskade. Sie begannen, die billige Arbeitskraft nicht mehr im System des Handels zwischen Nationalstaaten zu nutzen, sondern im System der transnationalen Wertschöpfung innerhalb eines Konzerns. Die Nationalgrenzen behielten ihren Sinn nur in der Aufrechterhaltung unterschiedlicher Lohnniveaus und unterschiedlicher Ausbeutungsraten. Sie wollten den Arbeiter in Sao Paulo drei Stunden für eine Zahnpasta arbeiten lassen, für deren Herstellung nur eine Arbeitszeit von wenigen Sekunden aufgewendet werden mußte – egal, ob in den Metropolen selbst oder in peripheren Niederlassungen. Aber zu diesem Zweck mußten sie eine begrenzte Steigerung des Konsums auch der Arbeiterklasse in den unterentwickelten Ländern einplanen: nur durch die Herauslösung der Arbeit-Kapital-Beziehung aus den vorkapitalistischen Zwangsbeziehungen schien der Weg frei, billige Arbeitskraft auch für Fabrikarbeit nutzbar zu machen und die Schere zwischen den hohen Löhnen der „Arbeiteraristokratien“ in den Städten und der Unbeständigkeit der „target-worker“ zu schließen. Hatten schon die US-Getreidelieferanten während der 50er Jahre in einigen Ländern den traditionellen Lebensmittelanbau zerstört (Food for Peace) und Binnenmärkte mit billiger, aber auf die cash-economy der Städte angewiesener Arbeitskraft schaffen sollen, so lag es nun – für eine kurze historische Etappe – im Interesse der Multis, eine arbeitswillige und begrenzt auch kauffähige Arbeiterklasse in einigen Regionen der drei Kontinente auf breiterer Ebene zu schaffen.

Vor allem diesem Ziel sollte die „Grüne Revolution“ dienen, das Kernstück der „Entwicklungsdekade“. Schon in den 50er Jahren hatten die Rockefeller- und die Ford-Foundation die mexikanische Getreideproduktion durch neue Getreidesorten und rationalisierte Anbautechnik deutlich gesteigert, auf den Philippinen waren neue Reissorten gezüchtet worden; nun stand der Export dieser Errungenschaften vor allem in die lateinamerikanischen und asiatischen Länder an. Tatsächlich konnten mit den neuen „Wundersorten“ die Erträge in einzelnen Gebieten gesteigert werden; die reicheren Bauern, die sich an diese Programme anschlossen, waren nicht mehr von den herbeigewanderten Saisonarbeitern abhängig, und die Landmaschinen- und Düngemittelindustrie verzeichnete höhere Erträge. Aber dennoch sollte sich das Scheitern der Entwicklungsdekade nirgends so deutlich zeigen wie gerade an der „Grünen Revolution“. Viel wichtiger als die agrarische output-Steigerung war ja die Regulierung der „versteckten Arbeitslosigkeit“ auf dem Lande, die Mobilisierung der Subsistenzbauern und Wanderarbeiter, deren Lebensgrundlagen durch die Technisierung der Kulakenbauern, die Zerstörung von Minifundien, durch neue Abhängigkeiten von Kreditvergaben zur Anschaffung des „Wundersaatguts“ und des Düngers zerstört wurde. Durch das, was de Brier „Verbrennen der heimatlichen Boote“ genannt hatte, durch ein breites „Bauernlegen“ hatte man den „Arbeiteraristokraten“ und den „target-workers“ gleichermaßen das Wasser abgraben wollen, aber sehr schnell mußte man erkennen, daß die Landflucht in praktisch allen Ländern der drei Kontinente lawinenartige Ausmaße annahm. Die Menschen in den städtischen Slums wurden von den Industriebetrieben nicht „absorbiert“, sondern vermehrten sich trotz Sterilisation und Vertreibung unkontrollierbar. Schon Mitte der 60er Jahre waren die Ergebnisse der „Grünen Revolution“ abzusehen: wildes Wachstum der Städte, weitere Land- und Einkommenskonzentration, Vertreibung der Kleinbauern und Kleinpächter, Verteuerung des Brotgetreides und Erhöhung der sozialen Spannungen.

Die „Grüne Revolution“ war als Mittel gegen ländliche und städtische Unruhen ins Feld geführt worden, aber sie erreichte das glatte Gegenteil: „Am Ende der 60er Jahre legte eine Reihe von Aufständen über die Welt, die die Grüne Revolution hatte stabilisieren sollen. Der zweite indochinesische Krieg war in vollem Gange, und es gab drei immer größere Aufstände in Thailand. In den Philippinen gab es neuerliche

Bauern- und Studentenbewegungen, während die naxalitische Revolte und Landbesetzungen Indiens erschütterten. Hinzu kamen zahlreiche ländliche und städtische Unruhen in vielen weiteren Gebieten Asiens, Afrikas, des Mittleren Ostens und Lateinamerikas. Und diese Revolten waren nicht isoliert voneinander: vielmehr bildeten sie einen neuen und massiven Zyklus der internationalen Arbeiterkämpfe, der die Ziele der „Entwicklungsdekade“ zerschlug und das Kapital in eine schwere Krise stürzte.“ (Cleaver)

Es war die Vielfalt und Gleichzeitigkeit dieses internationalen Kampfzyklus, die den Imperialismus zu einer neuen Krisenpolitik zwangen: In Argentinien folgte dem Pegeaut-Streik von 1968 eine Welle von Kämpfen bis 1973, die Wahlen in Chile 1970 standen für Landbesetzungen, Lohnforderungen in den Fabriken und den MIR gleichermaßen, in Indien, Thailand und den Philippinen steigerten sich Landunruhen und zugleich städtische Lohnkämpfe am Ende der 60er Jahre, in Sambia, Nigeria, Ghana radikalisierten sich die Gewerkschaftsbewegungen unter dem Druck der Lohnforderungen und wurden von „Juniorpartnern der Entwicklungseliten“ zu einer Bedrohung der Entwicklungskonzepte. Eine Welle von wilden Streiks erfaßte Anfang der 70er Jahre Südafrika. Namibia, Ghana, Tansania und Nigeria. Und auch diese Streiks wurden komplettiert durch städtische Aufstände im Sudan, in Congo-Brazzaville, Ghana, Nigeria, Biafra und Äthiopien ebenso wie durch die Bauernaufstände an der Elfenbeinküste und in den Malagassen 1970.

Was diesen internationalen Kampfzyklus auszeichnete, war das Nebeneinander von Guerilla auf dem Land und in den Städten, Bauernaufständen und städtischen Lohnforderungen in den drei Kontinenten, die sich mit den Einkommensforderungen der Slumbewohner verbanden. **Das Anschwellen der städtischen Slums verwischte den Trennungstrich zwischen Industriearbeiterschaft und Armutsbevölkerung, es verwischte den Trennungstrich zwischen ihren Kampfformen. Sie fanden sich nicht gemeinsam bei der Arbeit in der Fabrik, aber bei gemeinsamen Einkommensforderungen.**

„Die Kampfformen der Arbeiter in den jungen Nationalstaaten sind oft schlecht organisiert und nicht zielstrebig“, schreibt ein DDR-Historiker, „sie sind eher ein spontaner Ausdruck des Zorns, der sich gegen ein beliebiges Objekt richten könnte. So haben zum Beispiel die Eisenbahnarbeiter 1968 in Ghana, als sie gegen die schweren Arbeits- und Lebensbedingungen protestierten, mehrere Abschnitte des Gleisbettes und Lokomotiven zerstört. Das erinnert an die bekannte Ludditenbewegung in England zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Ähnliches kann man auch in anderen Ländern Afrikas und Asiens antreffen.“

Die Kämpfe, die einem Staatsmarxisten nicht ins Konzept paßten, bildeten einen internationalen Kampfzyklus, dem sich der Imperialismus zu Beginn der 70er Jahre weltweit gegenüber sah. Addieren wir zu den Unruhen in den drei Kontinenten noch den Pariser Mai, die japanischen Frühjahrunruhen, die amerikanischen Ghettoaufstände oder den polnischen Aufstand von 1970, so haben wir einen Eindruck von seinem Ausmaß. Der Indochinakrieg war der am deutlichsten sichtbare Kumulationspunkt dieser Auseinandersetzungen, und der Rückzug der USA aus Vietnam markierte das Ende der US-Entwicklungskonzeption für die drei Kontinente: ein wachsender Anteil der US-Militär-, Nahrungsmittel- und Wirtschaftshilfe war allein auf Indochina konzentriert worden, ohne daß der Bauernwiderstand vernichtet und ein abhängiges Regime hatte gehalten werden können.

Die „Entwicklungsdekade“ hatte eine „Revolution der Erwartungen“ ausgelöst, die die vom Land vertriebenen Massen und das ältere Segment der städtischen Arbeiter verband und die verfaulte Kompradorenregimes und moderne Entwicklungseliten gleichermaßen in eine Krise brachte. Statt Arbeitskraft hatte die „Grüne Revolution“ eine Konsum- und Einkommensnachfrage mobilisiert, die mit keiner Konzeption zu

befriedigen war. Das multinationale Kapital mußte lernen, daß eine unbegrenzte „Unterbeschäftigung“ nicht auch die unbegrenzte Macht zur Senkung der Lohnkosten bedeutete, weil die auf dem Land mobilisierten Massen in der Stadt nicht ein bleiches Leben als Industrieklaven erwarteten, sondern in erster Linie die Befriedigung ihrer Einkommensbedürfnisse.

M. Montano schreibt: „Die Krise ist dem Kapital *aufgezwungen* durch die parallelen, gleichzeitigen und zunehmenden Lohnkämpfe der Entlohten und Unentlohten auf internationaler Ebene. Das ist mit ‚internationale politische Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse‘ gemeint. Durch die massive internationale Zirkulation des Lohnkampfes in den sechziger Jahren hat die Arbeiterklasse das unsichere Bindeglied zwischen Löhnen und Produktivität zerstört und tief in die Profitspannen eingeschnitten, wodurch sie die Wurzeln des kapitalistischen Kommandos als *Kommando über Arbeit* erschütterte. Die Macht des Kapitals, Arbeitsleistung zu erzwingen, hat sich verringert, und die Macht der Arbeiterklasse, weniger zu erarbeiten, hat zugenommen.

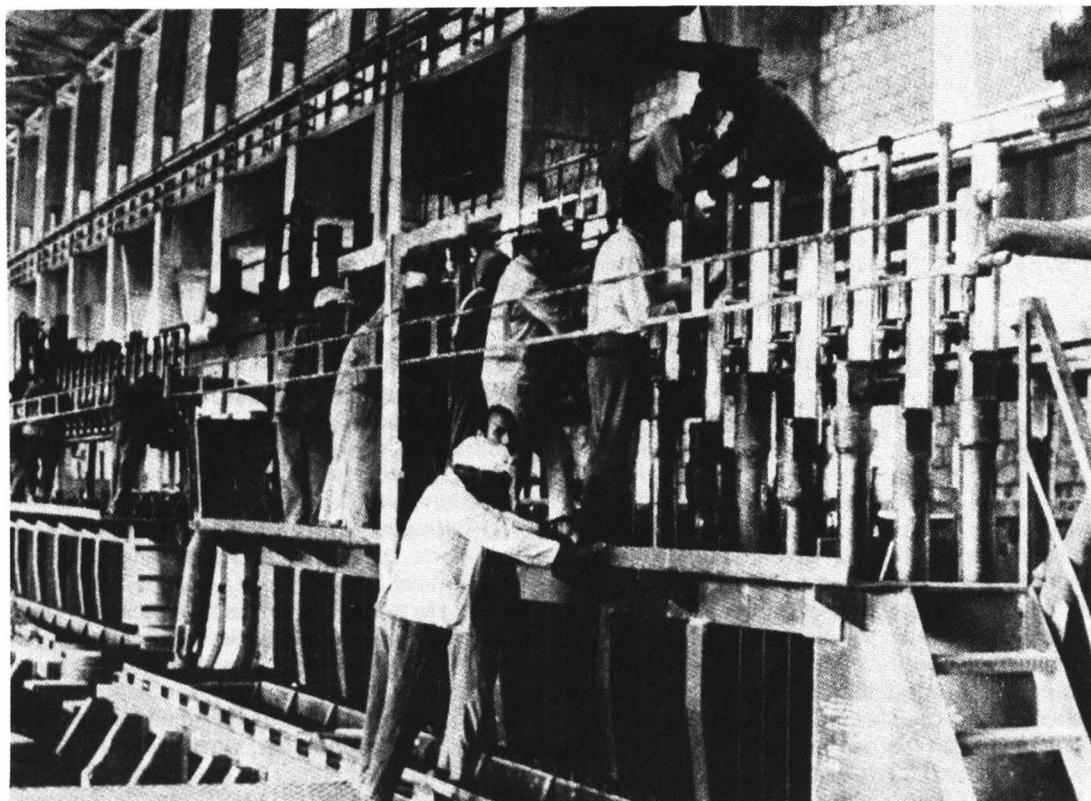
Diese Kämpfe für mehr Geld und weniger Arbeit, die Zurückweisung von Einkommenspolitik, der Absentismus, die verringerte soziale Produktivität, Sabotage, die Kämpfe für Sozialfürsorge und die städtischen Insurrektionen waren autonome Kämpfe, vorangetrieben durch die direkte Initiative der an ihnen Beteiligten, und zwar entweder mittels politischer Organisationen, soweit diese – Regierungsstellen, Gewerkschaften, ‚Arbeiterparteien‘ – benutzt werden konnten, oder mittels neuer organisatorischer Lösungen. *Überall war diese Lohnoffensive produktiv durch ihre Selbstorganisation*, unter Einbeziehung direkter Massenaktion, des politischen Gebrauchs von Massengewalt, und die gezielte Organisation des bewaffneten Kampfs in der Gemeinde gegen die Fabrik und den Staat. Überall haben sich die gleichen politischen Eigenschaften des Lohnkampfes entwickelt: im fortgeschrittenen England, im rückständigen Portugal, im abhängigen Argentinien, im reformistischen Chile und im sozialistischen China. Zur gleichen Zeit, wo die entlohnte Arbeiterklasse die ‚Vollbeschäftigung‘, den Antifaschismus, Peron, Allende und die Große Proletarische Kulturrevolution für die Lohninitiative benutzt hat, haben die unentlohten Arbeitermassen weltweit ihren Druck verstärkt und die Eröffnung völlig neuer Lohnfronten erzwungen. Die immense Forderung nach Einkommen seitens der Unentlohten hat lokales Wachstum und Pläne für die ökonomische Entwicklung in Libyen, Algerien, Iran, Venezuela, Indonesien und Nigeria hervorgebracht. Jahrzehnte nationaler Befreiungskämpfe haben in jener Sphäre, die einmal ‚Dritte Welt‘ hieß, eine explosive unentlohnte, unzufriedene und unkontrollierte Klassenforderung erzeugt. International wie in seinen Ausgangsbasen ist das Kapital zugleich auf beiden Seiten mit Entwicklung und Unterentwicklung, mit den Entlohten und Nichtentlohten, konfrontiert worden. Verbunden mit dem expliziten Angriff auf das kapitalistische Kommando läßt die Kulmination des Lohnkampfes dem Kapital keine andere Wahl, als die Krise anzunehmen und zu versuchen, sie auf die Arbeiterklasse zurückschlagen zu lassen.“

Diese Annahme der Krise durch das Kapital, gegen die Einkommensforderungen der Unterklassen, führte direkt zur „Krise der Entwicklungshilfe“, wie sie etwa der „Pearson-Bericht“ der Weltbank 1969 ausrief. Der Imperialismus der 70er Jahre dachte nicht mehr in Kategorien von „Binnennachfrage“ und „Entwicklung“, sondern in denen von Hunger, Vernichtung durch Arbeit und Genocid: Arbeit für die „Grundbedürfnisse“, für das nackte Überleben. Die Bedeutung der „Krise der Entwicklungshilfe“ lag, entgegen den zahllosen Vorschlägen zu ihrer Lösung, gerade darin, daß sie nicht ge-

löst, sondern vertieft wurde. Und zugleich übernahmen in der Krise neue Akteure die Regie in der Politik von Entwicklung und Unterentwicklung:

„In den Entwicklungsländern erfordert die ‚Krise der Entwicklungshilfe‘ – mit der sich die Weltbankkommission unter Lester Pearson beschäftigte – einen neuen und positiven Blick auf das, was die multinationalen Konzerne zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung beitragen können, und darauf, daß private Direktinvestitionen ein wichtiges Element für den Entwicklungsprozeß sind. ... 1969 war klar, daß die offizielle Entwicklungshilfe abnehmen würde, sogar den absoluten Zah-

len nach, und daß das Schwergewicht zunehmend auf Vorzugs-Handelsabkommen und auf private Auslandsinvestitionen gelegt werden würde. Deshalb war es nötig, den Rahmen für Direktinvestitionen multinationaler Unternehmen neu zu überdenken ...“ (H.J. Johnson, 1975). – Das multinationale Kapital organisierte ein Krisenszenario der Ungleichzeitigkeit, der neuen Bestimmung von „Entwicklung“ und „Unterentwicklung“, der beständigen Bedrohung auch der entwickelten Räume in den drei Kontinenten mit Stagnation und Hunger, es organisierte den endgültigen Abschied von der „Entwicklungsdekade“.



»Food Power« und die Konzeption der Triage

Der internationale Kampfzyklus am Ende der 60er Jahre hatte auch den US-Staat in die Krise getrieben. Alarmzeichen war das Außenhandelsdefizit von 1971: die Stabilität des Dollar und mit dieser die Stabilität der gesamten westlichen Weltwirtschaft bröckelte.

„Viele der wirtschaftlichen Probleme, denen wir heute gegenüberstehen, (erwachsen) aus der vielfältigen Verantwortung, die die Vereinigten Staaten als Hauptmacht der nichtkommunistischen Welt in Übersee übernommen haben“, hieß es in einem Bericht an Präsident Nixon: die teure Militärtechnologie war nicht in der Lage gewesen, die Weltinnenpolitik gegen die Unterklassen der drei Kontinente in Form der „Amerikanischen Lösung“, der „Entwicklungsdekade“, durchzusetzen. Der Vietnamkrieg hatte das Faß zum Überlaufen gebracht.

Aber die Schwäche des Dollar hatte tiefere Gründe als die steigenden Militärausgaben im Vietnamkrieg. Schon unter Kennedy, dann unter Johnson war eine Inflationspolitik begonnen worden, die auf eine Stabilisierung der Führungsmacht durch Wachstum und Vollbeschäftigung im Inland gezielt hatte. Solange die Inflation Lohnsteigerungen neutralisiert hatte und Lohn- und Produktivitätssteigerungen verkoppelt geblieben waren, hatten sich die steigenden Budgetdefizite der US-Administrationen bezahlt gemacht in Form hoher Wachstumsraten. Aber in den 60er Jahren hatte sich dieser Zusammenhang gewendet: die Klassenauseinandersetzungen in den USA verursachten eine stagnierende Produktivität bei steigenden Forderungen nach Lohn und Sozialeinkommen (Carpignano), die Löhne überholten die Preissteigerungen, und die Finanzierung der „Great Society“ sprengte den Staatshaushalt.

Und je weniger der US-Staat militärisch den weltweiten Spielraum für das multinationale Kapital garantieren konnte, desto mehr verzichtete dieses darauf, den Staat an den Früchten des „ungleichen Tauschs“ mit den drei Kontinenten zu beteiligen und die dort erheckten Extraprofite in die USA zurückzutransferieren. Dieser Rücktransfer, der bislang die US-Handelsbilanz überschüssig gehalten hatte, bedeutete ohnehin nur noch die Subventionierung der amerikanischen Arbeiterklasse. So trugen auch die Multis ihren Teil bei zu der Krise, der sich die Nixon-Administration zu Beginn der 70er Jahre gegenüberübersah (aber sie boten zugleich auch ihre Lösungskonzepte an).

All diese Gründe führten zum Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods, der Grundlage der US-Vorherrschaft in der Weltwirtschaft. Die Orientierung aller Währungen an der US-Leitwährung hatte einen vorteilhaften **Mechanismus zum Export der US-Inflation** abgegeben: alle Staatsbanken der Welt hatten den inflationierten Dollar als Devisenreserven gehortet und damit die US-Inflation entlastet. Seit 1968 war jedoch die Konvertibilität des Dollars in Gold, die diesem System zugrundelag, nicht mehr gesichert. Bis 1971 wurde der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems noch hinausgezögert: durch die Restriktionspolitik der US-Bundesbank wie auch dadurch, daß der Eigensinn des gaullistischen Frankreich durch den Pariser Mai begrenzt wurde und die westdeutsche Große Koalition die fällige DM-Aufwertung immer wieder hinauszögerte, um der westdeutschen Exportoffensive auf dem Weltmarkt gegenüber den Nachbarstaaten Vorteile zu verschaffen.

Jedoch auch nach 1971 dachte die Nixon-Administration nicht daran, die Politik der Dollar-Inflationierung, der ungebremsten Militärausgaben und der Beantwortung der inländischen Lohnforderungen mit Inflation aufzugeben. Vielmehr ging sie zu einer Politik des „benign neglect“ gegenüber der Dollarinflationierung über: sie gab es auf, die Stabilität des Dollar überhaupt noch zu verteidigen. Der Abwertung im August 1971 folgte 1973 die nächste, und mit dem Übergang

zum „Floating“ gegenüber den anderen Währungen war ein Mechanismus der kontinuierlichen Dollarabwertung eingeführt.

Wie aber konnte so eine Fortsetzung des Inflationsexports bewerkstelligt werden? Die übrigen westlichen Industriestaaten mußten nun mit den durch Abwertung verbilligten USAusfuhren auf dem Weltmarkt konkurrieren, oder sie mußten weiterhin ihre Dollarreserven aufblähen, um den Dollar zu stützen – und importierten damit die US-Inflation. Dies freilich konnte nur funktionieren, solange die Juniorpartner auch ihrerseits von der Dollarinflation profitieren konnten und die US-Dominanz von ihnen nicht entscheidend in Frage gestellt wurde – konkret, solange diese, nach 1973, aus der Verbilligung des in Dollarpreisen bewerteten Erdöls durch die Dollarinflation auch ihrerseits Vorteile zogen und zugleich die sich aufblähenden internationalen Dollarmärkte für eine Kapitalexportoffensive nutzen konnten.

Der neue Mechanismus des US-Inflationsexports beruhte also auf der Macht der USA, einerseits die Juniorpartner in der Detente ruhigzuhalten und andererseits die OPEC-Ölpreise, über die Bremse Saudi-Arabien, auch nach 1973 nicht über die Inflationierungsraten des Dollar ansteigen zu lassen. In den Worten Calleos, der diesen Vorgang ausführlich analysiert hat: „Die Nixonsche Lösung machte Amerikas inländischen Wohlstand direkt abhängig von seiner externen Macht.“

Diese externe Macht der USA, zugleich die eigene Inflation zu exportieren und die westeuropäischen und japanischen Juniorkonkurrenten zu befriedigen, beruhte auf der US-Machtstellung im Mittleren Osten und auf einem Generalangriff gegen die Unterklassen der Südhalbkugel, der von einer solchen Schärfe war, daß er den Hauptakteur und seine Juniorpartner gleichermaßen befriedigte. Die Nahrungsmittelkrise und die Energiekrise bildeten die Machtmittel, die gegen die Unterklassen der drei Kontinente und – mit geringerer Kraft – auch gegen die metropolitanen Unterklassen ins Feld geführt wurden. Nixon konnte so die amerikanische Konjunktur mit ungebrochen hohen Rüstungsausgaben auch nach Vietnam weiter anheizen und konnte den Bruch mit den US-Unterklassen und ihren Einkommensforderungen in Grenzen halten. Auf dem Krisenszenario von 1971 und 1973 beruhte der zweite Boom der Nixon-Ära, der längste der Nachkriegsgeschichte, der von 1976 bis 1980 andauerte.

Die Mechanismen, mit denen die Nahrungsmittelkrise produziert wurde, sind von der NACLA eindrucksvoll analysiert worden („Weizen als Waffe“). Im Mai 1970 bestellte die Nixon-Administration einen Ausschuß für internationale Handels- und Investitionspolitik, der die Agrarexporte als Schlüssel zur Überwindung des US-Handelsdefizits bezeichnete. In diesem Ausschuß führten im wesentlichen Vertreter der US-Multis das Wort: sein Vorsitzender Williams war Leiter des IBM-Finanzausschusses, daneben saßen Vertreter des größten US-Getreidemultis, der Cargill Inc., ein Vorstandsmitglied von Del Monte, der Generaldirektor der Utah Construction and Mining . . .

„Die Williams-Kommission schloß aus ihrer Untersuchung, daß es nur zwei Exportkategorien gäbe, in denen die USA noch immer einen Konkurrenzvorteil hätten: bei Gütern, für deren Herstellung eine hochentwickelte Technologie erforderlich ist (wie beispielsweise Kapitalgütern), und bei Agrarerzeugnissen.“ Die Vorschläge dieser Kommission wurden ohne Verzögerung als offizielle Regierungspolitik übernommen. Da die USA im wesentlichen über fünf Multis 75% des Weltgetreidehandels kontrollierten, waren die Manipulationen einfach: Zunächst wurde über Brachepremien für US-Farmer das Getreideangebot reduziert: 1970 wurden nur noch 75% der Flä-

chen von 1969 bebaut, und noch 1972 wurden weitere Ländereien stillgelegt. Über die Dollarabwertung wurden neue Märkte in Westeuropa und später in Japan eröffnet (Japan und Westeuropa importieren zusammen mehr Getreide als alle armen Länder der Welt zusammen). Über eine massive Steigerung der Rindfleischproduktion wurden neue Futtermittelmärkte erschlossen. (Die USA sind der größte Rindfleischimporteur; der japanische Rindfleischverbrauch stieg z.B. von 1969 bis 1972 um 50%. Um 1 kg Rindfleisch zu erzeugen, braucht man 6,5 kg Weizen; für 1 kg Schweinefleisch 3 kg und für 1 kg Geflügel 2 kg. Der Rindfleischproduktion, die von der Weltbank massiv gefördert wurde, kommt für die Getreidevernichtung eine entscheidende Rolle zu!) Und zudem hatte die russische Arbeiterklasse ihre Forderung nach Gulaschkommunismus durchgesetzt und die UdSSR zu massiven Getreidekäufen für Futterzwecke in den USA gezwungen. Die Folge all dieser Maßnahmen war ein Sinken der Weltgetreidevorräte mit massiven Preissteigerungen: zwischen 1970 und 1974 steigerten die USA ihre Weizenexporte um 90%, erzielten aber um 400% höhere Einnahmen. Und ein Rückgang der Weltgetreideproduktion, vor allem aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen, um nur 1,6% im Jahre 1972 erzeugte in den Industrieländern steigende Nahrungsmittelpreise, in den drei Kontinenten aber epidemische Hungersnot. „Der Faktor, der grundlegend schien für den Erfolg der US-Weizenpolitik, war das schlechte Wetter der Jahre 1971-73, das große Teile Afrikas, Asiens und der Sowjetunion heimsuchte und die Getreideernten beeinträchtigte“, schreibt Harry Cleaver, „so schien die Nahrungsmittelknappheit ‚natürlich‘, und eine zeitlang wurden langfristige Wetterveränderungen dafür verantwortlich gemacht ... doch es war nicht einfach die Natur, sondern es war die Politik der Klassenkämpfe, die der Nahrungswaffe, Preis und Hilfe, ihr konkretes Gesicht gaben.“ Die Unterklassen der drei Kontinente, die aufgrund der Getreideimporte aus den USA in den 50er und 60er Jahren und der Zerstörung des traditionellen Nahrungsmittelanbaus zugunsten von Export-Monokulturen auf Nahrungsmittelimporte angewiesen waren, bekamen nun die Rechnung für die gescheiterte „Entwicklungsdekade“ präsentiert: den Hunger. Aus dem „Food for Peace“ der 50er und 60er Jahre wurde nun die „Food Power“ und das „Food for Work“.

„Es scheint klar zu sein, daß zumindest die Welt der Armen in den nächsten Jahrzehnten ständig unter Nahrungsmittelknappheit und gelegentlichen Hungersnöten zu leiden haben wird. ... Die Ungleichheit zwischen den Reichen und den Armen wird sich wahrscheinlich noch verstärken. Und die Abhängigkeit der Welt von der nordamerikanischen Landwirtschaft wird ständig größer werden. ... Die Fähigkeit, in Zeiten der Knappheit und des Hungers Nahrungsmittelhilfe zu leisten, wird den Einfluß der USA in den Empfängerländern vertiefen. (Wenn der Abkühlungstrend im Weltklima, wie er von Klimatologen vorhergesagt worden ist,) noch mehrere Jahrzehnte anhält, wird es fast mit Sicherheit eine absolute Nahrungsmittelknappheit geben. ... In einer kühleren und deshalb hungrigeren Welt ... könnte die nahezu monopolartige Stellung der USA als Nahrungsmittelexporteur den Vereinigten Staaten eine Macht verleihen, die sie nie zuvor hatten – eine wirtschaftliche und politische Vorherrschaft, die über jene der unmittelbaren Nachkriegszeit hinausgehen wird. ... Washington würde praktisch die Gewalt über Leben und Tod der Menschen in bedürftigen Ländern erhalten“, hieß es in einem Bericht des CIA, Office of Political Research im August 1974. „Hungriге Menschen hören nur auf die, die ein Stück Brot anbieten“, sagte US-Landwirtschaftsminister Butz. „Nahrung ist ein Werkzeug. Es ist eine Waffe im US-Verhandlungsgepäck.“

„Die Rolle der Nahrungswaffe in der US-Außenpolitik ist klar“, schreiben die Autoren der NACLA, „sie dient der Unterstützung von US-Vasallenregimen (wie in Südkorea). Sie dient bei Verhandlungen als Hebel, um von solchen Ländern Konzessionen zu erzwingen, die sich den US-Diktaten weniger leicht beugen (wie z.B. Ägypten). Sie dient als Rute, die

gegen solche Länder gebraucht wird, in denen revolutionäre Prozesse stattfinden (wie in Allendes Chile). Und sie ist darüber hinaus eine strategische Waffe gegen Länder der Dritten Welt, die die Ausbeutung ihrer natürlichen Ressourcen durch die USA angreifen. Bei wachsendem Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Ländern der Dritten Welt ist in Zukunft damit zu rechnen, daß die politisch Handelnden sich immer mehr auf die Vormachtstellung der USA als Nahrungslieferant stützen werden, um die US-Macht zu festigen.“

Harry Cleaver hat beschrieben, daß die Weizenwaffe nicht nur als Festigung der US-Dominanz oder als Monopolpolitik der Getreidemultis begriffen werden kann, sondern daß sie einen direkten Angriff auf die Unterklassen der drei Kontinente darstellte, deren Widerstand die „Entwicklungsdekade“ in eine Krise gestürzt hatte. „Das Kapital weiß, daß seine Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Nahrungsmittel ihm eine beträchtliche Kontrolle über die Arbeiter verleiht. Die grundsätzliche Macht der Nahrungsmittel liegt für das Kapital in der Macht, die Arbeiterklasse zur Arbeit zu zwingen, um Nahrung zu erhalten. Das Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Nahrung hat dazu geführt, daß das Kapital Knappheit und Hunger zu einem grundlegenden Bestandteil seiner sozialen Ordnung gemacht hat, und dies so sehr, daß Hunger, oder die Drohung damit, im Kapitalismus endemisch ist. Ultimatив versucht das Kapital, sein ‚Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen‘ als Lebensbedingung für die Arbeiterklasse durchzusetzen.“

„Regional ist die Hungersnot – wie überhaupt Nahrungsknappheit und hohe Preise – ein Werkzeug, um die Macht der Bauern und der städtischen Arbeiter zu schwächen, ihre Lohnkämpfe zu brechen und sie der Kontrolle durch das Kapital willfährig zu machen. International dient der Hunger eines Teils der Welt als die Lehre an die Arbeiter in allen Ländern, wie groß die Macht des Kapitals ist: trotz der hohen Produktivität des Agrarsektors und trotz modernster Transportmittel können immer noch Teile der Menschheit dem Hungertod übergeben werden, und das heißt, daß auch die Arbeiter anderswo von der gleichen Möglichkeit bedroht werden.“

Die „Revolution der Erwartungen“, die die „Entwicklungsdekade“ ausgelöst hatte, wurde in Hunger und Inflation erstickt. Die Strategie, in den drei Kontinenten die Arbeiterklasse über billige Getreidelieferungen, Industrialisierung und Schaffung begrenzter Massenkaufrkraft rentabel zu machen, war aufgegeben. Die Unterklassen konnten sich das teure Importgetreide nicht mehr leisten, und die traditionelle Subsistenzwirtschaft war großenteils zerstört. Die Slumbewohner der Städte und die überzähligen Esser auf dem Land mußten auf andere Überlebensstrategien ausweichen oder verhungern.

Lassen wir hier außer acht, welche Rolle die Nahrungsmittelkrise für den Angriff auf die metropolitanen Unterklassen und die Befriedung der Forderungen der osteuropäischen und russischen Arbeiterklassen spielte; verfolgen wir, welche Auswirkungen der Hunger im Kampf gegen die Unterklassen der drei Kontinente hatte. Cleaver: „Die Schwerpunkte der Hungersnot in den 70er Jahren lagen in Ostafrika, Somalia ab 1969, Kenia 1970/71, Äthiopien ab 1972; in Westafrika der Sahel, nämlich Tschad, Niger, Obervolta und Mali sowie Mauretanien und Senegal 1972-75, und in Asien: Afghanistan 1971/72, und Bangladesch 1974/75. In der westlichen Hemisphäre war (neben Honduras) Chile von der schwersten Hungersnot und Unterernährung betroffen, nach dem Sturz Allendes im Jahre 1973.“

In diesen Ländern gaben Überschwemmungen oder Dürrezeiten die Gelegenheit, die Waffe der Hungersnot einzusetzen. Wie sehr aber das Ausmaß und die Wirkungen von Dürre oder Überschwemmung durch die Klassenkonstellation bestimmt werden, läßt sich ermes sen am allein politisch bestimmten Desaster in Chile. „Hier spielten die Waffen der Militärjunta die Rolle, die sonst den Naturkatastrophen zukam, um eine Arbeiterklasse zu zerbrechen, deren Stärke, die Löhne schneller zu steigern als die Produktivität, der eigentliche Grund für den Untergang des Allende-Regimes war. Derweil halfen in-

adäquate und zu späte Hilfsmaßnahmen in Afrika und Asien, Gruppen von Bauern und städtischen Arbeitern zu zerschlagen, deren Kämpfe sie zunehmend in die Lage versetzt hatten, jenseits von regionaler oder internationaler kapitalistischer Kontrolle zu agieren.“

In Afghanistan diente die Hungersnot dazu, die Bauern und Nomaden der westlichen Landesteile unter Kontrolle zu bringen und zugleich die Widerstandsbewegung in Kabul zu neutralisieren. Gleichzeitig lancierte das US-Peace-Corps „Food for Work“-Programme, in denen verhungernde Menschen dazu gezwungen wurden, im Straßenbau oder auf Baustellen zu arbeiten, im Austausch für Subsistenzrationen an Weizen. Am Ende des ersten Hilfsjahrs verfügte das Peace-Corps noch über überschüssige Weizenvorräte, während inzwischen 80000 Menschen am Hunger gestorben waren.

Im Tschad diente die Hungersnot der Kontrolle der aufständischen Nomaden im Norden des Landes. Die Regierung, die wie die französische Fremdenlegion seit 1966 in Kämpfe gegen die Nomadenguerilla verwickelt war, verweigerte nicht nur jegliche Hilfe: vielmehr schüttete die Armee die letzten Wasserlöcher mit Sand zu (ein Vorgehen, das derzeit z.B. in Ogaden angewandt wird).

Im Sahel vertrieb die Hungersnot Millionen von Nomaden aus ihrer Subsistenzproduktion, wodurch das Land für die Bewirtschaftung durch multinationale Agrarkonzerne frei wurde. Hier hatte sich die Katastrophe bereits 6 Jahre zuvor angekündigt; in Westeuropa, in den USA und bei der FAO war die nahende Hungersnot bekannt, ohne daß jegliche Maßnahmen ergriffen wurden. Vielmehr diskutierte man in der US-Regierung über die Nützlichkeit der „Triage“ in den drei Kontinenten zur Kontrolle der Überbevölkerung (vgl. E. Rothschild: Food Politics, Foreign Affairs, Jan. 1976), also der Politik des bewußten Einwirken-Lassens der Katastrophen, um nur die überleben zu lassen, für die in einer zukünftigen Welt der Multis noch Platz wäre.

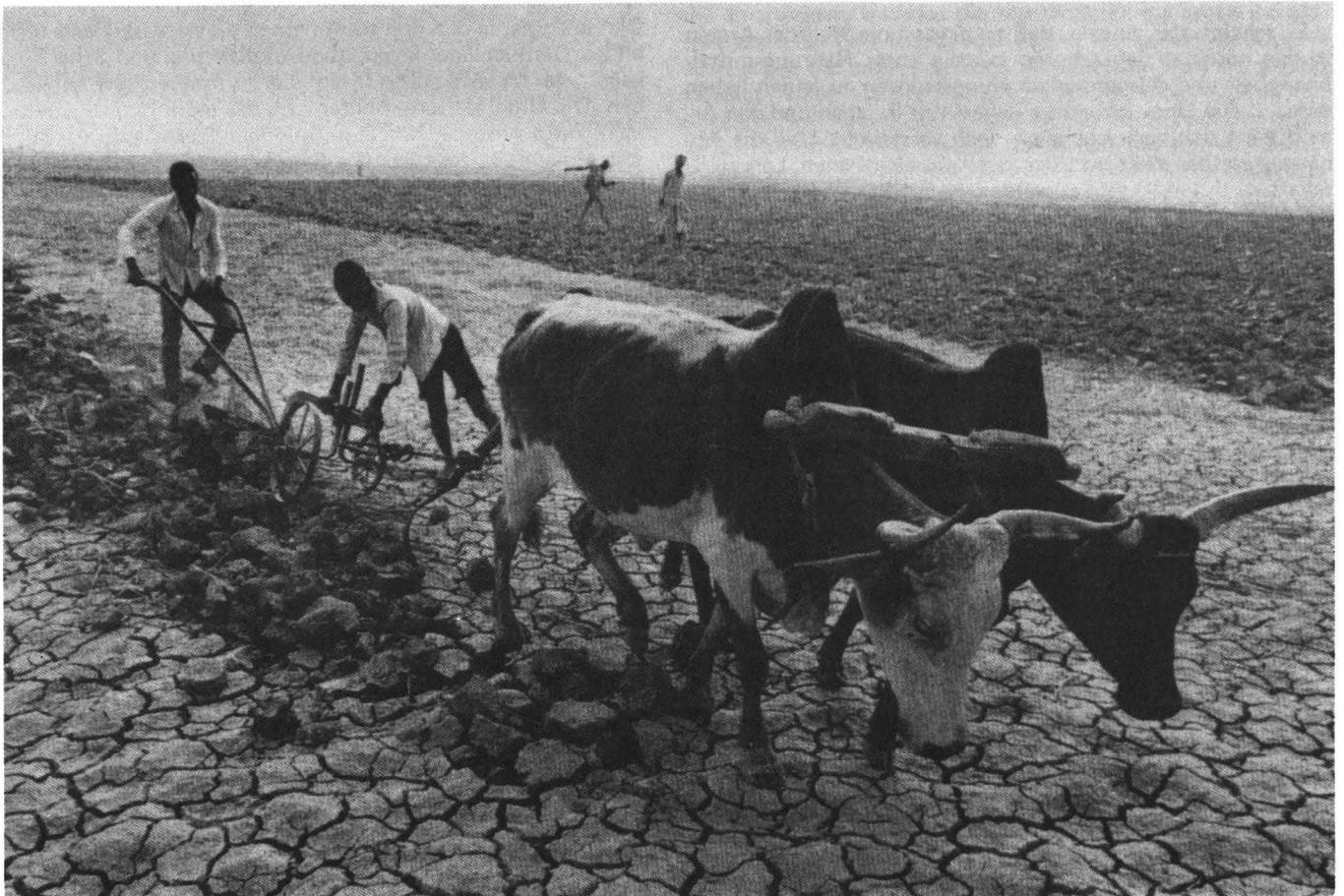
In Äthiopien benutzte die Selassie-Regierung die Hungersnot gegen die Bauern der Wallo-Provinz; Selassie weigerte sich, internationale Hilfe anzunehmen. Er kommentierte die Kata-

strophe mit den Worten: „Wir haben gesagt, daß Reichtum durch harte Arbeit erworben werden muß. Wir haben gesagt, daß die, die nicht arbeiten, verhungern werden.“ Und sie verhungerten: die Zahl der Toten aus den ersten 2 Jahren der äthiopischen Hungersnot wird auf mindestens hunderttausend geschätzt.

In Indien diente der Rückgang der Getreideernte im Jahre 1975 der Regierung Ghandi dazu, den Notstand zu erklären, Streikverbote zu erlassen und die Löhne einzufrieren; zugleich wurden die Unterklassen mit ausgedehnten Programmen zur Zwangssterilisierung konfrontiert.

Auch in Bangladesh starben Hunderttausende, bevor die ersten Hilfsarbeitsmaßnahmen eintrafen; diese wurden benutzt, um weitverbreitete Zwangsarbeitsmaßnahmen durchzusetzen, in Programmen, die das Wall Street Journal begeistert feierte: „Die Regierung hat 2 Millionen Männer und Jungen (und Frauen und Mädchen) im Kanal- und Schleusenbau eingesetzt, um die Monsumfluten zu kontrollieren und das Wasser zur Bewässerung zu nutzen. Jeder Arbeiter bekommt 6 Pfund Weizen ausgezahlt pro Tonne Erde, die er bewegt. Freilich gibt es an diesem Programm vieles, was dem modernen Geist widerspricht. Dort wird harte Knochenarbeit geleistet in einem Zeitalter, in dem Maschinen die gleiche Leistung in kürzester Zeit erledigen könnten. Die Bezahlung ist gering. Das Zahlungssystem ähnelt dem Stücklohn, den die amerikanischen Gewerkschaften ablehnen, weil es den Konkurrenzdruck unter den Arbeitern erhöht. ... Aber bei alledem bleibt, daß in Bangladesh eine Wahrheit bekräftigt wird, die so alt ist wie der Mensch selbst: Nur wer arbeitet, soll auch essen. ... Reichere Nationen könnten darin ein Beispiel für sich selber sehen.“

Erwähnen wir noch die Hungersnöte in Peru, die mit der chilenischen große Ähnlichkeit haben, sowie den Genocid in Kambodscha und die neuerlichen Flüchtlingsströme in Somalia aus den jüngsten Jahren, aus denen deutlich wird, wie sehr die Naturkatastrophen und die Eingriffe der Militärjunta sich gleichen in der Vernichtung unnützer, überzähliger Esser und zur Festigung des Arbeitswillens. Allein im letzten Jahr sind 55 Millionen Menschen verhungert.





Der Wiederaufbau der von Hungersnöten betroffenen Länder spricht eine nicht minder deutliche Sprache. Die Vernichtung der Nomaden und Subsistenzbauern schafft Räume für neue Kombinate des Agrobusiness, die Überlebenden werden zunächst in Flüchtlingslagern konzentriert und dann der städtischen Massenarmut zugewiesen.

Am Sahel lassen sich diese Zusammenhänge am deutlichsten zeigen: Während der Jahre der größten Hungersnot fuhren die Schiffe, die Lebensmittelhilfen brachten, aus dem Hafen von Dakkar vollbeladen mit Erdnüssen, Baumwolle, Gemüse und Rindfleisch wieder ab. Zahlreiche Exporte stiegen während der Trockenzeit sogar an: der Rindfleischexport stieg um 41%, die Kühl- und Gefrierfleischexporte stiegen um 300%, Fisch- und Gemüseexporte erreichten Rekordhöhen. Malis Baumwollsamenernte stieg um 400%, die Erdnußproduktion um 70% in den vier Hungerjahren, und die Reisexporte erzielten Rekordhöhen (Collins / Lappe). DC-10-Lastenjets bringen in den Wintermonaten Bohnen, Melonen, Tomaten, Auberginen, Erdbeeren und Paprika in die westeuropäischen Supermärkte: Exporte aus dem Senegal, wo der Agrokonzern Bud Senegal riesige Gartenplantagen unterhält, mit künstlicher Bewässerung, auf dem durch Dürre und Zwangsaussiedlung bereitgestellten Boden. Im Sommer wird dann Viehfutter angebaut für die Exportrinder. Ähnliche Projekte unterhält diese Gesellschaft in Mali, Martinique, der Elfenbeinküste. Im Jahre 1976 wurde die Rekonstruktionsplanung für den Sahel dann durch den Club des Amis du Sahel koordiniert, einem Koordinationsgremium westlicher Industrieller; die Planungen gingen noch über die Ansiedlung der Agroindustrie hinaus: Nach dem deutsch-brasilianischen Atomgeschäft sollte Brasilien Atomkraftwerke liefern, deren Kühlung durch einen Aufstau des Niger bewerkstelligt werden sollte; die Versalzung ganzer Landstriche durch die riesigen Verdunstungsflächen wäre die Folge: eine Industrialisierungskonzeption, die schon jenseits des „Nur wer arbeitet, soll auch essen“ steht, die kaum noch Arbeitskräfte braucht und nur noch deren Vernichtung kennt.

Ähnlich wie im Sahel wurden im Sudan neue Agrarprogramme realisiert, Somalia hatte endlich den Angelpunkt für die Selbsthaftmachung der überlebenden Nomaden gefunden, in Äthiopien bebaute der italienische MAESCO-Konzern das ehemalige Nomadenland mit Alfalfa, einem Futtermittel, das dann nach Japan exportiert wurde.

Natürlich begrenzt sich die Tätigkeit der Agrokonzerne nicht allein auf Hungerregionen; zwangsweise Vertreibungen sind aus den Philippinen, südamerikanischen Staaten oder dem ehemaligen Iran bekannt. Oder auch aus Indonesien, wo Regierungsagenten in den Dörfern Moslemaufstände inszenieren, die dann von der Armee niedergeschlagen werden. Hinter den Panzern warten bereits die Maschinen der Agrokonzerne. In lateinamerikanischen Ländern werden, neben den „traditionellen“ Monokulturen, mit Weltbankkrediten gigantische Rinderfarmen errichtet, die von multinationalen Konzernen kontrolliert werden. Hier wird US-amerikanisches Getreide verfüttert, das Fleisch wird in die USA zurückexportiert.

Aber auch in den drei Kontinenten breitet sich, neben den direkt durch Agrokonzerne bewirtschafteten Flächen, die Betriebsform der „Satellitenfarm“ aus, in der die Nahrungsmittelmultis „mit der Erfahrung, der Technologie und dem Management-know-how“ über Hunderte angrenzender Kleinfarmen „Beaufsichtigungsdienste leisten“ und deren Produktion unter Vertrag nehmen, wie dies auch bei den Landwirten der Metropolen weit verbreitet ist.

Beide Formen der Kapitalisierung des Agrarsektors in den drei Kontinenten haben ein doppeltes Gesicht: zum einen dienen sie – wie schon die „Grüne Revolution“ – nach wie vor der Freisetzung billiger Arbeitskräfte. So schreibt Senghaas (1977): „Der Prozeß der Modernisierung von Landwirtschaft hat für das bestehende System den Vorzug, die Agrarproduktion im Rahmen überkommener Strukturen erhöhen

zu können, während gleichzeitig Arbeitskraft billig bleibt. Da durch ihn eine nennenswerte neue Kaufkraft nicht geschaffen wird, liegt es nahe, daß die großangelegten Modernisierungsprojekte meist exportorientiert sind. ... Die dysfunktionalen Folgen solcher Modernisierung bestehen in den sich kumulierenden, politisch kaum noch steuerbaren Folgerscheinungen: in erzwungener Landflucht, exzessiver Verstädterung, Ausbreitung von absoluter Armut usf. ... (Die strukturelle Heterogenität im Agrarsektor wird nicht abgebaut, sondern erweitert.) Damit wird verhindert, daß sich im ländlichen Sektor ein Agrikultur-Manufaktur-Gefüge herausbildet, in dem die Masse der ländlichen Bevölkerung einer produktiven Tätigkeit nachzugehen imstande wäre, deren Zielsetzung die Befriedigung eigener Bedürfnisse wäre.“

Die Freisetzung billiger Arbeitskraft ist die eine Seite des doppelten Gesichts – die andere besteht in der realen Entvölkerung ganzer Landstriche. Die Folgen der „Grünen Revolution“ hatten gezeigt: mit der Freisetzung von Arbeitskraft durch Zerstörung der agrarischen Subsistenz gehen Unruhe, Einkommensforderungen und Aufruhr der verarmten Massen einher. Nicht umsonst lebten während der Sahel-Hungerkrise in den USA die Konzepte der „Triage“ wieder auf. Bonnie Mass schreibt: „Die Kontrolle des Bevölkerungswachstums durch ‚natürlichen‘ Tod wurde 1974 als bewußte wissenschaftliche Methode für die Bevölkerungsplanung in armen Ländern neu formuliert. Die Theorie der ‚Triage‘, wie sie von J. Forrester und D. Meadows aus dem MIT-Limits-to-Growth-Team vertreten wurde, bedeutete, ‚Hilfe nur an die Länder zu geben, die die größte Chance zum Überleben aufweisen, und die anderen dem Verhungern zu überlassen‘. Andere Wissenschaftler, wie der Ökologe Hardin oder sogar der Präsident der angesehenen Academy of Science, haben diese breit diskutierte Theorie ebenfalls vertreten – eine Theorie, die sehr an die sozialdarwinistische Theorie vom ‚Überleben des Stärksten‘ erinnert. Nach Hardin ... verdrängen die Völker, die sich schneller vermehren, den Rest der Welt. Nahrung abzugeben, heißt letztlich das eigene Land abzugeben. ... Solange es keine Geburtenkontrolle gibt, ist eine Politik, die jedem Esser sein Brot gibt, dazu verdammt, nichts als Elend in der Welt zu schaffen. Die reichen Minderheiten müssen im Sinne der gesamten Zivilisation handeln, die durch Dummheit und gute Absichten bedroht ist.“

Diese Absicht stand Pate, wenn die internationalen Entwicklungsagenturen in den 70er Jahren unter „Hilfe zur Selbsthilfe“ immer mehr eine Dezimierung der Bevölkerung in den armen Ländern verstanden. Der Hunger und die „Triage“ verschafften der „negativen Bevölkerungspolitik“ in der Krise von 1971 ff. den entscheidenden Durchbruch. Wir werden später noch ausführlicher auf die Angriffe gegen die „Überbevölkerung“ eingehen, wie sie Bonnie Mass in ihrem Buch „Population Target“ (1976) eindringlich beschrieben hat. Jedenfalls handelte es sich bei dem neuen „Malthusianismus“ der „Triage“ nicht nur um eine akademische Diskussion, sondern um eine Politik des Genocids, die von allen großen Entwicklungsagenturen seit Beginn der 70er Jahre betrieben wird. So steckt die Weltbank, die sich seit Beginn der Ära McNamara zum „Anwalt der Armen“ erhoben hat, mehr Gelder denn je – 50% ihrer landwirtschaftlichen Investitionen – in Viehfarmen, und ihre Kleinbauernprogramme entsprechen dem Konzept der Nahrungsmittelmultis hinsichtlich der Satellitenfarmen. Und gleichzeitig finanziert die Weltbank Sterilisations- und Bevölkerungsplanungsprogramme in diesen Ländern, um die Bevölkerung auf ein „entwicklungsgerechtes Maß“ zurückzuschrauben. Sie will damit ein Problem lösen, das R. Tetzlaff (1980) so beschrieben hat:

„Die gravierendste Einschränkung für die Erreichung ihres selbstproklamierten Ziels, ca. 800 Millionen ländliche Bewohner der Dritten Welt aus absoluter Armut zu befreien, ergibt sich daraus, daß die Weltbank für drei Schichten von Erwerbspersonen gar keine Lösung vorsieht: a) für die Landlosen, b) für die Minifundisten, deren kleine, unfruchtbare oder ungünstig gelegene Äcker kein hinreichendes Wachstumspotential aufweisen, und c) für landlose Erwerbspersonen ohne

dauerhafte Beschäftigung wie Saison-, Wander- und andere Gelegenheitsarbeiter. Unter der Voraussetzung, daß alle anderen Entwicklungsprobleme technischer, ökologischer und steuerpolitischer Art zufriedenstellend in Zukunft gelöst würden, könnten kaum je mehr als **30 bis 40% der ländlichen Armutsbevölkerung** – die als **kreditwürdige Zielgruppen** identifizierten Kleinbauern – erfaßt und als marktproduzierende Bauern in den Kapital-Ware-Kreislauf integriert werden. ... Die vom Kleinbauernprogramm vom Typ der neuen Weltbankprojekte „vergessenen“ oder an den Randgedrängten Armutgruppen – immerhin einige Hundertmillionen Menschen – sind nicht nur **überzählige** Konsumenten, sondern sie sind – *horribile dictu* – oftmals ganz **überflüssig**, d.h. überflüssig für das Funktionieren eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das nicht einmal deren tributäre Arbeitskraft braucht. Solange diese marginalisierten Gruppen noch als ‚industrielle Reservearmee‘ fungieren können, als Lohn- oder Gelegenheitsarbeiter im Wartestand, müßte man sie noch als notwendigen, auf der untersten Stufe rangierenden Bestandteil des gesellschaftlichen Reproduktionssystems betrachten, aber wenn sie

nicht einmal mehr diese Funktion erfüllen können, weil angesichts der ungleichen privaten Besitzverhältnisse und der rapide wachsenden Bevölkerung die Marktproduktion schneller steigt als die Absorbationsfähigkeit von verfügbaren Arbeitskräften, dann können sie nur noch als Störfaktor der Entwicklung, als Krisen und Turbulenzen erzeugende Randgruppen in Erscheinung treten (in den ländlichen oder städtischen Elendsgebieten).“

Die Politik des Hungers geht auf mehr als die Durchsetzung des Zusammenhangs von Arbeit und Essen, sie dient aus dieser Sicht auch der realen Entvölkerung von Landstrichen, die auf diese Weise „durchkapitalisiert“ (Tetzlaff) werden können, und noch weiter: aus der Entwicklungskonzeption der „Development Decade“ ist eine bewußte Politik der Vernichtung geworden, der die Unterklassen der drei Kontinente einer „Triage“ unterwirft, eine Politik der globalen Ungleichzeitigkeiten, in der nicht mehr der Zusammenhang zwischen Arbeit und Lohn, sondern der von Arbeit oder Vernichtung die Kontrolle über die Unterklassen sichern soll.



Ölkrise, Inflation und die Regie der Multis

Alle verheerenden Auswirkungen der Krise von 1971 waren noch nicht tiefgreifend genug. Obwohl die erste Dollar-Abwertung mit einer ersten, noch begrenzten, Erhöhung der Ölpreise einhergegangen war (Teheran-Abkommen), schienen die US-Dominanz über ihre Juniorpartner und vor allem die Kontrolle der metropolitenen Einkommensforderungen gefährdeter denn je. Die westeuropäischen Staaten und Japan hatten die billigen Dollars ihrerseits für eine nachholende Kapitalexportoffensive genutzt, und der weltweit vereinheitlichte Boom von 1972/73 hatte dem Druck der Lohnforderungen eine internationale Gleichzeitigkeit verliehen.

Eine heilige Allianz zwischen der Nixon-Administration, den OPEC-Regimes und den Ölmultis produzierte die zweite Etappe der internationalen Krise. Durch die Steigerung der Ölpreise wurde die Dollar-Inflation zum weltweiten Schrittmacher des Krisenzyklus. Auf Gedeih und Verderb wurde die gesamte Weltwirtschaft an diese Inflation gebunden: denn die Ölpreissteigerungen berechneten sich nach Dollars, und die Machtstellung der USA in den 70er Jahren beruhte auf ihrer Fähigkeit, die Ölpreissteigerungen gerade unterhalb der Dollar-Inflationsraten von 13% pro Jahr zu halten (Calleo). Für den Import der inflationierten Dollars wurden die Juniorpartner belohnt durch die relative Stagnation der Erdölpreise. War der Dollar bis 1971 mit Gold gedeckt, so berechnete er nun zur Teilnahme an der Ausbeutung der drei Kontinente. **Stand auf der Seite der Unterklassen der drei Kontinente der Hunger, so stand auf der Seite des internationalen Kapitals der „Hunger nach Kapital“ (Montano): die Energiekrise schuf über das Petrodollarrecycling riesige Geldmärkte, über gestiegene Energiepreise schöpfte sie die Masseneinkommen in den Metropolen und die letzten Bonitäten der „Entwicklungsländer“ gleichermaßen ab und führte sie den Kreditmärkten zu. Geld – für eine technologische Entwicklungsoffensive in den Metropolen, für unbegrenzte Rüstungsausgaben auch nach dem Vietnamkrieg, für eine auf modernster Technologie und der Vernutzung von Migrationsarbeit basierende Entwicklung der OPEC-Staaten, für die Direktinvestitionen in den Staaten der Dritten Welt, in denen Armut und Vernichtung diesem überquellenden internationalen Kapitalmarkt gegenüberstand.**

Die Nixon-Administration, die nach neuen Wegen gesucht hatte, der Weltwirtschaft den Import ihrer Inflationsdollars aufzuzwingen, war zum Motor eines Krisengeschehens geworden, das mit den Mitteln der staatlichen Wirtschafts- und Kreditpolitik nicht mehr zu kontrollieren war. Als Schiller in Westdeutschland die Blütezeit des keynesianistischen Krisenmanagements einleitete, war in Wirklichkeit mit diesen Mitteln nichts mehr zu lenken. Die Profite der Multis, die in der ersten Hälfte der 60er Jahre noch für ein Plus in der US-Handelbilanz gesorgt hatten, flossen nun, noch verstärkt durch die Restriktionspolitik der Nixon-Administration von 1971, auf den Euro- und Asiadollarmarkt: sie standen nicht mehr unter Kontrolle der Wall Street und ihrer Dependenz in London, Frankfurt und Tokio.

Die Krise der Produktivität und die sinkenden Profitraten in den Metropolen, die Unfähigkeit, die Einkommensforderungen der metropolitenen Klassen über den Keynes'schen Mechanismus der effektiven Nachfrage an entsprechende Produktivitätssteigerungen zu koppeln, bedingten die „Krise des Planstaates“, der von den Unterklassen und auf der anderen Seite vom multinationalen Kapital selbst in Frage gestellt wurde.

„Der keynesianistische Manager besaß gewisse Instrumente, um in der Wirtschaft das Angebot zu erhöhen und die Nachfrage zu vermindern, und diese Instrumente waren seine wichtigsten Waffen gegen die Inflation. Bis zu den 60er Jahren und dem Auftauchen des Phänomens ‚Stagflation‘ hatten für einen beträchtlichen Teil der amerikanischen Bevölkerung die keynesianistischen Instrumente recht gut funktioniert. Unge-

achtet kleinerer Rezessionen war die Wirtschaft der Vereinigten Staaten stabil. ... Aber um die Mitte der 60er Jahre reagierte die Wirtschaft immer weniger in der vorausgesagten Weise auf die keynesianischen Methoden ... der Markt spielte nicht länger seine Rolle als sozialer Regulator. ... Die konzentrierte Macht von ein paar hundert Industrie- und Bankgiganten hat die Wirksamkeit der Hauptinstrumente der keynesianischen Geld- und Finanzpolitik unterhöhlt.“ (Barnet/Müller, 1974).

Das multinationale Kapital stellte sich jenseits der Nationalgrenzen, auch jenseits der US-amerikanischen: „Warum die US-Flagge über dem Pariser oder Frankfurter Firmensitz aufziehen, wenn Studenten auf der Straße gegen den Vietnamkrieg protestieren? ... und das ist besonders dann eine einsichtige Strategie, wenn die US-Regierung die überseeischen Tätigkeiten der US-Konzerne immer weniger mit militärischer Gewalt zu schützen vermag. Die Tage, als die USA offen in den Krieg zogen, um einen bestimmten US-Konzern zu retten; schienen vorüber. ... Konzernführer pflegen die Distanz zwischen ihren ‚anationalen‘ Unternehmen und der US-Regierung, weil sie sich zunehmend klarwerden, daß die US-Regierung wegen der dramatischen Veränderungen in Weltpolitik und Weltwirtschaft nicht länger imstande ist, Konzerninteressen mit der hergebrachten Militärstrategie zu fördern und zu schützen.“ (Barnet /Müller).

Das Krisenszenario, das die Multis der US-Administration 1971 und '73 vorschlugen, zielte auf einen Gebrauch von Inflation und Krise, der über die Intentionen des Inflationsdollarexports weit hinausging. Inflation im keynesianistischen Staat war verursacht durch das „deficit spending“, durch die Initiative des Staates, „effektive Nachfrage“ zu schaffen, um den Wirtschaftszyklus anzuhetzen – und der Staat folgte dabei dem Lohndruck der Arbeiterklasse. Der US-Staat nach Bretton Woods hatte diesen Mechanismus internationalisiert und zu seinem Vorteil zu nutzen gewußt: er war dem Druck der amerikanischen Unterklassen ausgewichen und hatte Einkommensforderungen wie Rüstungskosten durch internationale Tribute finanziert. Aber die Inflation der 70er Jahre hatte einen grundsätzlich anderen Charakter. Die Inflation und das Krisenszenario der 70er Jahre waren, auch wenn die US-Inflationsdollars nach wie vor von der Notenpresse der Vereinigten Staaten gedruckt wurden, ein wahrhaft internationales Projekt des multinationalen Kapitals. War die Inflation der 60er Jahre noch stets die Antwort auf Einkommensforderungen der Klasse, so war sie in den 70er Jahren vollständig vom Kapital her bestimmt. Mit der Annahme der Krise, mit der Entscheidung, sie voll gegen die Unterklassen zurückschlagen zu lassen, hatte sich der kapitalistische Gebrauch der Inflation vollständig gewandelt und internationalisiert. Sie war bestimmt durch die Dreieinigkeit von Dollarinflation, Nahrungsmittelkrise und Energiekrise. (Die Wirkung der Energiekrise wird im nächsten Heft gesondert beschrieben.) Die Inflationsdollars flossen über die Ölmultis zu den OPEC-Regimen und über das Petrodollarrecycling auf die internationalen Finanzmärkte.

Aber dabei waren die Mechanismen, mit denen die internationale Inflation in Szene gesetzt wurden, durchaus „nationalistisch“. Die OPEC-Staaten forderten ihre Grundrente an den Ölfeldern, nachdem der US-Staat seinen Anteil auf Grundrente an den Weizenfeldern des Mittelwestens eingefordert hatte. **Jenseits des Zusammenhangs von Arbeit und Mehrwert war ein Mechanismus der Geldschöpfung in Gang gesetzt worden, der nichts erforderte als die Macht, ihn durch die Erzeugung von Engpässen durchzusetzen – jenseits des verlorenen Kampfs um Produktivitätszuwachs in den metropolitenen Industriebranchen. Der Ölsektor und die US-Landwirtschaft (die ihrerseits in hohem Maße energieabhängig ist) sind die**

kapitalintensivsten Sektoren der Weltwirtschaft, sie sind, im Vergleich etwa zum Auto- oder Maschinenbau, von menschlicher Arbeitskraft und dem Niveau der metropolitenen Klassenkämpfe nahezu unabhängig. Mit der Nahrungsmittel- und der Ölkrise wurde die Mobilisierung von Kapital von seiner Verknüpfung an die Arbeitsproduktivität gelöst und zugleich von seiner Bindung an den keynesianistischen Planstaat der Vollbeschäftigung; die Inflation bewirkte einen Rückgang der Masseneinkommen und zugleich eine Verwohlfelierung der Produktionsmittel; das Kapital löste sich aus dem Clinch mit dem internationalen Kampfzyklus der Unterklassen und überließ diesen dem Staat, es flüchtete von der Vergegenständlichung des Mehrwerts zur abstrakten Schöpfung von Kapital.

Die Inflation war zum direkten Maßstab der Kapitalschöpfung geworden; jegliche produktive Investition mußte sich an ihr messen lassen. Sie mußte extrem „mehrwertintensiv“ sein, um angesichts der Geldschöpfung aus Weizen und Öl noch profitabel zu sein: die Inflation begründete zugleich eine Plethora des Kapitals in bislang unbekanntem Ausmaß und eine Selektivität der Investitionen, die die Grundlage dafür war, daß das Kapital auch die billigste Arbeitskraft unvernutzt ließ, daß es regional das Verhungern-lassen der Vernichtung durch Arbeit vorzog.

Der Inflationsmechanismus der 70er Jahre war Ausdruck der politischen Macht der Multis, er ist zugleich ihre größte Bedrohung. Inflation ist keine Lösung für eine Krise des Mehrwerts. Der Fall der Profitraten kann nicht durch Kreditssysteme ausgeglichen werden. Sie sind allenfalls die Übergangslösung, Sammlung vor einem neuen Angriff auf die Unterklassen, in dem sich das multinationale Kapital mit den ausgehungerten Unterklassen der drei Kontinente und einer neuen Klassenkonstellation in den Metropolen neu konfrontieren muß, und zwar **direkt** konfrontieren muß, da die Mechanismen staatlicher Planung und Kompensation zerstört sind. Kapital kann nur überleben in der Rekonstruktion des Zusammenhangs zwischen Arbeit und Mehrwert und zwischen Arbeit und kapitalistischem Kommando.

Der Fall der Profitraten war nicht durch Planstaat und Vollbeschäftigung in den Metropolen und „Entwicklung“ in den drei Kontinenten zu lösen, sondern durch eine neue Kombination maximaler Mehrwertraten in der modernsten Technologie, hohen Profitmassen bei niedriger Profitrate hier und geringerer Mehrwertrate, aber maximalen Profitraten in den drei Kontinenten. Und dies ist ein Zusammenhang, der nicht mehr durch den „ungleichen Tausch“ zwischen Metropolen und Entwicklungsländern zustandekommt, sondern durch Arbeitsteilung innerhalb des multinationalen Konzerns selbst, durch die verschärfte Konfrontation mit den Unterklassen der drei Kontinente und in den Metropolen. Der Mechanismus gegen den tendenziellen Fall der Profitrate liegt, wie C. Palloix (1971) sagt, „nicht mehr auf der Ebene des Gesamtsystems, sondern im Monopolunternehmen selber, in den neuen Eigenschaften monopolistischer Innovation“.

Zu keinem Zeitpunkt konnte sich das multinationale Kapital aus der Bindung an die Vernutzung von Arbeitskraft lösen: es kann des Arbeitswertgesetzes nicht umgehen, ohne sich selbst für obsolet zu erklären. Die Inflation war nur der neue Maßstab einer Ungleichzeitigkeit, in der sich das Kapital zugleich so sehr verwohlfelerte und so rar machte, daß es nur die extremsten Bedingungen zu seiner Reproduktion nutzte: die disziplinierteste, billigste Arbeitskraft in den drei Kontinenten (junge Frauen, Kinder) und die höchste organische Kapitalzusammensetzung in den Metropolen (AKWs, Elektronik, Investitionsgüter, Rüstung). Und es nutzte diese Ungleichzeitigkeit für eine Neuzusammensetzung der multinationalen Klasse, bereitete das Terrain vor, auf dem es sich neuerdings weltweit mit den Unterklassen konfrontieren muß.

Während die Krise des metropolitenen keynesianistischen Staats erst am Ende der 70er Jahre eindeutig offenkundig wurde, folgte die Krise der Entwicklungsregimes in den drei

Kontinenten der Ölkrise unmittelbar. Zu Beginn der 70er Jahre hatten diese Staaten begonnen, ihren Anspruch auf „Entwicklung“ als Forderung an die Industriestaaten zu formulieren; der „Rockefeller-Report on the Americas“ sprach von einem neuen „Nationalismus“, der sich in der Zollpolitik, Enteignungen ausländischer Konzerne, den linken Regimes in Chile und Peru, und nicht zuletzt in drohenden Rohstoffkartellen ausdrückte.

„Die Überlegenheit der Supermächte über die anderen Staaten nimmt zu. Dennoch verfügen die kleinen Staaten über einen Spielraum für selbständiges Handeln, der ohne Beispiel ist“, schrieb Kissinger 1969. Der Vietnamkrieg, die Veröffentlichung der Camelot-Projekte, vor allem aber die Benachteiligung der Entwicklungsstaaten im Welthandel – billige Rohstoffe und Agrarerzeugnisse gegen teure Industriegüter – hatten die Distanz zur „Entwicklungsdekade“ nicht nur auf der Seite der Industriestaaten, sondern vor allem auf der Seite der Entwicklungsregimes vertieft.

Zwar hatten diese Regimes – vor allem in Lateinamerika und den ASEAN-Staaten, aber auch in Indien oder dem Iran – ihre Entwicklungskonzeptionen in der zweiten Hälfte der 60er Jahre den Bedürfnissen der Multis angepaßt: War ihr Konzept vorher die „Importsubstitution“ gewesen, der Aufbau einer Konsumgüterindustrie für den Binnenmarkt oder den regionalen Markt, so waren seit Mitte der 60er Jahre zunehmend Fabriken entstanden, die für den Export produzierten: Weltmarktfabriken, die den Regimes über eine „Exportdiversifikation“ zusätzlich zu den agrarischen Monokulturen als Devisenquelle dienen sollten. Aber für beide Formen der Industrialisierung zeichnete sich am Anfang der 70er Jahre ab, daß sie im Widerspruch zu einer nationalen Wirtschaftsentwicklung standen. Schon die „Importsubstitution“ war eigentlich nichts anderes gewesen, als daß multinationale Unternehmen zur Überwindung von Marktschranken und zur Nutzung billiger Arbeitskräfte Montagefabriken in den Entwicklungsländern aufgebaut hatten. Und noch weniger dienten die Weltmarktfabriken einer integrierten nationalen Entwicklung: sie waren nur Ausdruck der Arbeitsteilung innerhalb der multinationalen Konzerne.

So war zu Beginn der 70er Jahre bekannt, daß die Multis den Entwicklungsstaaten nicht „Entwicklung“, sondern nur „nationale Desintegration“ (Sunkel) brachten.

„Die Expansion der modernen Industrie in einigen wenigen städtischen Gebieten neigt dazu, die konkurrierenden Typen traditioneller Produktion auf dem Lande abzutöten und so verbreitete Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung zu verursachen. Das Land rächt sich mit Massenabwanderungen in die städtischen Gebiete, die dadurch zu einer Größe anschwellen, die unmöglich zu verwalten ist“, schreibt Schumacher (1970).

Die Multis schnitten jegliche Entwicklungsperspektive ab durch Austrocknung der nationalen Kreditmärkte, Degradierung der nationalen Bourgeoisie zur „Lumpenbourgeoisie“ (Frank, Arrighi), Zerstörung des traditionellen Handwerks und der traditionellen Märkte, damit weiterer Vergrößerung der Slums, selektiver Ausnutzung der Arbeitskraft – nicht die Slumbewohner, sondern die Qualifizierten und Angelernten der traditionellen Industrien wurden für relativ höhere Löhne beschäftigt –, Vergrößerung der Abhängigkeit vom Import von Kapitalgütern und Nahrungsmitteln. . .

Und nach dem Übergang zur Weltmarktfabrikation wurde die Abhängigkeit nationaler „Entwicklung“ von den Multis noch größer: 1971 tat sich weltweit erstmals eine Schere zwischen Exporten und Importen der unterentwickelten Länder auf: die Devisenausgaben für Kapitalgüter, Lebensmittel und Ölimporte überstiegen erstmals die Deviseneinnahmen; eine Schere, die sich im weiteren Verlauf der 70er Jahre unaufhörlich vergrößerte (Scaperlanda, 1974).

Das multinationale Kapital hatte 1971 für eine defizitäre Handelsbilanz auf beiden Seiten gesorgt: auf seiten der USA und auf seiten der Entwicklungsstaaten: es vagabundierte auf den Finanzmärkten der Wall Street, in London, Frankfurt und Tokio, es war mit nationalen Interventionsmechanismen weder von den Metropolen noch schon gar von den Entwicklungsstaaten zu kontrollieren. Jedes Regime, das eine „nationale Entwicklung“ verfolgte, mußte die Einkommensforderungen zumindest seiner vergleichsweise kleinen städtischen Arbeiterklasse, wenn nicht aus Angst vor Unruhen auch die der Slums und der agrarischen Bevölkerung, international gegen die Metropolen repräsentieren, denn nur so konnte eine, wenn auch schmale, Klassenbasis für eine Entwicklungskonzeption auf nationaler Ebene gesichert werden. Aber die Regime waren vollständig von den Multis abhängig geworden, die diese „Entwicklung“ nicht wollten, und die jedes Regime, das auch nur einen Teil der Einkommensforderungen der Unterklassen repräsentierte, hoffnungslos in die Krise brachten.

Der „Nationalismus“, den der Rockefeller-Report on the Americas 1969 feststellte, war ein hoffnungsloser Versuch einiger Regimes, ihre „Entwicklung“ zu retten.

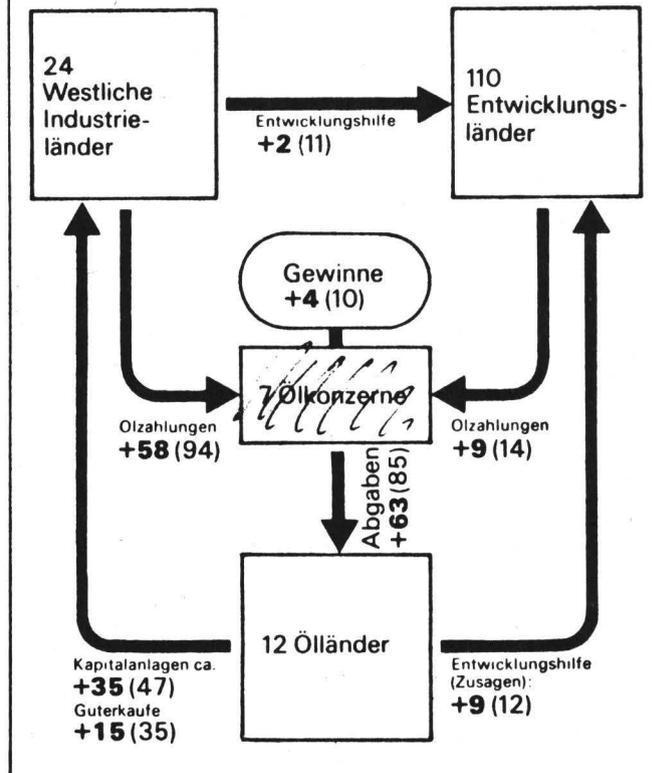
In dem Bericht heißt es: „Die Kräfte des Nationalismus schaffen einen zunehmenden Druck gegen ausländische Privatinvestitionen. Das Streben nach Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten führt zu einem wachsenden Druck in Richtung auf Nationalisierung amerikanischer Industriebetriebe, auf lokale Kontrolle oder Teilhabe an US-Firmen. Viele Ökonomen und Geschäftsleute in anderen amerikanischen Republiken anerkennen den eindeutigen Bedarf an amerikanischem Kapital und an amerikanischer Technologie, aber sie wollen sie zu Bedingungen, die mit ihrem Wunsch nach Selbstbestimmung in Übereinstimmung stehen.“ Und „tatsächlich“, schreibt Tetzlaff (1980), „war allein in Lateinamerika zwischen 1968 und 1971 US-Eigentum im Werte von ca. 2 Mrd. Dollar verstaatlicht worden – eine Summe, die alle Verstaatlichungen der vorhergehenden Dekade in Lateinamerika übertraf –, und wegen der ‚angemessenen‘ Entschädigung von Privatfirmen war es häufig zu lang andauernden Kontroversen gekommen. Zwischen 1960 und 1971 hatten nicht weniger als 34 Länder (15 in Afrika, 9 in Lateinamerika, 5 in Asien und 5 im Nahen Osten) US-amerikanisches Eigentum enteignet oder verstaatlicht.“

Aber jeglicher solcher „Nationalismus“ wurde ab 1971 in die Krise getrieben. Mit der „Nahrungsmittelkrise“ wurde es für die Entwicklungsregimes zu teuer, sich eine konsumierende Klasse zu leisten, die Bedingungen für eine reformistische Entwicklungspolitik waren endgültig beseitigt, und schon die Befriedung von Unruhen durch Nahrungsmittelsubventionen ruinierte die Staatshaushalte. Und mit der „Ölkrise“ verdoppelte sich das Handelsbilanzdefizit der nicht ölexportierenden Länder binnen eines Jahres.

Die durch die Ölpreissteigerung ausgelösten Kapitalströme sind aus dem folgenden Schema zu ersehen (aus: Holenstein/Power, 1976):

Zahlungsveränderungen in Mrd. Dollar 1974 gegenüber Vorjahr

(in Klammern: absolute Zahlen für 1974)



Den Ölpreissteigerungen folgte eine Vervierfachung der Düngemittelpreise und damit eine weitere Verschärfung der Lebensmittelkrise; zum Beispiel verteuerten die Ölpreise „Indiens Einfuhrkosten 1974 um 800 Millionen Dollar – ein Betrag, der etwa zwei Drittel seiner Devisenreserven, über 25% seiner Gesamteinfuhr und weit mehr als dem vorhergeschätzten Nettokapitaltransfer entspricht. Der Preisanstieg für Stickstoffdünger verteuerte die Gesamteinfuhrkosten um weitere 500 Millionen Dollar, und die höheren Preise für die lebensnotwendigen Getreideeinfuhren um zusätzliche 100 Millionen Dollar.“ (Holenstein/Power, 1976).

Schlagartig sorgte die Ölkrise für eine neue Machtkonstellation zwischen Metropolen, Multis und den drei Kontinenten. In den OPEC-Regimes wurde die Installation modernster Technologie kombiniert mit der Vernutzung von Migrationsarbeit und mit einer massiven Aufrüstung, als Sicherheit der US-Vormachtstellung, der Koppelung der Ölpreissteigerung an die Dollarinflation und zur Absicherung des Petrodollarrecycling; die „Schwellenländer“, soweit nicht Ölexporteure, waren nun mehr denn je auf die vernichtende Ausbeutung ihrer einheimischen Unterklassen und den Verzicht auf reformistische Entwicklung angewiesen – und auf Aufrüstung. Die ASEAN-Staaten, die durch die umfangreichen US-Hilfen und Weltbankkredite in den 60er Jahren zu Musterstaaten der Kapitaldirektinvestitionen hochstilisiert worden waren, wurden mehr denn je auf die Bereitstellung billiger Arbeitskraft für die Multis festgelegt, während für die 40 am schwersten betroffenen Länder in Afrika, Mittelamerika, Südasien und der Karibik nur noch die Bevölkerungspolitik, der Genocid oder der Export von Flüchtlingen und Migrationsarbeitern blieb. Den Staaten, die sich, ohne Alternative, nicht gleich entscheiden konnten, wurde durch die Weltbank geholfen, der bei der Durchsetzung der neuen Machtkonstellation eine entscheidende Bedeutung zukam.

R. Tetzlaff beschreibt, wie gerade die „progressiven“ Regime sich mit wachsenden inflationären Staatsbudgets konfrontiert sahen und dem Diktat der Weltbank zur „Austerity“ ausgesetzt waren (siehe untenstehenden Kasten). Er nennt Beispiele, wie die Weltbank als „Zuchtmeister für Schuldnerländer“ funktionierte, wie in Peru der Zyklus von Austerität, Streikwellen und Militärrepression eingeleitet wurde (1976), wie in Ägypten den Kürzungen für Nahrungsmittelsubventionen die Hungerunruhen von 1977 folgten, wie Sadat zustimmte, „den Außenhandel zu liberalisieren, die Gesetze für Auslandsinvestitionen zu verbessern und steuerfreie Produktionszonen einzurichten, um Auslandskapital anzulocken“: „Weltbank und die ägyptische Regierung stimmten überein, daß Ägyptens langfristiges Potential in seinem großen einheimischen Markt mit billiger Arbeitskraft läge und im Einkommen aus dem Suez-Kanal, dem Erdöl, dem Tourismus und den Über-

weisungen seiner Gastarbeiter“. Ähnliches in der Türkei, wo die Weigerung Ecevit, den Forderungen der Weltbank zu folgen, durch den Militärputsch von 1980 gelöst wurde; in Guyana, wo die Aufhebung der Lebensmittelsubventionen zu den Unruhen vom Sommer 1979 führten und zu einem verschärften Repressionskurs der Regierung Burnham; oder in Sambia, wo die Regierung Kaunda gezwungen wurde, neue Verhandlungen mit den Multis zum Abbau seiner Rohstoffe aufzunehmen und den Handelsverkehr mit Rhodesien und Südafrika zu erleichtern. Die völlige Desintegration der brasilianischen Wirtschaft, die zwischen 1968 und 1975 eine Inflation von 390% erlebte, und wo die Militärs völlig zur Junta der Multis wurden, wurde von Mirow beschrieben (Die Diktatur der Kartelle, Reinbek 1978). Allerdings tritt Brasilien, wie Indien oder Venezuela, den endgültigen Gang in die Krise erst in den letzten Jahren an.

DIE ZURICHTUNG DER ENTWICKLUNGSSTAATEN FÜR DIE MULTIS

„Es ist ja kein Zufall, daß außer Staaten, die wirklich unfähig, korrupt und verschwenderisch sind (Zaire, die Türkei von Ecevit, die beiden Nilländer seit ca. 1973), vor allem auch solche Regime in Verschuldungskrisen geraten sind, die eine Politik der aktiven **Blockfreiheit** verfolgt haben (Ägypten unter Nasser und bis 1973 unter Sadat, Sambia unter Kaunda, Indonesien unter Sukarno, Ghana unter Nkrumah) oder Prinzipien national-demokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik zu initiieren versucht haben (Chile unter Allende, Peru unter Velasco, Jamaica unter Manley, Guyana unter Burnham, Portugal unter den sozialistisch orientierten Generälen). Und die Verschuldungskrise und Zahlungsbilanzdefizite waren keineswegs nur hausgemacht; denn allein die Tatsache, daß es sich um ‚progressive‘ Regime handelte, die zwangsläufig multinationalen Banken und Konzernen Privilegien kürzen oder sie enteignen mußten, um die Landesressourcen unter nationale Kontrolle zu bringen, reichte oft schon aus, um sie von den internationalen Quellen für konzessionelle Kapitalhilfe abzuschneiden und um weitere ausländische Direktinvestitionen zu vereiteln. Dieser Umstand und /oder die verständliche Weigerung, einen Canossa-Gang zum IWF anzutreten, zwingt oder verleitet ‚progressive‘ Regime, sich die für Investitionen und Nahrungsmittelimporte benötigten Devisen auf den internationalen privaten Kreditmärkten zu besorgen. Private Lieferantenkredite und Bankanleihen können zwar ohne politisch demütigende Auflagen erworben werden, sie müssen aber im Unterschied etwa zu Weltbankkrediten meist kurzfristig und zu extrem hohen Zinsen (aus der Sicht des Big Business ‚Risiko-Zinsen‘) – 15-20% – zurückgezahlt werden. Andererseits tendieren progressive Regime aufgrund ihrer sozialen und anti-imperialistischen Zielsetzungen zu ständig **wechselnden inflationären Staatsbudgets**: zum einen helfen staatliche Subventionen für Grundnahrungsmittel und öffentliche Dienstleistungen wie Verkehr, Schulen und Krankenhäuser zwar den ärmeren Bevölkerungsschichten, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen, sind aber Ausgaben, die erst auf lange Sicht oder gar nicht eine volkswirtschaftliche Rendite abwerfen; zum anderen haben oder sehen progressive Regime wehrhafte regionale Feinde (Ägypten - Israel, Sambia - Rhodesien / Südafrika, Türkei - Griechenland unter der Militärjunta, die den Krieg um Zypern auslöste) oder subversive interne Gegner (Türkei, Peru, Ägypten), oder sie verfolgen selbst außenpolitische Ziele mit militärischen Mitteln (Nasser in Jemen, Nkrumah im Kongo und in Westafrika) – in jedem Fall belasten auch die Militärausgaben das Staatsbudget in einer Weise, die solche Regime in die Verschuldungsfalle treibt.

Kommt dann noch ein plötzlicher Exporterlösrückgang hinzu, verursacht durch fallende Weltmarktpreise für Rohstoffe (bei Jamaica und Guyana für Zucker, im Falle Ghanas von Kakao, bei Chile und Sambia für Kupfer, bei Ägypten und Sudan für Baumwolle), wobei politisch gezielte Preismanipulationen der Nachfrager nie auszuschließen sind, so ist die Zahlungsbilanz-

krise perfekt; sie kann seit 1973 höchstens noch durch rapide steigende Importpreise für Weizen, Düngemittel, Erdöl und Maschinen verschlimmert werden. Dann schlägt die Stunde des IWF, den keine humanitären Ziele interessieren, sondern nackte Bilanzen.“

„Je stärker nun eine Regierung von der Unterstützung auswärtiger Länder abhängig wird – vor allem auf dem monetären Sektor –, desto größere Chancen haben Weltbank und Währungsfond, ihre Industrieländer-fixierten Vorstellungen von ‚performance‘ (‚Leistung und Leistungsfähigkeit einer Regierung‘) auch in Entwicklungsländern mit paternalistischer Unerbittlichkeit durchzusetzen. ... Daraus ergeben sich gewisse **Handlungsgebote** für die Regierung eines von externer Kapitalhilfe abhängigen Landes, und zwar in fiskalisch-politischer, wirtschaftspolitischer und sozialer Hinsicht:

1) Maximierung der nationalen öffentlichen **Sparquoten**: durch Steuererhöhungen; durch Tarifierhöhungen bei öffentlichen Einrichtungen ... und durch Lohnkürzungen, um die notwendigen Infrastrukturen zur Expansion der einheimischen und ausländischen Privatwirtschaft mitfinanzieren zu können. . .

2) Die Reduzierung der **öffentlichen Ausgaben** für nicht ‚produktive‘ Zwecke: Kürzung oder Streichung der Preissubventionierung von Grundnahrungsmitteln; Kürzung der Lohnausgaben zwecks Rationalisierung von Dienstleistungsbetrieben mittels Personalentlassungen, Kürzung oder Streichung von ‚exzessiven‘ Ausgaben für Sozialeinrichtungen und Landreform.

3) ‚**Stabilisierung**‘ der **Zahlungsbilanz** durch: Inflationbekämpfung mittels staatlicher Nachfrage, Budgetkürzungen, Limitierung der staatlichen Kreditaufnahme und der Verschuldung auf lokalen Kapitalmärkten; Importbeschränkungen bei gleichzeitiger Exportstimulierung sowie durch drastische **Abwertungen** der nationalen Währungen.

4) Förderung des **politischen Investitionsklimas** durch

a) Abstinenz von allen Maßnahmen der Sozialisierung und der Verstaatlichung fremden Eigentums (ohne ‚angemessene‘ Entschädigung);

b) weitgehende Zurückhaltung der Regierung bei der Gründung und Leitung von staatseigenen Betrieben;

c) Abstinenz von Staatseingriffen in das freie Spiel der Marktkräfte, damit nur die kaufkräftige Nachfrage Produktion und Güterpreise bestimmen kann;

d) Gewährung eines unbehinderten Gewinntransfers von ausländischen Privatinvestitionen in die Stammländer der Auslandsfirmen (Liberalisierung des Devisenverkehrs);

e) Zügelung von Lohnkämpfen und Gewerkschaftsaktionen, die ausländische Investoren ‚abschrecken‘ können.“

(aus R. Tetzlaff, Die Weltbank, München 1980).

Die Austeritätspolitik, zu der sich, mit Ausnahme Englands und Italiens, auch die Industriestaaten erst nach der iranischen Revolution und der Krise von 1979/80 entschließen, ist die **Zubereitung der schlagartig verarmten Staaten für den völligen Zugriff durch die Multis. Jede Pufferung zwischen Regime und Unterlassen wird unmöglich, der Staat behält allein die Aufgabe, das Aktionsfeld der Multis repressiv abzusichern und Arbeitskräfte bereitzustellen. Von der „nationalen Souveränität“ der 60er Jahre ist nur so viel geblieben, daß die Regimes auch die Unterdrückungs- und Militärkosten, ohne die Militärhilfen der 60er Jahre, nun selber tragen müssen.**

Neben die „neue internationale Wirtschaftsordnung“ ist durch die Krise der 70er Jahre eine „neue internationale Militärordnung“ (Senghaas) getreten; die „Nixon-Doktrin“ formulierte – parallel zur Nahrungsmittelkrise – das „big lift“ und das „Burden sharing“: die weltweit verminderte Präsenz der US-Truppen, die in den USA die Rücknahme der allgemeinen Wehrpflicht nach Vietnam ermöglichte, sollte durch eine höhere taktische Mobilität der US-Kontingente und zugleich durch Umverteilung der Militärlasten auf die Verbündeten – auf die BRD zum Beispiel, auf die ASEAN-Staaten oder den Iran usw. – ausgeglichen werden. „Die durch die Ölpreissteigerungen seit 1973 verursachten Zahlungsbilanzschwierigkeiten vieler Metropolen haben zu einem enormen Rüstungsexportboom geführt, dessen Ausmaße und Wachstumsraten alle in den 50er und 60er Jahren feststellbaren durchschnittlichen Größenordnungen in den Schatten stellen“, schreibt Senghaas (1977) und beschreibt damit, wie der Rüstungssektor noch die Abwälzung der Lasten der Ölkrise auf die Regimes der drei Kontinente verschärfte. Die subimperialistischen Staaten konkurrierten nun ihrerseits um die Abwälzung der Krisenlasten auf noch unter ihnen stehende Staaten der Peripherie; eine Reihe von regionalen Rüstungswettläufen und Konflikten (Brasilien - Argentinien, Iran - Irak, Äthiopien - Somalia, Tanzania - Uganda usw.) waren die Folge.

Die Militarisierung der Regimes in Indonesien oder den Philippinen, Südkorea und der Türkei, mehrerer lateinamerikanischer Staaten, mehrerer Golfstaaten und afrikanischer Staaten hatte nicht nur das Ziel, als regionaler „Ordnungsfaktor“ aufzutreten und die Kaskade der Auspressung noch um einen Schritt nach unten zu verlängern – im Innern dienten sie direkt der Strategie der Multis: „In peripheren Gesellschaften unterschiedlichen Entwicklungsstandes haben autoritäre Regimes und offene Militärdiktaturen verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen geschaffen, die als eine wesentliche Voraussetzung für ein attraktives Investitionsklima gelten. ... Dabei spielen die Disziplinierung der Arbeiterschaft und der Bauernmassen und ein tendenzieller Reallohnverfall eine entscheidende Rolle bei der Durchsetzung neuer Industrialisierungsetappen. Dies gilt sowohl für den Aufbau von exportorientierten freien Produktionszonen, wie in Südkorea, Singapur und andernorts, als auch für die weitere Öffnung des Rohstoffsektors für metropolitane Aktivitäten (wie in Indonesien, Bolivien und andernorts)“ (Senghaas). Fröbel u.a. schreiben in ihrem Buch über die neue internationale Arbeitsteilung hinsichtlich der freien Produktionszonen: „Daß im übrigen das Vorhandensein oder die Durchsetzung politischer Investitionsgarantien für die profitable Nutzung der Arbeitskraft, sprich Militärdiktaturen und gewerkschaftsfeindliche Regierungen, eine besondere Rolle spielen, spiegelt sich in der regionalen Verteilung (dieser Produktionszonen auf der Welt) in besonderer Weise wieder. ... (Solche) investitionspolitischen Anreize werden in vielen freien Produktionszonen in Form von Einschränkungen der politischen und sozialen Rechte der in diesen Zentren tätigen Arbeitskräfte angeboten. Dazu zählen Einschränkungen des Geltungsbereichs der jeweiligen nationalen Arbeitsgesetzgebung, die Aufhebung von Auflagen zur Zahlung von Mindestlöhnen, die Befreiung von Sozialabgaben und die Einschränkung von Rechten zu gewerkschaftlicher Tätigkeit. (So wird z.B. in Südkorea mit der Möglichkeit einer 60-Stunden-Woche und der Zusicherung des Schutzes vor unerwünschten Auseinandersetzungen mit

der Arbeiterschaft geworben.) ... Das philippinische Investitionsklima hat sich fast täglich verbessert, seit Präsident Marcos im September 1972 das Kriegerrecht eingeführt und die neue Gesellschaft deklariert hat. . .“.

Der militärisch gesicherte Arbeitsstaat erfordert die Vorbereitung auf die innenpolitische Zuspitzung der sozialen Konflikte; nochmals Senghaas: „Die Militarisierung peripher-kapitalistischer Gesellschaften dokumentiert sich weiterhin im massiven Ausbau der Kräfte zur Counter-Insurgency-Kriegsführung. Die militärische Eindämmung gesellschaftlicher Konfliktpotentiale ist inzwischen in allen Varianten von peripher-kapitalistischen Gesellschaften an der Tagesordnung. Diese Programme haben ihre Vorläufer in Militärhilfe- und Ausbildungsprojekten, insbesondere der USA, Englands und Frankreichs für ihre eigenen Armeen zur Bekämpfung nationaler Befreiungsfronten, aber auch für die Angehörigen bewaffneter Streitkräfte und Polizeitruppen in Peripherien. Die Vorbereitung auf den **sozialen Krieg** ist nicht weniger Ausdruck von Militarisierung wie es der steigende Import von Rüstungsgütern bzw. der Aufbau lokaler Rüstungsproduktionsstätten ist. ... Diese Militarisierung von gesellschaftspolitischen Konflikten ist inzwischen selbst dort zu beobachten, wo die Militärs lange Zeit nicht förmlich die Macht ergriffen haben. . .“ Oder, wie es Weiszäcker auf eine einfache Formel gebracht hat: „Militärdiktaturen entsprechen dem objektiven wirtschaftlichen Interesse des internationalen Kapitalismus und darum entspricht die Verflechtung in dem Kapitalismus dem objektiven politischen Interessen von Militärdiktaturen.“

Mit der Ölkrise haben die Multis und ihre Banken und Agenturen die Regie der Welt übernommen. Nur kurz soll erwähnt werden, daß diese Übernahme mit einer Veränderung des „Gesichts“ des multinationalen Kapitals einhergegangen ist: Voraussetzung für das Krisenszenario der 70er Jahre war, daß die Ölmultis ihre traditionelle Grundrentenpolitik in den OPEC-Staaten aufgaben, sich selber diversifizierten und zum wichtigen Bindeglied der Petrodollarinflation wurden. Eine zweite Entwicklung wurde fälschlich als „Rückzug der Multis“ interpretiert (Fortune, Aug. 1977): das multinationale Kapital unterzog sich einer Welle von Dezentralisierung und Zentralisierung: in den drei Kontinenten erschien es nicht mehr breit und fett wie zu Ende der 60er Jahre unter den Namen IBM, Ford oder Siemens, sondern immer stärker in der Form von Schachtelbeteiligungen, „joint ventures“ (vor allem das europäische und japanische Kapital) und Klitschen, die über Lohnveredelungsverträge mit den Multis verbunden waren. Aber diese Entwicklung ging auf der anderen Seite mit einer weiteren **Zentralisierung** einher, in deren **Mittelpunkt die internationalen Banken, vor allem die der Wall Street, standen: über die geostrategische Verteilung der flotierenden Petrodollars wurden sie zum eigentlichen „Hirn“ des multinationalen Kapitals.** Und darüberhinaus war in der Nixon-Administration die Personalunion zwischen „Big Government“ und „Big Business“ noch dichter als bei den vorangehenden Administrationen; die wirtschaftswichtigen Abteilungen waren jeweils mit Männern besetzt, die von Ölgesellschaften oder Banken nur ausgeliehen waren. In der Zeit Carters, des Kandidaten der Trilateralen Kommission, wurden dann „die besten Gehirne der Welt“ (Rockefeller) auch aus Westeuropa und Japan zur Planung der multinationalen Kapitalstrategie zugezogen (hierzu: Sharp/Minter: Kulissenschieber).

„Das kapitalistische Weltsystem befindet sich in einer Phase der Umorganisation in ein neues Industriesystem“, schloß O. Sunkel seine Untersuchung über „Transnationale kapitalistische Integration und nationale Desintegration“ schon 1968, „dessen führender institutioneller Handlungsträger die internationalen Konzerne sind, die mehr und mehr von den Staaten der entwickelten Länder unterstützt werden. Das entschei-

dende Moment hierbei ist eine neue Herrschaftsstruktur, die viele gemeinsame Merkmale mit dem merkantilistischen System aufweist; sie zentralisiert die Planung und Ausbeutung der natürlichen, der menschlichen und der Kapitalressourcen ebenso wie die Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in einem „Gehirn“, das durch die Technokraten der internationalen Konzerne und der internationalen Organisationen auf der einen Seite und durch die Verwaltungen der entwickelten Länder auf der anderen Seite repräsentiert und gelenkt wird. Diese Struktur verschärft die wirtschaftliche, politische und kulturelle Unterentwicklung der Dritten Welt, ihre Abhängigkeit vom Ausland und den internen Desintegrationsprozeß.“

Dieses „Gehirn“ einer global orientierten Produktionsplanung projiziert Investition, Unterentwicklung und Krise in kontinentalen Maßstäben. Schwarzafrikas Entwicklungsperspektiven zum Beispiel liegen vor allem in den „reichlichen mineralischen und reichlichen, potentiell verfügbaren hydroelektrischen Ressourcen“, „die Kosten für Arbeitskräfte sind gegenüber den Entwicklungsländern anderer Kontinente nicht besonders niedrig“, „bei vergleichbaren Lohnkosten können andere Regionen der Dritten Welt ein zahlreiches und besser ausgebildetes technisches Personal, größere Märkte und eine weiterentwickelte Industriestruktur anbieten“. Während für Afrika Entvölkerung, Staudämme, Minenindustrie anstehen, bis die agrarische Bevölkerung durch Wanderungsprozesse, Zerstörung der Landwirtschaft, Flüchtlingsströme mobilisiert und zu industrieller Nutzbarkeit ausgebildet ist, liegen die Domänen des „Niedriglohns“ woanders; hier stehen im Vordergrund „Die ostasiatische Region (Hong Kong, Taiwan, Singapur, Korea) z.B. im Bereich von Textilien, Plastikprodukten, Spielwaren, von Elektronik und optischen Geräten; Südeuropa und der Mittelmeerbereich (Portugal, Spanien, Tunesien, Marokko, Malta, Griechenland) z.B. im Bereich von Textilien, Lederwaren, Haushaltsgeräten und der Konservenindustrie; die lateinamerikanische Region, obgleich diese mehr auf Nordamerika hin orientiert ist; und seit neuestem die osteuropäischen Staaten, die nunmehr lohnintensive Verarbeitungsprodukte im Rahmen der Ost-West-Kooperation anbieten und die auch bestrebt sind, Produktionen anzubieten, die ein beachtliches know-how erfordern, und die Lizenzen mit Fertigprodukten bezahlen wollen“ (vgl. Senghaas, 1977).

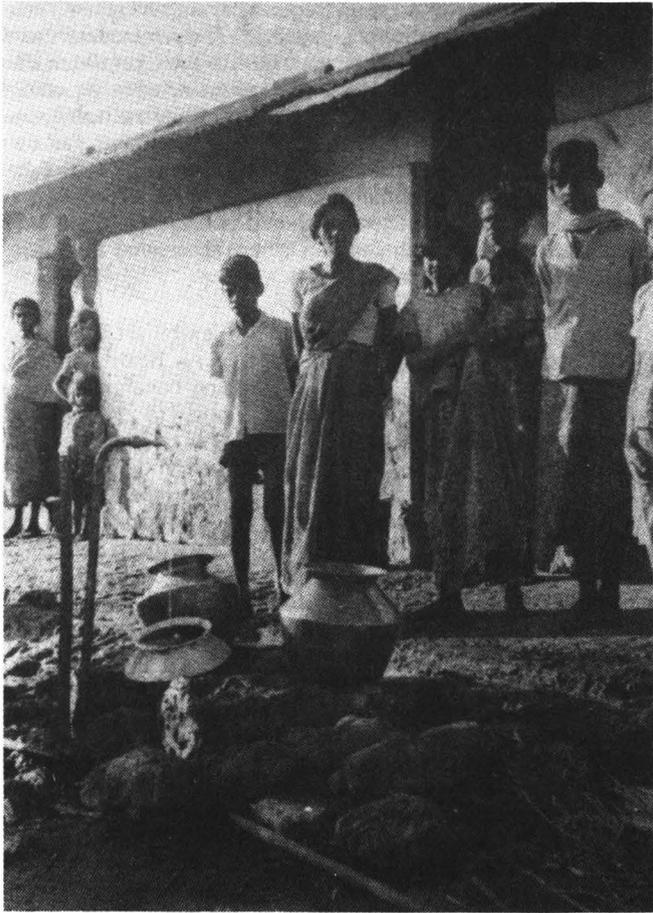
„Daß es ‚immer möglich ist, sie zu vertreiben, aber nie, sie zum Kommen zu zwingen‘, charakterisiert die ungleiche Beziehung zwischen den armen Ländern und den Multis. Die Investitionen in diesen Ländern konzentrieren sich auf wenige Industriebranchen und auf relativ wenige Länder. Die dreizehn OPEC-Staaten und sechs Steuerparadise halten mehr als ein Drittel der multinationalen Investitionen, 10 weitere Länder halten weitere 40% ... die Konzentration auf einige größere, reichere Länder reflektiert den Vorzug, den die Multis größeren Märkten und größeren Naturressourcen beimessen... aber in einigen Fällen werden die Multis durch niedrige Arbeits- und Transportkosten viel mehr als durch die inneren Märkte in Entwicklungsländer gelockt, und sie gründen Ableger, um Güter für den Weltmarkt zu produzieren. Diese ‚fußkranken Industrien‘ konzentrieren sich auf die Herstellung von Halbleitern, Transistorradios, Kameras, Textilien und Lederwaren. ...“ (Far Eastern Economic Review, Jan 1979).

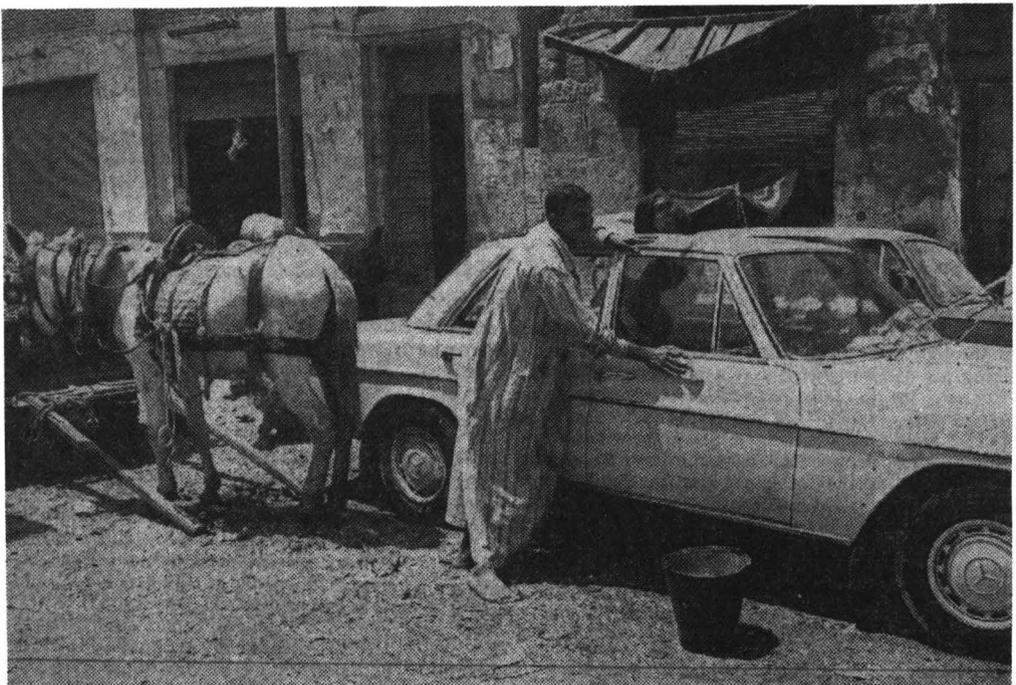
Die Kapitalinvestitionen der 70er Jahre waren empfindlich und selektiv. Sie waren schneller vertrieben als angelockt. Sie flossen in die OPEC-Staaten, in denen das Petrodollarrecycling durch modernste Technologie, den Aufbau von Massenproduktion mit ausufernder Vernutzung von Emigrationsarbeit und Militarisierung abgesichert werden mußte; in die ASEAN-Staaten, in denen die günstigsten Vorbedingungen für die Vernutzung billigster Arbeitskraft geboten wurden;

nach Brasilien, wo unter dem Regime der militärischen Technokraten billige Arbeitskraft, gewaltige Naturressourcen und die völlige Bewegungsfreiheit der Multis das „brasilianische Wirtschaftswunder“ von 1968/69 erzeugten; aber sie waren auch nach dem Militärputsch nicht nach Chile zu holen, immer schwieriger nach Indien, nicht nach Vietnam, das den Multis „freie Produktionszonen“ anbot, und nicht nach Afrika (mit wenigen Ausnahmen). Sie waren nach der iranischen Revolution binnen weniger Wochen ausgelagert, in den Irak verschoben, wie sie sich im Fall einer repressiven Stabilisierung dort wieder ansiedeln werden.

„In dem Maße, wie die geographische Flexibilität und sogar Mobilität der industriellen Produktion eine Realität wird“, schreiben Fröbel u.a., „werden die bislang bekannten regionalen Aufteilungen der Welt in industrialisierte Zentren und nichtindustrialisierte Peripherien durch Aufteilungen ersetzt werden, die für gewisse Standorte anspruchsvolle Produktionen (Entwicklung fortgeschrittener Technologien, Software etc.) und für andere Standorte industrielle Produktionen unter Anwendung bekannter Technologien bedeuten. Standorte der letzteren Art werden mit einer bislang unbekanntem Geschwindigkeit entstehen und niedergehen. Das Kapital, das heute von einer Region angezogen wird, mag morgen wieder verschwinden, nur um übermorgen wieder zurückzukehren.“ Prall voll mit Kapital schwimmen die Multis in einem Meer des Hungers, das sie erzeugen und zur Versorgung mit billiger Arbeitskraft stabilisieren und brauchen. Sie fliehen die Regionen, in denen die Vernutzung von Arbeitskraft Lohnforderungen entstehen läßt oder in denen die Hungerunruhen militärisch nicht mehr kontrollierbar sind. „Der Auf- und Abbau von Fertigungsanlagen ist bei einem Teil dieser (Weltmarkt-) Produktion sehr schnell möglich. Für die erforderliche Arbeitskraft werden nur kurze Anlernzeiten benötigt, und die technische Ausstattung ist oft nur gering. Das ermöglicht einen raschen Wechsel des Standorts, wodurch sowohl Auflagen von Regierungen als auch Forderungen der Arbeiter ausgewichen werden kann“, schreiben Fröbel u.a.. Das gilt in besonderem Maße für die Bekleidungsbranche, die traditioneller Schrittmacher der Exportindustrialisierung ist: „Trotz bedeutender Fortschritte ist die Technologie der Bekleidungsfertigung noch relativ einfach; Investitionen in fixes Kapital sind im Vergleich mit den meisten anderen Industriezweigen niedrig. Leichtgewichtig und wenig voluminös, lassen sich selbst 500 Nähmaschinen leichter als ein Hochofen oder ein Fließband zur Autoproduktion transportieren. Eine Kleiderfabrik kann in kürzester Zeit an einem Platz abgebaut und an einem anderen Platz wieder aufgebaut werden, praktisch ohne Verlust an fixem Kapital. ... Die Umstellung auf überwiegend ungelernete Arbeitskraft hat der Abhängigkeit der Bekleidungsindustrie von einer schwindenden Zufuhr gelernter Arbeitskraft ... ein Ende gemacht. ...“ Aber dies gilt in zunehmendem Maß auch für großtechnische Industrieanlagen, etwa wenn eine supermoderne Papierfabrik auf einem Floß in einem brasilianischen Flußlauf verankert wird oder wenn geplant ist, auch Atomkraftwerke auf Flößen vor den Küstenregionen schwimmen zu lassen.

Diese Regie, die das multinationale Kapital durch das Krisenszenario der 70er Jahre, durch seine politische Rationalität, seine Selektivität und Mobilität, durch seine geostrategische Planung gewonnen hat, schuf die politischen Voraussetzungen für die direkte Ausnutzung billigster Arbeitskraft, die „neue Internationale Arbeitsteilung“, die Fröbel u.a. in ihrem Buch beschrieben haben.





2. Reproduktion der Armut

Die »neue internationale Arbeitsteilung« und die Stabilisierung der Armut

Bisher haben wir die politischen Kriseninitiativen des Kapitals gegen die Unterklassen der drei Kontinente und der Metropolen verfolgt; wir haben gesehen, daß Nahrungsmittel- und Ölkrise eine Antwort waren auf die Klassenkämpfe der 60er und frühen 70er Jahre, auf Kämpfe, die in den Metropolen und den drei Kontinenten gleichermaßen den Charakter von Einkommensforderungen angenommen hatten. Wir haben beschrieben, wie die Entwicklungsstaaten gezwungen wurden, Abschied zu nehmen von der Konzeption, ihre Industrialisierung mit der Lohndynamik ihres modernsten Unterclassenfragments, der Industriearbeiter, zu verkoppeln und notwendig auch deren Lohnforderungen auf der internationalen Bühne zu repräsentieren.

Ganz nebenbei, in einem Zitat versteckt, haben wir die Frage gestreift, ob das multinationale Kapital der Globalplanung „merkantilistisch“ geworden sei, ob, wie es in der italienischen Diskussion behauptet wurde (Negri), die politische Macht des Kapitals jenseits der ökonomischen stehe, ob sich das Kapital im Krisenzyklus der 70er Jahre von der Notwendigkeit zur Produktion von Mehrwert abgekoppelt habe und zu einer „absolutistischen“ Beherrschung der Welt übergegangen sei. Der Inflationszyklus der 70er Jahre, der Mechanismus der Geldschöpfung ohne Produktion, vermittelt des anachronistischen Ausspielens der Grundrenten für Weizen- und Ölfelder könnte diesen Schluß ebenso begünstigen wie die Tatsache, daß das Kapital seine „propagandistische Tendenz“ noch selten so rarifiziert hat wie in den 70er Jahren: in großen Teilen der Welt erzeugte es ein neomalthusianisches Bevölkerungsproblem, aber es war ums Verrecken nicht zur Beschäftigung der verhungerten Menschen zu bewegen. Und in großen Teilen der Welt hatte das Kapital um vieles mehr destruktive Züge als produktive: Vertreibung der agrarischen Bevölkerung, Zerstörung der traditionellen Wirtschaftszweige, unproduktive Vernichtung von Menschen.

Ohne Zweifel ist der metropolitane „Krisenstaat“ ebenso wie die Militärregimes der drei Kontinente – und neuerdings Polen – ein Anzeichen für eine neue Kombination des ökonomischen und des außerökonomischen Zwangs. Wir haben bislang in einem keynesianistischen Staat gelebt und gekämpft, in dem ökonomische und politische Herrschaft identisch gewesen sind wie nie zuvor und wahrscheinlich nicht wieder. Seit Friedrich List die Industrialisierung der deutschen Staaten als bestes Instrument zur Kontrolle der Massenarmut propagiert hat, seit Babbage und Ure kennt das Kapital die technologische Restrukturierung als Mittel politischer Kontrolle – und eigentlich seither ist die „Taylorisierung“ der Arbeits- und Lebensprozesse per se kapitalistische Herrschaft gewesen. Der keynesianistische Staat dann, eine Antwort auf das russische – und deutsche – 1918 (Negri), der die Lohnforderungen der Arbeiterklasse in die Kapitalentwicklung einbezog und in der Fabrik mit jeweils neuen Taylorisierungssprüngen beantwortete, hat nicht nur im Produktionsbereich, sondern auch in der Reproduktion der Klasse sein Spektrum der Kontrollinstrumente erweitert (kontrollierte Reproduktion in der Kleinfamilie). Aber die Atomisierung des Arbeits- und Lebensprozesses, das Grundprinzip kapitalistischer Herrschaft, ist

auch ohne keynesianistische Zutaten möglich – eine Erfahrung, die uns in den drei Kontinenten deutlich vor Augen geführt wird. Nur stehen dann die Kämpfe der Unterklassen außerhalb der kapitalimmanenten Antwortmöglichkeiten, sie stehen unmittelbar gegen die kapitalistische Herrschaft und gegen den Staat. Und dies gilt für die drei Kontinente ebenso wie für Polen – und für hier.

Was soll diese Vorrede? Kommen wir zur inhaltlichen Seite des kapitalistischen Weltregimes, und wir werden sehen, wie das Kapital seine tayloristische Kontrolle mit der Krise weltweit reproduziert hat und wie es zugleich die Ungleichzeitigkeit als wichtigstes Instrument gegen die vereinheitlichte Front der Einkommensforderungen zu Beginn der 70er Jahre ins Feld geführt hat. Ein Instrument, das so alt ist wie das Kapital selbst, so alt wie die koloniale Produktion, so alt wie die Ungleichzeitigkeit zwischen vorkapitalistischer und kapitalistischer Produktionsweise. Wir werden sehen, wie **Ungleichzeitigkeit und Taylorismus** als modernste Form des Weltregimes ins Feld geführt worden sind gegen den Fall der Profitraten, der nicht durch eine immanente Eigengesetzlichkeit des Kapitals, sondern durch den internationalen Kampfzyklus der 60er und frühen 70er Jahre verursacht war. Nach wie vor sucht das Kapital die Stabilisierung seiner Profitraten, es sucht sie durch die Stabilisierung der Ungleichzeitigkeit innerhalb des multinationalen Kapitals selbst, und nach wie vor kann es Mehrwert nur durch Vernetzung von Arbeitskraft aushecken. Wenn es sich in den 70er Jahren, über den Inflationsmechanismus, regional aus diesem Zwang befreit hat, dann mit dem Ziel der Stabilisierung von Armut, der Stabilisierung des Zwangs zur Arbeit gegen Löhne, die nicht einmal mehr zur Reproduktion der Arbeitskraft ausreichen. Es hat solche Arbeit schon immer gegeben, aber sie wird nun direkt der Ausbeutungskaskade des multinationalen Kapitals einverleibt.

Wer Genaueres über die „neue internationale Arbeitsteilung“ wissen will, der sollte das Buch von Fröbel, Heinrichs und Kreye lesen. Sie verstehen zwar die Krise der 70er Jahre nur als „geänderte Randbedingungen der Verwertung und Akkumulation des Kapitals“, aber die Folgen dieser „Randbedingungen“ haben sie so gut beschrieben wie keiner zuvor.

„Der Welthandel“, schreiben sie, „ist heute zunehmend Warenverkehr zwischen Betrieben ein und desselben Unternehmens, die über die ganze Welt verstreut sind, oder doch Warenverkehr zwischen Unternehmen und ihren Kontraktfirmen (zum Beispiel in der Form, daß das bundesdeutsche Unternehmen A Halbprodukte zur weiteren Verarbeitung zeitweilig an seine Kontraktfirma B ins Ausland liefert, um die verarbeiteten Produkte anschließend wieder in die BRD bringen zu lassen). Hier ist der Außenhandel nicht schlicht Warenaustausch zwischen zwei Volkswirtschaften, sondern viel konkreter Ausdruck der von einem Unternehmen bewußt geplanten und genutzten internationalen Arbeitsteilung. Ein, wenn auch unvollkommener, Ausdruck dieser von einzelnen Unternehmen organisierten internationalen Arbeitsteilung sind die

Auslandinvestitionen. ... Vielleicht der deutlichste Ausdruck fundamentaler Strukturveränderungen der Weltwirtschaft, wie wir sie Mitte der 70er Jahre beobachten, sind aber die Produktionsverlagerungen. Eine Form dieser Produktionsverlagerungen (neben anderen, nicht minder wichtigen Formen) besteht in der Aufgabe bestimmter Fertigungen in bundesdeutschen Betrieben und ihrer gleichzeitigen Aufnahme in ausländischen Betrieben desselben bundesdeutschen Unternehmens. Am bekanntesten sind solche Produktionsverlagerungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie ... aber auch in anderen Branchen mehren sich die Fälle. Einspritzpumpen werden von einer deutschen Firma in Indien für den bundesdeutschen Markt gefertigt, Fernsehgeräte von einer anderen Firma in Taiwan, Autoradios in Malaysia, Getriebe in Brasilien, Uhren in Hong Kong, elektronische Bauelemente in Singapur und Malaysia usw. usf."

„Inzwischen stellen nicht allein die Randregionen Westeuropas, nicht allein Mittelamerika, Nordafrika, Südafrika und Südostasien, sondern in wachsendem Ausmaße auch Osteuropa, Südamerika, Zentralafrika und Südasiens Standorte für verlagerte verarbeitende Industrie dar. Nicht allein mehr oder weniger arbeitsintensive, sondern auch rohstoff-, energie- und pollutionsintensive sowie – allen Vorurteilen zum Trotz – sogar kapitalintensive Produktionen werden an Standorte billiger Arbeitskraft transferiert, wenn diese Standorte eine vorteilhafte Kombination von Produktionsbedingungen aufweisen. Schließlich werden nicht allein Investitionen, Kapazitäten und Fertigungen an neuen Standorten erhöht, sondern zur selben Zeit existierende Produktionen an Standorten eingestellt, die für eine rentable Produktion obsolet geworden sind."

„Während Mitte der sechziger Jahre so gut wie keine für die Märkte der Industrieländer produzierende verarbeitende Industrie in unterentwickelten Ländern existierte, waren zehn Jahre später, Mitte der 70er Jahre, in mindestens 39 unterentwickelten Ländern, davon in 15 Ländern Asiens, in 8 Ländern Afrikas und in 16 Ländern Lateinamerikas, Tausende von Fabriken im Bereich der verarbeitenden Industrie in Betrieb, in denen fast ausschließlich für die Märkte der Industrieländer produziert wurde. Diese Entwicklung ist mit der Entstehung eines neuen Typus von Industriestandorten – freie Produktionszonen – und der Errichtung einer neuen Form von Fabriken – Weltmarktfabriken – verbunden.

Freie Produktionszonen sind für weltmarktorientierte Industrie an Standorten billiger Arbeitskraft angelegte abgegrenzte Industriegebiete; Weltmarktfabriken sind an diesen, aber auch an anderen Standorten um der industriellen Nutzung der Arbeitskraft willen errichtete und überwiegend für die Märkte der Industrieländer produzierende Fabriken. 1975 waren in 25 unterentwickelten Ländern, davon in 11 Ländern Asiens, in 5 Ländern Afrikas und 9 Ländern Lateinamerikas insgesamt 79 freie Produktionszonen in Betrieb.

In mindestens 14 weiteren Ländern waren Weltmarktfabriken an sonstigen Standorten (außerhalb von freien Produktionszonen) in Betrieb. Im gleichen Jahr waren in 21 Ländern insgesamt 39 freie Produktionszonen im Aufbau, darunter in 11 Ländern, in denen freie Produktionszonen bis 1975 nicht in Betrieb waren. In der Untersuchung wurde für 1975 eine Beschäftigung von 725 000 Arbeitskräften in Weltmarktfabriken in freien Produktionszonen und an sonstigen Standorten nachgewiesen, darunter eine Beschäftigung von ungefähr 500 000 Arbeitskräften in freien Produktionszonen. ...

Die Beschäftigungsstruktur in den freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken ist ausgesprochen unausgewogen. Aus einem praktisch unbegrenzten Angebot unterbeschäftigter Arbeitskräfte wird ... eine spezifische Arbeitskraft ausgewählt: vorwiegend Frauen der jüngeren Altersgruppen. Die Selektionskriterien sind eindeutig: Es wird die Arbeitskraft beschäftigt, für die der geringste Lohn zu zahlen ist, es wird die leistungsfähigste Arbeitskraft beschäftigt (unverbraachte Arbeitskraft, von der die höchste Arbeitsintensität zu erwarten ist), und es wird vorwiegend ungelernete / angelernte Arbeitskraft beschäftigt."

Fröbel, Heinrichs und Kreye nennen drei Bedingungen, die die neue Weltmarktproduktion ermöglicht haben:

„Erstens hat sich im Laufe der Zeit in den Entwicklungsländern ein praktisch unerschöpfliches Potential disponibler Arbeitskräfte herausgebildet. Diese Arbeitskraft ist sehr billig; sie kann praktisch alle Stunden des Jahres zur Produktion mobilisiert werden (Schicht-, Nacht- und Feiertagsarbeit); kann in vielen Fällen nach kurzer Anlernung eine Arbeitsproduktivität entwickeln, die derjenigen in vergleichbaren Produktionen der traditionellen Industrieländer vergleichbar ist; kann schneller ausgelagert werden, da Ersatz jederzeit leicht beschaffbar ist; und kann schließlich angesichts des großen Überangebots Arbeit suchender Menschen sehr spezifisch ausgewählt werden (nach Alter, Geschlecht, Qualifikation, Disziplin etc.).

Zweitens erlaubt eine hinreichend weit getriebene Fragmentierung des Produktionsprozesses, daß die meisten dieser Fragmente von niedrig qualifizierter Arbeitskraft (im Sinne kurzer benötigter Anlernzeiten) ausgeführt werden können.

Drittens ermöglicht die Entwicklung der Transport- und Kommunikationstechnologie in vielen Fällen, Voll- oder Teilfertigung an beliebigen Standorten weltweit vornehmen zu lassen, ohne daß dies durch Transport- oder Steuerungsprobleme technisch, organisatorisch oder kostenmäßig unmöglich gemacht würde."

Nun hatte die tayloristische Zergliederung des Produktionsprozesses, die in den Metropolen den Rationalisierungsoffensiven des Kapitals gegen die Arbeiterkämpfe gedient hatte, freilich längst eine Stufe erreicht, auf der die „Arbeitsaffen“ einer besonderen kulturellen oder zivilisatorischen Ausbildung nicht mehr bedurften. Das hatten die Immigrationsarbeiter der fünfziger und sechziger Jahre in den Metropolen, die Puerto-Ricaner, Mexikaner, Inder, Türken oder Algerier, hinreichend bewiesen. Auch enthält die Ladung Nähmaschinen, die die deutsche Textilindustrie in Deutschland ab- und in Hongkong oder Tunesien wieder aufgebaut hat, keine solch revolutionäre Technologie, als daß nicht auch schon zehn Jahre vorher jemand auf die glorreiche Idee hätte kommen können, billige tunesische statt teurer deutscher Arbeitskraft zu vernutzen. Warum gerade seit dem Ende der 60er Jahre? Nur, weil jetzt die billige Arbeitskraft durch Mangel gezwungen werden konnte, sich in den Fabriken zu verkaufen und weil die Eliten der drei Kontinente (soweit es sich um Entwicklungseliten und nicht um Kompradoren handelte) gezwungen waren, solche Industrie zu akzeptieren, die sicherlich das letzte in ihren Entwicklungsträumen gewesen war.

Auf jeden Fall hatte die Taylorisierung des Kapitals rassistische, kulturelle und nationale Grenzen übersprungen. Wie ein amerikanischer Kongreßabgeordneter beschrieb:

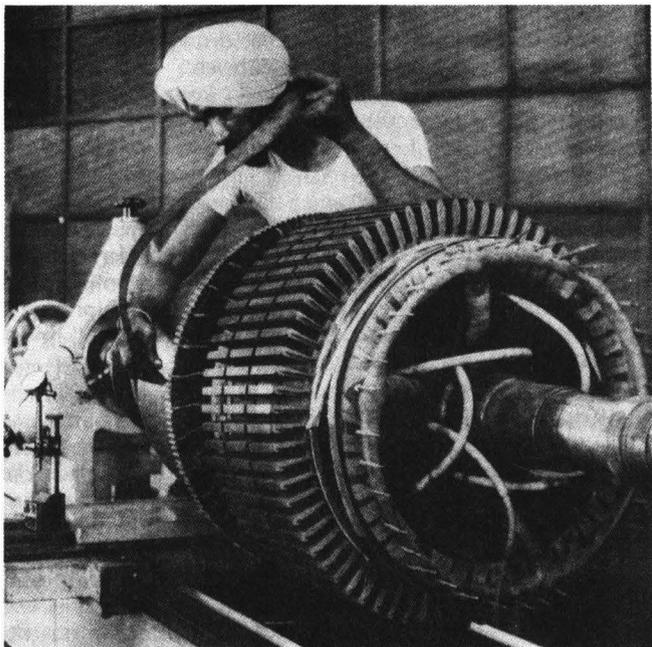
„Die ungebildeten Mädchen in Taiwan können genauso gut komplizierte Fernsehapparate montieren wie die Oberschulabsolventen in New Jersey. Den ungelerneten Arbeitern der afrikanischen und asiatischen Völker kann ebenso wie den gelerneten Arbeitern in Pennsylvanien oder an der amerikanischen Westküste beigebracht werden, komplizierte Erzeugnisse, von winzigen Transistoren bis zu riesigen Turbinen, herzustellen. Und die notleidenden Bewohner der erbärmlichsten Slums im Fernen Osten können ebensogut lernen, Spezialstahlprodukte herzustellen, wie erfahrene Arbeiter in Pittsburgh.“ (nach Barnett/Müller).

Die Krisenentwicklung seit Beginn der 70er Jahre hatte eine endgültige Wende hinsichtlich der internationalen Arbeitsteilung hervorgebracht. Die Lohnkämpfe bis 1973 hatten die Entscheidung zur Ölkrise provoziert, und in deren Folge wurde auch in der BRD die „Lohnkostendifferenz“ zwischen Metropolen und Weltmarktfabriken der drei Kontinente offen proklamiert. Durch Ölkrise und Inflation war die trikontinentale Arbeitskraft noch billiger geworden – zum Beispiel waren die ASEAN-Staaten, in denen sich die meisten Weltmarkt-

fabriken finden, durch die Rezession von 1974 doppelt getroffen worden: zu den steigenden Energiekosten war der Absatzrückgang ihrer Weltmarktprodukte hinzugekommen; in der Folge stagnierten die Löhne in diesen Staaten, die bis 1973 angestiegen waren, für den Rest der 70er Jahre. Aber die neue Klassenbeziehung zwischen trikontinentaler Arbeitskraft und multinationalem Kapital ist durch einen Blick auf die Weltmarktfabriken und den Kapitalexport aus den Metropolen allein nicht zu erfassen. Vielmehr müssen wir uns im weiteren dem Zusammenhang von technologischer Ungleichzeitigkeit, Lohn und Reproduktion der Arbeitskräfte zuwenden.

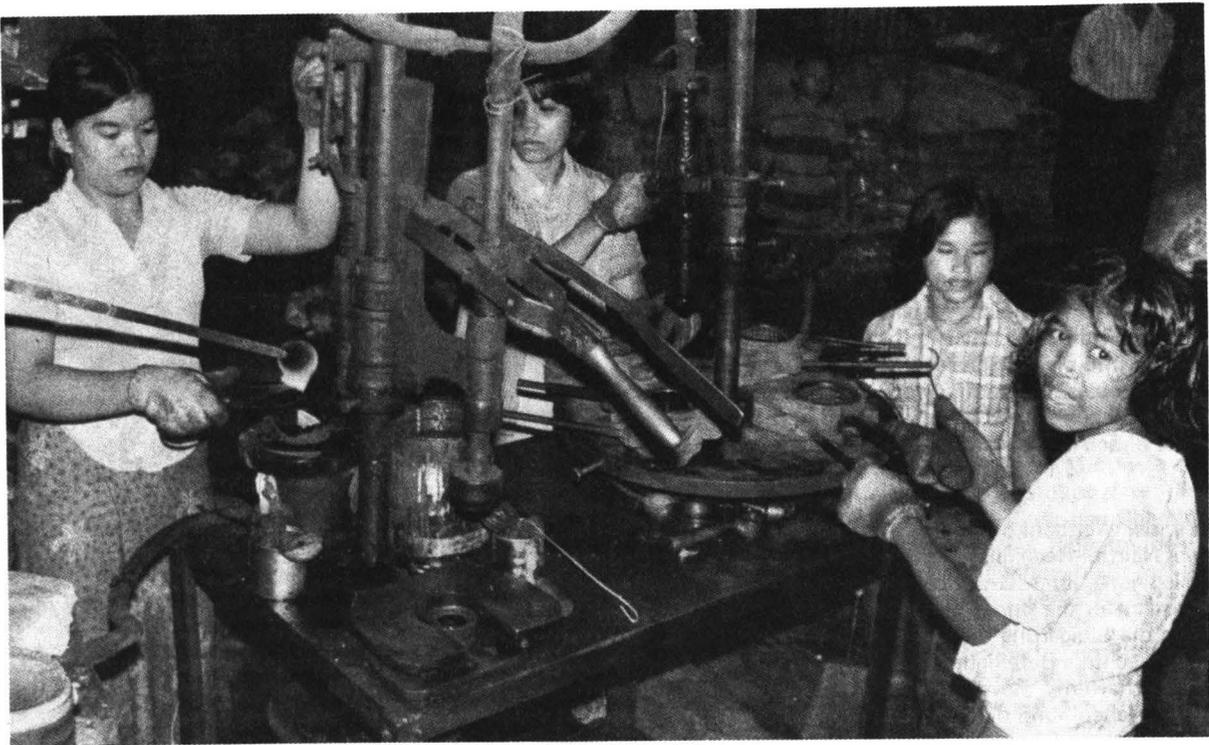
Den Statistiken nach ist die Industrieproduktion der unterentwickelten Länder in den 60er Jahren um jährlich 6% gestiegen, Anfang der 70er Jahre durch kräftige Direktinvestitionen um 10% und seit 1975, bei nachlassendem Investitionsfluß, nur noch um 3%. Jedoch werden solche Statistiken der wirklichen Entwicklung nicht gerecht: nicht nur, daß sie nichts über die geographische Ungleichzeitigkeiten der Entwicklung in den drei Kontinenten aussagen – das Investitionsmuster der Multis ist statistisch in solcher Form überhaupt nicht mehr zu erfassen. Der Anteil der Multis an den Industriegüterexporten der unterentwickelten Länder soll sich, wiederum nach derartigen Statistiken, seit Mitte der 60er Jahre nicht mehr gesteigert, sondern bei gut 15% gehalten haben (vgl. *Multinational Business* 1/1978). Zwar hat sich der Charakter der Industriegüterexporte der Multis auch der Statistik nach geändert: seit Beginn der 70er Jahre sind nahezu alle von den Multis aus unterentwickelten Ländern ausgeführten Produkte Teilfertigungen, so daß ein weiterer Produktionsschritt in den Metropolen oder in einem anderen Land erfolgen muß – nur der von den „Kostenfaktoren“ her günstigste Fertigungsschritt ist in einem Billiglohnland erfolgt. Daß der Statistik nach fast 85% der Industriegüterexporte aus unterentwickelten Ländern nicht von den Multis getätigt werden, hat aber tiefere Gründe: zum einen sitzen in den „freien Produktionszonen“ oft nicht „die Multis“, sondern Mittelbetriebe und Schachtelgründungen, die speziell für diesen Zweck ins Leben gerufen worden sind – und, viel wichtiger, die Multis sind dazu übergegangen, sich mit einem Ring von „selbständigen“ Kontraktfirmen und „informellen Betrieben“ zu umgeben, die die Arbeitskräfte ihrerseits mit einer Brutalität ausbeuten, die selbst ein Multi der 70er Jahre nicht mit seinem Renommee vereinbaren könnte.

Das multinationale Kapital, das sich zu einem „Hirn“ konzentriert hat, dezentralisiert sich auf der untersten Stufe, um sich die Arbeitskraft der Armen einzuverleiben – noch über die Ausbeutung in den „freien Produktionszonen“ hinaus. Seit der Krise von 1971 wurde die Armut in den drei Konti-



zenten mit neuen Augen gesehen. In der Ära der „Entwicklungsdekade“ hatte in den Entwicklungskonzeptionen der „modern sector approach“ vorgeherrscht: man hatte die „Kapitalisierung der Gesellschaft“ fördern wollen, so daß der Keil des „modernen Sektors“ der Großindustrie schließlich die gesamte Gesellschaft beherrschen würde. Und auch die Arbeitsbeziehungen hatten nach „modernen“ Charakteristiken gestaltet werden sollen: „So, wie der moderne Sektor schließlich alle Arbeitskräfte absorbieren soll, so sollen auch die Arbeitsbeziehungen nach diesem Vorbild gestaltet werden. Diese Arbeitsbeziehungen sind dadurch gekennzeichnet, daß Gewerkschaften auf der Grundlage freien Zusammenschlusses sich bemühen, den Preis der Arbeitskraft so hoch wie möglich auszuhandeln und die Bedingungen des Arbeitsprozesses selbst sowie die Dauer des Arbeitstages so günstig wie möglich zu gestalten“ – so beschreibt E. Senghaas-Knobloch (1979) das Konzept der International Labour Organization (ILO), wie es Mitte der 60er Jahre vorgeherrscht hatte. Die Kritik an dieser Konzeption, die Kritik an den Ergebnissen der „Entwicklungsdekade“, wurde zunächst von seiten einer Reihe von Sozialwissenschaftlern formuliert. Sie hatten den oben zitierten Lewis'schen Ansatz des „unlimited supply of labour“ – des Dualismus zwischen traditionellem Agrar- und modernem Industriesektor – aktualisiert und erweitert. So hatte Geertz schon 1963 (*Peddlers and Princes. Social Change and Economic Modernization in Two Indonesian Towns. Chicago*) den städtischen Dualismus zwischen dem traditionellen Basar-Sektor mit kleinen Firmen, niedrigem Einkommen und geringer Produktivität auf der einen und dem modernen Industriesektor auf der anderen Seite beschrieben; Wellisz hatte 1968 (*Economia, N.S. 35, 22*) den aus den 50er Jahren stammenden Ansatz von Lewis den modernen Bedingungen angepaßt: hatte Lewis noch einen spürbar höheren Lohnsatz im modernen Sektor gefordert, um die „versteckten Arbeitslosen“ aus dem traditionellen Agrarsektor als feste Arbeitskräfte in die Städte zu ziehen, so war nun die agrarische Subsistenzwirtschaft größtenteils zerstört und die Land-Stadtmigration hatte sich in offener städtischer Arbeitslosigkeit niedergeschlagen. Man brauchte also keine Abwerbelöhne mehr zu zahlen, sondern allenfalls Bruchteile der Familieneinkommen. Wellisz nannte die neue Art der Unterbeschäftigung „malthusianistisch“, weil es nicht mehr um das Verhältnis von Lohn und Arbeit, sondern um das Verhältnis von verfügbarem Nahrungsmittelaufkommen und Arbeitskräften ginge – eine kluge Vorwegnahme des Verhältnisses, das dann durch die Nahrungsmittelkrise weltweit durchgesetzt wurde. Schließlich hatte in der sozialwissenschaftlichen Diskussion Keith Hart (1971) den Begriff des „informellen Sektors“ in den Städten der drei Kontinente geprägt, jenes Sektors, der nicht durch formelle oder staatliche Arbeits- und Geschäftsbeziehungen geprägt war, sondern durch die weniger produktiven, niedriger bezahlten, illegalen bis kriminellen Einkommensbeziehungen der neuen städtischen Unterschichten. Und auch die Wirtschaftswissenschaftler entdeckten dieses Problem:

„In Kenya, wie in anderen Entwicklungsländern, läßt sich ein großer Teil der Bevölkerung nicht einfach in das hergebrachte Schema traditioneller Agrarsektor - moderner Industriesektor einpassen. Wie zum Beispiel sollen Ökonomen einen Handwerksunternehmer einordnen, der mit drei Helfern metallene Fahrradrahmen unter einem Dach aus Plastikfolie in den Außenbezirken Nairobis herstellt – würden sie ihn anders einordnen, wenn sie erführen, daß sein gesamtes Unternehmen illegal sei, daß seine Geschäftsräume mehrmals von der städtischen Polizei abgerissen worden seien und daß er und seine Helfer mit einem Bein ständig im Gefängnis stehen; würden sie ihn neu einordnen, wenn sie erführen, daß er seine Fahrradrahmen in vier Nachbarländer exportierte und gerade von einer erfolgreichen Geschäftsreise nach Zambia zurückgekehrt sei? Oder wie würden sie den Besitzer eines Imbiß einordnen, der aus Wellpappe und Plastikplanen hergestellt ist und eine städtische Lizenz besitzt, aber auch schon ohne eine solche das gleiche Unternehmen erfolgreich geführt hat, oder wie den Helfer des Imbißbesitzers, der kürzlich vom Land gekommen ist, illegal angestellt und ständig mit Arrest bedroht ist, der aber sein kleines Einkommen spart, um später



eine Ausbildung zu bezahlen und eine Anstellung im modernen Sektor zu finden? Oder wie einen alten Mann, der in einem illegalen Slumviertel Nairobis Räume seiner Blechhütte untervermietet und so sein einziges Einkommen verdient; wie den Schuhputzer, wie die Prostituierte, wie den Dieb?“ (Westley/Kabagambe 1978).

In der Krise gaben die internationalen Entwicklungsagenturen den kritischen Sozialwissenschaftlern recht, die beanstandeten, daß sich „Entwicklung“ nicht am durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, sondern am Abbau von Unterernährung, Arbeitslosigkeit und Ungleichheit messen ließe (D. Seers: Was wollen wir messen, in: Senghaas 1974); sie begannen, statt „Entwicklung“ die Illusion der Befriedigung der „Grundbedürfnisse“ anzubieten. Die ILO machte den Wandel der Entwicklungskonzeption bereits in ihrem Weltbeschäftigungsprogramm 1969 kenntlich, in dem sie die „Schaffung produktiver Beschäftigung für möglichst viele Menschen“ forderte, die „weltweite Entwicklung menschlicher Ressourcen“ – „aus Sorge um das Los derjenigen, die keine ausreichende Beschäftigung haben“. Durch Vermehrung produktiver Beschäftigung auf dem Land, Programme arbeitsintensiver öffentlicher Maßnahmen und Erhöhung des Beschäftigungsstandes in der Industrie durch Verzögerung der Kapitalintensivierung bei der Industrialisierung sollten „Wachstum und Umverteilung“ erreicht werden. Ausgehend von der Entdeckung des „informellen Sektors“ durch Keith Hart entdeckte die ILO im Rahmen einer Entwicklungsstudie über Kenya (1972) die „arbeitenden Armen“ – und:

„Die Erkenntnisse der Kenya-Mission sprachen dafür, daß die große Zahl von Arbeitsplätzen außerhalb des modernen Sektors in den urbanen Zentren nicht eigentlich auf ‚traditionelle‘ Weise beschäftigt, sondern – was auch immer deren wirtschaftliche Aktivitäten im einzelnen sind – durch den Lebenszusammenhang so auf den modernen Sektor bezogen ist, daß ihre Tätigkeit nicht mehr als traditionell verstanden werden kann. Joshi und andere haben 1976 in bezug auf die Elfenbeinküste formuliert: ‚Ein einleuchtendes Beispiel ist das Wachstum von handwerklichen Reparaturtätigkeiten für moderne Maschinen wie Fahrräder und später Automobile und landwirtschaftliches Gerät und die Ausbreitung der Mechanisierung.‘“

„Während der ‚formelle‘ Wirtschaftssektor durch Wachstumsraten, massive ausländische Investitionen, relativ hohe Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität gekennzeichnet wird, gelten für den ‚informellen‘ Sektor die je gegenteiligen Merkmale. Jedoch, so wird betont, kann damit dieser Sektor nicht

als überflüssig und unproduktiv abgetan werden. In ihm finden sich selbständige Handwerker, vor allem Schneider, Kleinhändler, Straßenhändler, nicht-industriell arbeitende Dienstleistungsbetriebe wie z.B. Eigentümer von Mühlen, sowie Boten, Lehrlinge und Arbeiter dieser Klein- und Kleinstbetriebe. D.h., die informellen Wirtschaftsaktivitäten sind nicht auf die Beschäftigung mit speziellen Arbeiten beschränkt (üblicherweise wurden dazu Straßenhandel und persönliche Dienstleistungen gerechnet), vielmehr, so heißt es in dem Kenya-Report, sind informelle Aktivitäten ‚durch die Art, in der die Arbeit ausgeführt wird‘, charakterisiert, nämlich durch die Leichtigkeit, mit der zu diesen Aktivitäten Zugang gefunden werden kann, durch den Rückgriff auf einheimische Ressourcen, Familieneigentum des Geschäfts und Kleinformat der Aufträge, Arbeitsintensität durch angepaßte Technologie, Fähigkeiten, die außerhalb des formalen Schulsystems erworben wurden, sowie schließlich durch einen unregulierten und wettbewerbsintensiven Markt“ (Senghaas-Knobloch 1979).

In der Folgezeit sollte es also darum gehen, durch die Förderung selbständiger kleiner Produzenten, der Kleinstbetriebe und der arbeitenden Armen deren Arbeitsleistung an die Entwicklung des modernen Sektors anzuknüpfen und auf diese Weise einen Arbeitsmarkt auszuschöpfen, der jenseits jeglicher juristischer oder lohnbezogener Arbeitsbeziehung stand, der insbesondere keine staatlich kontrollierten Mindestlöhne kannte und der Form nach die Fortsetzung vorkapitalistischen Arbeitsverhaltens war. Im Anschluß an die Kenya-Studie führte die ILO ähnliche Studien in 13 weiteren Städten der drei Kontinente – neben zahlreichen Entwicklungsstudien auf Länderbene – durch. Die Vorteile der Erhaltung vorkapitalistischer Produktionsweisen lag auf der Hand:

„Warum tut die vorherrschende kapitalistische Produktionsweise nichts, um die vorkapitalistische auszulöschen? Zumindest drei Gründe sind offensichtlich: Erstens scheinen die Aktivitäten des Sektors der Kleinstproduzenten sich auf Bereiche zu beziehen, die für die kapitalistische Produktionsweise in der Peripherie nicht profitabel sind, da diese ... ‚auf Exportproduktion für die Metropolen gerichtet ist und/oder auf Veredelung für den Re-export, und da die Produktion von Konsumgütern nur auf die Oberklasse gerichtet ist‘. Zweitens ... erlaubt das Fortbestehen dieses breiten Kleinstproduktions- und Verteilungssektors, in dem Unterbeschäftigung und geringes Einkommen verbreitet sind, die Erhaltung einer billigen überschüssigen Arbeitskraftreserve, die wichtig ist, um das Lohnniveau niedrig zu halten und, wenn benötigt, entsprechende Arbeitskräfte bereitzustellen. Auch kann dieser Sektor benutzt werden, um Arbeitsschritte aus dem kapitalisti-

schen Sektor auszulagern, um die Produktionskosten zu senken, wie dies etwa in Hongkong geschieht. Und schließlich ist die Erhaltung einer breiten Kleinstproduktion, die im wesentlichen auf Arbeit in Familienzusammenhängen beruht, für die Regimes der Entwicklungsstaaten wichtig, weil sie Investitionen für öffentliche Wohlfahrt überflüssig machen. Das heißt, daß mehr Kapital dort investiert werden kann, wo es dem kapitalistischen Sektor direkt nützt“ (McGee 1979).

Auch die Weltbank, die in der Krise die Entwicklungsstaaten für die Investitionen der Multis zurichtete, erkannte zu Beginn der 70er Jahre den Wert eines sozialen Programms, das – neben der Vernichtung der Überflußbevölkerung – die Weltmarktfabriken und die Klitschen mit billiger Arbeitskraft versorgen würde; eines Programms, das einen kapitalistischen Traum verwirklichen sollte: Arbeiter ohne Lohnforderungen, Arbeitskraft ohne Arbeiterklasse.

McNamara, der Weltbankpräsident, stellte sich 1973 in seiner berühmten Nairobi-Rede als „Anwalt der Armen“ vor, der die „Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse“ verfolge; durch das „investment in the poor“ gehe es, so ergänzte er ein Jahr später, „um die Steigerung der Produktivität der Armen, um ihnen eine gerechtere Beteiligung an den Früchten des Wachstums zu verschaffen“. Revolutionen in der Welt wollte er „überflüssig machen“ und die „Pestilenz der Armut“ besiegen. 1974 gab H. Chenery sein Buch „Redistribution with Growth“ heraus, geschrieben im Auftrag der Weltbank, worin es heißt: „Wenn eine geeignete Mischung von Erziehung, öffentlichen Einrichtungen, Zugang zu Krediten, Landreform usw. hergestellt werden kann, können Investitionen in die Armen Nutzeffekte in Form von höherer Produktivität und höheren Löhnen in den organisierten Wirtschaftszweigen hervorrufen, ferner eine Output-Steigerung und Einkommenserhöhung bei den sich-selbst-beschäftigenden Armen (self-employed poors).“ Man verfolgte ein „trickle-up-Konzept“: langfristig würden auch die Oberschichten wieder von der erhöhten Kaufkraft der Armen profitieren können – so die Theorie, während es in der Praxis um die Erhöhung der Produktivität in den Slums und ihre Anbindung an den Weltmarkt ging: 1976 verdeutlichte McNamara, was er zur Überwindung der Massenarmut empfahl: Er ermunterte die Dritte Welt, ihr Exportangebot auch in andere Richtungen, über Bekleidung, Textilien und elektrische Geräte hinaus, zu diversifizieren; nur sechs Entwicklungsländer lieferten zwei Drittel aller Fertigwarenexporte in die OECD-Staaten, es bestünde „also genügend Spielraum für andere Entwicklungsländer, sich in das Exportgeschäft einzuschalten, und sie sollten diese Chance nutzen“.

Die „Grundbedürfnisstrategie“, die „Investitionen in die Armen“ und die Durchsetzung der „internationalen Arbeitsteilung“ stehen also in enger Beziehung zueinander. Auch das „Kleinbauernprogramm“ der Weltbank steht in diesem Zusammenhang. Auf die Schaffung von „Kulaken“ und die Vernichtung der Bevölkerung zur „Durchkapitalisierung“ der Landwirtschaft haben wir oben verwiesen; ein Programm, das von E. Feder als „Selbsterstörung der Landbevölkerung in der Dritten Welt“ bezeichnet wurde. Und an anderer Stelle schreibt Feder, dem ganzen McNamara-Plan „scheint der Wunsch der Weltbank zugrunde zu liegen, das Kleinbauerntum als Brutstätte für Armut und Arbeitslosigkeit zu verewigen. Sie will die Armut auf dem Land nicht beseitigen. Ihr Ziel ist es, die Armut eine Zeitlang abzuschwächen und Zeit zu gewinnen“. (E. Feder, IZ3W, 53). Zeit zu gewinnen für die produktive Organisation der Armut in der Mehrwertkaskade des multinationalen Kapitals und die Vernichtung der „Überflußbevölkerung“. Die Vertreibung der Armutbevölkerung vom Land und gleichzeitig die Stabilisierung der Armut erhält ihren Sinn durch die Weltmarktfabriken und die „informellen Betriebe“ der Slums.

Auch die Weltbank führte zahlreiche Studien über den informellen Sektor durch; sie bezifferte die Zahl der Armutbevölkerung auf 900 Millionen, von denen immerhin mehr als 200 Millionen in den Städten lebten, wobei in vielen asiatischen



und afrikanischen Städten – vor allem in Indien, Bangladesch und Indonesien – der städtische Wachstumsprozeß noch in den Anfängen steckte. Freilich waren diese Zahlenangaben recht willkürlich, denn die Inflation der 70er Jahre verschob die Armutsgrenze auf dem Land und noch mehr in den Städten ständig; immer weniger Menschen erhielten ein fürs Überleben für notwendig erachtetes Einkommen. Aber man hatte beobachtet, daß die Inflation in den Städten der drei Kontinente und den Arbeitsmärkten vorteilhaft wirkte: z.B. waren in den Philippinen bei Inflationsraten von 45% zwischen 1972 und '74 die Beschäftigungsraten gestiegen, weil die verarmten Familien nun noch weitere Angehörige – vor allem Schulkinder – zur Arbeit geschickt hatten, um das Überleben zu sichern. – Nimmt es Wunder, daß die Weltbank nach dieser Erfahrung begann, IWF-Kredite für den Bau neuer Slum-Areale in Manila zur Verfügung zu stellen?

In den Studien sowohl der ILO als auch der Weltbank wurden immer stärker Empfehlungen entwickelt, wie der informelle Sektor als „Quelle tatsächlicher Entwicklungschancen“ zu nutzen sei. Sie reichten von der Empfehlung zur Stabilisierung von billigen/illegalen Wohnsiedlungen – wieviel „informelles Kapital“ ging doch dadurch verloren, daß solche Quartiere von den Staatsorganen immer wieder demoliert und von den Armen anschließend wieder aufgebaut wurden – über die Reduktion administrativer Auflagen für halblegale Kleinbetriebe – vor allem hinsichtlich der Arbeitsbedingungen, der Mindestlöhne, der Lizenzen etc. – bis zu den Überlegungen, wie der „informelle Sektor“ am effizientesten an den formellen Kapitalzyklus anzukoppeln sei. Derartige Verbindungen bestanden bereits in mannigfaltiger Weise (vgl. Senghaas-Knobloch 1979): über den Rohstoffmarkt, indem zahllose informelle Handwerker die Rohstoffe der großen Konzerne verarbeiteten, über die Produktionsmittel, zum Beispiel die importierten Nähmaschinen der informellen Schneidereien, und über den Konsum: besonders für Lateinamerika hatte man festgestellt, daß Unterschichtenfamilien einen Großteil ihres Geldeinkommens für Anschaffungen von Gütern aufwandten, die im „formellen“ Sektor hergestellt worden waren. Aber entscheidend wurde die Verbindung der verschiedenen Sektoren da, wo es um die direkte Nutzung der arbeitenden Armen durch den formellen kapitalistischen Sektor ging: vor allem

über Kontrakt- und Zuliefererverträge. „Im Raum von Dakar vermieten z.B. kleine Handwerksmeister ihre noch unter Lehrlings- und Gesellentradition stehenden Arbeitskräfte an Personen, die Zugang zu Aufträgen vor allem im Baugewerbe haben, aber die Ausführung, zum Teil mit mehreren Zwischenvermittlern, an die eigentlich ausführenden Betriebe zu nicht geringen Gebühren abgeben. Ähnliche Strukturen werden auch im Raum vom Kalkutta gefunden“, oder: „In einem Slum bei Fulbagan fanden wir einen kleinen Schuhbetrieb auf Familienbasis. Außer dem Eigentümer und seiner Familie wurde Beschäftigung für 4 Erwachsene und 2 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren verschafft. Die ganze Gruppe von Arbeitern sitzt in einem kleinen Raum von etwa 120 Quadratfuß und produziert während eines 8-Stunden-Tages zwei Dutzend ausgefallener Sandalen. Die gesamte Lohnrechnung für die 6 angeheuerten Arbeitskräfte kommt auf 16 Rs. pro Tag, bei einem Satz von 8 Rs. für ein Dutzend, und das summiert sich auf einen durchschnittlichen Lohn von 2,67 Rs. pro Tag und Arbeitskraft, wofür bei dem gegenwärtigen Preisniveau etwa 750 g Reis gekauft werden können. Wegen dieses geringen Lohns und der informellen Art, in der die Güter produziert werden, kann der Eigentümer seine Waren im Großhandel zu einem Preis von 130 Rs. pro Dutzend oder 11 Rs. pro Sandalenpaar an einen sehr bekannten Schuhproduzenten verkaufen. Die Sandalen werden dann von dem ‚Produzenten‘ unter seinem Markennamen zu einem Preis von 22,95 Rs. pro Paar oder 275,40 Rs. pro Dutzend vermarktet.“ Oder ein Beispiel aus Sao Paulo, wo die ILO-Forscher beobachteten: „Wichtig ist, daß viele informelle Gelegenheitsarbeiter auch von den großen industriellen und kommerziellen Konzernen der städtischen Wirtschaft beschäftigt werden; gewöhnlich führen sie manuelle Tätigkeiten aus, die wenig oder keine Ausbildung erfordern. ... In Sao Paulo beschäftigt der formelle Sektor häufig ungelernete und angelernte Arbeitskraft im Zeitarbeitsverhältnis und vermeidet so das brasilianische Arbeitsgesetz, das Minimallohne, Sozialversicherung usw. vorsieht.“ Hunderte weitere solcher Beispiele ließen sich finden. Herausgegeben von der US-AID, der ILO oder der Welbank gibt es Regale voll von Schriften über die Bedeutung der „Small-Scale-Enterprises“ als Mittlungsglied zwischen Multis und arbeitenden Armen. Senghaas-Knobloch schreibt: „Von der Empfehlung für Zuliefererverträge ist es nur ein kleiner Schritt zu dem Ziel, vorhandene Technik – ohne sie weiter auf ihre ‚Angepaßtheit‘ zu befragen – möglichst billig einzusetzen. Bei dieser Zielsetzung gelten als ‚arbeitsintensiv‘ dann jene Teile von Produktionsprozessen, die relativ zu anderen mehr lebendige Arbeitskraft konsumieren. Tatsächlich sind dies die typischen Bereiche für die Verlegung von Zuliefererverträgen und Produktionsanlagen an Orte, in denen eine entsprechend trainierte Arbeitskraft billiger ist.“

Ein Vorstandsmitglied der Siemens-AG berichtet: „In Entwicklungsländern sind heute in der Siemens-Organisation rund 40 000 Mitarbeiter tätig. Berücksichtigt man die zusätzlichen Arbeitsplätze bei Unternehmen, bei denen Siemens nur mit einer Minorität beteiligt ist oder ohne Beteiligung nur know-how für Produktionstechnik oder technische Verfahren transferiert oder die mit Unterstützung von Siemens-Mitarbeitern aufgebaut wurden, addiert man weiter noch die Arbeitsplätze bei unzähligen, meist kleineren und mittleren Zulieferanten für diese Fertigungen dazu, so hat das Unternehmen in der Nachkriegszeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Dritten Welt in der Größenordnung von 150 000 beigetragen. Der Anteil der deutschen Führungskräfte und Experten liegt dabei inzwischen unter einem halben Prozent.“ Einem Kern von 40 000 Arbeitern, die direkt bei Siemens beschäftigt sind, sind also Klitschen und Zulieferer mit 110 000 Arbeitskräften zugeordnet, die die Arbeiter zu noch unerträglicheren Bedingungen ausbeuten als der Multi selbst – gleiches gilt für die Zuliefererindustrie der Autokonzerne, gleiches gilt, wie das folgende Beispiel zeigt, auch für den Chemiesektor: ICI liefert nach Indien schlüsselfertige Polyäthylenkombinate. Hinsichtlich des technischen know-how heißt es: „Send eight of your people to Wilton for ten weeks to learn to operate the plant – it works with all nationalities.“ Das Polymer wird dann in 4 000 oder mehr Kleinbetrieben zum Endprodukt veredelt; Betriebe, die insgesamt 50 000 Personen beschäftigen. Acht zehn Wochen lang angelernte Ingenieure bilden das Zentrum für 50 000 Arbeiter aus den indischen Slums! (Stout 1978).

Während ILO, Weltbank und US-AID seit Beginn der 70er Jahre einen Schwerpunkt in der Nutzbarmachung der Arbeitskräfte aus den städtischen Slums der drei Kontinente sehen – und in der Dezimierung dieser Menschen durch Bevölkerungsplanungsprogramme (vgl. Abschnitt 2.3.) –, konzentrieren sich die Entwicklungsorganisationen der UNO, die UNIDO, seit 1971 auf die Verbreitung der „freien Produktionszonen“. Dem „umseitigen“ Kasten sind einige Informationen zu diesen „Produktionsklaven“ zu entnehmen. Hier fallen die Mittlerinstanzen, die Klein- und Kleinstbetriebe, weg, und die arbeitende Armutsbevölkerung ist dem unmittelbaren Zugriff durch die Multis freigegeben. Fröbel, Heinrichs und Kreye schreiben: „Der Aufbau freier Produktionszonen beginnt mit der Bereitstellung (Enteignung) und Erschließung von Grund und Boden als Industriegelände. Die Auswahl der Standorte ist vor allem bestimmt vom Standort der Arbeitskraft. ... Die Auswahl der Standorte erfolgt häufig ohne Rücksicht auf vorhandene ökonomische Strukturen und ökologische Auswirkungen. Sie ist in vielen Fällen



»FREIE PRODUKTIONSZONEN«

Die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung hat die Planung freier Produktionszonen und die Gewährung technisch-organisatorischer Hilfestellung bei ihrem Aufbau zu einer ihrer Hauptaktivitäten im Rahmen ihres Programms zur Förderung von exportorientierten Industrien gemacht. Als Standardausstattung werden empfohlen: Befreiung von Zöllen und Abgaben, Befreiung von Steuern, Verzicht auf Kontrolle des Zahlungsverkehrs, Bereitstellung von günstigen Krediten, Vorzugstarifen für Transportleistungen zwischen der Zone und den See- und Flughäfen (die meisten verfügen über eigene Häfen und Containerterminals), für Pacht etc., Bereitstellung von vorgefertigten Fabrik- und Bürogebäuden, Einrichtung der nötigen Infrastruktur.

„Die Ausstattung mit moderner Infrastruktur und die Gewährung zoll-, steuer- und devisa-rechtlicher Sonderregelungen macht die Ausnutzung des Angebots an billiger Arbeitskraft für weltmarktorientierte Produktion auch in Regionen möglich, in denen außerhalb der freien Produktionszonen sonstige Voraussetzungen (außer billiger Arbeitskraft) für profitable Produktion fehlen. Die Abschirmung der freien Produktionszonen vom unterentwickelten Umland, ihre Umgrenzung mit Zäunen (nicht selten Wachtürmen) und Kontrolleinrichtungen – zunächst eine Maßnahme zur Abgrenzung des zollfreien Gebiets, darüberhinaus aber überaus funktional zur Kontrolle der Arbeiterschaft – läßt sie auch äußerlich als Enklave erkennen.“

„In den freien Produktionszonen ist entsprechend eine Produktionsstruktur entstanden und im Entstehen, die überwiegend durch eine Produkt- und Prozeßtechnologie gekennzeichnet ist, die nur ungelernete / angelernte Arbeitskraft erfordert. Das ist keineswegs, wie häufig behauptet wird, notwendig arbeitsintensive Fertigung. ... Das ist ferner keineswegs nur Montage oder Teilfertigung. Die moderne Fertigungstechnologie erlaubt die Separation solcher Tätigkeiten, für die nur ungelernete / angelernte Arbeitskraft benötigt wird, auf allen Produktionsstufen. Das ist schließlich vielfach gerade die Fertigung, die alternativ kapitalintensiv-automatisiert oder arbeitsintensiv-manuell – durch ungelernete Arbeitskraft – betrieben werden kann, da Automation wie die Beschäftigung ungelerner Arbeitskraft in gleicher Weise die Zerlegung des Arbeitsprozesses in seine elementaren Bestandteile erfordern.“

„Folgende Fertigungen werden als charakteristisch für die Produktion in freien Produktionszonen angegeben: Teilmontage und Endmontage von Radiogeräten und Radioteilen und von Fernsehgeräten und Teilen von Fernsehgeräten, Montage von Tonabnehmern für Plattenspieler, Montage von Spielzeug, Montage von wissenschaftlichen Instrumenten, Zusammennähen von vorgeschnittenen Handschuhtteilen, Zusammennähen von Sportbällen und Zusammennähen und -nieten von vorgeschrittenen Materialien und Metallrahmen in der Kofferherstellung.“

„Eine dritte Art von investitionspolitischen Anreizen wird in vielen freien Produktionszonen in Form von Einschränkungen der politischen und sozialen Rechte der in den Zonen tätigen Arbeitskräfte angeboten. Dazu zählen Einschränkungen des Geltungsbereichs der jeweiligen nationalen Arbeitsgesetzgebung, die Aufhebung von Auflagen zur Zahlung von Mindestlöhnen, die Befreiung von Sozialabgaben und die Einschränkung von Rechten zu gewerkschaftlicher Tätigkeit. So wird zum Beispiel in Südkorea mit der Möglichkeit einer 60-Stunden-Woche und der Zusicherung des Schutzes vor unerwünschten Auseinandersetzungen mit der Arbeiterschaft geworben.“

„Daß im übrigen das Vorhandensein oder die Durchsetzung politischer Investitions Garantien für die profitable Nutzung der Arbeitskraft, sprich Militärdiktaturen und gewerkschaftsfeindliche Regierungen, eine besondere Rolle spielen, spiegelt die vorgefundene regionale Verteilung der freien Produktionszonen in besonderer Weise wider.“

„Maßgeblich für die Errichtung von Weltmarktfabriken in der Elektronikproduktion ist die unmittelbare Verfügbarkeit von Arbeitskraft am jeweiligen Standort. Dabei ist nicht nur die Zahl der Arbeitskräfte von Bedeutung. Die Arbeitskraft muß eine Grundausbildung haben, sie muß leicht anlernbar sein und darf nicht über eine zu große Fläche verteilt sein. In Hong Kong und Singapur sind die Arbeitskräfte in besonderen Arbeiterwohnstädten in der Nähe der Produktionszentren konzentriert. Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Elektronikindustrie in den Entwicklungsländern vorwiegend weibliche Arbeitskraft beschäftigt. Das hat zwei Gründe:

Erstens, die Löhne für weibliche Arbeitskräfte sind gewöhnlich niedriger als für männliche Arbeitskräfte der gleichen Ausbildung und Profession; zweitens erscheint es so, daß diese Art von Arbeit – zum Beispiel Halbleitermontage – von weiblichen Arbeitskräften mit einem höheren Effizienzgrad als von männlichen Arbeitskräften ausgeführt wird.“ (Über Arbeitskräfte schrieb hier die UNCTAD).

Werbung für Produktionszone Masan / Südkorea: „Billige Arbeitskraft ist im Überfluß vorhanden und bietet damit exzellente Konkurrenzvorteile für Produkte auf internationalen Märkten. Qualifizierte männliche und weibliche Arbeitskräfte, die mindestens über Grundschulabschluß verfügen und leicht anlernbar sind, stehen aus den umliegenden Städten laufend zur Verfügung“.

Werbung für Mauritius: „Mauritius offers a labour force: Young, plentiful, literate, adaptable.“

Malaysia: „Die Löhne in Malaysia gehören zu den niedrigsten in dieser Region; weibliche Arbeitskräfte können zu einem Tageslohn von ungefähr 1,50 US-Dollar beschäftigt werden. Die Arbeitskräfte sprechen im allgemeinen Englisch und der Alphabetisierungsgrad ist überdurchschnittlich hoch ...“

Philippinen: „Unsere Arbeitskraft spricht ihre Sprache. Es spielt keine Rolle, ob Sie in der Elektronik-, Bekleidungs- oder Automobilindustrie tätig sind. Die Alphabetisierungsrate betrug 1973 83,4 Prozent (Englisch ist Unterrichtssprache). ... Das allgemein hohe Niveau der Ausbildung des philippinischen Arbeiters macht ihn sehr anpassungsfähig und leicht anlernbar. Sie können sogar über Arbeitskräfte verfügen, die die Regierung in ihren Ausbildungszentren für Sie besonders vorbereitet hat.“

„In den freien Produktionszonen entfällt auf die Gruppe der 14- bis 24-jährigen Frauen ein Anteil von 87% an den insgesamt beschäftigten Produktionsarbeiterinnen.“

„Durch außerordentlich einseitige Beschäftigungsstruktur in freien Produktionszonen und Weltmarktfabriken – wie gezeigt worden ist, werden vorwiegend Frauen vorwiegend in der Altersstufe von 16-30 Jahren beschäftigt – wird eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit sowohl der männlichen Bevölkerung allgemein als auch der älteren weiblichen und männlichen Bevölkerung nicht erreicht.“

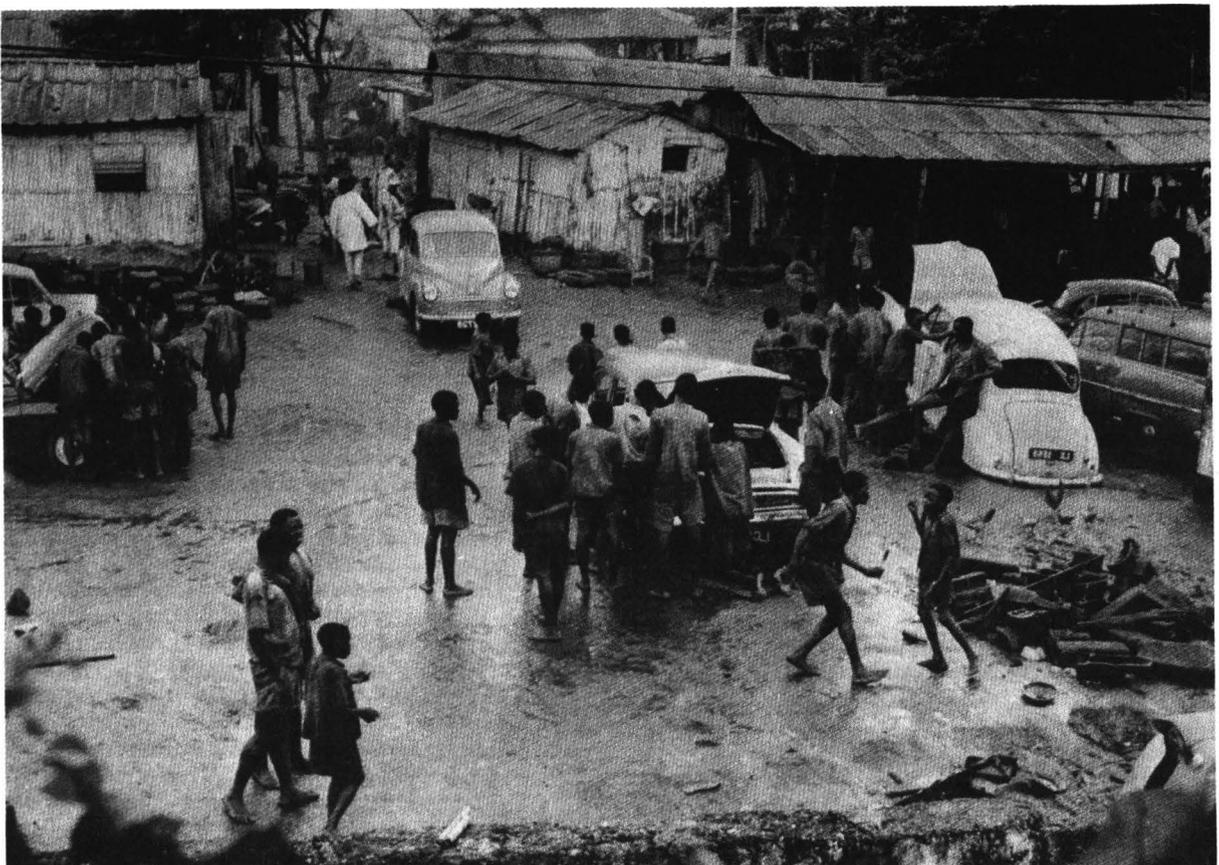
„Auch in den Regionen, in denen eine Konzentration von Weltmarktfabriken dazu geführt hat, daß unbeschäftigte Frauen der jüngeren Altersgruppen auf den entsprechenden Arbeitsmärkten nicht mehr zur Verfügung stehen, zeichnen sich kaum Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur ab. Die Unternehmen reagieren fast ausnahmslos mit der Verlagerung an neue Standorte, an denen wiederum nur diese spezifische Arbeitskraft beschäftigt wird.“

(zusammengestellt nach Fröbel/Heinrichs/Kreye)

mit der zwangsweisen Vertreibung bäuerlicher Bevölkerung von landwirtschaftlich genutzten Flächen verbunden.“ Sie zitieren aus einem Bericht über die Erschließung einer Produktionszone in den Philippinen:

„Riesige Erdbewegungsmaschinen (überrollen) einen Ort, der einst Nabacaan hieß und in dem 143 Familien wohnten. Diese Szene wird sich sooft wiederholen, bis zwei Städte dem Erdboden gleichgemacht worden sind, um für 3 000 Hektar ‚Fortschritt‘, bekannt unter dem Namen PHIVIDEC Industrial Estate, Platz zu machen. In der Zwischenzeit werden mit aller Wahrscheinlichkeit menschliche Rechte, Wohlergehen und Würde ebenso überrollt sein wie die Erde von Nabacaan. (Der Ort) ist zufälligerweise gerade weit genug entfernt von den Moslemrebelln und nahe genug dran an der Quelle billiger Energie des Wasserkraftwerks der Maria-Christiana-Fälle. Zufälligerweise sind die Städte Tagaloan und Villanueva ideales Gelände für industrielle Entwicklung. Zufälligerweise sind sie aber auch die Heimat von 29 000 Menschen.

Für die Umsiedlung dieser Leute wurde die Gegend Kalingagan schließlich ausgewählt. Daß die Wahl auf diese Gegend fiel, basiert angeblich darauf, daß die Mehrheit der Betroffenen diesem Ort den Vorzug gab. Er liegt 7 km von der Hauptstraße entfernt und 500 m über dem Meeresspiegel, ein hügeliges, felsiges Plateau. Landwirtschaftlich ist das Land kaum zu nutzen. Der saure Boden ist so unfruchtbar, daß darauf nicht einmal Tomaten wachsen können. Wenn also die Wahl der Leute auf Kalingagan fiel, ist es in der Tat kaum vorstellbar, wie es um die anderen sieben vorgeschlagenen Gegenden bestellt sein muß. ... Den Leuten ist versprochen worden, daß sie bevorzugt Arbeitsplätze in dem Sinterwerk (von Kawasaki) erhalten werden. Im Moment sind viele beim Bau des Werks beschäftigt. Zwei Busse sind angeschafft worden, um die Leute zu transportieren, wenn das Ansiedlungsgebiet bezugsfertig sein wird. Doch die Bereitschaft der Leute, gegen diese willkürliche Behandlung Widerstand zu leisten, ist sehr stark. Ihre letzte Versammlung schloß mit den mutigen Worten: ‚Dies ist unser Land. ... Wir sind es gewohnt, auf dem Land zu arbeiten. ... Wir sind es nicht gewohnt, als Lohnarbeiter zu arbeiten. ... Deshalb werden wir lieber heute sterben als morgen verhungern! Möge Gott Kawasaki verbieten, sich bis auf unser Gebiet auszubreiten!‘



Ein weiteres Beispiel aus Malaysia:

„Die freie Produktionszone Bayan Lepas sei auf einem Gelände errichtet worden, das vordem im Besitz von selbständigen Bauern gewesen sei, die sowohl für den Eigenverbrauch als auch für den Markt produziert und unter relativ guten Bedingungen gelebt hätten. Die Regierung hätte das Land enteignet und die Bauern in abgelegene Regionen umgesiedelt, wo jedoch keine gleichwertig landwirtschaftlich nutzbaren Flächen vorhanden seien. Die Bauern hätten sich zunächst der Enteignung nicht beugen wollen, seien jedoch auf Grund eines Gesetzes, das die Enteignung von Grund und Boden im öffentlichen Interesse erlaube, zum Verlassen des Lands gezwungen worden. Die Regierung habe eine geringe Entschädigung von ungefähr 2 000 malaysischen Dollar pro Familie gezahlt. Die umgesiedelten Familien wären auf Grund der Umsiedlung teilweise gezwungen, ihren Lebensunterhalt außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors zu verdienen. Die jüngeren weiblichen Familienmitglieder seien die ersten Arbeitskräfte in der freien Produktionszone gewesen. Die Löhne in Bayan Lepas seien bei Produktionsaufnahme – 1972 – zunächst niedriger gewesen als in anderen Produktionsstandorten in Malaysia. ...“

In der Mobilisierung und Vernetzung von Arbeitskraft wirken Agroindustrie und freie Produktionszonen analog. Die

Menschen, die vom Land vertrieben werden, erhalten in den neuen Zonen nicht genug Lohn, als daß sie sich davon ernähren könnten. Sie werden auf unfruchtbarem Boden angesiedelt, so daß sie auch von der Landwirtschaft allein nicht mehr leben können. In Städten und Dörfern werden neue „labor-surplus-economies“ geschaffen, mit Familienwirtschaften, die nur existieren können, wenn sie ihre Töchter in die neuen Fabriken schicken. Diese erhalten wenig Lohn, zu wenig, um davon zu leben, aber ihre Familien brauchen das Geld zusätzlich zu dem, was sie sonst erwirtschaften können.

Und in diesem Punkt, der Zahlung von Arbeitslöhnen unterhalb der Reproduktionskosten, der Abwälzung der Reproduktionskosten auf den nicht-kapitalistischen Sektor bzw. den Subsistenzzusammenhang der Produktionsfamilien, liegt die Gemeinsamkeit der Vernetzung von Plantagenarbeitern durch die Agrokonzerne, der Verknüpfung zum „informellen Sektor“ der trikontinentalen Städte und der Verschleißung junger Frauen in den „freien Produktionszonen“. Das Prinzip ist so alt wie die Verlagsarbeit im frühindustrialisierten Europa, wie die koloniale Zwangsarbeit oder die südafrikanischen Reservate – in den 70er Jahren wurde es durch Krise, Inflation und Hunger zum beherrschenden Prinzip der Kapitalakkumulation in den drei Kontinenten.



Mobilisierung und Reproduktion der Arbeitskraft

Noch immer leben die meisten Menschen in den drei Kontinenten auf dem Dorf. Und die meisten derjenigen, die in die Blechhütten der Städte abgewandert sind, sind in Dörfern aufgewachsen – ihre Eltern und Verwandten leben dort, dort heiraten sie, und viele kehren, wenn sie in den Slums kein Auskommen finden, dorthin zurück. Wo immer sie auch liegen mögen, die Dörfer und die in ihnen lebenden Familien weisen weltweit große Ähnlichkeiten auf, auch nachdem das traditionelle Verhältnis zwischen Feudalherren oder agrarischen Oberschichten und den Bauern oft ganz anderen Herrschaftsformen gewichen ist. Nach wie vor sind die Dörfer durch Familienproduktion, Subsistenzbeziehungen, durch die Gleichheit derer, die allesamt arm sind, durch die kollektive Suche nach Überlebensmöglichkeiten bestimmt. Es ist keine 50 Jahre her, daß ein englischer Kolonialherr über die indischen Dörfer schrieb: „Die Dorfgemeinschaften sind kleine Republiken, sie erzeugen fast alles, was sie brauchen, selbst und sind nahezu unabhängig von Verbindungen nach außen. Sie scheinen zu überdauern, wo nichts sonst mehr bleibt. Eine Dynastie nach der anderen fällt, eine Revolution folgt der nächsten . . . aber die Dorfgemeinschaft bleibt die gleiche.“ Freilich hat der Kolonialismus wie auch später der Entwicklungsstaat alles daran gesetzt, diese Dorfgemeinschaften zu erschließen und zur Geldwirtschaft, zum Exportfrüchteanbau und zur Lieferung von Arbeitskräften zu zwingen – aber, so schreibt Joel S. Migdale, „es ist bemerkenswert, wie sich die Bauern immer wieder von so vielen Auswärtskontakten wie möglich zurückgezogen haben, wann immer es die örtliche Situation und die Schwäche der Ausbeutungsinstitutionen erlaubten“. Dieser Rückzug auf die Egalität der Dorfgemeinschaft hatte stets nur einen Sinn: in einer feindlichen Umwelt zu überleben – gegen Hungersnöte und Feudalherren, gegen den Staat, der als Steuereintreiber, Polizei oder Armee in Erscheinung trat. Auch das kleinste Risiko mußte vermieden werden, denn für den, der gerade an der Überlebensgrenze lebt, kann auch das schon tödlich sein. Ein indischer Bauer: „Kein Dorfbewohner kann an sich selbst denken und nicht zugleich an seine Familie. Er steigt oder fällt mit ihr. In den Städten zerstreuen sich die Familien, aber wir brauchen die ganze Kraft der Familie, die uns stützt. Wir mißtrauen der Welt draußen, und wir mißtrauen einander. Unser Leben wird durch Ängste bestimmt: Wir fürchten den Steuereintreiber, wir fürchten den Polizeiaufseher, wir fürchten jeden, der so aussieht, als könnte er Autorität über uns beanspruchen, wir fürchten unsere Kreditgeber, unseren Patron, wir fürchten zu viel Regen, wir fürchten die Heuschrecken, wir fürchten Diebe, böse Geister, die unsere Kinder und unsere Tiere bedrohen, und wir fürchten die Stärke unseres Nachbarn. Wundern Sie sich, daß wir die Kraft unserer Brüder und Söhne vereinigen? Den Mann muß man bedauern, der gegen all die sichtbaren und unsichtbaren Gefahren allein dasteht, die ihn bedrohen. Unsere Familien sind unsere Versicherung. Wird jemand krank, dann weiß er, daß seine Familie für ihn und seine Kinder sorgen wird, bis er wieder arbeiten kann. Und man wird für ihn sorgen ohne einen Vorwurf. Wenn er stirbt, sind seine Witwe und die Kinder sicher, ein Zuhause zu haben.“ Und auch, wenn die Dörfer auseinanderbrechen: „Für den armen Bauern überleben bestimmte Institutionen, um mit den von außen einströmenden Unsicherheiten zurechtzukommen. So dienen Familien- und fiktive Verwandtschaftsbeziehungen als ‚Leitfaden und Orientierungspunkt der Mobilität‘. Sie sind nicht mehr zusammenhängende Produktionseinheiten und dienen nicht mehr dazu, Solidarität und Einigkeit zu schaffen, um auswärtige Kräfte aus dem Dorf herauszuhalten. Vielmehr sehen die Bauern sich zunehmend mit der Unsicherheit konfrontiert, die die Integration in den nationalen Staat und die zunehmende Konkurrenz beim Exportanbau auf Lohnbasis

mit sich bringen, und oft suchen sie eine ‚kollektive Orientierung‘ gegenüber den Problemen, die eine individualistische Gesellschaftsform mit sich bringt.“ Die Familie bleibt der Drehpunkt und die ökonomische Basis für die Sicherung des Überlebens.

A.V. Chayanov hat 1926 in Rußland das Wesen der „bäuerlichen Ökonomie“ untersucht, das auf der Familienwirtschaft beruht. Er hat diese Ökonomie durch zwei Begriffe charakterisiert: „Selbstaussbeutung“ und „Hungerpacht“. Zunächst hatte er beobachtet, daß Bauernfamilien, die sich von kleinsten Landstücken in dicht bevölkerten Regionen ernähren müssen, unvorstellbar schwer und lang arbeiten, um auch nur die kleinste Produktionssteigerung zu erreichen, und daß sie dies tun, obwohl sich ein solcher Einsatz nach kapitalistischen Kriterien überhaupt nicht lohnen würde – dies nannte er „Selbstaussbeutung“. Und weiter, in der Formulierung von J.C. Scott: „Die überragende Wichtigkeit, die Subsistenzbedürfnisse für die Familie zu befriedigen, zwingt die Bauern nicht nur, ihre Ernte für jeden Preis zu verkaufen, sondern zwingt sie auch, mehr Geld für den Kauf oder die Pacht von Land aufzubringen, als dies nach kapitalistischen Kriterien in Frage käme. Ein Bauer, der wenig Land hat, aber eine große Familie mit überschüssiger Arbeitskraft, wird enorme Preise für zusätzliches Land bezahlen – ‚Hungerpacht‘, wie es Chayanov nennt – solange dieses Land auch nur das geringste Zubrot zum Familieneinkommen abwirft. Und je weniger Land eine Familie besitzt, desto mehr wird sie zu zahlen bereit sein für einen zusätzlichen Acker.“ Diese Charakteristika der bäuerlichen Ökonomie gelten in dieser Form freilich nur für dicht bevölkerte Gebiete mit knappem Land – in anderen Regionen sucht die Produktionsfamilie andere Möglichkeiten, um gegen immensen Arbeitsaufwand auch das geringste Zubrot zu verdienen – sei es durch Handwerksproduktion, Fischfang, Sammlertätigkeit, sei es durch Verlagsarbeit oder Tagelöhner-tätigkeit. Entscheidend bleibt, und so läßt sich die Chayanovsche Entdeckung verallgemeinern, daß die Produktionsfamilien ihre Einkommensforderungen allein an der Überlebensgrenze für ihre Familien bestimmen, solange sie als Produktionseinheit intakt bleiben; und das auch mit der fatalen Konsequenz, daß sie um so mehr arbeiten, je ärmer sie sind – ihre Kinder um so mehr zur Arbeit schicken, je weiter die Armutsgrenze nach unten verschoben wird, um so mehr Familienmitglieder für Niedrigstlöhne arbeiten lassen, je niedriger eben diese Löhne sind. Es nimmt nicht wunder, daß die kapitalistische Ökonomie die Chayanov-Ökonomie in dem Moment „wiederentdeckte“, als sie erkannt hatte, daß die Schaffung eines Lohnproletariats in den drei Kontinenten zur Auflösung der Produktionsfamilien und zu explodierenden Einkommensforderungen geführt hatte. Die Entdeckung eines Wellisz am Ende der 60er Jahre, daß sich die Abwanderung aus ländlichen „labour-surplus“-Regionen nicht nur nach der Lohndifferenz zwischen Stadt und Land, sondern nach dem „Grenzprodukt des potentiellen ländlichen Emigranten“ richtete, also allein danach, ob die ländliche Produktionsfamilie ihr Überleben dadurch glaubte sichern zu können, wenn sie eins oder mehrere ihrer Mitglieder zur Arbeit in die Stadt schickte – diese Entdeckung war nichts anderes als die Anknüpfung des Chayanov-Prinzips an die kapitalistische Ökonomie.

War es in der Kolonialzeit in vielen Regionen darum gegangen, die Dorfgemeinden zum Exportfrüchteanbau und zur Lieferung von Arbeitskraft zu zwingen – mit Waffengewalt, durch „Arbeitssteuern“ oder Sklavenarbeit, dann durch Geldsteuern, die den Dorfgemeinden die Geldökonomie und damit den Anbau von „cash-crops“ oder den Verkauf ihrer Ar-



beitskraft gegen Geld aufzwingen –, so hatte man gewissermaßen „naturwüchsig“ eine Kombination von Arbeitskräfterekrutierung und agrarischer Subsistenzproduktion hergestellt. So die Beobachtung von Karstedt über den afrikanischen Wanderarbeiter 1933: „Das Charakteristikum dieser Lohnarbeit ist das der Wanderarbeit, ein Charakteristikum, das die Fortsetzung der älteren Formen direkter Zwangsarbeit ist. In der Regel ist es nicht möglich, den alten dörflichen, bäuerlichen Zusammenhang zu verlassen.“ Hanisch und Tetzlaff schreiben über diese Zeit: „Wo nötig, wurde zudem die Arbeitskraftbeschaffung vom Staat organisiert, nicht selten militärisch erzwungen und deren Kontrolle (und Ausbeutung) durch Einsatz des Repressionsapparates sichergestellt. Der einheimische Grundnahrungs- und Subsistenzsektor wurde in dieser Zeit fast vollständig vernachlässigt bzw. zerstört, es sei denn, dessen tributäre Funktion als Arbeitskräftereservoir wurde erkannt und einigermaßen stabilisiert.“

Für diesen Zusammenhang lassen sich aus allen Regionen der drei Kontinente Beispiele finden; ausführlich untersucht ist zum Beispiel die Pflanzeroökonomie in Westafrika: Seit etwa in Obervolta seit Beginn dieses Jahrhunderts die Subsistenzökonomie durch Steuereintreibung und Zwangsarbeit nicht mehr ausreichte, um die Familieneinkommen sicherzustellen, setzten die Wanderungswellen der jungen Männer aus dieser Region zu den Erdnußplantagen des Senegal, den Kakaoplantagen Ghanas und den Pflanzungen der Elfenbeinküste ein. In nach Dörfern zusammengestellten Arbeitsrotten arbeiteten sie während der Erntezeiten als Tage- oder Zeitlöhner, Kontraktarbeiter oder Sharecroppers, um am Ende der Saison Nahrungsmittel, Geld und Geschenke in ihre Dörfer zu bringen. Bettelheim hat in diesem Zusammenhang von einer „**Erhaltungs-Auflösung**“ der Subsistenzwirtschaft in Obervolta gesprochen.

Eine ähnliche Form der Rotationswanderung findet zwischen den schwarzafrikanischen Grenzstaaten und den südafrikanischen Minen statt, zum Beispiel aber auch zwischen den pazifischen Inseln und Neuseeland oder Australien, in Indonesien, von Mexiko in die USA, von Bolivien, Kolumbien und Paraguay nach Argentinien usw.

Das Prinzip, Subsistenzanbau und Arbeitskräftrotation zu verknüpfen, war so profitabel, daß es schon seit den 20er und 30er Jahren nicht mehr „naturwüchsig“, sondern in vollem Bewußtsein hergestellt wurde. Hatte sich dieses System in

den südamerikanischen Haziendas wie von selbst hergestellt – die Indios wurden aus den fruchtbaren Gebieten vertrieben und auf einer Ecke der Hazienda in einer Art Leibeigenschaft gegen tributäre Ablieferung von Arbeitskraft wieder angesiedelt –, so fand sich dieses System nun auch in ganz anderen Regionen: seit 1936 im Sudan, wo die Engländer das „Gezira-Scheme“ errichteten, eine Kombination von Subsistenz- und Baumwollexportproduktion sudanesischer Kleinbauern, die durch die Ansiedlung von Produktionsfamilien aus dem Niger und Tschad komplettiert wurde, die in der Erntesaison Arbeitskräfte zu stellen hatten; auf den Teeplantagen Ceylons, wo Tamilen nach dem gleichen Prinzip angesiedelt wurden; auf den Bananenplantagen der US-Konzerne in Südamerika, den Zuckerhaziendas der Philippinen, den Gummiplantagen Malaysias, wo Inder und Chinesen angesiedelt wurden von multinationalen Unternehmen . . .

Das bekannteste Beispiel freilich ist die Reservatpolitik in Südafrika. Im „Native Lands Act“ von 1913 wurde der schwarzen Bevölkerungsmehrheit 7,1% des Lands als Reservat zugeordnet. „Vorausgegangen waren dem die millionenfache Vernichtung ganzer Volksgruppen, die systematische Zerstörung afrikanischer Produktionsweisen (gemeinschaftliches Eigentum der Sippe, Verteilung nach Einfluß und Verwandtschaftsgraden), um ein schwarzes Proletariat entstehen zu lassen. Der für die nationale Unterdrückung der Südafrikaner überaus bedeutsame ‚Native Lands Act‘ legte fest, daß in Zukunft kein Afrikaner Land außerhalb der Reservate kaufen oder besitzen durfte. Gleichzeitig verbot dieses Gesetz den Weißen, Land in den Reservaten zu erwerben oder zu besitzen. Damit wurde nicht nur ein beispielloser Raub besten Bodens sanktioniert, es wurde auch verhindert, daß die Afrikaner vollständig enteignet wurden und vollständig verproletarisiert. Denn der vorkapitalistische Sektor in den Reservaten hatte nach dem Willen der Weißen eine wichtige Funktion zu erfüllen. Einerseits zwang er die männlichen Afrikaner zur Wanderarbeit: ‚Natürlich können sich die Eingeborenen in diesen Gebieten nicht nur durch die Landwirtschaft ernähren, sie wären gezwungen herauszukommen, um zu arbeiten ... aber das würde den unschätzbaren Vorteil für sie selbst und den weißen Mann mit sich bringen, daß sie ihre Frauen und Familien zurücklassen müßten‘ (hieß es 1906 in einem Regierungspapier, noch bevor die Reservate eingerichtet waren). Andererseits übernahm der vorkapitalistische Sektor wichtige Repro-

duktionsfunktionen, die ‚eigentlich‘ vom Kapitalisten als Lohn zu zahlen gewesen wären. Von liberaler Seite hieß es damals großzügig: ‚Das Reservat ist ein Sanatorium, wo sie sich wieder erholen können, und wenn sie arbeitsunfähig sind, dann bleiben sie dort.‘ Die südafrikanische Soziologin Ivy Matsepe bringt die Sache wie folgt auf den Punkt: ‚Durch die Erhaltung des vorkapitalistischen Sektors, aus dem männliche Arbeit in zunehmendem Maße abgezogen wurde und in dem Frauen dominieren sollten, wurde die Aneignung von Arbeit zu unglaublich niedrigen Kosten möglich. Kosten, die in der Regel vom Kapitalisten mitgetragen werden, wurden ausschließlich vom vorkapitalistischen Sektor aufgebracht. Im Klartext: Frauen sorgen für das, was anderswo Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erziehung und Heranbildung neuer Arbeitskräfte, Gesundheitsfürsorge und Krankengeld genannt wird.‘ Die Lage der Frauen in den Reservaten ist bestimmt durch die unerträglichen Lebensbedingungen. Konnten anfangs die Reservate noch Marktüberschüsse produzieren (damals war die afrikanische Landwirtschaft der europäischen ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen), so kehrte sich das Bild um, als die Weißen mit ausgedehnten Zwangsumsiedlungen begannen, die Schwarzen auf die Reservate zu konzentrieren. Zwar wurde der Anteil der Reservate auf ‚üppige‘ 14% der Gesamtfläche des Landes erhöht, aber der miese Boden konnte die unerträgliche Zusammenballung von Menschen nicht verkraften, Bodenerosion und systematische Überweidung bringen katastrophale Lebensbedingungen hervor (im Nqutu-Distrikt hat sich die Zahl von 13 000 Einwohnern auf 130 000 erhöht!). Der Niedergang der Reservate ist unumkehrbar. Heute stammen nur 4-6% des Gesamteinkommens der Schwarzen aus der Subsistenzwirtschaft, aber immerhin spart selbst dieser geringe Prozentteil dem rassistischen Staat schätzungsweise 400 Mill. Rand im Jahr.“ (N.W. Mandela, AK 204).

Durch solche Systeme der Rotationsmigration entrichtet der vorkapitalistische Sektor – besser: entrichten die Produktionsfamilien und in ihnen zumal die Frauen –, wie C. Meillassoux argumentiert, eine „Arbeitsrente“ wie in einem feudalen tributären Produktionsverhältnis. (Und wir wollen bei dieser Gelegenheit anmerken, daß er mit dieser Analyse recht hat: in der Tat handelt es sich um eine tributäre Entrichtung einer Arbeitsleistung; allerdings bräuchte sich Meillassoux in seiner weiteren Theoretisierung nicht auf das luxemburgianische Verwirrspiel um das Realisierungsproblem des Mehrwerts zu beziehen: diese Arbeitsrente geht direkt ein in die Produktion des Mehrwerts, indem sie die notwendige Arbeitszeit reduziert und damit „die Zahl der Surplusarbeitsstunden vermehrt“ – Ausgangspunkt einer Analyse übrigens über die produktive Rolle der Hausarbeit).

Ein solches System setzt voraus, daß die Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise in die Arbeitskraftreservoir-Regionen verhindert wird, um die Kopplung von Migration und Subsistenz zu erhalten. Es muß verhindert werden, daß die vor allem von den Frauen und Kindern betriebene Subsistenzproduktion zum Überleben reicht, weil sonst der ökonomische Zwang zur Wanderarbeit entfallen würde. Freilich kann, wie in Ägypten, Sudan oder Indien durch teilweise militärisch rekrutierte Kontraktarbeit nachgeholfen werden, jedoch ist dies eher mit Widerstand konfrontiertes Verfahren. E. Feder hat am Beispiel lateinamerikanischer Landarbeiter beschrieben, mit welchen Mitteln das „eiserne Gesetz der Subsistenzinkommen“ durchgesetzt wird: durch beständige Gesetzesbrüche (erzwungene Überstunden, Löhne unter dem gesetzlichen Minimum, Stücklohn), durch Verhinderung von Ersparnissen bei den Bauern (Verhinderung der Eigenständigkeit, Verbot, langlebige Pflanzen oder Cash-crops anzubauen), durch ein Klima der Ungewißheit und Unsicherheit (Verhinderung von Spezialisierung, Ersetzbarkeit der Arbeitskräfte, kurzfristige Arbeitsverträge) und schließlich durch direkte Gewaltanwendung (Privatpolizei etwa auf den brasilianischen Zuckerplantagen). Dies alles dient dem Ziel, die tributären Subsistenzbeziehungen bewußt aufrechtzuerhalten und die Arbeitsrente zu stabilisieren.

Ein zweites Problem der Rotationsmigration ist, daß die Subsistenzregionen durch den andauernden Abzug gerade der arbeitsfähigsten Bevölkerungsteile – zum Beispiel halten sich bis zu 60% der jüngeren voltaischen Männer zeitweilig in Ghana oder Elfenbeinküste auf oder ein ähnlich großer Teil der Jemeniten in Saudi-Arabien – schrittweise ruiniert werden. Aber gerade dies ist bis zu einem gewissen Grad ein durchaus gewünschter Aspekt: denn die Vernetzung des Subsistenznetzes führt bei den nach dem „Chayanov-Prinzip“ wirtschaftenden Produktionsfamilien zunächst dazu, daß weitere Wanderarbeitergenerationen in Marsch gesetzt werden und der Arbeitsaufwand der Familien intensiviert wird.

Kommen wir nun, aus dieser Sicht, nochmals auf die Nahrungsmittelfrage zurück. Meillassoux schreibt: „Da sich der eingewanderte Arbeiter nicht organisch in den kapitalistischen Sektor eingliedern kann, muß er um die Erhaltung seiner Ursprungsgemeinschaft Sorge tragen, um deren Produkt genießen zu können, wenn er sich dort aufhält, und jene ökonomische Situation zu erhalten, die es ihm ermöglicht, dem kapitalistischen Sektor eine billige Arbeitskraft anzubieten. Die häusliche Gemeinschaft darf während seiner Abwesenheit keine Unterbrechung erfahren. Sie muß groß und ausgeglichen genug bleiben, um ihre Kräfte zwischen beiden Produktionssektoren, dem häuslichen und dem kapitalistischen, aufteilen zu können und den Produktionsausfall des einen durch den anderen oder umgekehrt, je nach der Konjunktur, ausgleichen zu können. ... Hier greift die allgemeine Politik der Lebensmittelpreise ein, die in den Emigrationszonen betrieben wird. In den offenen Reservaten, in denen der Zugang zur Erde nicht streng begrenzt ist, dürfen die auf dem Markt verfügbaren Lebensmittelprodukte, um den Bauern zu veranlassen, eine bezahlte Beschäftigung zu suchen, nicht so hoch sein, daß er im Gegenteil angereizt wird, sich einer rein auf die Produktion von Nahrungsmitteln ausgerichteten Landwirtschaft zu widmen, die sowohl seinen Nahrungsmittel- wie seinen Geldbedarf decken kann. Eine Erhöhung der Lebensmittelpreise würde auch den Preis der Arbeitskraft der Arbeiter erhöhen, die zu ihrer Ernährung den lokalen oder nationalen Markt in Anspruch nehmen. Noch wichtiger ist es, die Nahrungsmittel billig zu halten, wenn das Emigrationsland Export(land)wirtschaft betreibt, um die Produktion von kommerzialisierbaren Gütern nicht zu dämpfen. Diese Politik ist nur durch die Einfuhr von subventionierten oder unter hohen Produktivitätsbedingungen produzierten Lebensmitteln möglich, heute das für eine wachsende Zahl unterentwickelter Länder einzige Mittel, die Stadtbevölkerung zu versorgen. Die Folgen dieser Situation sind mannigfaltig, abgesehen von der absoluten Abhängigkeit der importierenden von den exportierenden Ländern – hauptsächlich den Vereinigten Staaten. Es entsteht ein Ungleichgewicht zwischen den lokalen Ressourcen und der demographischen Progression, das eine prekäre Situation schafft, das Angewiesensein auf eine Versorgung, die nur vom guten Willen der Großmächte abhängt. Die Nahrungshilfe führt damit zu einer Art Brutkastenzüchtung von Reserven an Arbeitskraft, deren Volumen und Überleben von den kapitalistischen Ländern abhängen, die hier ökonomisch oder strategisch investieren.

Die ‚Nahrungshilfe‘ und die Unsicherheit, welche die instabile Situation der Wanderarbeiter verursacht, sind die tieferen Gründe für die geburtenfördernden Tendenzen, die man allgemein bei diesen Populationen beobachtet. Symptome für die Krise der Hauswirtschaft: das demographische Wachstum ist ein Mittel, eine ungewisse Zukunft zu bannen, ... In dieser ungewissen Situation bleibt auch der Gebrauch des Geldes ungewiß. Die Aufrechterhaltung der Gemeinschaft als Produktions- und Reproduktionszelle verlangt, daß es für das verwendet wird, (was geeignet ist), ‚die vorrangigen Traditionen zu erobern oder zu verstärken‘ (Zahlung von Heiratsgut, großzügiger Zuschuß für den Moslemkult, Pilgerfahrten nach Mekka, Geschenke, Ehebeihilfen usw.), mittels derer die häuslichen und dörflichen Verhältnisse am besten bewahrt bleiben. Doch in dem Maße, in dem die objektiven Bedingungen der Wanderarbeit trotz allem die Bedingungen der sozialen Reproduktion und die damit verbundene Sicherheit beeinträchtigen, wird das Geld auch als Mittel einer ökonomischen



Strafgefangene bei der Landarbeit in Kenia

Gefangene mieten

Die Gefängnisse im liberalsten Land Afrikas sind voller Häftlinge. Denn Häftlinge sind wichtig für die Industrie des Wirtschaftswunderlandes.

Kenia gilt als einer der liberalsten Staaten zwischen Sahara und Sambesi. Aber seine Gefängnisse sind immer voll. Weil die Justiz gehalten ist, die Möglichkeiten des Strafrechts voll auszuschöpfen, sitzen ständig zwischen zwei und drei Prozent der 14 Millionen Kenianer (Bundesrepublik: ein halbes Promille) hinter Schloß und Riegel, darunter auch zehnjährige Kinder.

Selbst Trivialdelikte wie Diebstahl und kleine Betrügereien werden mit harschen Strafen geahndet. Für Ersttäter gibt es fünf Jahre, für Mehrfachtäter acht bis zehn Jahre. Eine gestohlene Kuh brachte kürzlich in einem Ort am Mount Kenya einem Bauern gleich zwölf Jahre ein.

Das Heer der Gefängnisbeamten ist nach den gleichen Ordnungsprinzipien organisiert wie die nationale Armee. Die Knastwächter haben eigene Fahnen, eigene Sportklubs und eigene Uniformen. Am „Kenyatta-Tag“ dürfen sie gleichberechtigt mit den anderen Paradedruppen vor dem Landesvater defilieren.

Die „Prison Industries“ sind der zweitgrößte Arbeitgeber im Wirtschaftswunderland Kenia. Die Bürger im Drillich produzieren Obstkonserven, Möbel und Geländefahrzeuge. Sie bauen, zum Teil unter Leitung weißer Ingenieure, Buspisten und Hotelpaläste. Und alles nur für Kost und Logis.

Die Gefängnisindustrie hat eigene Produktionsbetriebe, aber Gefangene

werden auch vermietet: einzelne zum Rasenmähen oder eine Hundertschaft zum Kaffeepflücken. Die Tarife liegen zwar höher als die Lohnkosten für freie Arbeiter, doch dafür ist das Kosten-Ertrag-Verhältnis günstiger. Denn gefangene Arbeiter streiken nicht, sind nie unpäßlich und arbeiten zwölf statt der üblichen acht Stunden.

Nutznießer der „schändlichen Ausbeuterei“ (so Gewerkschaftsführer Juma Boy) sind einflußreiche Mitglieder des regierenden Kikuju-Stammes und die ostafrikanischen Filialen westlicher Großkonzerns. Der Kikuju-Klan, an seiner Spitze First Lady Mama Ngina Kenyatta und hochrangige Regierungsvertreter wie Sonderminister Mbiyu Koinange und Justizminister Charles Njonjo, kontrolliert die Anteilsmehrheit bei den „Prison Industries“.

Strafgefangene beim Straßenbau in Kenia



Hauptabnehmer der billigen Arbeitskräfte sind Überseegesellschaften wie der Ananas-Riese Del Monte, der britische Mischkonzern Lonrho (Vorstandschef: Kenyatta-Schwiegersohn Udi Gecaga) und der Gummimulti Firestone.

Körperlich gezüchtigt wird fast überall in afrikanischen Strafanstalten. Denn Eingesperrtsein allein, so weiß Kenias Justizminister Njonjo, „ist für Afrikaner keine Strafe“. Immerhin bekommen Häftlinge in kenianischen Gefängnissen genug zu essen, ein Bett zum Schlafen und Medikamente, wenn sie krank sind — für afrikanische Verhältnisse durchaus keine Selbstverständlichkeiten.

Investition angesehen, die ein Einkommen verschaffen und die Zukunft sichern kann. Der Kauf von Taxis, der Bau von Hütten in der Stadt, die Errichtung eines kleinen Ladens werden immer stärker als mögliche Alternative betrachtet. ... Doch dies ist meist ein individuelles Unterfangen, das ohne Wissen der Eltern und Verwandten geschieht und das den ‚Unternehmer‘ von seinem Ursprungsmilieu abschneidet.“

Meillassoux hat hier beschrieben, wie schon unter einer Situation niedriger Lebensmittelpreise das System der Rotationsmigration genug Unsicherheiten und Instabilität aufwies. Aber er übergeht bei dieser Argumentation zwei Dinge: zum einen die Tatsache, daß die Rotationsmigration zu Beginn der „Entwicklungsdekade“ gerade nicht jene qualifizierbare Arbeitskraft stellte, auf die die Modernisierungshoffnungen der Entwicklungsregimes setzte; zu Beginn der 60er Jahre gab es durchaus das Konzept, über die „Nahrungsmittelhilfe“ Arbeitskräfte in die Städte zu locken, sie gänzlich auf die cash-economy der Städte zu beziehen und wirklich zu proletarisieren – eine Konzeption, die – wie oben beschrieben – durch die Einkommensforderungen der städtischen Arbeiterklassen blockiert und dann durch den Taylorisierungssprung Ende der 60er Jahre obsolet gemacht wurde: außerhalb des Exportagrarsektors und des Bausektors sowie der Minenindustrie gab es in den Weltmarktfabriken der Multis Gelegenheit, auch nicht-proletarisierte unqualifizierte Rotationsmigranten im industriellen Sektor in größerem Maßstab zu beschäftigen. Und zum anderen hatte es, als Meillassoux sein Buch schrieb, eine „Grüne Revolution“, eine Nahrungsmittelkrise und eine „Energiekrise“ gegeben, die das System der subventionierten Nahrungsmittelpreise vollständig aufgehoben hatten. Die Rotationsmigration war nicht einmal mehr in dem Rahmen stabilisiert, den Meillassoux beschreibt.

Die Stätten der „Brutkastenzüchtung von Arbeitskraft“ waren durch die „Grüne Revolution“, durch die Agrokonzerne, durch Dürrekatastrophen und Hungersnöte, nicht zuletzt auch durch Krieg und Napalm heimgesucht. Durch die Nahrungsmittelkrisenpolitik der USA stiegen die Lebensmittelpreise ins Unerreichbare, ohne daß die Bauern noch Gelegenheit hatten, auf ihren ausgedörrten, von Multis aufgekauften oder verwüsteten Feldern zum Lebensmittelanbau zurückzukehren. Vielmehr steigerte die Nahrungsmittelkrise die Rotationsmigration ins Unermeßliche – aber immer mehr war es eine fiktive Rotation, die dort stattfand; den Emigranten folgten bald die Familien, deren Äcker verwüstet waren, oder diese war durch einen Agrokonzern verdrängt, wenn der Wanderarbeiter zurückkehrte; oder aber die Wanderung der jungen Männer und immer mehr auch Frauen war von vornherein eine Wanderung ohne Rückkehr.

Die Wanderungsbewegungen in Westafrika sind durch die Sahel-Katastrophe vervielfacht worden; 5 Millionen Migrationsarbeiter, teils mit ihren Familien, setzten sich in Südamerika über die Landesgrenzen hinweg in Marsch, nachdem die Krisenentwicklung der 70er Jahre ihnen ihre Subsistenzbasis genommen hatte. Diese Wanderungsbewegungen gehorchten nicht mehr den Gesetzen der Rotationsmigration, wie Meillassoux sie beschreibt – diese wurden zwar in einigen Reservaten aufrechterhalten. Aber die wichtigsten Wanderungsbewegungen der 70er Jahre waren Flüchtlingsbewegungen – Flucht vor der Nahrungsknappheit, Flucht vor Kriegen, Flucht vor jeder Art von Elend. Aber eine Flucht vom Regen in die Traufe.

Lassen wir für einen Moment die wichtigste, immer öfter endgültige, Wanderungsbewegung in den drei Kontinenten, die Landflucht in die Slums der Städte, außer acht und wenden uns der internationalen Arbeitsemigration zu. Auch sie hat in den 70er Jahren deutlich zugenommen, obwohl die wichtigste Migrationsbewegung, die in die westeuropäischen Länder, die Mitte der 70er Jahre immerhin eine Zahl von 15 Millionen betrug, seither stagniert hat. Am Ende der 70er Jahre wurde die Zahl der Arbeitse migranten weltweit auf 20 Millionen geschätzt – hinzu kam eine unabsehbare Zahl von Familienangehörigen –, wobei die Unsicherheit dieser Zahlen schon daraus deutlich wird, daß z.B. die Zahl der mexikani-

schen Arbeitse migranten in den USA zwischen 2 und 12 Millionen liegen soll. Millionen wanderten in den 70er Jahren aus Bolivien, Chile und Paraguay nach Argentinien oder aus Columbien nach Venezuela, Hunderttausende in die ASEAN-Dollarmetropolen (vor allem nach Malaysia und Singapur), bzw. Koreaner bildeten eine Pariaschicht für den japanischen Boom, während Vietnam seine Schulden an Rußland neuerdings ebenfalls mit dem Export von Arbeitskräften nach Sibirien ausgleicht. **Aber die an Bedeutung wichtigste Migrationskette, auf die im folgenden näher eingegangen werden soll, führte aus den ölarmen arabischen Ländern und immer mehr aus asiatischen Ländern in die OPEC-Staaten am Golf.**

Das Anschwellen dieser Wanderungen wird aus den folgenden Zahlen deutlich: 1972 arbeiteten 0,8 Millionen, 1975 1,7 Millionen und 1980 ca. 2,7 Millionen ausländische Arbeitskräfte in den ölreichen Golfstaaten. Aus Ägypten, Jordanien, dem Jemen, Sudan und Syrien wanderten die Emigranten nach Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar und in die Vereinigten Emirate, und ab 1975 kamen die über Kontraktfirmen vermittelten Arbeiterkontingente aus Korea und den Philippinen, aber auch aus Indien, Pakistan, Bangladesh, Indonesien, Sri Lanka und Thailand hinzu. Bald stellten die asiatischen Arbeitskräfte 12% der Beschäftigten. Der größte Teil aller Arbeitse migranten wurde eingeführt, um die arbeitsintensive Aufbauphase der Infrastruktur und der Industrie in den OPEC-Staaten zu bewerkstelligen: 40% aller Emigrationsarbeiter arbeiten in der Bauindustrie.

Aber nur selten führt die Wanderung eines vertriebenen Subsistenzbauern diesen auf direktem Weg von seiner Parzelle auf eine saudi-arabische Baustelle. Auch die erste Generation der in die BRD geholten Türken waren ja nicht Bauern aus Anatolien gewesen, sondern großenteils Industriearbeiter aus Istanbul, die dort durch nachfolgende Landflüchtlinge ersetzt wurden. Solche Migrationsketten sind allenthalben zu beobachten; so wandern zum Beispiel die Sahel-Flüchtlinge aus Obervolta nur zu einem kleinen Teil in die Städte der Elfenbeinküste; vielmehr arbeiten sie als Landarbeiter im ivoirischen Hinterland und ersetzen dort die Bauernsöhne, die – mit einer gewissen Schulbildung – ihr Glück in der Stadt versuchen. In der Golfregion wäre eine solche Migrationskette so zu beschreiben:

Jordanien zum Beispiel ist ein Land mit einer hohen Mobilität der Arbeitskräfte. Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß 40% der Bevölkerung Palästinenser sind, die schon in der vorigen Generation von den Israelis aus ihrer Subsistenzlebensweise vertrieben worden sind und in den Flüchtlingslagern keine Gelegenheit hatten, zur agrarischen Subsistenzproduktion zurückzukehren. Eine Reihe von Dürrekatastrophen, die zionistischen Kriege und der Mobilisierungsfaktor Armee trugen im weiteren dazu bei, die jordanische Bevölkerung zu mobilisieren. Schon in den 60er Jahren setzte deshalb eine Wanderungsbewegung vor allem nach Saudi-Arabien ein, wo die eingesessenen Nomaden die Modernisierungspolitik des Saudi-Regimes mit Nichtbeachtung bzw. allein mit Einkommensforderungen quittierten. Sowohl die Verwaltungsapparate wie auch die Sektoren der manuellen Arbeit in den OPEC-Regimes sind voll mit jordanischen Emigranten aus den gebildeten Mittelschichten, den Bazarhandwerkern und aus den jordanischen Unterklassen, die zum Teil mit Erfolg versucht haben, in die Schicht der gelernten Arbeiter aufzusteigen.

Tote durch Zwangsarbeit

Zur Bergung der Sesam-Ernte im Gebiet von Humera soll die äthiopische Regierung im vergangenen Jahr Tausende von Bewohnern des Landes unter Gewaltanwendung zur Arbeit auf den Feldern gezwungen haben. Dabei seien mindestens 1626 Menschen umgekommen. Diesen Vorwurf erhob die britische Gesellschaft gegen Sklaverei vor einer Arbeitsgruppe der UNO-Menschenrechtskommission in Genf.

(dpa)

Einen anderen Pol der arabischen Migration bildet Ägypten. Die Fellachen des Niltals wurden zwar seit dem Nasserismus in Zwangsarbeitssystemen mobilisiert, sind aber auf breiterer Front nie aus ihrer Subsistenzlebensweise vertrieben worden. Dem entspricht, daß die Arbeitsmarktmobilität in Ägypten viel geringer ist als in Jordanien; die Kinder der Fellachen werden nicht in der ersten Generation zu Industriearbeitern. Zwar gibt es eine breite Wanderung aus den Mittel- und Oberschichten, aus der ‚educated society‘, in die reichen OPEC-Staaten, die Wanderung der Bauernkinder hingegen endet meist in den ägyptischen Städten. Und da ihr Qualifikationsniveau in den Ölstaaten nicht gefragt ist, emigrieren sie, wenn sie doch über die Grenzen gehen, zum Beispiel nach Jordanien, wo sie im Agrarsektor die von dort nach Saudi-Arabien ausgewanderten Arbeitskräfte ersetzen. In diesem System der „Replacement-Migration“ arbeiten sie auf den Feldern jordanischer Bauern neben Einwanderern aus Pakistan.

Die Instabilität solcher Migrationsketten wird deutlich, wenn wir bedenken, daß die arbeitsintensive Aufbauphase in den Ölstaaten nicht mehr lange anhalten wird. Jedoch sind die Staaten der arabischen Peripherie, etwa Jordanien und Jemen, längst vom Export ihrer Arbeitskräfte, von den von ihnen zu ihren Familien zurückgeschickten Geldern – und vom Export innerer sozialer Spannungen abhängig. Die Landwirtschaft in diesen Ländern ist durch den Abzug der arbeitsfähigsten Bevölkerungsteile zerstört, und die Felder verkarsten. Setzt eine größere Rückkehrerbewegung ein, dann gerät die gesamte Kaskade der „Replacement-Migration“ aus den Angeln und die folgenden sozialen Unruhen werden sich schlagartig über die gesamte arabische Peripherie ausweiten. Auf der anderen Seite steht schon jetzt die Instabilität in den Immigrationsländern; die arabisch sprechenden Immigranten lassen sich nur schlecht von den einheimischen Bevölkerungen in den Ölstaaten abtrennen, und die meisten der immer zahlreicher werdenden Unruhen in den OPEC-Staaten gehen von den arabischen Immigranten aus. Schon zu Beginn des OPEC-Booms nach 1973 waren die arabischen Arbeitsimmigranten teuer und aufsässiger geworden. „Und genau als die arabische Arbeitskraft teuer, schwerer zu beschaffen war und in ihrer Qualifikation auf allen Gebieten nachließ“, schreiben Birks und Sinclair in ihrem Buch über arabische Migration, „konnten indische und pakistanische Arbeitskräfte (die extra dafür in ihren Heimatländern getestet wurden) mit bekannter Qualifikation und guten Fähigkeiten schnell und leicht beschafft werden. Die Regulierung des asiatisch-arabischen Arbeitskräfteflusses durch spezielle Agenturen führte dazu, daß der Gebrauch indischer und pakistanischer Arbeiter in der heißesten Aufbauphase der kapitalkräftigen Staaten rapide anstieg.“



Pakistanis in Saudi-Arabien

Während für die ägyptischen Fellachen im Ölboom kein Platz war, wurden qualifizierte, und das heißt vor allem an industrielle Zeitrhythmen gewöhnte Arbeiter aus Asien eingeführt. Aber das Hauptargument war doch die Segregation von möglichen Unruheherden; Birks und Sinclair:

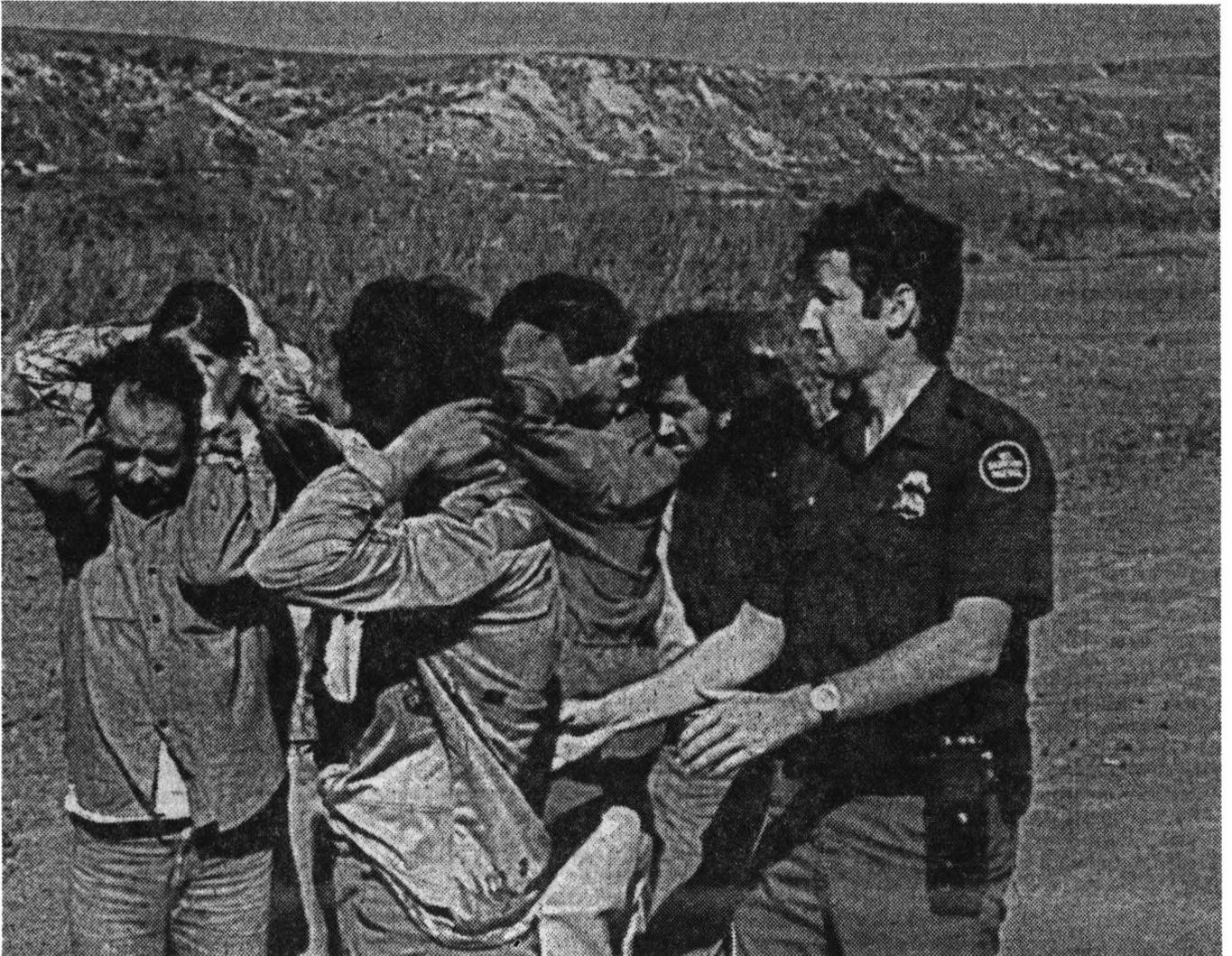
„Wie können die kapitalkräftigen Staaten ihre Programme rapider ökonomischer Entwicklung und Expansion fortsetzen, ohne daß ihre ansässige Bevölkerung zu einer kleinen Minderheit im eigenen Land wird? Der Kompromiß der Planer war, die neuen Industriezonen (auf die sich Wachstum und Entwicklung der Zukunft stützen werden) räumlich von den bestehenden städtischen Zonen abzutrennen. So hofft man, die Aspekte der Immigration, die nicht erwünscht sind – enge und dauerhafte Kontakte zwischen Einheimischen und Immigranten und die sozialen Folgekosten der Immigranten – zu minimieren. Beispiele solcher Industrieenklaven werden in den reichen arabischen Staaten immer zahlreicher: Ruwais (Abu Dhabi); Jebel Ali (Dubai); Shuaiba (Kuwait); Umm Said (Qatar); Yenbo und Jubail (Saudi Arabien); – sie alle wurden im wahrsten Sinne mitten in die Wüste gesetzt abseits der größeren Bevölkerungszentren.“ Vorbild für diese Form der Arbeitslager waren Kontraktverträge wie der Bau einer Schiffswerft in Bahrain gewesen: „Diese neue arabische Werft wurde von einer koreanischen Firma gebaut. Diese Firma stellte die gesamte Planung und auch die Arbeiter. Diese waren nur ledige Männer; während der Bauzeit arbeiteten sie in 12-Stunden-Schichten, und die Werft wurde rechtzeitig fertig. Sie waren ausnahmslos Selbstversorger, auch was ihre Wohnquartiere betraf, die sie selber bauten. Nahrungsmittel und Erholungsmöglichkeiten wurden aus Korea eingeflogen. Und als die Werft fertig war, verließen alle Bahrain schlagartig. ... Eine ähnliche Politik der Enklaven-‚Eindämmung‘ (Containment!) wird im Fall des Projekts Jebel Ali in Dubai verfolgt. In diesem Fall soll die Isolation erreicht werden, indem die Industriezone fernab der Stadt Dubai errichtet wird. Der Hauptgrund, der für die Enklavenentwicklung spricht, ist schon die reine Zahl der Arbeitskräfte, die in Jebel Ali arbeiten sollen. Schätzungen der Zahl der Arbeiter, die bis 1985 in allen Bereichen benötigt werden, entsprechen der Gesamtbevölkerung von Dubai im Jahre 1977. Wenn dieser Bedarf auf dem offenen Arbeitsmarkt der Arabischen Emirate gedeckt werden müßte, würde dies zu unabsehbaren Brüchen führen und Einwanderungen wären kaum zu kontrollieren. Die Entwicklung anderer Wirtschaftsbereiche würde schwer in Mitleidenschaft gezogen, wenn Projekte des Kalibers Jebel Ali nicht vom offenen Arbeitsmarkt abgetrennt würden. Darüber hinaus wären mit einer solchen Zuwanderung in die Arabischen Emirate eine große Zahl sozialer Probleme verbunden. Das, worauf sich der Herrscher von Dubai festgelegt hat, auf ein Projekt dieser Größenordnung als Enklavenindustrie, auf einen industriellen Komplex, der mitsamt seiner Arbeitskraft von der übrigen Wirtschaft Dubais abgetrennt ist, ist die einzige Möglichkeit, wie es ohne schwere schädliche Auswirkungen verwirklicht werden kann.“

Und auch hier haben orientalische Kontraktfirmen Enklavenarbeitskräfte bereitgestellt, in der Größenordnung und mit den Qualifikationen, die für den Bau der Industriezone und der entsprechenden Infrastruktur gebraucht wird. Höchstwahrscheinlich wird diese Produktionszone auch nach ihrer Fertigstellung auf die gleiche Weise betrieben: mit langfristiger Kontraktarbeit wie in der Bauphase. ... Auch die Ruwais-Zone in Abu Dhabi, die noch nicht so weit gediehen ist, wird in ähnlicher Weise gebaut und betrieben werden, wie auch schon die Yenbo- und die Jubail-Enklaven in Saudi-Arabien. Es ist unwahrscheinlich, daß die saudi-arabische Arbeitskraft sie je wird betreiben können (und erst recht die Bauphase liegt völlig in der Hand orientalischer Firmen); sie werden aus sozialpolitischen Gründen immer Enklaven bleiben. Sie werden weiterhin von fernöstlichen Firmen betrieben werden, deren Arbeitskräfte sich nicht mit der saudi-arabischen Nationalbevölkerung vermischen kann. Da sich die orientalischen Firmen als am besten in der Lage erwiesen haben, auf dieser Basis zu arbeiten, ist ihre andauernde Anwesenheit im Mittleren Osten gesichert.“

Neben dem Öl wird das Arbeitslager zum Faustpfand der Entwicklung auf der arabischen Halbinsel. Die Mobilisierung asiatischer Arbeitskraft, ihr Transport über zigtausend Kilometer in die arabischen Konzentrationslager, wo sie außer Arbeit und Baracken nur Wüstensand vorfinden und ihr Wiederausstoß in die heimatlichen Armutsschichten, wenn sie ausgegerrt und verbraucht sind, ist die letzte Errungenschaft der OPEC-Migrationspolitik. Haben wir oben an Beispielen aus Malaysia und den Philippinen beschrieben, wie Weltmarktfabriken und verarmende Subsistenzproduktion benutzt werden, um die Meillassoux'sche Arbeitsrente in die Mehrwertproduktion der Multis einzubinden, so haben wir hier einen zweiten Typus von Weltmarktfabrikation vor uns: den Typ des Arbeitslager. Welcher Sinn liegt im Kontext der internationalen Arbeitskräftemobilisierung darin, die Arbeiter um die halbe Welt in die Weltmarktfabriken zu transportieren und langfristig aus der oben beschriebenen und für das Kapital doch so profitablen Kombination von labour-surplus-economy / Subsistenz und Weltmarktfabrikation herauszulösen? Fröbel u.a. schreiben zum ersteren Typ der Weltmarktfabrik: „Gelingt es der Arbeitskraft nicht (bei Löhnen unterhalb der Reproduktionskosten allein der Arbeitskraft selbst), die Reproduktion anderweitig zu sichern – zum Beispiel durch Nahrungsmittelzuschüsse der Familie oder durch allgemeine Subvention der industriellen Arbeitskraft aus dem ländlichen Sektor –, so wird sie nach notwendig frühem Verschleiß durch andere Arbeitskraft, entweder am gleichen Standort oder an neuen Standorten, ersetzt. Ersteres zeigt sich in hohen Fluktuationsraten, letzteres zeigt sich als Standortwechsel der Unternehmen.“ Aber der Standortwechsel eines Unternehmens ist so einfach nun auch wieder nicht, als daß er sich in kurzer Zeit beliebig oft wiederholen könnte, und die hohen Fluktuationsraten machen dem Kapital in den Welt-

marktfabriken dieses Typs doch schwer zu schaffen. Denn sie sind nicht nur Ausdruck der Tatsache, daß diese Arbeitskräfte vom Kapital ausgesogen sind und durch frische ersetzt werden; hier tauchen auch Elemente der „Saisonmigration“ auf, wenn etwa die „Chinesen-Mädchen am Fließband“ zur Erntezeit ihren Familien auf der Landparzelle helfen und nicht zur Arbeit gehen oder wenn sie in Jahren, in denen die Ernte mal besser ausgefallen ist als gewöhnlich, vielleicht nicht mehr in die Fabrik gehen müssen. Kurz: die verarmenden Produktionsfamilien sind zwar gezwungen, Familienmitglieder nach dem „Chayanov-Prinzip“ für Hungerlöhne in die Fabrik zu schicken – aber diese Fabriken sind andererseits von der Arbeitskräftedisposition dieser Produktionsfamilien abhängig, wobei die Fabrikarbeit nur eine Alternative unter mehreren möglichen ist: die Abwanderung in die Städte, der Prostitution, des Zukaufs eines Landstückchens usw.. (Freilich sind etwa die Elektronikarbeiterinnen, z.B. in Südostasien, oft eher Motoren der Auflösung – oder einer „Erhaltungs-Auflösung“ – der Produktionsfamilien: „Besonders verbreitet ist der Unmut darüber, daß die mittlerweile vom Einkommen der Töchter abhängig gewordenen Familien diese am Heiraten hindern wollen. Nach der Heirat hören die Frauen entweder auf zu arbeiten oder benötigen einen Großteil des Geldes, um einen neuen Haushalt zu gründen. Die Personalpolitik und die Förderung westlicher Verhaltens- und Konsummuster in der Industrie machen es Frauen sehr schwer, sich nach der Arbeit in einer Halbleiterfabrik wieder in die Gemeinschaft und Familie einzufügen; auch haben sie häufig Schwierigkeiten, eine neue Arbeit zu finden oder zu heiraten ... viele ehemalige Arbeiterinnen haben keine andere Alternative als die Prostitution, um sich selbst zu ernähren.“ (R. Grossman, in: IZ3W 87).

ILLEGAL EINGEWANDERTE „HISPANOS“ werden in den USA eingefangen und über die Grenze zurückgeschickt



Und so heißt es bei Fröbel u.a. zu den asiatischen Weltmarktfabriken: „Fluktuationsraten von 5-10% im Monat, das heißt ein Austausch der Arbeitskraft in Höhe der Gesamtbelegschaft im Zeitraum von 1-2 Jahren, sind eine weitverbreitete Erscheinung.“ Oder es wird die Klage eines Vertreters der Elektronikindustrie in Singapur zitiert: „Hoher Absentismus und hohe Fluktuationsraten sind die wichtigsten Probleme der Firma. Der Absentismus beläuft sich ungefähr auf 10 Prozent — aber bei einer monatlichen Fluktuation von etwa 7 Prozent der 2 500 Arbeitskräfte kann es sich die Firma nicht leisten, die regelmäßig von der Arbeit fernbleibenden Arbeiter zu disziplinieren, weil es schwer ist, Ersatz zu finden.“

All diese Probleme brauchen nicht befürchtet zu werden, wenn die Arbeitskräfte fernab von ihren Familien in Lagern leben. In den Wohnbaracken ist der Absentismus leicht zu kontrollieren. Zwar muß die Lebensmittelration für den Arbeiter nun vollständig vom Kapital getragen werden, aber dafür ist dieser ständig verfügbar. Daß er sich im Lager nicht vermehren kann, wird von den Emigrationsstaaten, die unter dem Druck ihrer „Überschußbevölkerung“ leiden, zweifellos begrüßt.

Letztlich haben wir hier nichts anderes vor uns als das, was frühere Entwicklungstheoretiker als das „koloniale Paradox“ des „Arbeitskräftemangels inmitten des Arbeitskräfteüberschusses“ aus einer anderen Perspektive formuliert hatten: **Zwar senkt die „Erhaltung-Auflösung“ vorkapitalistischer Familienproduktion die Reproduktionskosten der Arbeitskräfte, aber andererseits sind die Produktionsfamilien ständig**

bestrebt, so wenige Familienmitglieder wie möglich für die Mehrwertproduktion des Kapitals abzustellen. So war das Arbeits- und Vernichtungslager, das Armen- und Arbeitshaus schon im europäischen Absolutismus die Hauptquelle der merkantilistischen Akkumulation, die Auflösung des Familienzusammenhangs die Vorbedingung zu gnadenloser Arbeitsauspressung. **Und wenn nicht das Arbeitslager, so hat zumindest die vollständige Abtrennung der Produktionsfamilien von ihren Parzellen für die weltweiten kapitalistischen Akkumulationszyklen auch dieses Jahrhunderts zweifellos eine wichtigere Rolle gespielt als die verschiedenen Formen der Rotationsmigration und der tributären Abpressung von Arbeitsrenten.**

Die These, daß die Mobilisierung von Arbeitskräften durch die zwei weltweiten Kriege ein Fundament für die Akkumulationszyklen der 20er und 50er/60er Jahre gewesen sind, wäre schwerlich zu widerlegen. Hier in diesem Land haben wir diesen Zusammenhang ja an den Ostflüchtlingen miterlebt. Und in der Tat war die Mobilisierung von Flüchtlingen die wichtigste Form der Bereitstellung von Arbeitskräften. K. Newland schreibt:

„Die ersten großen Wanderungsbewegungen des 20. Jahrhunderts wurden meist durch politische Unruhen in Gang gesetzt: die Weltkriege I und II, die Revolutionen und Bürgerkriege in Rußland und China, die Teilung des indischen Subkontinents und so weiter. Der Demograph K. Davis hat geschätzt, daß derartige Konflikte zwischen 1913 und 1968 etwa 71 Millionen Flüchtlinge erzeugt haben. Derweil ist die Migration der

„Maschinen zum Geldverdienen“

Tunesischer Forscher beschreibt Ausbeutung von Kindern

Genf (Reuter)

Ein Drittel aller Kinder dieser Erde im Alter zwischen zwölf und 15 Jahren müssen nach Einschätzung eines UNO-Menschenrechtsexperten arbeiten. Der tunesische Soziologieprofessor Abdelwahab Bouhdiba, der soeben eine Studie über Kinderarbeit für die Vereinten Nationen (UNO) fertiggestellt hat, erklärte, nach seiner Einschätzung würden zur Zeit 145 Millionen Kinder zur Arbeit gezwungen. Seine Forderung nach einer fünfjährigen Kampagne zur Ausmerzung der Kinderarbeit wird derzeit vom Menschenrechts-Unterausschuß der UNO auf dessen Jahrestagung in Genf erörtert.

Bouhdiba erklärte, wenn ein Kind sogar von seiner Familie wie eine „Maschine zum Geldverdienen“ behandelt werde, so beeinträchtigt das seine körperliche, geistige und soziale Entwicklung. „Das ist oft der erste Schritt, durch den ein Kind straffällig wird.“ Nach seinen Einschätzungen arbeitet gegenwärtig jedes dritte Schulkind, das älter als elf Jahre ist. In Indien liege die Quote für Kinderarbeit bei 20 Prozent, in Thailand bei 25 Prozent, in Moçambique bei 28 Prozent und in Tansania bei 29 Prozent.

Die Kinder werden dem Bericht Bouhdibas zufolge zu Aufgaben auf dem eigenen Bauernhof, im Handwerk und zur Saisonarbeit außerhalb ihrer Heimatorte herangezogen. Dabei handele es sich meistens um schlecht bezahlte Arbeit oder um Lehrverhältnisse, in denen Kinder ausgebeutet werden.

In vielen Fällen seien die Familien auf die Arbeit der Kinder angewiesen, da sie sonst verhungern würden. Es sei auch nicht diese Arbeit, gegen die sich seine Kampagne wende. Vielmehr wolle man gegen die bewußte Ausbeutung von Kinderarbeit vorgehen. So würden im Iran, in Pakistan und in Marokko Kinder gezwungen, den ganzen Tag lang Teppiche zu knüpfen, was oft zu körperlichen Schäden und bei den Mädchen später auch zu Schwangerschaftsproblemen führe.

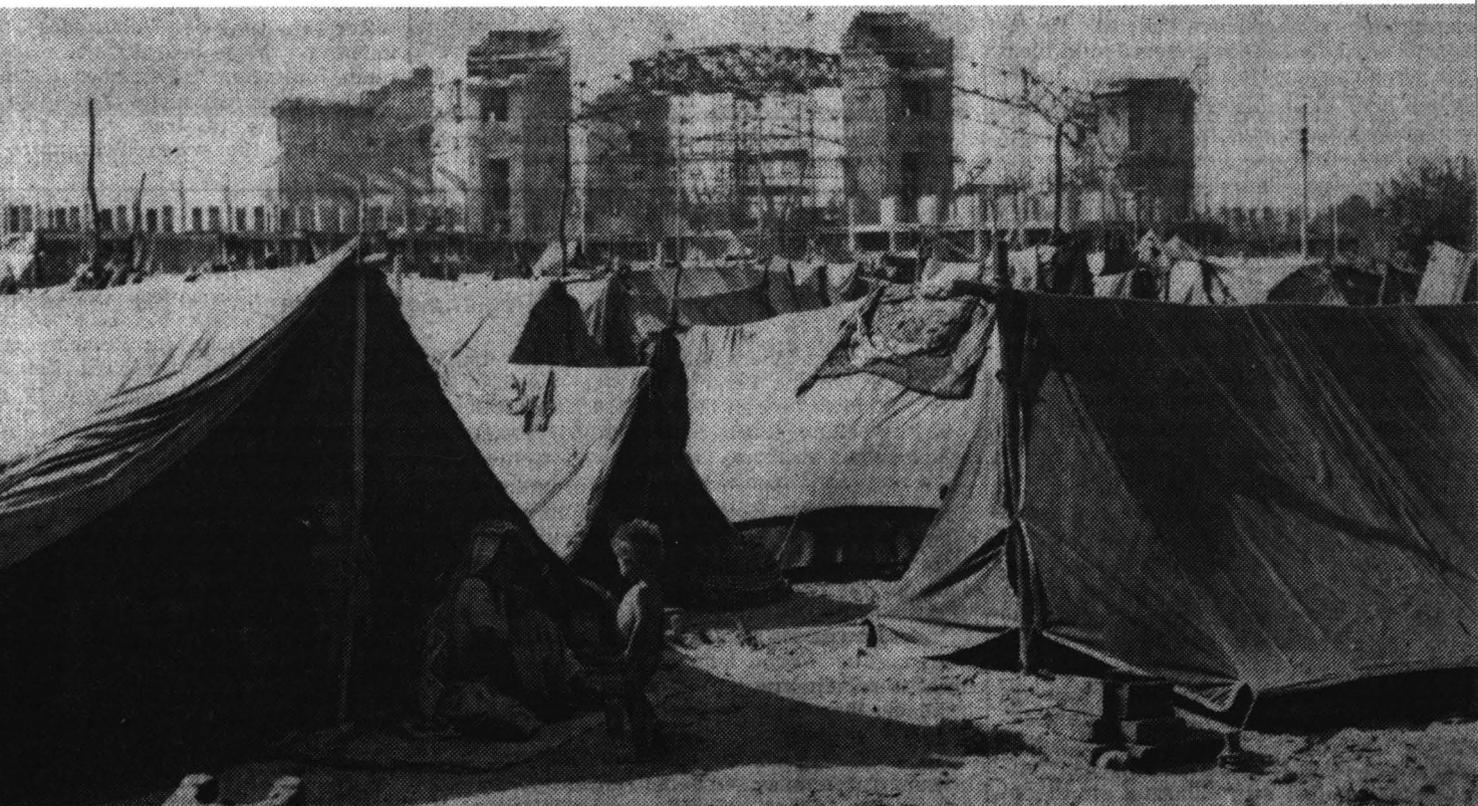
Bouhdiba berichtete von einem südafrikanischen Arzt, der gesehen habe, daß Kinder ge-

zwungen worden seien, ganze Tage in großen Säcken damit zu verbringen, Asbest, das auf sie niederregnete, zu zertreten. Sie seien von einem Aufseher mit einer Peitsche zur Arbeit angehalten worden. Die meisten dieser Kinder seien dem Bericht des Arztes zufolge nach zwei Jahren gestorben. Zehn Jahre später habe keines dieser Kinder mehr gelebt.

Nach einem Bericht des indischen Arbeitsministeriums werden Kinder zwischen sechs und 16 Jahren in allen Teilen des Landes noch ausgebeutet, meldet dpa. In vielen Gebieten sei ihre Lebenserwartung durch die teils schwere oder auch sehr schmutzige Arbeit stark vermindert.

So stirbt jährlich eine große Zahl von Kindern, die im Bundesstaat Madhya Pradesh in Fabriken arbeiten, in denen Schieferstifte oder Griffel hergestellt werden. Die Kinder atmen den feinen Staub ein, der beim Zersägen der Schieferplatten entsteht. Ihre Lebenserwartung beträgt nach Ansicht der Ärzte nicht mehr als 35 oder 40 Jahre.

Viele Kinder arbeiten dem Bericht zufolge bis zu 15 Stunden am Tag und verdienen dabei nicht einmal den Gegenwert einer Mark täglich. In den Fischfabriken in Kerala beginnen sie um 16 Uhr, die angelandeten Fische zu schuppen. Erst gegen 7 oder 8 Uhr, wenn die letzten Fänge eingebracht sind, dürfen sie nach Hause. Tausende werden in diesen Unternehmen beschäftigt, obwohl auch Nacharbeit für Kinder verboten ist. In Hotels und Restaurants in Delhi seien ebenfalls viele Kinder bis zu 15 Stunden am Tag tätig, heißt es in dem Bericht. Kinder arbeiten auch auf Kaffe-, Tee- oder anderen Plantagen. Sie sind auf Baustellen zu sehen und werden in der Textilindustrie beschäftigt. Es gibt kaum eine Organisation, die sich ihrer annimmt oder ihre Rechte vertritt. Meist ist es die nackte Not ihrer Familien, die sie zur Arbeit treibt, was von den Arbeitgebern ausgebeutet wird. Nach Schätzungen sind in Indien etwa 13 Millionen Kinder in den täglichen Arbeitsprozeß eingegliedert, mehr als 90 Prozent in ländlichen Gebieten.



Arbeitscamp bei einer Stadion-Baustelle in Delhi (SZ 11.11.81). Die hier beschäftigten Wanderarbeiter sind gegen ca. 70 DM Lohnvorschuß in ihren Heimatdörfern angeworben worden gegen die Verpflichtung, für 80 Pfennig pro Tag und eine Portion Reis ein Jahr lang – sieben Tage in der Woche zehn Stunden lang – auf der Großbaustelle zu arbeiten.

60er und 70er Jahre, und die der unmittelbaren Zukunft, eher ein Nachhall der Wanderungen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und zumeist ökonomisch motiviert. Aber noch immer gibt es etwa 13 Millionen politische Flüchtlinge auf der Welt, vor allem im südlichen Afrika, Südostasien und dem Mittleren Osten.

Nun ist aber die Trennung zwischen politischen und ökonomischen Flüchtlingen manchmal schwierig, besonders wenn die Wirtschaft eines Landes durch gewaltsame Konflikte unterhöhlt wird. Die sichtbarsten Beispiele einer solchen Grauzone sind heute die Millionen indochinesischer Flüchtlinge."

Obwohl die meisten Flüchtlingsbewegungen des letzten Jahrzehnts – im südlichen Afrika, Sahel und am Horn von Afrika, auf dem indischen Subkontinent, in Indochina, in Zentralamerika so oft im Hunger der Auffanglager geendet sind und in der Bilanz meist der Entvölkerung von Landstrichen zwecks agroindustrieller Nutzung oder zunächst nur der Klärung von Kriegszonen gedient haben, muß das Paradebeispiel eines industrialisierten Flüchtlingslagers, nämlich Hongkong, an dieser Stelle erwähnt werden. Dort ist es gelungen, die Flüchtlinge aus dem roten China in die Schwitzbuden, Klitschen und Kleinstbetriebe zu lenken. Noch immer herrscht dort, auf engstem Raum, die Atmosphäre eines Lagers: 1971 lebten in 90 000 Wohnungen durchschnittlich mehr als 5 Menschen in einem Raum. Und noch immer ist Hongkong eine Flüchtlingsregion: nach dem „Sturz der Viererbande“ strömten Zigttausende von chinesischen Jugendlichen, die in Rotchina aufs Land deportiert werden sollten, aus den chinesischen Städten, vor allem aus Shanghai, nach Hongkong. J. England und J. Rear haben die Lebensbedingungen in Hongkong eindrucksvoll beschrieben:

„Glücksspiele und Narkotika, ... Drogenabhängigkeit scheint direkt mit den folgenden Merkmalen des Arbeiterdaseins in Hongkong verknüpft zu sein: Auflösung der Familien bei der Flucht aus China und der damit verbundene Verlust traditioneller sozialer Kontrollen; das Problem der Anpassung an die Fabrikdisziplin; das Fehlen von Aufstiegsmöglichkeiten und von Altersversorgung; die Überfüllung Hongkongs mit Menschen“ (in: Chinese Labour under British Rule, Hongkong 1975). Das Flüchtlingsschicksal hat die Menschen anpassungs-

fähig für industrielle Normen gemacht, dies hat zu so großen Produktivitätsgewinnen geführt, daß die Industrie Hongkongs mit Ländern, in denen die Arbeitslöhne zwei- bis vierfach niedriger sind (Taiwan, Südkorea, Malaysia, Singapur) konkurrieren kann. Denn in diesen Staaten ist zumindest ein Teil der Arbeitskräfte sozial mit der Moral der Subsistenzökonomie verbunden; allein die völlige Entwurzelung der Hongkong-Flüchtlinge hat diese zu einer industriell verfügbaren und mit Drogen lenkbaren Menschenmasse gemacht, mit einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 54 Stunden, oft aber bis zu 104 Stunden. Sie arbeiten in den Kleinbetrieben der Elektronik-, Spielzeug-, Uhren-, Lederwaren-, Büromaschinen- und Haushaltswarenindustrie, die meisten aber immer noch in der Bekleidungs- und Textilindustrie. Gefüllt mit Flüchtlingen ist Hongkong zum Beispiel eines erfolgreich an die Mehrwertproduktion angekoppelten „informellen Sektors“ geworden: „Nur 619 684 der insgesamt 1,5 Millionen Arbeiter arbeiten in den 21 386 amtlich registrierten Industriebetrieben (d.h. Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten). Insgesamt 136 300 sind selbständig; der Rest betreibt kleine Familienbetriebe oder arbeitet in kleinen Betrieben, die gewöhnlich in einem einzigen Raum in einem Hochhaus der Slums untergebracht sind. Das Brandrisiko ist hoch; vornehmlich diese Kleinstbetriebe sind für die täglich sieben Feuersbrünste in Hongkong verantwortlich.“

Auch im Flüchtlingslager Hongkong sind die Löhne seit der Krise von 1973 beständig zurückgegangen. Und auch hier reagieren die Familienverbände, die sich in den Slums neu zusammengefunden haben, nach dem „Chayanov-Prinzip“: je knapper das Familieneinkommen wird, desto mehr Familienangehörige werden zur Arbeit geschickt, desto mehr Überstunden werden gemacht. Die Gesamthöhe des Familieneinkommens ist die unabhängige Variable, von der die Überstundenzahl und die Zahl der arbeitenden Kinder abhängt (Porter, ILR 111). Während die Krise also das Angebot auf dem Arbeitsmarkt nochmals erhöht hat, sind die Beschäftigungsverhältnisse noch instabiler geworden: Die Arbeit im Subkontraktverhältnis, die es früher auf dem Bau, im Hafen und bei öffentlichen Arbeiten gab, hat sich auf andere Sektoren ausgeweitet: „In den letzten Jahren hat sich eine fluktuierende Armee von – gelernten und ungelernten – Gelegenheitsarbei-

tern herausgebildet, die sich zwischen den Firmen der Manufaktur (Kleidungs-, Textil- und Mechanikbetriebe vor allem) hin- und herbewegt; dorthin, wo früher direkte Lohnarbeit oder die Auslagerung der Produktion in die Heimarbeit das Gebot der Stunde waren. Diese Arbeiter, die typischerweise in autonomen Arbeitsgruppen organisiert sind und die sich um eine Führungsperson gruppieren, können als ‚ambulante Gruppen‘ beschrieben werden.“ (Sit und Ng, ILR 119). Es ist aber anzumerken, daß solche Gruppen nicht nur eine größere Flexibilität für den Kleinunternehmer bedeuten, sondern zugleich eine wichtige Form der Selbstorganisation der Unterlassen sind. Es gibt solche Arbeitsgruppen, vor allem im Bausektor, in den meisten trikontinentalen Ländern wie auch im frühindustriellen Europa. Sie sind nicht nur Arbeitsrotten, sondern stellen auch ihre Lohnforderungen – und kämpfen – gruppenweise. So kann das Entstehen solcher Arbeitsgruppen auch ein Indiz dafür sein, daß sich auch in Hongkong die Nachkommen der Flüchtlinge in Überlebens- und Kollektivzusammenhängen organisieren, wie sie auch in den Slums anderer Städte gang und gäbe sind.

Hongkong ist mit diesen Charakteristiken zu einem Modellprojekt für die Ausbeutung der Armen geworden. Andere ASEAN-Staaten ziehen nach, zum Beispiel Singapur, das die modernsten Überwachungstechnologien mit der Ausbeutung der ärmsten Unterschichten kombiniert. E. Schmidt berichtet von gigantischen Sanierungsprojekten (IZ3W 85): „Es ist bestimmt kein Zufall, daß in letzter Zeit immer häufiger Altbauten in Sanierungsgebieten in Flammen aufgehen. ... Große Teile Singapurs sind bereits der Kahlschlag-Sanierung zum Opfer gefallen. Das alte Zentrum ist fast völlig Bankhochhäusern und Büro- und Einkaufspalästen aus Glas und Beton gewichen. ... Alle Bewohner erhalten Alternativ-Unterkünfte in Neubaublocks, aber durch die Umsiedlung werden sie in alle Winde zerstreut. ... Kritiker der Regierung weisen darauf hin, daß Entsolidarisierung und bessere politische Kontrolle zwei der Ziele sind, die die Regierung mit ihrer Sanierungspolitik verfolgt. Durch die Sanierung werden auch die letzten Kommunikationskanäle der politischen Opposition im Viertel zerschlagen. In den Neubaublocks haben die Behörden leichtes Spiel, alle verdächtigen Aktivitäten genau zu überwachen. In jedem Block wohnt mindestens ein Polizist. Offiziell wird das mit Schutz vor Diebstahl und Vergewaltigung begründet. Darüberhinaus sind seit dem vergangenen Jahr „Blockkomitees“ gegründet worden, die unmittelbar dem Amt des Premierministers unterstellt wurden. ... Vor allem haben sie die Funktion, Informationen über einzelne Bewohner an staatliche Behörden weiterzuleiten. Der polizeistaatliche Apparat gehört zum Ausgeklügelsten, was es auf dem Gebiet überhaupt gibt. Über alle Bewohner sind Daten in einem zentralen Computer gespeichert – von Personaldaten über Beschäftigungsverhältnisse bis hin zu Angaben, aus denen die staatstragende Gesinnung des einzelnen ersichtlich ist (dazu gehören z.B. Angaben über Wahlbeteiligung oder über Spenden für den ‚National Heroes Fund‘, eine Wohlfahrtseinrichtung für Soldatenwitwen).

Der staatliche Wohnungsbau Singapurs ist von seinen Ausmaßen her ein gigantisches Unternehmen, für das es in keinem anderen Land eine Parallele gibt. Seit 1960 ... sind mehr als 50% der Gesamtbevölkerung in staatliche Sozialwohnungen umgesiedelt worden. ... Der soziale Wohnungsbau ist ein Hebel, um die industrielle Reservearmee zur Lohnarbeit zu zwingen. Bei Durchschnittslöhnen für Ungelernte von 5 S-Dollar für Frauen und 6 S-Dollar für Männer müssen in der Regel zwei arbeiten, um die Miete für eine Wohnung zusammenzubekommen.“

Läßt sich hier der Unterschied zur metropolitanen Lebenssituation schon kaum noch ausmachen, so drängt sich die Parallele hinsichtlich der Vernutzung von Migrationsarbeit nicht weniger auf: „15 km westlich der City von Singapur liegt die Sattelitenstadt Jurong, eines von Singapurs Renommierprojekten. Um das Industriegelände zu gewinnen, wurde ein

Mangrovensumpf trockengelegt, und durch Eindeichung und Aufschwemmung wurde dem Meer Neuland abgerungen. Heute ist das Industriegebiet von Jurong mit 563 Fabriken auf einer Gesamtfläche von 3830 ha das größte seiner Art in Südostasien. Hier arbeiten 65 000 Industriearbeiter, und in der angrenzenden Satellitenstadt leben ca. 300 000 Menschen. Die Industrialisierung Singapurs ging so schnell, daß die Arbeitskräfte des Landes bald nicht mehr ausreichten. Ca. 40% der Arbeiter in Jurong sind Gastarbeiter aus Malaysia, Thailand, Sri Lanka und Indien. Die Bedingungen, unter denen sie ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, sind noch erniedrigender als bei ihren Kollegen mit Singapur-Staatsangehörigkeit. Gastarbeiter erhalten eine Aufenthaltsgenehmigung für zwei oder drei Jahre. Während dieser Zeit darf der Arbeitsplatz nicht gewechselt werden. Wer arbeitslos wird oder die Firma wechselt, gilt sofort als ‚illegaler Einwanderer‘ und setzt sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus. Wer vor Ablauf von zwei Jahren in sein Heimatland zurückwill, muß eine Ablösesumme an den Staat zahlen. Der Staat mischt sich auch in das Privatleben der Gastarbeiter ein. Sie werden in Betriebsunterkünften mit strenger Hausordnung untergebracht. Abends ab 9 Uhr dürfen sie keinen Besuch mehr empfangen. Hausmeister kontrollieren auf ihren regelmäßigen Kontrollgängen, ob sich auch kein ‚illegaler Einwanderer‘ eingeschlichen hat. Will ein Gastarbeiter heiraten, so braucht er die Genehmigung des Arbeitsministeriums. Die Heiraterlaubnis wird nur dann erteilt, wenn beide Ehepartner eine eidesstattliche Versicherung abgeben, sich nach dem zweiten Kind sterilisieren zu lassen. Gastarbeiterinnen können in Singapur praktisch keine Kinder zur Welt bringen. Ihnen wird bei der Entbindung grundsätzlich der Erste-Klasse-Pflegesatz berechnet. ... Premierminister Lee Kuan Yew vertritt in aller Offenheit, daß die Zukunft Singapurs als Industrienation davon abhängt, daß ‚es gelingt, die Qualität der Bevölkerung zu verbessern‘. Das Erbgut der Talentiertesten soll sich fortpflanzen, der Fortpflanzung der Unterschichten hingegen werden enge Grenzen gesetzt. . .“

Kommen wir zum Abschluß dieses Abschnitts, der nur eine flüchtige tour d’horizon sein konnte. Wir hatten ihn begonnen mit den Systemen von Rotationsmigration, wir kamen dann zu den neuen Arbeitslagern und den industrialisierten Flüchtlingslagern: die soziale Utopie des Kapitals kehrt, da die Vernutzung des „informellen Sektors“ doch beständig mit dem Eigenwillen der Menschen, ihrem Kommunikationsnetz und ihrer Subsistenzmoral konfrontiert ist, zur Konzeption des kontrollierten Arbeitslagers und des industrialisierten Flüchtlingslagers auch in den drei Kontinenten zurück.

Kommen wir zurück zur Stadt-Land-Migration und zum Anschwellen der trikontinentalen Städte; haben wir im vorangehenden Abschnitt die Pläne zur Verwertung der Armen in „informellen Sektoren“ gestreift und in diesem Abschnitt das Problem, daß das Kapital die Arbeitskräfte aus ihren Produktionsfamilien herausmobilisieren muß, um sich ihre Arbeitskraft vollständig zu unterwerfen, so wollen wir nun beschreiben, wie diese Menschen, verwurzelt in ihrem traditionellen Wissen von Wert und Moral nicht nur Manövriermasse für das Kapital sind, sondern Menschen mit Eigenwillen und Widerborstigkeit. Und daß die Geschichte ihrer Enteignung, wie Marx schreibt, in die Annalen der Menschheit mit Buchstaben von Blut und Feuer geschrieben wird.



UNO: Slums nicht beseitigen, sondern sanieren

Für die rasch wachsende Zahl der Bewohner von Elendsvierteln in der Dritten Welt scheint immer weniger Platz zu sein. Eine in Nairobi veröffentlichte Studie der UNO-Siedlungsorganisation (Habitat) empfiehlt jetzt den Politikern, nicht vordringlich zu versuchen, *Slums* zu beseitigen, sondern sie vielmehr zu *sanieren* und wohnlicher zu machen.

Bis zu zwei Drittel der städtischen Bevölkerung in den Entwicklungsländern lebt der Studie zufolge in Slums. Jeder dritte Bürger Nairobis wohnt in einer „Shantytown“, in Addis Abeba sind es neun von zehn Menschen. In Mexico-City machten die Forscher 46, in Ankara und Bogota 60 und in Kalkutta 67 Prozent der Bürger in Elendsquartieren aus.

Die Flucht vom Land in die Stadt, wo die meisten Hoffnungen auf Beschäftigung und etwas mehr Wohlstand unerfüllt bleiben, hält dennoch an. Während die Bevölkerung der Entwicklungsländer durchschnittlich um gut zwei Prozent jährlich wächst, nimmt sie in den Städten um vier und in den Slums gar um acht Prozent zu. Der Habitat-Bericht: „Das Ausmaß des Problems ist so groß, daß nur die selbst Betroffenen es lösen können.“

Die *städtische* Bevölkerung der Dritten Welt beträgt nach Schätzung der Fachleute derzeit rund 760 Millionen Menschen. In zehn Jahren sollen 411 Millionen dazukommen. Bis zur Jahrtausendwende wird sich die Zahl verdreifachen, in Afrika sogar verfünffachen. Gab es 1950 nur 70 Millionenstädte auf der Erde, so sind es jetzt alleine in den Entwicklungsländern bereits 74, im Jahr 2000 voraussichtlich schon 276.

Versuche, das Slum-Problem durch Abreißen oder Zuzugsverbote zu lösen, bringen nach Ansicht der Fachleute wenig ein. Wichtiger sei eine Verbesserung der Infrastruktur, ohne jedoch das Wohnen für die Armen zu teuer zu machen. Der Habitat-Bericht schlägt einfache Geräte zur Wasserversorgung vor, die von den Slumbewohnern zum großen Teil selbst gebaut werden könnten. Mit relativ simplen Mitteln sei auch die Aufbereitung gebrauchten Wassers möglich. Kleinanlagen könnten Wind- und Sonnenenergie sowie Biogas nutzen. Der Slumbewohner solle Eigentümer seines Stückchen Bodens werden, dies komme dem Zustand der Unterkunft sehr zugute.

dpa/fwt





Das größte Elendsviertel in Lateinamerika

Wir lassen bald die allerletzten Zeugnisse der Wohlstandsinseln hinter uns. Nach ein paar Minuten ist alles grau: die Häuser, die Straßen und der letzte Rest einer Landschaft. Bis dahin, wo heute zweieinhalb bis drei Millionen Mexikaner in größtem Elend ihr Leben fristen, reichte vor wenigen Jahrzehnten noch der Salzsee von Texcoco. Der Boden läßt auch heute noch jede Vegetation verkümmern. Die Warnung renommierter Stadtplaner schrieben die mexikanischen Behörden in den Wind und gaben bereitwillig das trockengelegte Gelände zur Bebauung frei. Neza, so ihre Hoffnung, sollte das Notventil für die aus den Nähten platzende Hauptstadt werden.

Ende der vierziger Jahre ließen sich die ersten Siedler auf dem unwohlichen Land nieder. Sie kamen, wie dies auch heute noch der Fall ist, aus dem Landesinneren. Der karge Boden ihrer Heimat und die miserablen Lebensbedingungen, eine direkte Folge der Landwirtschaftspolitik der Regierung, die nur die exportorientierte Agrarindustrie fördert, lockte sie in die Stadt. 1962 zählte die Slum-Stadt 62.000 Einwohner, sechs Jahre später schon eine halbe Million mehr und 1973 hausten dort bereits eine Million Menschen. Neza wächst schneller als die Gesamtbevölkerung Mexikos, die jährlich um 3,2% zunimmt. Neza wächst auch schneller als die Hauptstadt (5,6%) und gehört mittlerweile zu den vier größten Städten des Landes.

Jeden Monat 15.000 Siedler

Mit den anderen, den »normalen« Städten Mexikos hat Neza nur wenig gemein: seit April 1963 eine eigene Stadtverwaltung, daneben ein »Zentrum« mit ein paar ärmlichen Läden, dem Palacio Municipal, zwei Banken, einem Postamt, drei Tankstellen und vier Kinos, die allesamt Schund- und primitive Liebesfilme zeigen. Daneben hat es noch zehn funktionierende Telefonzellen. Kein Hotel, kein Theater, kein Friedhof, keine Grünanlagen weit und breit.

Auch über den Strom können sich die armen Leute nicht so recht freuen. 1979 wurde er plötzlich und ohne Vorankündigung um 400 Prozent teurer.

Jeden Monat kommen in Netzahuacoyotl fünfzehn Tausend neue Siedler an, heißt es in offiziellen Statistiken. Für 40 Prozent ihrer Bewohner ist die Stadt nur eine Durchgangsstation auf der Suche nach einer besseren Zukunft. Doch der größte Teil der hier Lebenden hatte sein Glück zuvor schon in der Hauptstadt versucht, ohne Fuß fassen zu können. Die Bevölkerung von Neza wird auf zweieinhalb bis drei Millionen geschätzt. Über die

Hälfte davon sind Jugendliche unter vierzehn Jahren. 47 Prozent der Einwohner im arbeitsfähigen Alter sind ohne Beschäftigung oder gehen einer unregelmäßigen Tätigkeit nach. Die anderen 53 Prozent arbeiten fast ausschließlich in dem Industriegürtel, der sich um die Hauptstadt zieht. Morgens gegen fünf verlassen sie Neza, um nach zwei bis drei Stunden Busfahrt ihren Arbeitsplatz zu erreichen. Abends — ab acht Uhr — füllt sich die Elendstadt dann wieder.

Auf unserem Inspektionsgang sind wir an einer riesigen Mülldeponie angekommen. Lastwagen laden die Abfälle der 14-Millionen-Metropole hier am Rande von Neza auf einer Länge von drei Kilometern ab. Diese Müllkippe ist zum Arbeitsplatz für tausend Einwohner geworden. »Manchmal«, sagte Francisco, »wimmelt es hier dermaßen von Ratten, daß die Sammler nicht weiterarbeiten können. Mit einem buckligen Mann, der mit Frau und seinen drei Mädchen, das älteste neun Jahre alt, im Müll herumstochert, komme ich dank meinem Begleiter ins Gespräch.

Was sammeln Sie hier?

»Kartons, Bierdosen, Papier und Flaschen.«

Und was kriegen Sie dafür?

»Wenn ich Glück habe, dreizehn Pesos am Tag« (ein guter halber Dollar).

Reicht das für die ganze Familie?

»Nein. Dafür arbeiten wir allehier. Zusammen bringen wir es auf ungefähr vierzig Pesos.«

Konnten Sie keine andere Arbeit finden?

»Nein. Früher habe ich auf dem Bau gearbeitet. Aber jetzt will mich niemand mehr haben, weil meine Knie zittern und weil ich nichts mehr tragen kann.«

Wieso?

»Weil man mir das Blut ausgesaugt hat!«

Wie bitte?

»Acht Jahre lang habe ich mein Blut verkauft. Für hundert Pesos pro Beutel. Jetzt lassen sie mich nicht mehr. Ich habe Zucker.«

38 Prozent inhalieren Kleister

Fast dreißig Prozent aller Väter sollen von ihren Familien getrennt leben oder sich in nur ganz unregelmäßigen Abständen zu Hause blicken lassen, weiß Francisco zu erzählen. Einer Untersuchung der staatlichen Universität zufolge sind sechs Prozent der hier lebenden Väter chronische Alkoholiker und ein weiteres Drittel das, was als »normale Alkoholiker« bezeichnet wird. Die Tageszeitung *Unomasuno* veröffentlichte am 29.9.1980 Notizen von einem Expertenhearing. Danach hat Neza den höchsten Grad an Alkoholismus in ganz Mexiko. Die Behörden haben angeblich die Namen von 300.000 Jugendlichen registriert, die dieser Sucht verfallen sind. Jährlich sollen 10.000 neue Fälle dazukommen.

Wer nicht zur Flasche greift, flüchtet sich oft in Drogen. 38 Prozent der Einwohner von Neza, in erster Linie Jugendliche, versuchen mit Hilfe des *cemento*, einem Kleister, der inhaliert wird, ihr Elend zu vergessen. Anfang 1974 gab es ganze 22 staatliche Ärzte und 33 Krankenschwestern, aber immer noch kein einziges Krankenbett. Mittlerweile hat sich die Situation etwas gebessert. Doch die Bewohner ohne Sozialversicherung müssen sich auch heute noch selbst helfen.

Aufnahme in die Schule gegen Schmiergeld

Mein Gesprächspartner von den *Servicios Educativos* schlägt uns vor, vom Zentrum aus in das »typische« Neza zu gehen. Je weiter wir uns von den beiden geteernten Straßen (170 von 1.000 km) entfernen, umso größer wird das Ausmaß des Elends. Frauen, Kinder, alte und jüngere arbeitslose Männer sitzen teilnahmslos vor ihren Hütten aus Blech und Holz. Das Straßenschild beleben allenfalls ein paar herumstreuende Hunde. »Die Behörden haben unlängst zugegeben, daß über zwei Drittel der Einwohner hier 'im Elend vegetieren', erklärt uns Francisco. *Aber den Leuten, die einer geregelten Arbeit nachgehen, geht es doch besser?* Der Pädagoge nennt auf meinen Einwand hin eine Zahl. »Im Durchschnitt bringt es ein regulärer Arbeiter auf dreitausend Pesos im Monat (150 Dollar). Davon muß er aber die ganze Familie ernähren. Vergiß aber nicht, daß man hier wenigstens vier Kinder in der Regel hat.« Gewiß, die Lebenshaltungskosten liegen etwas unter denen in Europa. Auch subventioniert die mexikanische Regierung die wichtigsten Grundnahrungsmittel. »Hier gibt es die staatlichen Conasupo-Läden. Aber es sind ganze zwölf (!) und sie sind deshalb nur einem Bruchteil der Einwohner zugänglich.« korrigiert uns unser Begleiter. Ansonsten sind aber viele Nahrungsmittel teurer als anderswo — wegen der vielen Zwischenhändler.

Die Jugendlichen sind vor allem die Leidtragenden dieses Elends. Über die Hälfte aller Kinder besucht keine Schule. Bestehen die Eltern auf dem Recht auf die an und für sich kostenlose Ausbildung, wie es die Verfassung garantiert, müssen sie auch noch in die eigene Tasche greifen. Auch verlangen viele Schulen bei der Aufnahme ein *mordida* (Schmiergeld), weil auf einen Grundschulplatz mehrere Bewerber kommen. Die Lehrer ihrerseits rechtfertigen dieses Gebahren mit ihrem kläglichen Lohn. Statistiken belegen: Ein Fünftel der Kinder aus Neza reißt sich noch vor Erreichen des zehnten Lebensjahres in einen marginalen Arbeitsprozess ein, und zwei von drei Kindern arbeiten schon, ehe sie fünfzehn sind.

Anton Leicht

Die Klasse der Nicht-Arbeiter und ihre Vernichtung: Moralische Ökonomie der Unterklassen und Bevölkerungspolitik

Aus unserer eigenen Geschichte – der Geschichte der Industrialisierung in Europa – können wir eine Menge lernen über die Qualität der Klassenkonflikte in den drei Kontinenten. E.P. Thompson hat 1971 den Begriff von der „moralischen Ökonomie“ der (englischen) Unterklassen im 18. Jahrhundert geprägt, und wenn wir uns einige Passagen aus seinem berühmten Aufsatz vergegenwärtigen, erkennen wir sofort auch deren aktuelle Bedeutung; wir wissen um die Politik der Lebensmittelkrise seit 1971 und lesen:

„So wie wir von dem Bargeldnexus sprechen, der sich im Zug der industriellen Revolution herausbildete, so können wir in gewissem Sinn von einem Brotnexus des 18. Jahrhunderts sprechen. Der Konflikt zwischen Stadt und Land war über den Brotpreis vermittelt. Die Auseinandersetzung zwischen Traditionalismus und neuer politischer Ökonomie drehte sich um die Korngesetze, und während der ökonomische Klassenkonflikt in England des 19. Jahrhunderts in der Lohnfrage seinen charakteristischen Ausdruck fand, wurde die arbeitende Bevölkerung im England des 18. Jahrhunderts insbesondere durch steigende Preise zur Aktion getrieben.

Dieses hochempfindliche Konsumbewußtsein war mit dem großen Zeitalter der landwirtschaftlichen Modernisierung im Korngürtel Ost- und Südenglands gekoppelt. Jene Jahre, die die englische Landwirtschaft auf einen neuen Höhepunkt führten, wurden durch die Unruhen der Jahre 1709, 1740, 1956/57, 1766/67, 1773, 1782 und vor allem 1795 und 1800/01 unterbrochen – Unruhen, die von den Zeitgenossen oft als ‚Aufstände‘ oder ‚Erhebungen der Armen‘ beschrieben wurden. Die prosperierende kapitalistische Ökonomie trieb jedoch auf einem leicht erregbaren Markt, auf dem sich in jedem Augenblick marodierende Banden bilden konnten, die das Land mit Knüppeln durchstreifen oder auf dem Marktplatz Aufstellung nahmen, um den Preis für Lebensmittel nach den Standards des Volks ‚festzusetzen‘...“

„Natürlich ist es richtig, daß Unruhen durch starke Preissteigerungen, obskure Praktiken der Händler oder durch Hunger ausgelöst wurden. Doch diese Proteste bewegten sich im Rahmen eines volkstümlichen Konsenses darüber, was auf dem Markt, in der Mühle, in der Backstube usw. legitim und was illegitim war. Dieser Konsens wiederum beruhte auf einer in sich geschlossenen, traditionsbestimmten Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von den angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens. Zusammengenommen bildeten sie das, was man die ‚moralische Ökonomie‘ der Armen nennen könnte. Eine gröbliche Verletzung dieser moralischen Grundannahmen war ebenso häufig wie tatsächliche Not der Anlaß zu direkter Aktion...“

„Die Ökonomie der Armen war immer lokal und regional, abgeleitet von einer Subsistenzökonomie. Das Korn sollte in der Gegend konsumiert werden, in der es angebaut wurde, besonders in Zeiten der Knappheit. Mehrere Jahrhunderte hindurch rief der Export in Mangeljahren den Zorn der Armen wach...“

Das Recht auf Existenz war der moralische Motor der Aufstände unserer Vorfahren. J.C. Scott schreibt: „Im Zentrum der Protestbewegungen der städtischen und ländlichen Armen im Europa des 18. und 19. Jahrhunderts stand nicht so sehr der radikale Glaube an Gleichheit an Reichtum und Land, sondern der viel moderatere Anspruch auf ein ‚Recht zur Subsistenz‘ – ein Anspruch, der um so selbstbewußter ge-

stellt wurde, je stärker dieses Recht immer mehr in Frage gestellt wurde. Die entscheidende Grundannahme war einfach die, daß die Armen ein soziales Recht auf Subsistenz hätten – unabhängig von ihren bürgerlichen und politischen Schwächen. Deshalb konnte kein Anspruch der Eliten oder des Staates, der die Subsistenzbedürfnisse bedrohte, Recht sein. Dieses Wissen nahm verschiedene Formen an und wurde, wie es paßte, sehr flexibel umgesetzt. Aber in verschiedenen Erscheinungsformen beruhte hierauf die moralische Entrüstung, die zahllose Aufstände und Jacqueries speiste. Es war das ‚Droit de Subsistance‘, das so viele Arme in der Französischen Revolution zusammenschweißte; es stand hinter der ‚taxation populaire‘, wenn die Massen das Korn beschlagnahmten und zu einem vom Volk bestimmten gerechten Preis verkauften; und es stand auch hinter dem ‚Jacobinischen Maximum‘, das die Preise für Güter des täglichen Bedarfs an das Lohnniveau koppelte. ... Die Minimalforderung war, daß die Eliten die Subsistenzgrundlage der Armen nicht angreifen durften; die Maximalforderung die, daß die Eliten eine positive und moralische Verpflichtung hatten, für den Lebensunterhalt ihrer Untertanen in Zeiten der Teuerung zu sorgen.“

Die Familienwirtschaft und die Dorfgemeinde waren im frühindustriellen Europa und sind in den drei Kontinenten der Ausgangspunkt dieses Existenzrechts; „Bauer“ und „Dorf“ sind in diesem Sinne eine weltweite und immer noch aktuelle Erscheinung. B. Moore: „Diese Erfahrung (alle Risiken auf die Gemeinde zu verteilen) bildet die Grundlage für die Sitten und moralischen Standards der Bauern, nach denen sie ihr eigenes Verhalten und das anderer beurteilen. Das Wesen dieser Standards beruht auf einem groben Wissen um Gleichheit, und es betont das Recht und die Notwendigkeit für ein Minimum an Land (oder einem Einkommen für das Überleben), um die elementaren politischen Aufgaben erfüllen zu können. Diese Standards sind gewöhnlich in irgendeiner Weise religiös sanktioniert, und wahrscheinlich ist es die Betonung dieses Rechts, das die Religion der Bauern von der anderer sozialer Klassen unterscheidet.“

Das Wissen um ökonomische Gerechtigkeit, das Wissen, daß alles ungerecht ist, was das Existenzrecht bedroht – das ist das moralische Wissen der vorindustriellen Unterklassen über Jahrhunderte. Freilich: „Es wäre allzu leichtfertig und ein schwerer Fehler“, schreibt Scott, „diese sozialen Beziehungen zu romantisieren, die eine solche Bauerngesellschaft ausmachen. Sie sind nicht radikal egalitär. Vielmehr beruhen sie nur darauf, daß alle ein Recht auf Leben haben aus den Ressourcen des Dorfs.“ Der Erhaltung dieses Existenzrechts dienten alle sozialen Regulationsmechanismen in der Dorfgemeinde und alle Widerstandsformen gegen die Obrigkeit. Die sozialen Regulationsmechanismen im Dorf umfaßten das Wissen, daß die Größe der Produktionsfamilien geplant werden mußte, daß Verbindungen nach außen, die die Gleichheit im Dorf gefährden konnten, gekappt werden mußten, daß der Bereicherung und dem sozialen Aufstieg Grenzen gesetzt werden mußten, daß Reichtum nicht zur Investition, sondern zum Verbrauch bestimmt war, daß der Boden zum Überleben, aber nicht zur Erwirtschaftung von Überschuß da war. Aber wenden wir uns hier nur dem zu, was „Arbeit“ und was „Zeit“ in der moralischen Ökonomie des Dorfs bedeuteten, denn wir

wollen uns hier nicht weiter an der (verdammnt interessanten) Struktur der vorkapitalistischen Dörfer aufhalten, sondern es soll nur erläutert werden, aus welcher Dimension heraus der Widerstand gegen die industrielle Arbeit in den drei Kontinenten begriffen werden muß.

Die meisten neueren Sozialwissenschaftler, die sich mit den agrarischen vorkapitalistischen Unterlassen beschäftigt haben, sind sich einig, daß in den Produktionsfamilien der Konsum, die Ernährung und Erhaltung der Familienmitglieder, das allein wichtige Kriterium ist. Nicht nur, weil in feudalen Gesellschaftsstrukturen ohnehin jegliches Mehrprodukt über den unmittelbaren Überlebensbedarf hinaus vom Feudalherren abgeschöpft wurde – was in vielen Regionen ja auch nur zum Teil der Fall gewesen ist –, sondern weil Arbeit nur denkbar war im Zusammenhang mit der unmittelbaren Überlebensproduktion, weil Arbeit, Leben und Überleben eine undifferenzierbare Einheit darstellten, weil es Arbeit nur in der Form unmittelbarer, aus Traditionen, Erfahrungen und Zwängen stammender konkreter Aufgaben zur Überlebenssicherung gab – aus diesen Gründen war und ist in den Produktionsfamilien der Konsum des täglichen Lebens und nicht die Produktion oder die Akkumulation von Reichtümern das, was ihre Lebensweise und ihre Kämpfe bestimmt. So schreibt Scott: „Die moralische Ökonomie der Subsistenzethik kann deutlich in den Themen des Bauernprotests ... (im kolonialen Südostasien) verfolgt werden. Zwei Themen beherrschten die Szene: erstens, daß die Ansprüche von Feudalherren, Geldverleihern oder dem Staat nie legitim waren, wenn diese Ansprüche auf das Einkommen der Bauern das bedrohten, was als kulturell definiertes minimales Subsistenzniveau angesehen wurde; und zweitens, daß das Produkt des Landes (und eben nicht das Land selbst, nicht die Produktionsmittel!) so verteilt werden sollte, daß für alle eine garantierte Subsistenznische blieb. Man bezog sich in fast allen Fällen auf die Vergangenheit – auf traditionelle Praktiken –, und die Revolten der Bauern können am ehesten als Abwehrreaktionen gedeutet werden. Diese Rückwärtsgewandtheit ist inzwischen ein Gemeinplatz bei der Analyse von Bauernbewegungen. Wie Moore, Tawney zitierend, es ausdrückt, ‚würde der radikale Bauer überrascht sein, wenn er hören würde, daß der die Grundlagen der Gesellschaft unterhöhlen würde: er versuche doch nur, sich das zurückzuholen, was ihm lange Zeit rechtmäßig zugestanden hätte‘.

Und aus dieser Einstellung heraus waren die Bauernrevolten im wesentlichen Revolten von Konsumenten und nicht von Produzenten. Außer wenn kommunales Land durch lokale Adlige enteignet worden war, war die Forderung nach Neuverteilung des Lands auffälligerweise nirgends zu finden. Proteste gegen Steuern und Pachtgelder wurden vorgebracht je nach ihrer Auswirkung auf den Konsum. ... Daß zu knapp war, was zum Konsum übrigblieb, und nicht die Menge dessen, was abgeführt werden mußte, war das, was die Bauern zur Rebellion trieb“; – das Bedürfnis nach Konsum und nicht nach Arbeit ist das, was die vorkapitalistischen Unterlassen treibt; dies ist die Grundlage des „kolonialen Paradoxons“ des Arbeitskräftemangels inmitten des Arbeitskräfteüberschusses – und dies ist auch die Triebkraft der trikontinentalen Einkommenoffensive der Unterlassen, die ihren Teil zur Krise der „Entwicklungsdekade“ beigetragen hat. Arbeit ist in der Dorfgemeinschaft auch kein Mittel des persönlichen Fortkommens. Das Ansehen, das eine Person in der Gemeinschaft genießt, beruht nicht auf seiner Knauserigkeit und der Akkumulation von Reichtum, sondern auf seiner Freigiebigkeit, auf seinen Beiträgen zu religiösen Zeremonien und Festen. Reichtum ist dazu da, umverteilt zu werden und den Armen abzugeben. Und solche Umverteilung funktionierte auch: „Keine Familie bleibt länger als drei Generationen arm, keine länger als drei Generationen reich“, wußte ein chinesisches Sprichwort.

Und während in Regionen chronischer Knappheit wie etwa in Rußland die Verteilung der Familienarbeitskraft nach dem „Chayanov-Prinzip“, mit Hungerpacht und Selbstausbeutung, einherging – ein Prinzip, das das Kapital in die Kaskade der

Mehrwertabpressung einzubinden sucht –, so schlägt diese Verwurzelung in ähnlichen moralischen Traditionen in Regionen größeren Überflusses sofort in organisierte Arbeitszurückhaltung um: die Arbeit wird begrenzt, um die Dorfgemeinschaft zu erhalten. „Was der oberflächliche Beobachter einfach Faulheit, Trägheit oder Mangel an Verantwortung nennen würde“, schreiben etwa zwei Sozialforscher über südamerikanische Dörfer, „ist vielmehr der Beweis einer genauen sozialen Balance, die bewußt aufrechterhalten wird, um persönliche Ambitionen und Machtmöglichkeiten zu begrenzen.“ „Selbstaussbeutung“, unglaubliche Arbeitsleistung des Subsistenzbauern und Arbeitszurückhaltung, „Faulheit“ sind also zwei Seiten derselben Medaille, sie entstammen derselben Moral, derselben Orientierung auf die konsumptiven Bedürfnisse. Und wir werden sehen, daß sich diese Moral der Nicht-Arbeit auch in den Slums der trikontinentalen Städte wiederfindet.

Der Auffassung von Arbeit und „Faulheit“ entspricht das Zeitbewußtsein. So berichtet, im Jahre 1981, ein Reporter in der International Herald Tribune über die Hindus: „Während die englische Sprache die Zeit in Mikro- und Millisekunden einteilen kann, benutzt die in Indien vorherrschende Sprache, das Hindi, dasselbe Wort, kal, sowohl für morgen als auch für gestern. Die Wörter für Minute und Sekunde sind in den meisten der 15 offiziellen Sprachen des Landes entweder nicht existent oder sie wurden aus dem Englischen übernommen. ... Eine angesehene Autorität der indischen Kultur, Mitglied des Parlaments, sagte: ‚Ich werde Tausende Male wiedergeboren werden. Wenn ich in diesem Leben nichts erreichen kann, werde ich die Möglichkeiten in einem anderen haben...‘ Während Indiens zunehmende Industrialisierung während der letzten drei Jahrzehnte einen wachsenden Teil seiner Bevölkerung einer gewissen Zeitdisziplin unterworfen hat, gibt es nur wenige Anzeichen, daß ein grundsätzlicher Wandel stattgefunden hätte hinsichtlich des Werts, den ein Hindu seiner Zeit zumißt. ...“ E.P. Thompson schreibt in seinem Aufsatz „Zeit, Arbeitsdisziplin und Industriekapitalismus“: „Es ist bekannt, daß die Zeitmessung primitiver Völker gewöhnlich mit vertrauten Vorgängen des Arbeitszyklus oder der Hausarbeit in Beziehung steht. ... ‚Der tägliche Zeitmesser (der Nuer) ist die Viehuhr, das Tagewerk des Hirten; Tageszeit wie täglicher Zeitablauf werden für einen Nuer in erster Linie durch die Reihenfolge dieser Aufgaben und ihre Beziehung zueinander bestimmt.‘ ... In Madagaskar kann die Zeit mit ‚einem Reiskochen‘ (etwa eine halbe Stunde) oder ‚dem Braten einer Heuschrecke‘ (einen Augenblick) gemessen werden. Die Eingeborenen am Cross River sagen, so wird berichtet: ‚Der Mann starb in kürzerer Zeit als Mais zum Rösten braucht‘ (weniger als 15 Minuten). ... Diese aufgabenbezogene Zeiteinteilung ist für Agrargesellschaften vielleicht die effektivste Art der Orientierung und bleibt auch für dörfliche Gewerbe und Heimindustrie wichtig. ... Drei Punkte sind in diesem Zusammenhang festzuhalten: Die aufgabenbezogene Zeitorientierung ist für den Menschen verständlicher als die Arbeit nach der Uhr. Der Bauer oder Landarbeiter erfüllt eine Aufgabe, deren Notwendigkeit er unmittelbar wahrnimmt. Zweitens: In Gesellschaften mit aufgabenbezogener Zeitorientierung scheint die Trennung zwischen ‚Arbeit‘ und ‚Leben‘ am wenigsten ausgeprägt zu sein; interpersonelle Kontakte und Arbeit vermischen sich – der Arbeitstag verlängert oder verkürzt sich je nach der zu bewältigenden Aufgabe – und es gibt kaum das Gefühl eines Konflikts zwischen ‚Arbeit‘ und ‚Zeit verbringen‘. Drittens: Eine derartige Auffassung erscheint dem, der gewohnt ist, nach der Uhr zu arbeiten, als verschwenderisch und ohne Sinn für Dringlichkeit. ...“ Thompson beschreibt dann in seinem Aufsatz, wie auch im frühindustriellen England die Ausbildung der Fabrikdisziplin nur sehr zögernd in Gang kam. Die Hauptschwierigkeit, schrieb Ure 1835, bestand darin, „Menschen so zu trainieren, daß sie ihre unregelmäßigen Arbeitsgewohnheiten ablegen und sich mit der unabänderlichen Regelmäßigkeit des komplexen Automaten identifizieren. Einen den Notwendigkeiten der Fabrik

entsprechenden Disziplinarkodex zu entwerfen und erfolgreich zu praktizieren, war das herkulische Unterfangen, die edle Errungenschaft Arkwrights. Selbst heute, wo das System perfekt organisiert und seine Arbeit auf das äußerste erleichtert ist, stellt es sich als nahezu unmöglich heraus, Personen nach der Pubertät, unabhängig davon, ob sie aus landwirtschaftlichen oder handwerklichen Beschäftigungen abgezogen sind, in nützliche Fabrikarbeiter zu verwandeln.“ Der mechanischen und moralischen Maschinerie der Fabrik und der Gesellschaft – den Maschinen, den Schulen und den Arbeitshäusern schrieben Babbage oder Ure die Aufgabe zu, den nicht-industrialisierten Menschen ihre Eigenwilligkeit und Widerständigkeit auszutreiben.

Nun ist trotz aller Investitionsstrategien der Multis eine solche mechanische und moralische Maschinerie in den städtischen Slums der drei Kontinente nur im beschränkten Ausmaß vorhanden. Die Zahl der Menschen, vom Land in die Städte getrieben, ist einfach zu groß – die Probleme stellen sich noch drastischer als im europäischen Frühindustrialismus. Und sie haben nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern vielmehr ihr Wissen um moralische Ökonomie und ihre Konsumbedürfnisse mitgebracht. Jegliche Einkommenssteigerung beantworten sie mit Arbeitszurückhaltung, jeglichen Einkommensrückgang mit Konsumforderungen. So haben sie die Entwicklungsperspektiven der 60er Jahre blockiert, während sie heute die Regimes mit der ständigen Möglichkeit des Ausbruchs von Hungerunruhen bedrohen. Und je schneller ihre Zahl zunimmt, je elender ihre Armut wird, desto hoffnungsloser sind die Versuche der Regimes, diese Massen zu modernisieren.

J.S. Migdal schreibt in ihrem Buch „Bauern, Politik und Revolution“: „Da sind die Landlosen, die einen wachsenden Teil der agrarischen Gesellschaft ausmachen, und viele von ihnen sind Teil der weltweiten Wanderungsbewegung vom Land in die kleineren und großen Städte. Sie sind sozial mobilisiert, aber sie sind nicht bereit, ihre langgewohnten Verhaltensmuster aufzugeben. Sie haben weder die Möglichkeit noch die Orientierung zur sozialen Wandlung. Soziale Mobilisierung hat für sie nicht das geringste mit Modernisierung zu tun. Wenn sie können, benutzen sie einzelne Aspekte der modernen Welt. Einige lernen auch die Regeln des neuen Spiels und richten ihr ökonomisches Verhalten an der neuen Realität aus, der sie gegenüberstehen. Aber für sie bleibt die Welt außerhalb des Dorfes feindliches Gebiet. Sie fühlen sich schwach und verwundbar und erhalten sich deshalb so viele hergebrachte Institutionen wie irgend möglich, um sich zu schützen. Obwohl die Ära der Dorfgemeinschaft und des Schutzes durch den alten Paternalismus vorüber ist, benutzen viele Bauern die nähere Verwandtschaft oder Nachbarschaftsgruppen weiterhin, um den einzelnen gegen Ausbeutung durch die Außenwelt zu schützen und als ein kollektives Mittel, um sich im Gesellschaftssystem jenseits des Dorfes zu behaupten. Sie einfach der modernen Welt auszusetzen reicht nicht, um einen kulturellen Wandel zu erreichen.“



Malaysia 1974: Siedler suchen in ihren von der Polizei zerstörten Häusern nach Habseligkeiten.

Und: „S.N. Eisenstadt hat von der ‚Nach-traditionalen Gesellschaft‘ gesprochen, einer Gesellschaft, in der frühere Praktiken und Anschauungen nicht mehr gelten, aber in der neue Rollen noch nicht spezifisch ausgebildet sind in neuen hierarchischen Organisationsformen oder in neuen technologischen Standards. Das Entstehen gewisser millenarischer Bewegungen ist ein Beispiel für eine soziale Mobilisierung ohne Modernisierung.“ Oder F.R. Hill schreibt: „Die andauernde Vitalität von Gruppen, die weder nur traditionell sind noch modern und auch nicht nur vorübergehender Natur, stellen eines der verwickeltesten konzeptionellen und praktischen Probleme politischer Entwicklung dar. ... Stämme, Kasten und millenarische Bewegungen können nicht einfach als abwegige Entwicklungen betrachtet werden.“ **Vielmehr taucht ein Phänomen, das die Historiker der europäischen Vor- und Frühindustrialisierung beschäftigt hat (z.B. Hobsbawm), in den drei Kontinenten mit Beständigkeit immer wieder auf: jene Unterlassenbewegungen, die nicht in Entwicklung, Industrialisierung und Arbeitsbeschaffung ihr Ziel sehen, sondern mit der moralischen Ökonomie des Vorindustrialismus verbunden sind und tausendjährige Himmelreiche auf Erden auf der Grundlage des gleichberechtigten Konsums und der Nicht-Arbeit gründen wollen:** nennen wir hier nur den nicht institutionalisierten Teil des iranischen Chiasmus, die indonesischen Moslemrebellien, die philippinischen Christenbewegungen gegen die Landreform, die sich in unterschütterlichem Glauben für unverwundbar halten, oder Bewegungen im Zusammenhang mit der brasilianischen Basiskirche.

Ein großer Teil der Forschungen über Protestbewegungen der Bauern in den drei Kontinenten entstand im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der USA in Vietnam, und noch heute beherrschen Forschungsarbeiten über agrarischen Protest die Szene. Über die Rolle der Bauernrebellion im Mexiko von 1910, im Rußland von 1905 und '17, in China seit 1921, in Vietnam, Algerien und Kuba ist seit Mitte der 60er Jahre einiges geschrieben worden. Wir wissen, um mit E.R. Wolf zu sprechen, daß „die Bauern oft eher passive Beobachter der politischen Auseinandersetzungen sind und vielmehr den sofortigen Beginn ihres tausendjährigen Reiches erwarten, ohne vor sich selbst und den anderen näher zu spezifizieren, wieviele Sprossen auf der Leiter es sind, die in den Himmel führt.“ Wir wissen, daß „Guerillakrieg die am besten passende Ausdrucksform bewaffneter Bauernaktion ist. Seine Geschichte scheint so alt zu sein wie das Bauerntum selbst“ (Shanin). Und immer wieder ist die Rebellion der Bauern von Eliten usurpiert und in ihren Zielen verdreht worden. E.R. Wolf hat auch aufgezeigt, welches die entscheidenden Bauernschichten in den Bauernkriegen des 20. Jahrhunderts gewesen sind: zum einen die Mittelbauern mit einem Stück Land, denn „die Mittelbauern sind auch den Einflüssen des sich entwickelten städtischen Proletariats am meisten ausgesetzt. Der arme Bauer und der Landlose kappen gewöhnlich ihre Verbindungen zum Land, wenn sie in die Stadt oder in die Fabrik gehen. Der Mittelbauer dagegen bleibt auf dem Land und schickt seine Kinder zur Arbeit in die Stadt; er bleibt gefangen in einer Situation, in der ein Teil der Familie ihren Fuß im Agrarbereich behält, während ein anderer das ‚Training der Städte‘ absolviert.“ Und die andere entscheidende Schicht waren die Bauern aus abgelegenen Regionen, nicht unmittelbar und ständig feudaler oder paternalistischer Kontrolle unterworfen, die „taktisch mobile Bauernschaft“ der Grenzregionen, die „armen aber ‚freien‘ Bauern, fernab der Zentren staatlicher Kontrolle.“

Aber seit Mitte der 60er Jahre hat sich dieses Bild gewandelt. Es ist, wenn man so will, in den drei Kontinenten ein Wandel eingetreten von der Ära der Bauernkriege zum „Zeitalter der Revolutionen“. Die neue Ära entspricht viel eher dem europäischen 1789-1848. Millionen neuer „Sansculotten“ sind durch die Grüne Revolution und ihre Begleitumstände „mobilisiert, aber nicht modernisiert“ worden, sie sind von der Land-Stadt-Migration oder von internationalen Wanderungswellen erfaßt worden. Das „Training der Städte“ ist nicht das

Rio de Janeiro (KNA)

Als „legitimes Recht“ hat der Erzbischof von Fortaleza, Kardinal Aloisio Lorscheider, die Aneignung von Nahrungsmitteln durch Bauern bezeichnet, die vom Hungertod bedroht sind. Gleichzeitig erklärte er, „der Respekt vor dem Privateigentum habe seine Grenzen“. In den Staaten Ceara und Paraiba, im Nordosten Brasiliens, die seit Monaten von anhaltender Dürre heimgesucht worden waren, hatten in den vergangenen Wochen Tausende von Bauern Nahrungsmitteldepots und Geschäfte geplündert, um sich mit dem Notwendigsten zu versorgen. Die Zahl der durch die Dürre um ihren Erwerb gebrachten Bauern beträgt offiziellen Angaben zufolge 800 000, während andere Quellen von zwei Millionen sprechen.

In einem in Brasilia veröffentlichten Communiqué hat die nationale Konföderation der Landarbeiter (Contag) die Regierung der Fehlplanung und der mangelnden Voraussicht beschuldigt. Laut der Contag sind die katastrophalen Auswirkungen der Dürre auf eine „anti-soziale“ Agrarpolitik zurückzuführen.

Training zum Industrieproletariat, so wenig wie die Vernutzung in Arbeitslagern als „moralische Maschinerie“ ausreicht, um das Wissen der neuen Sansculotten von moralischer Ökonomie auszulöschen. „In Lateinamerika haben Sozialwissenschaftler festgestellt, daß die dörflichen Verhaltensmuster – sozial und politisch – auch bei den Menschen bestehen bleiben, die ihre Dörfer verlassen haben und nun in den barrios wohnen, die die großen Städte umgeben“, schreibt Migdal. Und dies ist ein weltweites Phänomen.

Der Bauernkrieg der 80er Jahre findet in den Städten statt; er wird – mangels „Modernisierung“ der Menschen – nach wie vor auf die tausendjährige Gerechtigkeit zielen, aber der entscheidende Faktor in ihm werden die Familien in den Barrios und Blechhütten sein.

Einiges in dieser Hinsicht können wir aus der iranischen Revolution lernen. Um nicht in der Autonomie die Autonomie zu zitieren, sei auf einen Aufsatz von M. Massarat (IZ3W 86) verwiesen: „Zwar haben die Ölarbeiter durch ihren unbefristeten Streik die staatliche Macht stark finanziell geschwächt, die Industriearbeiter von Teheran mit ihren immer wieder durchgeführten befristeten Streiks ihre Solidarität mit den militanten Massenaktionen gegen die Polizei und Armee des Schah-Regimes bekundet. An den letztlich den Armeeapparat zersetzenden, anfänglich gewaltfreien, schließlich aber bewaffneten Massenaktionen und Straßenkämpfen haben sich die Industriearbeiter aber kaum beteiligt. Die Hauptlast der Revolution, in der es ca. 60 000 Tote und ca. 100 000 Invaliden gab, hat offensichtlich eine soziale Schicht getragen, die hinsichtlich ihrer Quantität, aber auch ihrer materiellen wie physischen Verelendung weder die europäische noch die russische noch die chinesische Neuzeit kennt: es handelt sich um den Teil der städtischen Bevölkerung, der sich aus Kleinstproduzenten, Besitzern von Kleinläden, fliegenden Händlern und Gelegenheitsarbeitern, kurz den ärmsten aller unterdrückten sozialen Schichten, zusammensetzt, die zumeist in den letzten 20 Jahren dem Land den Rücken gekehrt und sich in den Slumvierteln der Städte niedergelassen hat. ... Die Hauptmasse dieser Menschen bleibt ökonomisch außerhalb des produktiven Wirtschaftskreislaufs und auch außerhalb der relativ intakten städtischen Sozialstruktur, nämlich in den Slums der Großstädte. Dies dürfte nicht nur auf die beschränkte Aufnahmefähigkeit der Industrie, sondern auch auf die Weigerung der in die Städte geflüchteten Bauern zurückzuführen sein, sich in relativ kurzen Zeiträumen einem für sie gänzlich fremden Tagesrhythmus und einer industriellen Arbeitsdisziplin anzupassen. Tradition, alterhergebrachte Lebensgewohnheiten, insbesondere der Hang nach einer Selbständigkeit, die sie, zumindest hinsichtlich des Tagesablaufs auf den bäuerlichen Feldern besaßen, sind offensichtlich stärker als die Anziehungskraft von regeltem Einkommen, das sie mit der Aufgabe ihrer Identität eintauschen müßten. ... Im sozialen und religiösen Milieu von einigen Millionen – von der alten

DER NEUE BAUERNKRIEG AUS DEN SLUMS: BEISPIELE AUS DER JÜNGEREN ZEIT

Beispiel aus Benim (IZ3W 63):

„Am 23. Mai 1975 kam es in der alten Königsstadt Abomey zu einem nicht untypischen Ausbruch des Volkszorns. Der Ausbruch war für dahomeyanische Verhältnisse nicht ungewöhnlich: Ein 21jähriger Motorradreparateur wurde von der Polizei unter dem (falschen) Verdacht des Diebstahls festgenommen. Auf dem Revier wurde er geprügelt, so sehr geprügelt, daß er noch am selben Tag starb. Daraufhin kam es zu einer Demonstration, die sich bald in eine lokale Revolte verwandelte. Die Verwaltungsgebäude wurden gestürmt, Akten verbrannt und Gefangene befreit. Für mehrere Tage trauten sich Militär, Polizei und Minister nicht, die Stadt zu betreten. Die Spitzen der Verwaltung waren gezwungen, ‚Fehler‘ zuzugeben. ...

Auch 1976 kam es zu Widerstandsaktionen. In mehreren Dörfern des Südens blockierten Bauern gewaltsam die Lastwagen, die ihren Mais zu den staatlichen Silos abtransportieren sollten, da sie mit dem von ihnen vom Staat aufgezwungenen geringen Preis nicht einverstanden waren. Sie griffen sogar die die Lastwagen begleitenden Gendarmen an. Nach unbestätigten Berichten soll es dabei zu ein oder zwei Todesfällen gekommen sein. Interessanterweise machten sogar in einigen Fällen die von der Regierung eingesetzten Dorfrevolutionsräte den Aufruhr mit.“

Beispiel aus Peru (IZ3W 64):

„(Nach einem Streikaufruf der Gewerkschaften hatten sich die Studenten in Huancayo versammelt und beschlossen, den Streik durch einen Marsch in die Stadt zu unterstützen. Die Polizei schritt gewaltsam ein.) Als die Nachricht von diesen Kämpfen ins Stadtzentrum gelangte, traten Kleinbusfahrer und städtische Angestellte in den Streik. Sämtliche Ausfallstraßen wurden mit Steinen und Baumstämmen blockiert, woran sich hauptsächlich Kleinbusfahrer, Studenten und Schüler beteiligten. Autos, die dennoch fuhren, wurden mit Steinen beworfen. Polizei und Heer, die zur Zeit nur über 1000 bzw. 150 Mann verfügten, waren außerstande, die Situation zu kontrollieren. Die Repressionskräfte konzentrierten sich hauptsächlich im Zentrum der Stadt. ... Ab mittags wurden in verschiedenen Teilen der Stadt Barrikaden gebaut. Die Protestaktionen beschränkten sich längst nicht mehr auf die Studenten, sondern wurden von der ganzen Bevölkerung getragen, Frauen mit ihren Kindern, Jugendliche, Arbeiter. Die Zweigniederlassungen von VW und Chrysler wurden angegriffen, das Fischereiministerium mit seinen Kühlanlagen wurde gestürmt und Fisch als billigstes Nahrungsmittel des Tages verteilt. Die Repression war sehr hart: zuerst Schüsse in die Luft, dann gezielt Maschinengewehrsalven. Ganze Stadtviertel vereinigten sich, und es fanden Barrikadenkämpfe statt. ...

Der Generalstreik vom 19. Juli (1977) wurde ... zu 95% befolgt. In Lima, wo über zwei Drittel der peruanischen Industrie konzentriert sind, standen buchstäblich alle Räder still. Keine Fabrik arbeitete, der Verkehr war paralytisch, die Geschäfte geschlossen. Alle wichtigen Ausfallstraßen wurden blockiert. In den Elendsvierteln waren sämtliche Straßen mit Steinen und brennenden Reifen verbarrikadiert. ... An der Straße Tupac Amaru, die in einem Elendsviertel auf dem rechten Ufer des Rimac liegt, gab es mehrere Tote, als ein Marinebus passierte und von der Bevölkerung mit Steinen beworfen wurde. Die Marine eröffnete daraufhin sofort das Feuer auf die Menge. ... Die pe-

ruanische Regierung sah sich durch den Generalstreik gezwungen, die Lage der ärmeren Bevölkerung zu verbessern. So wurden Anfang August die Mindestlöhne etwas erhöht und die Preise für gewisse Grundnahrungsmittel leicht gesenkt bzw. eingefroren. Trotzdem gehen die Preissteigerungen weiter. . ."

Beispiel Kolumbien 1977 (IZ3W 66):

„Die vier zentralen Gewerkschaften in Kolumbien hatten für den 14. September zu einem nationalen Streik aufgerufen. ... Über 6 Millionen Arbeiter des 30-Millionen-Volks entsprachen dem Aufruf, was in den großen Städten einen Stillstand der Produktion zwischen 80 und 95% bedeutete. Große Teile der Bevölkerung, besonders in den Elendsvierteln, bauten Barrikaden, veranstalteten Protestkundgebungen, streuten Nägel, um den PKW- und Busverkehr lahmzulegen. . .

Hintergrund des Streiks bildeten die unzumutbar gestiegenen Lebenshaltungskosten in Kolumbien: 1976 25% und 1977 nach offiziellen Schätzungen 40% . . .

Am 14. September kam es neben der oben erwähnten Arbeitsniederlegung vor allen Dingen zur Beteiligung breiter Kreise der Bevölkerung besonders aus den Elendsvierteln. Frauen und Jugendliche waren beim Barrikadenbau dabei, ja die Unorganisierten waren oft auslösend für die Aktionen. Die Eigendynamik, die der Streik entwickelte, führte dazu, daß die Kämpfe speziell in den Elendsvierteln bis zu zwei Tage nach dem 14. weitergingen. Gerade dort war auch die Beteiligung von Kindern groß, aber auch die Zahl der getöteten Kinder, von Soldaten erschossen. . ."

Beispiel Liberia 1979 (IZ3W 77):

„Seit mehreren Monaten gehen Gerüchte im Lande herum, daß der Preis für einen 50-Pfund-Sack Reis von jetzt 22 US-Dollar wesentlich erhöht werden soll. ... Da Reis das Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung Liberias ist (eine Familie braucht etwa einen Sack per Monat) und das Einkommen von über 70% der Familien unter 100 US-Dollar per Monat liegt, stieß dies sofort auf starke Empörung und Protest. . .

Am 14.4. morgens um 6 Uhr versammelten sich die ersten Demonstranten, die Polizei und Armee erschien wenig später und warf Tränengas in die etwa 2000 zählende Menge. Gegen 10 Uhr war die Menge stark angewachsen, und es

kam zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen den unbewaffneten Demonstranten und der Polizei, wobei sich die Armee zunächst passiv verhielt. Gegen 10.30 Uhr schlug sich ein Soldat demonstrativ auf die Seite der Demonstranten. Dies war ein Signal für den spontanen Aufbruch der etwa 3000 zum Präsidentenpalast. Dort war inzwischen Polizei und Armee mit Panzerwagen und Barrikaden aufgefahren. Als die Demonstranten erschienen, schoß die Polizei wild in die Menge, und mindestens 10 Menschen starben und viele wurden verletzt. Die Empörung war groß, und man errichtete überall in der Stadt Barrikaden und zerstörte Fahrzeuge und Einrichtungen der Regierung. Die Polizei und Armee patrouillierten durch die Straßen, und es gab wilde Schießereien, wobei weitere Menschen getötet und verletzt wurden. Am Nachmittag begannen die ersten Plünderungen von Geschäften und Supermärkten, an denen sich teilweise auch Soldaten beteiligten. Diese erhalten im unteren Dienstgrad nur 75 US-Dollar im Monat. Die Kämpfe und Plünderungen dauerten die Nacht über an, und die Regierung verhängte eine Ausgangssperre."

Beispiel Brasilien 1981 (Stern 52/1981)

„Die Hauptstadt des Bundesstaates Bahia, Salvador, erlebte einen Wutausbruch empörter Massen, nachdem der Bürgermeister ausgerechnet zur Zeit der größten Arbeitslosigkeit den Fahrpreis der städtischen Omnibusse um 61% auf 55 Pfennig erhöht hatte. Eine friedliche Kundgebung des ‚Vereins gegen die Teuerung‘ artete bei dem Versuch der Polizei, die Demonstration aufzulösen, in einen gewalttätigen Protest aus: in 24 Stunden wurden über 700 Busse durch Steinwürfe und Knüppelhiebe demoliert, 10 durch Brandstiftung zerstört. Als die Demonstranten versuchten, die Scheiben eines Polizeireviers einzuschlagen, wurde ein 17jähriger von der Polizei erschossen, zwei weitere Personen kamen im Steinhagel ums Leben.

Als der Gouverneur von Bahia eine neue Straßenbrücke einweihte, bewarfen ihn aufgebrachte Bürger mit Tomaten und faulen Eiern. Viele nutzten das Durcheinander, Supermärkte zu plündern, Schaufenster einzuschlagen und die Masten der Straßenbeleuchtung umzukippen. Bei Massenaufmärschen in der Amazonashauptstadt Manaus verhinderte nur ein gewaltiges Polizeiaufgebot ähnliche Szenen. . ."

Gesellschaft (dem Dorf) losgelöst und von der neuen Gesellschaft (Stadt) ausgeschlossenen – im wahrsten Sinne des Wortes verelendeten und entrechteten Menschen konnten die sozialrevolutionären Komponenten des schiitischen Islams ... großen Zuspruch finden. In einem Islam, der diesen Menschen Gerechtigkeit und die Wiedergewinnung der zerstörten alten Beziehungen versprach, entdeckten sie einen unersetzlichen geistigen Rückhalt, von dem sie annahmen, daß er allein sie aus ihrer verzweifelten Lage retten würde. ... Für die Charakterisierung der iranischen Revolution hat diese selbst einen Begriff geschaffen, der ihrem sozialen Inhalt am ehesten gerecht wird: Revolution der Mostazafin (der Entrechteten)".

M. Montano schreibt: „Der neue Stadt-Slum in Asien, Afrika und Lateinamerika wird mehr und mehr zum Protagonisten im Klassenzusammenstoß. Für das Kapital ist der Slum ein Mittel, um ein kontrolliertes Vegetieren unter dem Existenzminimum zu organisieren. Für die Arbeiterklasse eröffnet er die Möglichkeit, sich ein Einkommen zu beschaffen, eine neue Massenebene im Lohnkampf. Die Vereinten Nationen lancierten (1974) pietätvoll eine Warnung: „Die Wellblechsiedlungen sind von ihren Bewohnern selbst erbaute neue Gebiete, um sich zu schützen und minimale Ressourcen zu mobilisieren. Die Bewohner der Barackensiedlungen an den Rändern der großen Städte sind gemeinschaftlich verbunden. Anfangs

können sie sich nur eine primitive Hütte leisten, aber sie können schnell auch auf einen höheren Lebensstandard, auf Schulen und Gesundheitsversorgung drängen.'"

Tatsächlich werden selbstorganisierte Bewegungen um Wohnrecht, Strom und Wasser, um Brot und Reis, um kulturelle Identität und Sicherheiten für die Zukunft aus zahlreichen Slums der drei Kontinente – aus mexikanischen barrios, aus Chile, aus indischen oder malaysischen Slums – berichtet. Einige Berichte über die Rolle der Subsistenzfamilien bei jüngeren Aufstandsbewegungen sind in einem nebenstehenden Kasten zusammengestellt. Ihre Forderungen richten sich nicht auf Integration in die Entwicklungsdespotie der Industriegesellschaft, sondern auf die unmittelbaren Konsum- und Überlebensbedürfnisse der Familien.

Sehr schnell erkannten und vermuteten die Institutionen und ihre Forscher, die den „informellen Sektor“ der Städte an den Kapitalzyklus anbinden und aus diesem Sektor unterbezahlte Arbeitskraft abschöpfen wollten, daß ein solches Projekt mit der Tücke behaftet war, daß die Erhaltung oder die „Erhaltungs-Auflösung“ eines nicht-kapitalisierten Sektors neben billiger Arbeitskraft eben zugleich auch die vorkapitalistische Existenzmoral in sich trug. „Wir müssen die langfristigen Auswirkungen der Existenz unter den Bedingungen



des informellen Sektors bestimmen“, heißt es in der epochalen Kenya-Studie der ILO von 1972, „wir müssen bestimmen, ob sich eine ‚Kultur der Armut‘ oder die Mentalität eines ‚städtischen Ghettos‘ herausbilden.“ Man entdeckte, an welchen Punkten der informelle Sektor für die Akkumulationsstrategien nicht funktional war. Zum einen ist die Subsistenz-Arbeitskraft der Slums dem Kapital nicht unbegrenzt verfügbar:

„Der informelle Sektor kann durch die Tatsache charakterisiert werden, daß Arbeit zum größten Teil vom Kapital weder bezahlt noch reguliert wird, während die Arbeiter und ihre Familien ihre Arbeitskraft völlig willkürlich und damit noch dem ‚natürlichen Rhythmus‘ des ländlichen Lebens entsprechend einsetzen. Der informelle Sektor hat viel gemeinsam mit Chayanovs bäuerlicher Produktionsweise, in der ‚die ganze Aktivität der Produktionsfamilie nicht auf die zu erwartende Nettoprofitabilität orientiert ist, sondern an der inneren Ökonomie der Familien und ihren subjektiven Erwägungen.‘“ (Standing). Die Industriearbeit ist für die Slum-Familie nur eine von mehreren möglichen Einkommensquellen, und nur selten die attraktivste. Vielmehr weisen eine Reihe von Studien über den informellen Sektor darauf hin, daß ein Großteil der Aktivitäten in diesem Sektor alles andere als produktiv seien. Dem eben zitierten Standing zufolge sei vom informellen Sektor der „irreguläre stagnierende Sektor der Straßen-Ökonomie“ abzugrenzen: „Der irreguläre oder stagnierend-opportunistische Sektor besteht aus denen, die einer Vielzahl von legitimen, mit geringem Status behafteten Randaktivitäten nachgehen – Betteln zumal, Loseverkaufen und verschiedenste Arbeiten von Gelegenheitsarbeit (Gärtnern, Autowaschen, Laubharken usw.) und auch aus der ganzen Palette der illegalen kriminellen Aktivitäten. ... Die ‚Arbeit‘ dieser Menschen im irregulären Sektor ist unproduktiv im klassischen Sinne des Wortes, und keine Nachfragesteigerung kann ihre Beschäftigung in produktive Arbeit verwandeln, denn ihre Arbeit ist nichts als der Verbrauch von Revenue. In der Regel sind die Einkommen im irregulären Sektor läppisch und bestehen aus Zahlungen, die denen, die in diesem Sektor gefangen sind, eben ein Auskommen in Subsistenz und die Erhaltung ihrer Art ermöglichen (zugegebenermaßen ist, im Ausgleich, der Preis solcher ‚Arbeitskraft‘ relativ niedrig, was unter tropischen Bedingungen wichtig ist).“

Man kann aus diesem Zitat durchaus den Gedanken heraushören, daß die Vernichtung dieses Ballasts durchaus angebracht sei – und auch eine Kapitalbildung ist von den Produktionsfamilien nicht zu erwarten: Vielleicht hat jemand genug

verdient, um einen Kiosk für Bier oder Früchte oder einen Handwerksbetrieb aufzumachen – „aber wenn die Menschen im informellen Sektor nicht mehr unmittelbar um das tägliche Überleben kämpfen müssen, dann folgen die familieneigenen produktiven Kleinstbetriebe dem Lebenszyklus ihrer Inhaber: investiert wird einmal am Anfang, wenn das Geschäft gegründet wird, und dann überschreitet das Geschäft schnell seinen Höhepunkt, und man zehrt nur noch aus dem früher Investierten. ... In mancher Hinsicht gleicht auch dieses Muster des Lebenszyklus der Chayanovschen bäuerlichen Produktionsweise. Aber während auf dem Land dieses Leben vom einem Erarbeiteten sich in andauernden Zyklen wiederholt, hat die Desintegration im informellen Sektor zwei Formen: die eher erfolgreichen Familien im informellen Sektor versuchen, ihre Kinder nach oben in die Gefilde des formellen Sektors zu bringen, während die weniger erfolgreichen in den irregulären stagnierenden Sektor absinken. Wie auch immer – und das ist eine weitere interessante Parallele zur Chayanovschen Produktionsweise – gibt es selten einen kumulativen Prozeß im Sinne einer kleinkapitalistischen Akkumulation.“

Und wenn der informelle Sektor weder produktiv noch kapitalbildend ist – so ist er doch wenigstens gut für die Lieferung von Gelegenheitsarbeitern und billiger Arbeitskraft? Aber auch hier waren die Entwicklungsplaner rasch desillusioniert: „Es gibt keinen Beweis dafür“, schrieb der Weltbank-Autor Mazumdar, „daß der informelle Sektor für den Eintritt neuer Migranten in die städtischen Arbeitsmärkte eine nennenswerte Rolle spielt.“ Vielmehr wurde dieser Sektor in vielen Studien als Ort des Rückzugs von der Industriearbeit ausgemacht. So müßten in Kalkutta für den Bausektor unqualifizierte Kontraktarbeiter vom Land beigezogen werden, „weil die Unbeschäftigten der Stadt für Bauarbeiten nicht verfügbar sind“; auch die Juteindustrie beschäftigt Migranten aus dem Nachbarstaat Bihar, während die Bengalen mit Schulbildung lieber arbeitslos bleiben und oft jahrelang auf einen höherbezahlten Job warten. Dasselbe gilt etwa für Abidjan, wo die unqualifizierten Jobs mit Einwanderern aus dem Sahel besetzt werden, während die Ivorer einen Platz in der Mittelschicht erobern wollen und wenn nicht, die Finger ganz vom formellen Sektor lassen. In fast allen Studien über trikontinentale städtische Arbeitsmärkte wird festgestellt, daß die Unterbeschäftigungsrate von Neueinwanderern durchweg bedeutend niedriger ist als von länger ortsansässigen und mit dem informellen Sektor verbundenen Schichten – sei es in Kalkutta, Djakarta oder Bogota; ein untrügliches Zeichen dafür, daß der informelle Sektor für den Rückzug aus der unter-



Slum-Räumung in Manila

Elendsviertel in Manila



Aus Protest gegen das
Erziehungssystem verbrennen schwarze
Schüler in Soweto ihre Schulbücher



bezahlten Industriearbeit genutzt wird. Als weiteres Beispiel seien die afghanischen Migrationsarbeiter in Teheran vor der iranischen Revolution genannt, die ein bedeutendes Kontingent der Industriearbeiter stellten, an Arbeitsplätzen, für die die iranischen Slumbewohner bei aller Armut und aller „Unterbeschäftigung“ nicht verfügbar waren.

Während die Lebensmittelkrise seit Anfang der 70er Jahre in großen Regionen der Welt, so in Indien und Bangladesh, die Unterklassen in die Lethargie des Hungers stieß und dadurch kontrollierbar und von Lebensmittelspenden abhängig machte, während sie die nach dem Chayanov-Prinzip wirtschaftenden Produktionsfamilien zur Lieferung von mehr und billigeren Arbeitskräften, zum Verkauf ihrer Kinder oder zur Arbeit an mehreren Arbeitsstellen gleichzeitig zwang, stabilisierte diese Krise auf der anderen Seite die Subsistenzmoral in den Slums. Ein immer größerer Teil der Menschen in den informellen Beschäftigungen arbeitete an der Reproduktion dieses Sektors selbst und war zur Mehrwertproduktion nicht mehr abzuziehen. Und während die Slumstädte einerseits durch neue aus dem Land abgewanderte Familien anschwellen, reagierten zugleich auch die länger eingesessenen Familien auf die Not und Unsicherheit der städtischen Existenz mit Vergrößerung ihrer Familien. Denn die Ernährung von Kindern ist billig, und ein arbeitssames Kind ist leichter zu vermitteln als ein arbeitsloser Erwachsener – so trägt ein Kind immer noch mehr zum Familieneinkommen bei als es kostet und zumal mehr als ein arbeitsloser Erwachsener. Die zahlreiche Nachkommenschaft – als Ersatz für die Sozialversicherung der Eltern – schafft damit die Enkel, die ihre Väter und Mütter rächen werden.

In diesem Zusammenhang liegt der Hintergrund des „demographischen“ Problems, mit dem sich der Imperialismus seit den 50er Jahren herumschlägt und für das er seit der Lebensmittelkrise nach einer definitiven Lösung sucht. Einem Überfluß an nicht modernisierten Menschen ist Arbeitsdisziplin nicht einzublauen. Und während die Entwicklungsagenturen die Möglichkeiten für die produktive Ankopplung des informellen Sektors an die Mehrwertkaskade der Multis sondierten und die internationale neue Arbeitsteilung zu Beginn der 70er Jahre ihrem Höhepunkt zustrebte, waren die Weichen längst gestellt. Wir haben oben beschrieben, wie wählerisch das Kapital in den 70er Jahren mit seinen Investitionen gewesen ist – es zielt seit dem Krisenzyklus zu Beginn der 70er Jahre definitiv darauf, seine Mehrwertraten weltweit zu stabilisieren. Und während es dafür einen spezifischen Typus von Arbeitskräften braucht – die „Chinesen-Mädchen am Fließband“, die Koreaner in den arabischen Arbeitslagern, eine Anzahl von Arbeitern aus den mexikanischen Barrios oder den indischen Slums für die Siemens-„Workshops“, eine Anzahl von Rotationsmigranten und Tagelöhnern für den Plantagenanbau oder die Minenindustrie –, weiß es genauso gut, daß es einen bestimmten Typus von Mensch dafür nicht braucht. **Die Armut abzuschaffen durch Abschaffung der Armen ist ein rein kalkulatorisches Problem: während die militärische Gewalt zur Eindämmung von Unruhen und Aufständen beträchtliche Ausgaben erfordert, kann es – etwa in Lateinamerika – „hygienischer und effektiver sein, den Guerillero im Uterus zu töten und nicht in den Bergen oder auf der Straße“ (Galeano).**

Daß das Problem der „Entwicklung“ stets ein Problem der Eindämmung von Surpluspopulationen – also ihrer Vernichtung – sein müßte, wußten die Entwicklungsplaner schon in den 50er Jahren. Zuerst war es die Eindämmung des Kommunismus in der Containment-Politik, die an Maßnahmen zur Bevölkerungspolitik denken ließ: „Um Massenaufstände zu kontrollieren und ein ökonomisches Klima zu schaffen, gedeihlich für mehr Investitionen und einträglichere Handelsbeziehungen, lancierte die US-Regierung ‚Entwicklungs- und ‚Selbsthilfe‘-Programme, um eine neue Dekade der US-Außenpolitik einzuleiten. Die Länder, von denen die Imperialisten fürchteten, daß sie an das kommunistische Lager verlorengel-

hen würden, wurden als die ‚Pulverfässer der Überbevölkerung‘ in der ‚unterentwickelten Welt‘ bekannt.“ China und Korea wurden Anschauungsgebiete für die einfache Gleichung: Überbevölkerung ist Kommunismus. Schon vor der „Entwicklungsdekade“ – bereits Mitte der 50er Jahre – gedachte man, das „koloniale Paradox“ des Arbeitskräftemangels auch von dieser Seite her anzugehen: nicht allein durch Mobilisierung der ländlichen Massen, sondern zugleich durch ihre Dezimierung. So schrieb ein UN-Report 1956: Zwar liefere die Überbevölkerung billige Arbeitskräfte, aber „Ersparnisse und daraus folgende Investitionen werden völlig von der wachsenden Bevölkerung aufgebraucht. Es ist nicht möglich, eine industrielle Infrastruktur zu schaffen, und auch nicht, Humankapital in Form von Erziehung zu akkumulieren. Die Regierungen müssen ihre knappen Budgets ständig in Notprogramme investieren (die ihrerseits nur Folge des raschen Bevölkerungswachstums sind), und die Hände für ihre Anstrengungen zu einer natürlichen Entwicklung sind ihnen gebunden.“

Ohne Dezimierung sind Menschen mit moralischen Traditionen nicht zu human capital zu deformieren; zehn Jahre später, Mitte der 60er Jahre, schrieb ein anderer Autor: „Das Bevölkerungswachstum schließt ein, daß junge Menschen, die in die Schule gehen könnten, arbeiten müssen, um sich selbst zu erhalten – was ihre Familien nicht können, da sie zu viele Kinder haben. Ein niedriges Schulbildungsniveau hemmt dann seinerseits die Entwicklung und stärkt das Bevölkerungswachstum. Der niedrige Schulbildungsgrad des Volkes verursacht die geringe Produktivität der Arbeiter. Der Mangel an bürgerlicher Erziehung produziert die politische Instabilität, die ihrerseits die Stagnation der ökonomischen Entwicklung verursacht. ... Der Mangel an sexueller Erziehung verursacht hohe Geburtenraten, Prostitution und andere soziale Übel.“

All diese Zitate stammen aus dem Buch „Population Target“ von Bonnie Mass, das in der kanadischen Frauenbewegung herausgegeben worden ist und die Bevölkerungsplanungsprogramme der USA und der internationalen Entwicklungsorganisationen bis Mitte der 70er Jahre beschreibt. So wie die Grüne Revolution in den 50er Jahren von der Rockefeller- und der Ford-Foundation vorbereitet wurde, so waren es auch diese Organisationen, die die ersten Programme zur Senkung der Geburtenrate finanzierten. Dieses festzuhalten ist wichtig, denn es zeigt, daß die Brain-Trusts der US-Multis schon in den 50er Jahren eine genaue Vorstellung von der Art der „Entwicklung“ hatten, die sie in den drei Kontinenten – und zuerst in Lateinamerika – durchsetzen wollten: Kapitalisierung des Agrarbereichs, Mobilisierung der ländlichen Massen, Reduktion der Bevölkerung auf ein schulbildungsfähiges Maß durch Familienplanung – also durch Zerstörung der Produktionsfamilie und Durchsetzung der Industriearbeit und des produktiven Farmertums von Kleinfamilien aus.

„Der politisch-finanzielle Start für bilaterale und multilaterale Bevölkerungskontrollprogramme auf Massenbasis beruhte auf dem Erfolg der verschiedenen Pionierprojekte, die von privaten Organisationen durchgeführt worden waren. Die ersten Schritte auf diesem politisch heiklen Gebiet der Geburtenkontrolle und entsprechende internationaler Programme wurde durch private Vorreiter wie die Ford- und die Rockefeller-Stiftungen, die Internationale Planned Parenthood Federation und den Hugh-Moore-Fonds gemacht.“ 1952 gründete Rockefeller den Population Council, der die verschiedenen Aktivitäten der Entwicklungsagenturen der Multis koordinierte. Das Draper-Committee, „die erste offizielle Stelle der US-Regierung, die eine neo-malthusianische Politik verfolgte“, wurde 1958 zur Koordination der Planungen des Pentagon, der Chase-Manhattan-Bank und der Ford-Stiftung gegründet. Und mit dem Übergang zur Politik der „Entwicklungsdekade“ durch die Kennedy-Administration wurde mit der „Blaupausenplanung für die lateinamerikanische Entwicklung“ zugleich auch die Bevölkerungsplanung zum offiziellen Teil der Entwicklungshilfe; die „Allianz für den Fortschritt“, die diese Blaupausenentwicklung fördern und gegen die lateinamerika-

nischen Guerillaunruhen wenden sollte, gründete ihr „Office of Population“ zur Koordination der privaten und staatlichen Programme. In den USA fanden zwischen 1965 und '68 die Senatsanhörungen zur Bevölkerungskrise statt, in denen ein Forscher die Zusammenhänge auf eine einfache Gleichung brachte:

Bevölkerungswachstum

Politische und Ökonomische Entwicklung = Politische Instabilität.

Und da die Kosten für Counterinsurgency und Anti-Guerilla-Kriegsführung in den 60er Jahren vielfach angestiegen waren, war klar, daß man in erster Linie am Zähler dieses Bruchs ansetzen wollte, um die politische Instabilität zu vermindern. So entstanden in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in den meisten lateinamerikanischen Ländern umfassende Forschungsprogramme zur Bevölkerungskontrolle; der US-„Food for Freedom-Act“, der die US-Lebensmittelhilfen regulierte, wurde 1966 neu gefaßt und sah nun den „Krieg gegen den Hunger“ vor, indem die Hilfen den Ländern gestrichen werden sollten, die sich den Programmen zur Bevölkerungsplanung widersetzen: „Fünf Dollar, die in Geburtenkontrolle investiert werden, sind so viel wert wie hundert Dollar, die in ökonomische Entwicklung investiert werden“, wußte Johnson. „Nahrung soll für die Entwicklung genutzt werden und nicht als kostenlose Beihilfe für die Hungernden.“

Wir haben im zweiten Kapitel dieses Aufsatzes das Scheitern der „Entwicklungsdekade“ beschrieben. Obwohl die Grüne Revolution und die „unblutige Revolution der Bevölkerungsplanung“ (Rockefeller) Mitte der 60er Jahre im großen Maßstab durchgesetzt wurden und obwohl die lateinamerikanischen Militärtechnokraten gegen die Guerilla der 60er Jahre die Oberhand behielten, war das Scheitern dieser Konzeption durch den internationalen Kampfzyklus der Unterklassen am Ende der 60er Jahre verursacht. Dies war ein Kampfzyklus um Einkommensforderungen gewesen – mit dieser Forderung hatten die metropolitanen Arbeiterschichten, die proletarisierten Schichten in den drei Kontinenten und die neuen städtischen Massen eine gemeinsame Front gebildet. Dieser Zyklus hatte die Forderung der letzteren nach einem moralischen Existenzminimum und die Lohnforderungen der ersten vereinigt – und Nahrungsmittel- wie Energiekrise waren die Antwort gewesen.

Mit dem Ende der „Entwicklungsdekade“ änderte sich auch die Konzeption der Bevölkerungsplanung. Exemplarisch läßt sich dieser Prozeß am Beispiel Puerto Ricos ablesen, das seit dem Beginn der „Operation Bootstrap“ das am meisten durch US-Bevölkerungspolitik heimgesuchte Land ist. Schon 1948 waren 21% der Frauen, 1968 35% sterilisiert. In den 60er Jahren wurde als Ziel der Bevölkerungsplanung die Schaffung einer von der moralischen Maschinerie des Kapitals voll erfaßten und kaufkräftigen Arbeiterklasse gesehen: „Ersparnisse“, „Lebensstandard“, „stabile Arbeitskraft“ waren die Schlagworte: Puerto Rico war der fünftgrößte Markt für US-Exporte, und nur eine produktive und kaufkräftige Arbeiterklasse versprach entsprechende Gewinne. Das Pro-Kopf-Einkommen sollte erhöht werden durch Verringerung der Zahl der Köpfe, aber mit dem Ziel, die Arbeiterhaushalte in kaufkräftigen Kleinfamilien zu organisieren. Diese Konzeption wandelte sich zu Beginn der 70er Jahre: „Heute erfordert die Ausdehnung der US-Investitionen in Puerto Rico Schwerindustrie, wie der Minen- und der petrochemischen Industrie, aber auch im Versicherungs- und Banksektor, noch weniger Arbeitsplätze als während der letzten zwei Jahrzehnte. Und die heftige Rezession in den USA läßt die andauernde Emigration von Puerto Ricanern in die USA nicht mehr ‚wünschenswert‘ erscheinen.“ Seit 1973 wurden die weitreichenden Sterilisationsprogramme nochmals intensiviert – so stark, daß, „wenn rein mathematische Vorausberechnungen ernst genommen werden können und sich die gegenwärtige Rate von 19 000 Sterilisationen im Monat fortsetzt, die Bauern und Arbeiter der Insel binnen der nächsten 10 oder 20 Jahre vollständig ausgerottet sein werden. Obwohl auch in feudalen und Stammesperioden große Bevölkerungen durch Seuchen, Hunger oder

Kriege verloren gingen, hat das 20. Jahrhundert zum ersten Mal in der Weltgeschichte von der Bevölkerungskontrolle systematischen Gebrauch gemacht und ist fähig geworden, eine ganze Generation der Menschheit zu vernichten“.

Ging es in der „Entwicklungsdekade“ also tendenziell um die Proletarisierung der städtischen Bevölkerung und ihre produktive Organisation in Kleinfamilien, so ging es im Krisenzyklus der 70er Jahre um die Vernichtung der Bevölkerungsmehrheiten, die ihre Einkommensforderungen ohne entsprechende Produktivitätsvorgaben erhoben hatten oder die der Kapitalisierung des Agrarsektors im Wege waren. H. Kahn hatte 1967 soziale Unruhen vorhergesagt, die sich aus den „wachsenden Erwartungen der Armen“ entwickeln würden, P. Ehrlich sprach 1969 von der „Bevölkerungsbombe“, bedrohlicher als die Atombombe, die er zu bezwingen vorschlug, indem man sterilisierende Substanzen in die Nahrungsmittellieferungen an unterentwickelte Länder mischen sollte. „Das Bevölkerungsproblem verschärft alle anderen Gesundheitsprobleme durch Überbevölkerung in städtischen Randgebieten“, heißt es 1969 im Rockefeller-Report on the Americas, „es ist derart akut, daß die Leute selbst die Geburtenkontrolle fordern. Durch die Überbevölkerung kommt es zum Anwachsen der Slums und einer Multiplizierung der Probleme des urbanen Lebens, es hebt die Versuche, ökonomisches Wachstum zu erreichen, derart auf, daß der Lebensstandard nicht gehoben werden kann – wenn nicht sogar bald von Lebensstandard nicht mehr gesprochen werden kann.“ Damit war die Richtung angegeben – Vernichtung der neomalthusianischen Überbevölkerung, die sich aufgrund ihrer Massenhaftigkeit und ihrer mangelnden Modernisierbarkeit in keinen kapitalistischen Entwicklungszyklus einbinden ließ.

Kommen wir aus dieser Sicht auf die oben beschriebene Nahrungsmittelkrise zurück, die eben nicht nur die Erneuerung der Moral „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ war, nicht allein die Kontrolle vieler Regionen der Welt durch die Lethargie des Hungers, auch nicht allein die Erzwingung größerer Arbeitshergabe der Chayanov-Familien: wir haben schon darauf verwiesen, daß in den USA Hunger und Triage – das Aussortieren der „nicht Überlebensfähigen“ – in einen Zusammenhang gebracht wurde. Seit der UN-„Weltbevölkerungskonferenz“ 1974 betonten US-Vertreter immer wieder ihre Forderung nach demographischen Lösungen des Überbevölkerungsproblems, „zu viele hungrige Mäuler“ würden die Weltvorräte verbrauchen. Die Revision des Nahrungsmittelhilfegesetzes von 1975 „gab der US-Entwicklungsagentur das Recht, Nahrungs- und Gesundheitshilfen den Ländern der Dritten Welt vorzuenthalten, die nicht zugleich nationale Geburtenplanungsprogramme in Gang brachten. Das neue International Development and Food Assistance Bill enthält zahlreiche Impulse zur ‚Selbsthilfe‘, die die armen Länder zwingen, die US-Entwicklungsblaupausen zu übernehmen – und Bevölkerungskontrolle ist dafür eine der wichtigsten Voraussetzungen. Der Abschnitt 304, der von Bevölkerungsplanung und Gesundheitshilfe handelt, bestimmt, daß ‚nicht weniger als 67% der Gelder, die für Gesundheitszwecke ausgegeben werden, den Bevölkerungsplanungsprogrammen zukommen‘ müssen“. Die Nahrungsmittelkrise gab diesen Programmen den nötigen Nachdruck: Honduras, Bangladesh und der Sahel „wurden 1974-75 von der Weltbank und anderen Agenturen der US-Entwicklungsplanung aufgegeben – allein wissenschaftliche Programme wie Bevölkerungsplanung überlebten. Diese Länder dienten dazu, alle verarmten Länder zu erinnern, daß die Multis und die US-Regierungsagenturen bereit waren, den sozialen und ökonomischen Krieg, vermittelt über ihre Hilfsprogramme und privaten Investitionen, aufzunehmen – und daß sie eine Bedrohung ihrer Herrschaft über die ‚freie Welt‘ keineswegs riskieren würden. ... So haben das US-Landwirtschaftsministerium und die Weltbank immer wieder betont, daß die niedrigen Produktionsziffern für Grundnahrungsmittel – besonders in Entwicklungsländern – mit dem Bevölkerungswachstum nicht Schritt gehalten und so Knappheit und Hungertod verursacht hätten. . .“

Die Bevölkerungsprogramme der 70er Jahre – Programme „jenseits der Familienplanung“, wie B. Mass sagt, da sie sich nicht mehr um die Schaffung von Kleinfamilien, sondern allein um die möglichst effiziente Dezimierung der trikontinentalen Unterklassen drehen – setzten an zwei Punkten an: den städtischen Slums und den für die Agrokonzerne interessanten Agrarregionen. Pinochets Chile zum Beispiel: „Normale Gesundheitsdienste sind dort auf ein Minimum reduziert worden. Unter dem Firmenschild der Gesundheitsfürsorge sind massive Familienplanungsprogramme eingerichtet worden, die sich auf eine bestimmte Zielbevölkerung richten. Das allgemeine Ziel dieser Programme besteht in einer drastischen Senkung der Armen und Unbeschäftigten. Diese demographischen Maßnahmen sind für das Regime von so zentraler strategischer Bedeutung, daß die Geburtenkontrolle 40% des gesamten Gesundheitsbudgets ausmacht und wahrscheinlich eines der größten Programme seiner Art in Lateinamerika ist.“ Seit die Gesundheitsdienste der militärischen Kontrolle unterstellt sind und die Kliniken privatisiert, geht es nach dem Schlagwort von dem „Eunatalismus“, der das Recht auf Geburt vom Einkommen abhängig macht. Und was das Land betrifft, so schreibt B. Mass:

„Warum betreffen Geburtenkontrollprogramme so oft spärlich besiedelte Gebiete (wo es doch angeblich um ‚Überbevölkerung‘ geht), Gebiete, in denen meist Kaffee wächst, wo nur Indianer und Bauern leben und wo es keine Ärzte gibt? ... Die Möglichkeit der Bauerngemeinschaft, ihre Subsistenz vom Land zu beziehen, schwindet schnell. So entsteht ein Nährboden für politische Instabilität. Dieser Widerspruch könnte auch dadurch erklärt werden, daß die entscheidenden Enklaven der Kapitalakkumulation, meist repräsentiert durch Subfirmen der US-Multis und der Banken, die die Produktion auf dem Land dominieren, kapitalintensiver geworden sind. So wird Bevölkerungskontrolle in Form der Senkung der Geburtenziffer, der Vertreibung und Verdrängung der Bauern vom Land – alles im Interesse der kapitalistischen Industrie, des Agrobusiness und der großen Banken – von der lateinamerikanischen Bourgeoisie als notwendige Komponente der ‚Entwicklung‘ akzeptiert. . .“

Nun haben wir in diesem zweiten Abschnitt die Elemente der Politik gegen die Armen in der neuen Welt beschrieben: die neue internationale Arbeitsteilung, die Ausbeutung der Produktionsfamilien über die Abschöpfung von „Arbeitsrenten“, die Flüchtlings- und Arbeitslager und – dazu komplementär – die Vernichtung der Unterklassen, die sich in diese Konzepte nicht einbinden lassen. Die Krise der 70er Jahre hat die Wahnwitzigkeit der Unterentwicklung, der Ungleichzeitigkeiten und des Verhungerns so auf die Spitze getrieben, hat die schon am Ende des letzten Jahrzehnts zugespitzten Klassenwidersprüche noch einmal auf Leben und Tod verschärft, daß im kommenden Jahrzehnt jene Auseinandersetzung aussteht, in der sich entweder die Multis und ihre Agenturen durchsetzen mit ihrer Konzeption von Mehrwertenklaven, Vernichtung und Kriegsimperialismus oder in der sich die trikontinentalen Massen ihr Existenzrecht erkämpfen werden. **Gegenüber dem, was nach den Konzepten der Multis in den drei Kontinenten ansteht, erscheint der Nazismus in diesem Land wie ein bescheidenes Vorspiel. Und wenn für uns klar ist, auf welcher Seite wir stehen, so ist es um so wichtiger, nicht mehr mit unseren eigenen Projektionen zu bestimmen, was die trikontinentale Massenarmut wollen und wie sie kämpfen müßte, sondern ihre Selbstbestimmung zu respektieren und ihr traditionelles, vielfach ungebrochenes und doch revolutionäres Wissen begreifen zu lernen.** In der kommenden Phase der eskalierten Nord-Süd-Auseinandersetzung werden wir im Zentrum des imperialistischen Molochs nur dann erfolgreich sein, wenn wir uns auf die Unterklassen in unserem eigenen Land und zugleich auf diese trikontinentalen Unterklassen und ihr Existenzrecht beziehen.



Von der neuen internationalen Arbeitsteilung zum Kriegsimperialismus

Die Revolution im Iran markierte das Ende jenes Nord-Süd-Szenarios der 70er Jahre, das durch die Nahrungsmittel- und die Ölkrise bestimmt worden war. Genau in einem geostrategischen Zentrum, in einer der wenigen Regionen der Welt, die in den 70er Jahren nicht mit Hungerkrisen, sondern mit einer Entwicklungskonzeption bedacht worden war – in einem Zentrum, das die „billige US-Hegemonie“, Waffen gegen Petrodollars, garantieren sollte, das der militärische Garant des Petrodollarrecycling gewesen war, dort explodierte eine sozialrevolutionäre chiliastische Bewegung. Die Massenarmut der drei Kontinente machte direkt Front gegen das imperialistische Szenario und gegen die Sklaverei des Fortschritts. Der Durchbruch im Iran, der mit einem Stellvertreterkrieg und der schützenden Duldung eines reaktionärklerikalen Regimes vorerst eingedämmt wurde, war aber nur ein Ausdruck für eine Gärung, die durch den Krisenzyklus der 70er Jahre weltweit auf die gleichen Konfliktmuster programmiert wurde. Für die Mittelostregion sei auf die ägyptischen Hungeraufstände 1977, auf die irakischen Unruhen 1979, die Revolte in Mekka, schließlich die Tötung Sadats verwiesen, für Lateinamerika auf die Streikwellen in Argentinien 1976 ff., Peru 1976/77, Kolumbien 1977 mit Wiedererstarkung der Guerillakämpfe, Brasilien 1979 f., im gleichen Jahr die Offensive der Sandinistas ... für Afrika auf die Aufstände oder Unruhen in Äthiopien, in Benin, Mali, Nigeria, Zaire, Madagaskar, auf den Hungeraufstand in Marokko 1979, auf Soweto 1976 ff., auf die Streikwelle der afrikanischen Minenarbeiter am gleichen Tag wie die Unruhen im Londoner Brixton; schließlich auf Pakistan 1977, die Rebellion in Thailand 1976 mit Ausbildung einer Guerilla, die Welle von Unruhen 1980 ff. in Indien, die Moslemrebellien in Indonesien, die christlichen auf den Philippinen, auf den südkoreanischen Aufstand von Kwangju 1980...

Namen und Zahlen, die hier unvollständig und etwas leer dastehen, die aber belegen, daß weder das imperialistische Dispositiv des Hungers noch das der forcierten Entwicklung in den 70er Jahren in der Lage waren, einen neuen Zyklus von Aufständen zu verhindern. Die Hungernden rebellierten um Brot, die Unterklassen in den Entwicklungsdiktaturen gegen den Industriedespotismus, die Arbeiterklassen der südamerikanischen Submetropolen gegen die Entwertung ihrer Arbeitskraft durch die Inflation. Die Neuordnung der Welt, in der die Multis nach dem Krisenzyklus in einem Meer des Hungers schwimmen wollten, das sie mit einem flexiblen Netz von Weltmarktfabriken überziehen und ansonsten der Lethargie der Unterernährung, der Militärregimes und der Flüchtlingsghettos überlassen wollten, war mit der Krisenentwicklung der 70er Jahre nicht zu schaffen.

Die Antwort schien von der Seite des Kapitals zunächst nochmals in einer Verschärfung der Krise zu bestehen: 1977 drohte die Carter-Administration die US-Getreideproduktion wiederum um 20%, während 1980 die Ölpreise einen neuerlichen Sprung nach oben machten: erstmals über die Inflationsrate des US-Dollars. Jedoch zeigte sich spätestens 1981, daß der Ölpreis als Regulativ der Krisenentwicklung ausgedient hatte: er sackte deutlich ab; aber dieser Preisrutsch markierte nicht den Anfang eines neuen Booms, sondern lediglich einen Wechsel des Kriseninstrumentariums. Der „Monetarismus“, in England und Italien vorweggenommen, vorweggenommen

auch in den Sanierungsdiktaten der Weltbank gegen trikontinentale Staaten, ließ nach dem Übergang zur Reagan-Administration die Krise auch gegen die metropolitanen Unterklassen voll durchgreifen.

Schlagartig ging die US-Bundesbank von der jahrzehntelangen Politik des Exports der Dollarinflation zur Stützung des Dollarkurses über; nach der iranischen Revolution konnte das multinationale Kapital nicht mehr auf die Stabilität der Golfregion als Drehscheibe der internationalen Dollarströme vertrauen. Die Steigerung des Dollarzinsatzes auf über 20% zwang die gesamte westliche Welt auf einen Krisenkurs, zur Kürzung der Staatshaushalte, zur Reduzierung der staatlichen Sozialkosten. Der „Trilateralismus“, der in der Carter-Zeit den Kuchen drei Kontinente zwischen USA, Westeuropa und Japan hatte aufteilen sollen, wurde brüskiert durch diesen einseitigen Kraftakt der USA. Denn genauso wie die Politik des Inflationsexports allein auf der externen Macht der USA beruht hatte, so war nun die Steigerung des Zinssatzes durch nichts geschützt als durch die Macht, ihn zu beschließen und gegen die Juniorpartner durchzuhalten. Die internationalen Dollarmärkte, die zwischen Wall Street, London, Frankfurt, Tokio und Singapur die geostrategische Verteilung von Krise und Entwicklung ausgedrückt hatten, zentrierten sich, erstmals seit dem Ende von Bretton Woods 1971, wieder auf die USA.

Aber was sollten sie da? Zwar gelang es der Reagan-Administration, die weltweit flottierenden Dollars in die USA zurückzuholen, aber es gelang ihm nicht, mit diesen Dollars in den USA einen neuen Boom zu lancieren: das lag weniger an dem „knappen Geld“ und den hohen Zinssätzen, sondern vielmehr daran, daß das multinationale Kapital, und zumal die US-Multis, der Reaganschen Austerität zwar wohlwollend, aber abwartend gegenüberstanden. Denn diese Politik ist nichts als ein doppeltes *va banque*: sie beruht nicht nur, wie der Dollarexport der 70er Jahre, auf der externen Macht der USA, sondern gleichzeitig auf der internen Macht, die Unterklassen ruhig zu halten, denen die Früchte des Kampfzyklus der 60er Jahre mit einem Federstrich aufgekündigt wurden. Zwar ist in den amerikanischen Südstaaten in den 70er Jahren ein beträchtlicher industrieller Entwicklungszyklus in Gang gekommen; derweil braut sich aber in den traditionellen Industrieschwerpunkten des Nordens zweifellos ein Klima neuerlicher Ghettoaufstände zusammen, das die Kämpfe am Ende der 60er Jahre leicht in den Schatten stellen wird.

Der „Monetarismus“ in den USA ist die Anerkennung der Tatsache, daß der zentrale politische Akteur der 80er Jahre nicht mehr die imperialistische Staatsmaschinerie sein wird, sondern die gesammelte Macht der transnationalen Konzerne, denen das Terrain der USA von Reagan devot übereignet wurde. Der US-Staat zieht sich von seinen sozialpolitischen Funktionen der Aufstandsbekämpfung zurück. Aber während die Transnationalen, die in den 70er Jahren die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, die Mehrwertschöpfung auf Weltmaßstab aus ihrer Abhängigkeit vom metropolitanen Proletariat

abzukoppeln, diese Devotgabe eher skeptisch entgegennehmen, so erkennen sie doch in dem zweiten Gesicht des Reagan'schen *va banque*, in der militärischen Potenzierung der externen Macht der USA, ihr eigenes Projekt. Innenpolitisch wie außenpolitisch ist der US-Staat mit Reagan endgültig „vom Krisenstaat zum Kriegsstaat“ (Negri) geworden. Wir haben an anderer Stelle auseinandergesetzt, wie die iranische Revolution als Trigger für einen Zyklus der Aufrüstung gewirkt hat, dessen Ziel es ist, Rußland auf die Rolle eines ohnmächtigen Zuschauers im kommenden Nord-Süd-Szenario festzulegen – und daß der Einsatz im Reagan'schen *va banque* für uns recht hoch ist: die Existenz Mitteleuropas. Unsere Region wird in den kommenden zwei Jahren für den Nord-Süd-Krieg hergerichtet und im Moment, wo dies geschrieben wird, ist nicht abzusehen, ob er – vordergründig England gegen Argentinien – nicht schon begonnen hat.

Versuchen wir, die Ausgangspunkte für die kommenden Konflikte zusammenzufassen. Hatten die Ford- und Rockefeller-Stiftungen, die internationalen Entwicklungsagenturen und die metropolitanen Regimes für die 60er Jahre auf „Entwicklung“ gesetzt, auf einen nachholenden Zyklus der Kapitalakkumulation in einer Reihe von trikontinentalen Staaten, kombiniert mit Bevölkerungskontrolle und Aufstandsbekämpfung, so war dieses Projekt am Ende der 60er Jahre in einer internationalen Welle von Einkommensforderungen der Unterklassen in Metropolen und drei Kontinenten gescheitert. Die 70er Jahre standen dann – wir haben dies ausführlich dargelegt – im Zeichen eines Krisenszenarios, in dessen Verlauf sich das multinationale Kapital zum „transnationalen“ entwickelte, in dem es dazu überging, selektiv in einem Meer des Hungers Arbeitskraft zu vernutzen und wieder auszustossen, sich auf gewählte Regionen zu zentrieren und andere der „Triage“ zu überlassen, und indem es sich in einer Reihe von Sektoren vom metropolitanen Zyklus abkoppelte (z.B. im Automobilbereich; vgl. die Dokumentation zu VW im nächsten Heft) nicht, um staatenlos zu vagabundieren, sondern sich selbst zur zentralen Machtstruktur des Weltregimes zu machen. Wir haben beschrieben, wie die Arbeitskraft der Armen in das Netz der transnationalen Kapitalakkumulation einverleibt wurde. Die Regimes der drei Kontinente bekamen, unter dem Diktat der Weltbanksanierer, die Funktion zugewiesen, diese Arbeitskraft bereitzustellen und militärisch zu kontrollieren. Wir haben das Dilemma der transnationalen Ausbeutung beschrieben, die einerseits die Vorteile der „Erhaltungs-Auflösung“ der Subsistenzwirtschaften und Produktionsfamilien erkannt hat, andererseits aber Industriedisziplin, den ganzen Menschen unter Kontrolle, braucht, und das um so mehr, je mehr das Kapital auf eine technologische Gleichzeitigkeit bei gleichzeitiger Klassenzusammensetzung drängt; darauf, die gleichen Montagebänder, die gleichen Werftanlagen, die gleiche Petrochemie weltweit zu installieren, um die Billigkeit der trikontinentalen Löhne gegen die metropolitane Klasse ins Spiel zu bringen, um die Entwurzelung der trikontinentalen Arbeitskräfte gegen das Hochlohnbewußtsein in den Metropolen auszuspielen. Die Tendenz ist in den 70er Jahren gegen die Produktionsfamilie, gegen die Rotationsmigration, gegen die Formen der „Arbeitsrente“ gelaufen: die Reproduktion von Arbeitskraft ist in der Tat angesichts der „Bevölkerungsbombe“ für das Kapital der 70er Jahre kein Problem gewesen. Die Tendenz ist vielmehr in Richtung Arbeitslager, industrialisiertes Flüchtlingslager, Kasernendisziplin gegangen – aber dennoch standen beide Formen der Vernutzung von Arbeitskraft in den 70er Jahren nebeneinander. Je dichter aber die Aufstandsbewegungen der trikontinentalen Unterklassen geworden sind – je bevölkerter der Slums werden, je bedrohlicher die Bevölkerungskonzentrationen, die nichts haben außer ihren Überlebensformen, desto mehr ist das transnationale Kapital bestrebt, seine Investitionen nicht diesem Gewimmel der Unterklassen auszusetzen, sondern eine Triage der Arbeitskräfte zu inszenieren; „Kathedralen in die Wüste“ zu setzen und die kräftigsten Arbeitskräfte darum herum zu kasernieren. Abu Dhabi gegen Bombay, Singapur gegen Sao Paulo: das sind die Projektionen, von denen das transnationale Kapital zu Beginn der 80er Jahre ausgeht.

Parallel zur Ablösung Carters durch Reagan ist auch in der Weltbank eine Ära zu Ende gegangen: die Ära McNamaras, die Ära des „Investment in the Poor“. Seit Mitte 1981 sieht die Weltbank „ein Umschalten weg vom öffentlichen Sektor hin zum freien Markt, was als Blaupause für eine neue Strategie der Kredite dienen könnte“ – staatliche Regimes, die die Armen der Ausbeutung durch die Multis zugänglich machen, sind nicht vonnöten, wenn die Arbeitskräfte ausgesondert und zu den „Kathedralen“ transportiert werden. Vielmehr geht es nun darum, die transnationalen Konzerne die Regie der Welt auch in eigener Regie durchführen zu lassen. Je dichter die Hungerunruhen der Unterklassen am Ende der 70er Jahre geworden sind, desto stärker verschiebt sich der Akzent nicht auf die Nutzung ihrer Arbeitskraft, sondern die Eindämmung ihres Existenzrechts, auf die numerische Kontrolle ihrer Vielzahl. So berichtet die IHT (31.3.81) über Bangladesh, daß 23 000 Sterilisationen pro Monat durchgeführt würden, daß 100 000 pro Monat geplant seien. Aber 45% der Bevölkerung sei unter 15 Jahre alt und komme bald in das Alter, in dem sie neue Kinder gebären würden: „Unglücklicherweise ist die demographische Wahrheit in diesem Land, daß auch 100 000 Sterilisationen pro Monat und die Beschränkung auf ein Kind pro Paar nicht ausreichen. Die Bombe ist explodiert, sagte ein ausländischer Bevölkerungsexperte.“

Die Studie „Global 2000“ hat bei uns einige Resonanz ausgelöst; die Prognosen der Weltbank, der OECD, der Brandt'schen Nord-Süd-Kommission, des Club of Rome oder der Trilateralen Kommission sind nicht anders. Der Reagan-Administration ist vorgeworfen worden, sie hätte die von Carter in Auftrag gegebene Studie in den Schubladen verschwinden lassen. Wahrscheinlich ist das nicht wahr: vielmehr hat sie aus dieser Studie (aber nicht nur aus ihr) ihre Konsequenzen gezogen. Und diese Konsequenzen laufen darauf hinaus, daß die konventionelle Dezimierung der „Bevölkerungsbombe“ nicht ausreichen wird – um so weniger ausreichen wird, je stärker die trikontinentalen Unterklassen ihr Existenzrecht umsetzen; darauf, daß es in den kommenden Jahren nicht mehr ausreichen wird, Regionen in der Welt zu definieren, die der Triage ausgesetzt werden – denn dazu würde der gesamte „Hinterhof“ der USA gehören, der lateinamerikanische Raum –, sondern diese Triage zu organisieren.

Die Westmächte und die ASEAN-Staaten haben im letzten Jahr eine „Befreiungsbewegung“ unterstützt, die ein fatales Modell für die 80er Jahre sein könnte: die Roten Khmer. Das PolPot-Regime hat seine Vernichtungsdiktatur in einer Weise mit einer Entwicklungskonzeption verbunden, daß die Verallgemeinerung des Schreckens und der Grausamkeit alle moralischen Traditionen unterhöhlt, alle Forderungen erstickt, ohne jede Technologie eine Vegetation der Arbeitskraft geschaffen hat – aus solcher Vegetation würden die ASEAN-Staaten ihre künftigen Arbeitsmigranten beziehen wollen. Und dennoch reichen die Regimes eines Pol Pot, eines Idi Amin oder eines Bokassa nicht mehr aus, auch nicht ein Pipochet, dessen Regime in den 70er Jahren geschnitten wurde, während es nun sehr bald zu neuen Ehren erblühen könnte. Welches Regime kann die Menschen so schnell umbringen, wie neue geboren werden?

Daß die Armen in den 80er Jahren noch ärmer werden, daß die „Wachstumsraten“ stagnieren, daß die internationalen „Hilfsprogramme“ sich vermindern, daß die Agromultis fortfahren werden, die physische Subsistenzbasis der Bevölkerungsmehrheit dieser Welt zu zerstören, daß die Investitionen der Transnationalen nicht auf ein Wachstum der Beschäftigungsraten, sondern eine intensivierte Auspressung der Mehrvertraten zielen werden, daran besteht bei niemand ein Zweifel. Da die „Bevölkerungsbombe“ nicht nur in Bangladesh „explodiert ist“, erscheint es mittlerweile gänzlich überflüssig, sich um die Reproduktion der Arbeitskräfte, um die produktive Verwendung der Armen zu sorgen; immer mehr handelt es sich hier um Bevölkerungsgruppen, die im transnationalen Projekt der Kapitalakkumulation keinen Platz haben – die nicht nur überflüssig sind, sondern Störfaktoren. Es kann, daran kommen wir nicht vorbei, keinen Zweifel daran geben, daß der Nord-Süd-Krieg der 80er Jahre nicht allein der Abwehr trikontinentaler Forderungen dienen wird, nicht

der Aufrechterhaltung eines status quo der Unterentwicklung, sondern daß es um die Vernichtung von für das Kapital überschüssigen und störenden Menschen gehen wird; um ein Inferno, gegenüber dem die „Lösung der Judenfrage“ wie ein Vorspiel und die dosierte Vernichtung der 70er Jahre nur als der erste Akt erscheinen werden.

Daß Rüstungsexport und Atomproliferation in den 70er Jahren die Voraussetzungen geschaffen haben, derartige Vernichtungskriege regional zu inszenieren, braucht nicht besonders betont zu werden. In den wichtigsten Ballungszentren der trikontinentalen „Überschußbevölkerung“ wurden nukleare Konfliktkonstellationen geschaffen: Brasilien / Argentinien, Indien / Pakistan, Mittelost, Südafrika, China. Und das Faustpfand für die Regionalisierung der Vernichtungskriege – die Garantie, daß Rußland stillhalten wird in Südamerika, Afrika und auf dem indischen Subkontinent, sind wir.

Im Übergang zu den 80er Jahren sehen wir eine Neuaufteilung der Krisen- und Entwicklungsregionen in den drei Kontinenten. Ständen die subimperialistischen lateinamerikanischen Staaten in den 70er Jahren, den weltweiten Krisenjahren, im Zeichen unbegrenzter Kreditvergaben und hoher Wachstumsraten, so sind diese Zeiten nun vorbei. Südamerika wird, nachdem es seit 1976 in steigendem Maß zu einem andauernden Kleinkrieg der Klassenauseinandersetzungen gekommen ist, zu einem Krisenkontinent werden. Schwarzafrika, wo schon in den 70er Jahren die Zahl der Hungertoten unvorstellbare Ausmaße annahm, wird, so ein Wirtschaftsstratege, „in ein schwarzes Loch versinken“, während der gesamte indische Subkontinent völlig im Zeichen seines „demographischen Problems“ stehen wird.

Das transnationale Kapital wird sich in einem neuerlichen Kontraktionsprozeß auf die Regionen der Welt konzentrieren, in denen das „Bevölkerungsproblem“ unter Kontrolle scheint; auf die Weltmarktinseln der ASEAN-Staaten, die allein auch in den letzten Jahren noch Wachstumsraten aufzuweisen hatten, auf Weltmarktfabriken jenseits der großen Bevölkerungsagglomerationen, vielleicht auf die chinesische Arbeitsdisziplin. Es wird die Mobilität, die es in den 70er Jahren gewonnen hat, nutzen, um dem Existenzrecht der trikontinentalen Massen auszuweichen; es wird neue Zyklen der Arbeitsmigration hervorbringen, um mangelnde Industriedisziplin umschlagen zu lassen in Vernichtung durch Arbeit.

Genug – noch ist die kapitalistische Projektion von der Welt der 80er Jahre erst in den Anfängen Wirklichkeit. Noch haben wir Zeit, dem eine andere Realität entgegenzustellen. Sicher ist, daß transnationales Kapital und Nord-Süd-Krieg allein von den drei Kontinenten aus nicht zu schlagen sind, weil die westlichen Rüstungsregimes nicht eine Sekunde zögern würden, ihr gesamtes Vernichtungspotential gegen die trikontinentale Massenarmut zu richten. Und genausowenig wird es allein von den Metropolen aus zu schlagen sein, in denen es seine neue Mobilität noch stärker gegen die Unterklassen ausspielen wird.

So wird in den kommenden Jahren alles davon abhängen, ob es uns gelingt, dem gegen uns und die trikontinentalen Massen gleichermaßen gerichteten Rüstungsterror in den Arm zu fallen und eine Kampflinie aufzubauen, die das kapitalistische *va banque* von den Metropolen und den drei Kontinenten her gleichzeitig angreift: mit einer Gleichzeitigkeit, die gänzlich von den Inhalten und Bedürfnissen der Unterklassen, hier wie dort, geprägt sein wird – einem Antiimperialismus, der nicht von linken Projektionen, sondern von der weltweiten Massenarmut getragen wird.

Literaturhinweise

Zur **Krise der 70er Jahre** ist die beste zusammenfassende Analyse nach wie vor von **M. Montano**: Notes on the International Crisis, in: Zerowork. Political Materials 1, New York

1975. (Übersetzung in: Bergmann / Janssen / Klein: Autonomie im Arbeiterkampf, Hamburg und München 1978). Zur Rolle der USA in der Krise ist kürzlich in Bremen und Berlin eine wichtige Übersetzung herausgegeben worden: **L.H. Shoup / W. Minter**: Kulissenschieber E.V.. Der Council of Foreign Relations und die Außenpolitik der USA. Bremen und Berlin 1981. Zur Rolle der metropolitanen Klasse in den USA als Krisenmotor in den 60er Jahren vgl. **P. Carpignano**, US Class-Composition in the Sixties, in: Zerowork 1. Zur Rolle des US-Inflationsexports in der Krise ist der Aufsatz von **D.P. Calleo**, Inflation and American Power, Foreign Affairs, Spring 1981, sehr aufschlußreich. Die Wirkungsweise der Weltbank hat **R. Tetzlaff**, Die Weltbank: Machtinstrument der USA oder Hilfe für die Entwicklungsländer?, in einem wichtigen Buch beschrieben. Zur Rolle der Multis siehe: **R.J. Barnett / R.E. Müller**, Die Krisenmacher, Reinbek 1977 (New York 1974).

Die beste Studie zur **Nahrungsmittelkrise** stammt von **H. Cleaver**, Food, Famine, and the International Crises, in: Zerowork, Political Materials 2, New York 1977. Über die Akteure dieser Krise das Buch der **NACLA**, Weizen als Waffe. Die neue Getreidestrategie der amerikanischen Außenpolitik, Reinbek 1977 (NACLA 1975); besonders illustrativ ist das Buch von **J. Collins / F.M. Lappe**, Vom Mythos des Hungers, Frankfurt 1978 (San Francisco 1977). Hinsichtlich der **Ölkrise** soll auf einen Aufsatz im nächsten Heft der Autonomie verwiesen werden.

Hinsichtlich der **neuen internationalen Arbeitsteilung** kann das Buch von **F. Fröbel, J. Heinrichs und O. Kreye**, Die neue internationale Arbeitsteilung, Reinbek 1977, wem es noch nicht bekannt ist, wärmstens empfohlen werden. Außerdem sei, zum Strukturproblem von Entwicklung und Unterentwicklung, lediglich auf die von **D. Senghaas** herausgegebenen Bücher, Imperialismus und strukturelle Gewalt, Frankfurt 1972, und Peripherer Kapitalismus, Frankfurt 1974, verwiesen, in denen sich jeweils ausführliche Bibliographien finden.

Zum Problem von **Arbeitskraft und Reproduktion** hat das Buch von **C. Meillassoux**, ‚Die wilden Früchte der Frau‘. Über häusliche Produktion und kapitalistische Wirtschaft, Frankfurt 1976 (Paris 1975), zu recht Aufmerksamkeit hervorgerufen. Beispiele für die Rotationsmigration finden sich u.a. bei **R. Hanisch / R. Tetzlaff**, Die Überwindung der ländlichen Armut in der Dritten Welt, Frankfurt 1979. Zum Wandel der Arbeitskonzeption schreibt **E. Senghaas-Knobloch**, Reproduktion von Arbeitskraft in der Weltgesellschaft. Zur Programmatik der internationalen Arbeitsorganisation, Frankfurt 1979. Ansonsten sei, besonders hinsichtlich des „informellen Sektors“, auf die zahlreichen Studien dieser Behörde verwiesen; zusammenfassend **S. Kannappan** (Ed.), Studies of Urban Labour Market Behaviour in Developing Areas, Genf 1977, und als illustrative Ergänzung **R. Bromley / C. Gerry**, Casual Work and Poverty in Third World Cities, Chichester 1979.

Zur **Migrationsarbeit** vgl. **K. Newland**, International Migration, The Search for Work. Worldwatch Paper 33, Nov. 1979. Zur Immigration in die OPEC-Staaten ist **J.S. Birks / C.A. Sinclair**, International Migration and Development in the Arab Region, Genf 1980, an erster Stelle zu nennen. Zur Flüchtlingsarbeit in Hongkong **J. England / J. Rear**, Chinese Labour under British Rule. A Critical Study of Labour Relations in Hongkong, Hongkong 1975.

Zur **bäuerlichen Subsistenzweise und moralischen Ökonomie** in den drei Kontinenten stammen die wichtigsten Bücher von **J.S. Migdal**, Peasants, Politics, and Revolution. Pressures towards Political and Social Change in the Third World, Princeton 1974 und von **J.S. Scott**, The Moral Economy of the Peasant. Rebellion and Subsistence in Southeast Asia, New Haven and London 1976. Außerdem sei auf das klassische Buch von **E.R. Wolf** verwiesen, Peasant Wars of the Twentieth Century, New York 1969 und auf den Sammelband von **T. Shanin** (Ed.), Peasants and Peasant Societies, Harmondsworth 1971. Schließlich über die **Bevölkerungspolitik** ist grundlegend **B. Mass**, Population Target, The Political Economy of Population Control in Latin America, Ontario 1976.



Sozialrevolte und Antiimperialismus

1.1. Die westdeutsche / westberliner Sozialrevolte

Die neue Sozialrevolte hat sich auf chaotische Weise gefestigt. Seit über zwei Jahren erleben wir, wie immer wieder kurzfristige Zyklen aufeinanderfolgen und in Wirrwarr und Ratlosigkeit enden; mehrfach war das Scheitern zum Greifen nahe, und doch brachen auch da immer wieder Kämpfe auf, wo sie kaum zu erwarten schienen. In Bremen, Berlin oder Frankfurt, überall versucht man, aus der Defensive gegenüber der Krisenpolitik und dem Gewaltmonopol des Regimes herauszukommen. Das belegt eine Flexibilität und Hartnäckigkeit der aktiven Kerne, gegen die das Regime bis heute zu keinem entscheidenden Durchbruch gekommen ist. Kaum wahrgenommen und von den Aktiven bis heute kaum auf den Begriff gebracht, haben sich die militanten Strömungen dabei immer wieder zeitweilig über ihre bisherige Selbstbeschränkung hinausentwickelt. Aus der Bewegung gegen die AKW-Energiepolitik haben sich Ableger herausgebildet, welche deren militärisch-imperialistische Seite aufs Korn nehmen, im Berliner Häuserkampf deutete sich eine parallele Knastbewegung an, in Frankfurt gewann neben dem Kampf um Bäume die militärische Seite der Startbahn-West an Bedeutung usw. Die Dynamik der gegenwärtigen Revolten ist nur schwer abschätzbar. Nach den bisherigen Erfahrungen ist es beispielsweise kaum auszuschließen, daß sich die Hausbesetzerbewegung eines Tages unvorhergesehen in einen massenhaften Mieterkampf ausweitet, aber genauso ist es möglich, daß sich ihr militanter Flügel nach der Räumung oder auch der selektiven Institutionalisierung eines „Instandbesetzerwesens“ ein völlig anderes Terrain sucht. Ähnlich sieht es mit den Tendenzen zur alternativ-lebensreformerischen Selbstghettoisierung aus: die Frankfurter Kämpfe brachen aus, als dort die lebensreformerisch-pazifistische Alternativbewegung endgültig die Oberhand gewonnen zu haben schien.

Alles in allem also ein ungeheuer aufreibendes Wechselbad von Aufbrüchen, Rückschlägen, Neuansätzen; aber auch eine hoffnungsvolle Parallelisierung der Kampfmittel, die sich seit einiger Zeit in einer überraschend tolerant werdenden Koexistenz der Methoden und Verfahren ausdrückt. Die Karry-Aktion hat die gewaltfreie Hegemonie über die Startbahn-West-Bewegung wenig beeindruckt, aber auch umgekehrt. Der neueste Anti-USA-Zyklus der RAF hat die Massenmobilisierung gegen die Europastrategie Reagan's keineswegs beeinträchtigt, obwohl sich die in der Mehrheit entschiedenen „gewaltfrei“ gibt und auf dem besten Wege ist, institutionell gezähmt zu werden. Es ist bisher kaum bemerkt worden, daß die obrigkeitliche Entsolidarisierung keineswegs mehr so greift wie vor 1979. Daß es zu der chaotischen Stabilisierung der Revolte nach außen trotz der eher verschärften inneren Reibungen und Widersprüche kommen konnte, kann jedenfalls nicht mehr auf der Erscheinungsebene des Massenprotestes erklärt werden. Hinter ihr etabliert sich vielmehr ein immer breiter werdendes gesellschaftliches Fundament: die Existenz einer anwachsenden nachindustriellen Massenarmut, einer sich verfestigenden und vielschichtigen Gegenkultur, die ihre grundlegenden Inhalte noch nicht zu vereinheitlichen versteht.

Welches sind die treibenden Kräfte der neuen Sozialrevolte? Vom Sozialprozeß aus gesehen ist es zuallererst der Zwang, sich gegen die staatliche Arbeitskultur Einkommen, Wohnung und das Recht auf menschenwürdige Existenz unabhängig von den Normen der Leistungsgesellschaft erobern zu müssen, einfach um überleben zu können. In den Zentren der Revolte handelt es sich um jene mehr oder weniger informellen und wechselnd zusammengesetzten Basisgruppierungen der sozial abgestiegenen Jobberszene, die sich einerseits auf bestimmte Aktivitätsschwerpunkte (AKW, Antimilitarismus, Frauenbewegung, Häuserkampfzene, Minderheiteninitiativen) konzentrieren, andererseits inzwischen eindeutig auf die Suche nach homogenisierenden Instrumenten gegangen sind. Vieles spricht dafür, daß auf die letzten zwei Jahre chaotischer Sozialrevolte ein Organisationsprozeß derer folgen wird, die nach politisch weitertreibenden Perspektiven streben. Soweit sie in den Teilbewegungen kämpften, war an Teilforderungen und -zielen kein Mangel. Aber diese Forderungen und Ziele waren keineswegs immer systemsprengend. Die militanten Strömungen gerieten immer wieder in die Gefahr, daß ihnen von „linken“ Sozialtechnikern des Systems das Wasser abgegraben wurde. Ihre Ziele wurden für Zwecke vereinnahmt, die gegen die gesellschaftlichen Unterklassen gerichtet sind: Sozialarbeiter-Beratungszentren, Gesundheitsläden, überwachte Jugendzentren usw. Hinzu kam, daß Teilkonzessionen gemacht wurden, um radikale Strömungen abzuspalten und die mobilisierte Mehrheit ruhigzustellen: Übergangsverträge für Hausbesetzer, Kloses Rückzug von Brokdorf usw. In Frankfurt ist es der Revolte zwar gelungen, mit Barrikaden und Blockaden aus der kontrollierten Gewaltlosigkeit der Grünen auszubrechen, aber zugleich haben die grünen Wortführer die Militanz der Basis für ihre Ziele gebraucht, als Verhandlungsobjekt gegenüber der hessischen Landesregierung. Ähnlich haben in Berlin die Alternativen den Häuserkampf auf das Thema Spekulanten konzentriert, statt die Bewegung für mietfreies Wohnen auf die Unterschichten auszuweiten. Aber diese Verfahren der Spaltung und Vereinnahmung werden in Zukunft immer weniger wirksam. Der Spielraum für reformistische Zugeständnisse ist eingeschränkt, seit das Regime zu einer beschränkenden Sozialpolitik übergegangen ist (vgl. den „Aufschrei“ Hamburger Sozialarbeiter); winkten vor zwei Jahren der Hamburger oder Berliner Senat für „gewaltfreie“ Alternativprojekte noch mit den Hunderttausendern, so wird der Geldhahn nun zgedreht. Dadurch kommen bei den Beteiligten, die ihre Nützlichkeit für das Regime nicht durch Kosteneinsparung und para-polizeiliche Tätigkeiten beweisen wollen, selbstkritische Reflexionsprozesse in Gang. In Zukunft wird, wer sich an solchen Projekten beteiligt, wissen, daß dort gegen sauer verdientes Geld vorbeugende Verbrechensbekämpfung und Kontrolltätigkeit gegen die Ärmsten verlangt wird.

Die staatliche Krisenpolitik führt zu einer Annäherung der Lebensbedingungen der an der neuen Sozialrevolte Beteiligten und der Unterschichten. Der Zwang, zu arbeiten um leben zu können, wird immer unausweichlicher und die Mittel, ihn durchzusetzen, zunehmend brutaler.

Die Fähigkeit, aus den teilweise chaotischen Zuständen der vergangenen Jahre heraus ein umfassendes sozialrevolutionäres und historisch bewußtes Verhalten zu entwickeln, das Gemeingut der autonomen Kerne wird, wird nicht aus sich selbst heraus entstehen. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß erneute organisatorische Anstrengungen – wie zu Beginn der 70er Jahre auch – an der gesellschaftlichen Realität vorbeiziehen oder diejenigen Tendenzen die Oberhand gewinnen, die als ggf. auch bewaffnete neostalinistische Vereinfacher eine tödliche Trennung der bisherigen Avantgarden aus dem Geflecht der neuen Massenarmut bewerkstelligen.

Mitte der 70er Jahre ist gegen die ML-Organisationen und gegen die an der Fabrikarbeit orientierten Gruppen eingewandt worden, daß man statt dessen eine „Politik in erster Person“ machen wolle. Und heute, nachdem sich die soziale Situation der Aktiven und der Unterschichten in vielem angeglichen hat, heute, wo eine „Politik in erster Person“ – Plural natürlich – zuerst die Frage nach dem Einkommen, nach den Löhnen fürs Jobben, nach den Mietpreisen usw. sein müßte, wo also die Politisierung des eigenen Alltags schon der erste Schritt zu einer sozialrevolutionären Politik wäre, heute sehen wir eine Reihe von Teilforderungen und -zielen, die den eigenen Alltag weitgehend ausklammern.

Es wird nicht einfach sein, im Gegensatz dazu auf der Herstellung eines qualitativ neuen Verhältnisses von homogenisierenden Kernen und breiter Masseninitiative zu beharren, das die produktiven Ergebnisse der letzten Jahre einbezieht und gleichzeitig über sich hinaustreibt. Denn es gibt noch nicht einmal ein breit akkumuliertes Wissen, das von den Erfahrungen der letzten Jahre aus agieren könnte, weil die innere Mobilität der Gruppen fast nirgends eine persönliche Kontinuität hervorgebracht hat. Stattdessen herrscht eine Geschichtslosigkeit vor, die bislang immerhin den Vorteil hatte, daß aus diesem Grund auch die falschen Mysterien der kommunistisch verfälschten „Arbeitergeschichte“ nicht Fuß gefaßt haben. Aber diese Geschichtslosigkeit führt dazu, daß die Aneignung und der Gebrauch von ernsthaften Analysen sich nach wie vor auf Teilprobleme beschränkt. Ansätze zur Weiterung werden zwar teilweise zur Kenntnis genommen, aber nicht praxis- und perspektivbezogen diskutiert. Aufgabe dieses Papiers soll es deshalb sein, eine historisch verankerte sozialrevolutionäre Strategie vorzuschlagen, die auf den gesellschaftlichen und kulturellen Ansätzen jener Identität der Nichtarbeit gründet, wie sie sich in Keimformen in der Revolte der vergangenen zwei Jahre entfaltet haben. Dabei muß es um mehr gehen als die Stabilisierung und Zusammenfassung der Sozialrevolte. Wir bewegen uns freilich auf eine Situation zu, in der das Regime die Krise nochmals verschärft. Um den bis heute ungebrochen gebliebenen „Mißbrauch“ des Sozialstaates zur Leistungsverweigerung endgültig zu stoppen, hat es jüngst Einschränkungen im Sozialbudget beschlossen, die dazu führen, daß weitere Hunderttausende aus dem Netz der Scheinsicherheiten herausgeschleudert werden. Es kommt nun entscheidend darauf an, ob dieser massenhafte Prozeß des Selektiertwerdens in einen aktiven Ausbruch umschlagen wird oder ob es dem Regime gelingt, die Sozialrevolte und die neue Massenarmut in neue Lager und Ghettos abzuschieben. Es muß zu einer kollektiven Antwort kommen: dem Angriff auf das Selektionssystem in seiner Gesamtheit. Aber dazu werden die Instrumente, die die Sozialrevolte bis jetzt entwickelt hat, nicht ausreichen. Aus der bloßen Zusammenfassung aller Teilbewegungen und ihrer Inhalte wird sich keine sozialrevolutionäre Perspektive entwickeln lassen. Es ist höchste Zeit, dieses zentrale Problem in Angriff zu nehmen, weil der gegenwärtige Zustand der Sozialrevolte sehr schnell an seine Grenzen stoßen wird:

- Sie wird aus dem Zusammenhang der Randexistenz von wenigen Hunderttausend herauskatapultiert werden und zum Bestandteil einer neuen Massenarmut, die schon in naher Zukunft auf mehrere Millionen ansteigen wird,

- und sie wird noch systematischer mit der Repression durch das Regime konfrontiert werden, denn dieses wird den vorausgeplanten Angriff auf das „böse Drittel“ sozialtechnisch und zugleich gewalttätig absichern und den möglichen Gegenangriff aus einer sozialrevolutionären Kultur der Nichtarbeit und des Rechts auf Existenz jenseits von Arbeit und staatlicher Kontrolle möglichst im Keim zu ersticken versuchen.

1.2. Die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten und ihre Folgen in Mitteleuropa: die Situation in Zentralamerika

Die iranische Revolution ist in einer Situation explodiert, auf die der US-Imperialismus angewiesen ist wie auf keine andere. Das „Petrodollarrecycling“ war in den 70er Jahren Grundlage für die Erzeugung von Krisen, für die Entwicklung neuer Sektoren und die Durchsetzung der „neuen internationalen Arbeitsteilung“. Seit 1973 wurde die US-Vormachtstellung vor allem in Saudi-Arabien und dem Iran abgesichert durch eine Entwicklungskonzeption der OPEC-Regimes. Diese baute auf den Import modernster Technologie gegen Petrodollars, auf Zwangsmaßnahmen, um die landlosen Bauern zur Industriearbeit zu zwingen, und zugleich auf die Vernutzung von Wanderarbeitern aus anderen Ländern und nicht zuletzt auf die Aufrüstung dieser Staaten unter US-Regie. Dort, wo die Macht der Dollars, der westlichen Technologie und des Militärs am sichersten schien, da rebellierten die Massen. Die Revolutionstage im Februar 1979 gehörten der iranischen Massenarmut. Das iranische Volk machte eine Revolution gegen den westlichen Fortschritt und gegen die Industriesklaverei, die der Schah ihm aufgezwungen hatte. Die Inhalte dieser Revolution kamen aus dem revolutionär erneuerten Schiismus, aus der erneuerten Tradition der Landflüchtigen in den städtischen Slums. Sie fußten auf der Moral der Familienwirtschaften, die der Schah zerstören wollte. Die Massenarmut hielt die moralische Ökonomie ihrer traditionellen Existenzweise gegen die Warenökonomie des Imperialismus.

Diese Revolution bedeutete einen epochalen Bruch. Auch wenn der Ausgang der Revolution mit ihren ungeheuren Blutopfern mehr denn je ungewiß erscheint, trotz des Khomeiny-Regimes pflanzt sich die antimodernistisch-islamische Revolutionierung bei den einkommens- und landlosen Volksmassen und bei den Wanderarbeitern in der arabischen Welt fort. In Saudi-Arabien wurde der Aufstand von Mekka nur knapp niedergeschlagen, und jüngst bezugte das Attentat auf die Spitze des ägyptischen Kompradorenregimes, daß die US-Machtstellung am Golf nach wie vor bedroht ist. Die Entscheidung der USA, sich trotz des Schah-Fiaskos auf die reaktionärsten und marodesten Regimes zu stützen, den Zionismus, Saudi-Arabien und Ägypten, kann leicht noch binnen Jahresfrist zu einer Situation führen, in der die neuen US-Eingreiftruppen offen zur Unterstützung der bedrohten Regimes einschreiten. Das wäre die erste Eskalationsstufe eines Nord-Süd-Krieges, und wir müssen uns fragen, welche Konsequenzen dies für uns in Mitteleuropa haben wird.

Doch zuvor ein kurzer Blick auf die Situation in den USA selber. Offenbar hat der ungeheure Angriff, den das Wirtschaftsprogramm der Reagan-Administration auf die 30 Millionen Menschen der US-Massenarmut ausdrückt, noch nicht zu größeren Reaktionen von unten geführt. Auf die friedliche Septemberdemonstration der 250 000 in Washington sind noch keine größeren militanten Auseinandersetzungen gefolgt. Die soziale Desintegration in den Ghettos scheint ungeheuer groß zu sein, seit die afroamerikanische und puertorikanische / mexikanische Slum- und Massenarbeiterbewegung durch Terror, durch integrative Sozialtechniken, durch den gezielten

Einsatz von Programmen zur Regulierung der Armut und den Rückzug aus Indochina zerschlagen worden sind. Doch das kann sich wieder ändern. Die Wall-Street schwankt in ihrem Unterstützungskurs für Reagan: ihr dämmert, welche innenpolitischen Folgen es haben wird, wenn im Verlauf der Nah-Ost-Intervention oder einer Intervention in Zentralamerika die Wehrpflicht wieder eingeführt wird und die Massen wieder lernen, außerhalb der Kontrollinstrumente eines „Great-Society-Programms“ zu handeln, von dem unter Reagan nichts mehr übrig geblieben ist.

Aber es wäre sicher falsch, sich zurückzulehnen und in erster Linie darauf zu hoffen, daß der Reagan-Kurs durch eine soziale Revolution in den USA blockiert wird. Der imperialistische Sozialrassismus der US-Arbeiteraristokratie und der Mittelklassen ist massiv genug ausgeprägt, um erforderlichenfalls ein Massaker in den schwarzen Ghettos zu veranstalten, das in seinem Ausmaß die Erfahrungen der 60er und 70er Jahre weit in den Schatten stellt. Im Gegensatz zu der Zeit des Vietnamkrieges kann es leicht zu einer Zeitverzögerung bei den neuen Aufständen von Watts, Detroit und Attica kommen: dann wird der innere Faktor in den USA nicht rechtzeitig sein, um dem neuen Vabanque der Weltmacht von unten her in den Arm zu fallen – dann steht der Weltmacht nicht die globale sozialrevolutionäre Offensive der Unterklassen im arabischen Raum und in den USA selbst gegenüber.

Man braucht nicht viel Phantasie, um sich die Auswirkungen der Eskalation am Golf auf Mitteleuropa vorzustellen. Die Teilnahme der westdeutschen Regimespitze am Begräbnis Sادات hat einmal mehr deutlich gemacht, wie konsequent sie bereit sein wird, ihren Part bei der direkten oder auch balkandiplomatisch, durch Ausspielen der verschiedenen arabischen Regimes vermittelten Unterdrückung der arabischen Volksaufstände zu spielen. Die BRD wird als europäische Drehscheibe für den Aufmarsch der US-Truppen dienen, sie wird die logistische Basis für die laufenden und kommenden Operationen von Europa aus. Und die Bundeswehr wird, als stärkste europäische Vasallenarmee, alle die Positionen im West-Ost-Szenario einnehmen, die von den US-Truppen bei ihrer Intervention im Nahen oder Mittleren Osten zurückgelassen werden.

Dies wird den Spielraum des BRD-Regimes gegenüber den USA keineswegs erweitern, sondern ihn vielmehr weiter engen. Nötigenfalls würde die US-Besatzungsmacht in der BRD auf allen möglichen Ebenen intervenieren – zunächst natürlich auf der Ebene der Regierungsdiplomatie –, wenn das sozialliberale Regime mit seiner Rücksicht auf die hiesiglande anwachsende antiimperialistische Bewegung zu weit gehen würde. Schon jetzt ist klar, daß die Befehlslinie Reagan – Schmidt – Genscher – Kohl an einem Konzept arbeitet, das darauf hinausläuft, nötigenfalls die Sozialdemokratie noch vor 1984 von den Schalthebeln der Macht zu entfernen und sie in die Rolle eines parlamentarisch-„oppositionellen“ Dompteurs zurückzustoßen, der die neue antiimperialistische Bewegung zähmen und spalten soll – eine Rolle, die die SPD ja bis 1966 immer innegehabt hat. Damit wäre dann gleichzeitig der Weg frei für eine Verschärfung des sozialpolitischen Ausgrenzungskurses gegen die neue Massenarmut hiesigland: die internationalen und zugleich die hiesigen Probleme der Massenrevolte würden ungeheuer zugespitzt.

Auf einer noch viel bedrohlicheren Ebene werden wir in den kommenden Nord-Süd-Krieg hineingezogen: die BRD ist die Flankenfigur bei der laufenden US-Aufrüstung, die durch Reagan, Weinberger und Co. die Sowjetunion als Gegner auf dem mittelöstlichen Terrain vorbeugend kaltzustellen sucht. Es ist ganz klar, daß die sog. NATO-Nachrüstung vor allem die Funktion hat, die Sowjetunion durch die Bedrohung von Westeuropa aus daran zu hindern, ihrerseits in einem Mittelostkrieg bzw. einem Krieg in Zentralamerika einzugreifen. Wahrscheinlich wurde ein direktes amerikanisches Eingreifen im Iran noch vor zwei Jahren durch ein russisches Ultimatum blockiert – und die USA werden sich nach der Aufrüstung ein solches Ultimatum nicht ein zweites Mal bieten lassen. Sie

könnten bereit sein, westrussische Ziele mit präventiven Nuklearschlägen von der europäischen Flanke aus anzugreifen, wenn sich die Sowjetunion beispielsweise auf der Seite der PLO oder Lybiens in einem Mittelostkrieg breiter engagieren würde. Aufgrund der bedingungslosen Anketten des BRD-Regimes an alle nur denkbaren US-Optionen wird so die westdeutsche und West-Berliner Bevölkerung direkt zu einem Erpressungsmittel auf dem Schachbrett der US-Strategie, das die Sowjetunion zu einem ohnmächtigen Beobachter des Nord-Süd-Krieges zurückstufen soll. Die NATO-„Nachrüstung“ soll einen technologischen Rüstungsvorsprung sichern, der der SU als Alternative zur Ohnmacht nur die Zerstörung des BRD-Territoriums mit ihren unpräzisen nuklearen Konterschlägen lassen wird. So steht die westdeutsche und West-Berliner Bevölkerung im Fadenkreuz zwischen West-Ost-Erpressung und Nord-Süd-Krieg. Ihre Existenz schlechthin ist an das laufende Nord-Süd-Manöver der US-Welt- und Besatzungsmacht gekettet.

Für die sozialrevolutionäre Bewegung sind die Folgen ungeheuer. Es wird für sie zu einer Frage des Überlebens, inwieweit es ihr gelingt, aus ihrer inneren Dynamik Prozesse freizusetzen, die es ihr ermöglichen, die drohende institutionelle Abwürgung des populär werdenden antimilitaristischen Protests a la Antiatomtod- und Antinotstandsbevewegung 1958 und 1968 dadurch zu verhindern, daß sie sich an dessen Spitze setzt. Sicher eine schier unlösbare Aufgabe, aber sie muß um jeden Preis in Angriff genommen werden. Wenn es gelingt, die Massenbewegung gegen die US-Strategie zu hegemonisieren, dann wäre der Durchbruch geschafft. Die Niederlage der institutionellen Befriedungspartei würde den sozialrevolutionären Strömungen zu einer ungeheuren Popularität verhelfen. Alle bislang so erfolgreichen Manöver zur Isolierung der Sozialrevolte – die Denunzierung ihrer Militanz zur Gewalttätigkeit, ihrer Lebensweise und ihrer Ziele – wären durchbrochen, und die Sozialrevolutionäre würden in einer Massenbewegung operieren, die über ihre unmittelbare Klassenbasis weit hinausreichen würde. In völlig ungeahnten Dimensionen könnte dann an der Verbindung des inneren Kleinkriegs der Unterklassen mit antiimperialistischen Subversions- und Kampfformen gearbeitet werden: es könnte ernsthaft zum Massenkampf gegen die Besatzungstruppen und zur Spaltung der Wehrpflichtigenarmee übergegangen werden. Vielleicht hört sich dies großenwahnsinnig an. Aber die Skepsis angesichts der unlösbar scheinenden Aufgaben sollte uns nicht daran hindern, die erforderliche Weitsicht angesichts der Zuspitzung der inneren und noch mehr der internationalen Verhältnisse zu entwickeln.

Nehmen wir schließlich, um uns den globalen imperialistischen Zusammenhang und seine Auswirkungen hiesigland zu verdeutlichen, den lateinamerikanischen Subkontinent hinzu. Insbesondere Zentralamerika ist zum neuen Krisenherd der Weltpolitik geworden, seitdem der US-Imperialismus mit dem sandinistischen Sieg in Nicaragua und der Offensive der Befreiungsbewegungen in El Salvador – nach der Niederlage des Schahregimes – nun auch dort seine Felle davonschwimmen sah. Während es dem Carter-Regime nicht gelungen ist, über massive Aufrüstung (z.B. in Guatemala) und ökonomische Unterstützung die zentralamerikanischen Diktaturen so zu stabilisieren, daß wieder Ruhe im „Hinterhof der USA“ herrscht – die Zerstörung der Region im Dienste der Lebensmittelmultis und im Frieden mit der einheimischen Bourgeoisie ungehindert fortgesetzt werden kann –, hat sich die Reagan-Administration zum Ziel gesetzt, die Weltmachtstellung der USA beispielhaft in Zentralamerika, ggf. auch mit Mitteln der direkten militärischen Intervention, zu behaupten.

Die entscheidende Schlacht, so scheint es, soll dabei in El Salvador geschlagen werden, denn ein Sieg der salvadorianischen revolutionären Kräfte würde auch die Bedingungen des Widerstandes in Guatemala und Honduras entscheidend verbessern und über kurz oder lang den Fortbestand der dortigen Diktaturen bedrohen.

Die Vorbereitung für eine Invasion der US-Truppen oder zumindest der vom Pentagon ausgebildeten und koordinierten zentralamerikanischen Armeen und Todesschwadronen sind bereits in vollem Gange: das Grenzgebiet von Honduras wird durch die Deportation der salvadorianischen Flüchtlinge in die Vernichtungslager im Landesinnern für den Truppenaufmarsch gegen die salvadorianische Guerilla präpariert – mitfinanziert durch die BRD-Regierung; militärische Manöver von USA und NATO vor den Küsten Zentralamerikas demonstrieren das Ziel, die gesamte Region militärisch zu beherrschen.

Aber selbst, wenn sich jene Fraktion des US-Imperialismus durchsetzen sollte, die im Einklang mit der sozialistischen Internationale und dem Seitenblick auf die antiimperialistische Bewegung in den USA und Europa eine zweite Vietnam-Schlappe zu verhindern sucht, indem sie für eine Verhandlungslösung eintritt, so gibt es seit der Krise der 70er Jahre dennoch keinen Spielraum mehr für eine Strategie der forcierten Industrialisierung Zentralamerikas. Eine Entwicklung, die die Herausbildung einer Arbeiterklasse zulassen würde, deren Löhne auch nur annähernd die Reproduktionskosten der Arbeitskraft decken würden, wird von den US-Multis nicht mehr toleriert werden.

Aufgrund der ökonomischen Abhängigkeit von den USA würde die Politik der Massaker möglicherweise nur ersetzt durch andere Formen des Völkermordes. Solange der Imperialismus nicht zum totalen Rückzug aus der Region gezwungen wird, bleiben ihm nach wie vor der produzierte Hunger und die Politik der Massensterilisation, um die Menschen aus der dörflichen Subsistenzwirtschaft in die städtischen Slums, auf die Plantagen der Lebensmittelkonzerne oder in die Fabriken zur Arbeit zu treiben oder aber als „Überbevölkerung“ auszurotten.

Zentralamerika ist nicht nur Arbeitshaus der USA, sondern auch Experimentierfeld für Methoden der Aufstandsbekämpfung, von totaler militärischer Kontrolle bis zur selektiven Bevölkerungspolitik. Zunehmend werden solche Mittel auch in den Ghettos der metropolitanen Armut zur Anwendung gebracht. Die Anwendung der 3-Monatspritzen in den Asylantenlagern und die gezielte Sterilisation türkischer Frauen in einzelnen Krankenhausabteilungen sind der erste Schritt zur systematischen Dezimierung auch der metropolitanen Unterklassen. Die Entfaltung eines massenhaften Kampfes gegen die Völkermordstrategien im eigenen Land ist also keine Frage von abstrakter internationaler Solidarität, sondern auch eine des eigenen Überlebens.

1.3. Die polnische Massenbewegung im spätstalinistischen Osteuropa

Seit bald zwei Jahren ist in Polen eine Massenbewegung entstanden von einer Stärke, die das staatskapitalistische Vasallenregime ihres Landes völlig aushöhlte. Auf der Basis einer intensiven Verarbeitung der Aufstandserfahrungen von 1970/71 und 1976 war mit der Konstitution der „Solidarnosc“ ein Prozeß der Doppelherrschaft in Gang gekommen, der vom radikalen Flügel der Gewerkschaft noch überschritten wurde:

die Krisen- und Hungerpolitik des Regimes wurde benutzt, um Strukturen der Gegenmacht auf betrieblicher und kommunaler Ebene aufzubauen – Betriebskomitees, selbstorganisierte Lebensmittelverteilungen usw. „Solidarnosc“ begann als eine Organisation der Massenarbeiterbewegung auf einem Terrain, das im Westen um Jahrzehnte zurückliegt – zum Beispiel gibt es frappierende Parallelen zu den amerikanischen IWW um 1920. Die Wendung der religiösen und nationalen Tradition als Selbstbestimmung und Arbeitszurückhaltung war die Antwort auf einen Rationalisierungs- und Investitionsprung, von dem sich das polnische Regime in den 70er Jahren den Anschluß der polnischen Massenproduktion an den kapitalistischen Weltmarkt erhofft hatte. Daß der radikale Flügel der „Solidarnosc“ so schnell von einer Organisation der Massenarbeiter zu einem Instrument der Gegenmacht wurde, beweist die Brüchigkeit des spätstalinistischen Entwicklungsregimes, dem keine Vermittlungsschritte übrigbleiben und das sofort auf die Armee als letztes intaktes Produktions-, Verteilungs- und Repressionsinstrument zurückgreifen mußte. Die Entmachtung der kommunistischen Partei, der Übergang zur Armeediktatur markiert eine bedeutende Wende. Durch die Internierung der „Solidarnosc“-Spitze wurde ein Massenaufstand verhindert – es blieb zunächst bei einer „rein innerpolnischen Angelegenheit“. Es kam nicht zum Einmarsch sowjetischer und ostdeutscher Elitetruppen. Die Ursache dafür liegt in den internationalen Machtverhältnissen: der ökonomisch-militärische Einkreisungsdruck seitens der USA und der NATO ist derart gewachsen, daß die herrschende Sowjetelite mehr als je zuvor auf antiimperialistische Strömungen im Westen Rücksicht nehmen muß. Und diese Karte wäre im Fall des Einmarsches zweifellos verspielt gewesen. Überdies wird von den USA ein sowjetischer Einmarsch in Polen zwischen insgeheim herbeigesehnt, weil er den Boden für die Klärung der inneren Fronten im Westen bereiten und als letztes Startsignal für das kombinierte Nord-Süd- und West-Ost-Szenario fungieren könnte. Entsprechend dürfte die herrschende Klasse der SU derzeit und in nächster Zukunft das Fortschreiten der inneren Erosion an ihrer Westflanke ständig mit den äußeren Folgen eines militärisch-konterrevolutionären Gegenschlages in der eigenen Herrschaftssphäre abwägen; sie dürfte dabei die äußeren Folgen des Gegenschlages gegen die polnische Massenbewegung solange als weitaus gefährlicher einschätzen, wie die Revolte nicht auf die Arbeiterklasse der Sowjetunion übergreift (die Niederschlagung der polnischen Aufstands von 1863 dient den Nachfolgern der Zar-Autokratie sicher als wichtigstes Lehrstück). Denn geben wir uns keinen Illusionen hin: auch in der Sowjetunion heißt Machtpolitik zuallererst sozialimperialistische Politik – ein Sozialimperialismus, der freilich im Vergleich zu dem der USA um einen Entwicklungszyklus zurück und deshalb defensiv bestimmt ist. Spielten sich die polnischen Ereignisse beispielsweise in Kanada ab, hätte die Nationalgarde der USA längst eingegriffen.

Die polnische Armee ist zu einem Krisenregime nach westlichem Muster übergegangen. Die Kombination von Hunger, militärischem Zwang zur Arbeit, Senkung der Masseneinkommen für den Schuldendienst erinnern an die durch den Internationalen Währungsfond erzwungenen westlichen Regime, wie sie in ähnlicher Weise in Italien und zuletzt in der Türkei installiert wurden. Wie immer es weitergehen wird: das polnische Jahr 1980/81 übertrifft alle bisherigen osteuropäischen Arbeiterrevolten bei weitem. Auch die Niederlage kann die Signalwirkung auf die Arbeiterklasse in den anderen osteuropäischen Ländern nicht auslöschen. In Polen wurde der bolschewistische „Arbeiter- und Bauernstaat“ auf Massenebene endgültig von den Arbeitern und Bauern zertrümmert.

Die meisten sozialrevolutionären Massenkämpfe Osteuropas sind bisher von Polen ausgegangen. Das polnische 1980/81 ist ein Signal, das eine vorrevolutionäre Situation in ganz Osteuropa anzeigt. In allen osteuropäischen Staaten hat der Bolschewismus die Massenarbeit in voller Breite durchgesetzt

und sie arbeitsteilig an den kapitalistischen Weltmarkt gekoppelt. Er war nichts anderes als eine intellektuelle Ersatz-Bourgeoisie, der die vorindustriellen Unterklassen in diesen Staaten gnadenlos zur nachholenden kapitalistischen Entwicklung gepeitscht hat. Der Bolschewismus war nur die modernisierte Form der osteuropäischen Staatsklaverei, der die Aufstände der vorindustriellen Massenarmut in diesen Ländern unterwarf und mit einer neuen despotischen Diktatur beherrschte.

Aber der polnische Kampf gegen den bolschewistischen Staat reicht mit seiner Wirkung über den eisernen Vorhang hinaus. Nicht umsonst haben die westlichen Regime Jaruselski hinter vorgehaltener Hand gratuliert. Denn was in Polen angegriffen wurde, das ist für die westliche Sozialtechnik und für die bolschewistische Diktatur gleichermaßen das Kernstück der staatlichen Macht gegen die Unterklassen. Der Autonomie des polnischen Aufstandes zu applaudieren, ist für die westlichen Regime ein gefährliches Unterfangen geworden, weil die sozialrevolutionären Inhalte über den Antibolschewismus hinaus allzu sichtbar geworden sind. Wenn die polnische Bewegung überlebt, kann sie zum Angelpunkt werden, der nicht nur den Spätstalinismus, sondern auch die spätkapitalistischen Regime des Westens von unten her in Mitleidenschaft zieht. Vorausgesetzt allerdings, es stabilisiert sich auch hier eine autonome sozialrevolutionäre Perspektive, die es schafft, die überfällige Schlußabrechnung mit dem Marxismus-Leninismus in ein sozialrevolutionäres Konzept einzubetten, das die Alternativen zur weitergetriebenen Ausbeutungsstruktur des Westens zu benennen weiß. Hier stellt sich eine weitere immense Aufgabe für die hiesigen Kerne der Sozialrevolte, die ebenfalls weit über ihre bisherige innere Zerissenheit hinausweist.

Die polnische Massenarbeiterbewegung hatte angesichts der SU-Suprematie und der internationalen Machtverhältnisse keine wirklichen Erfolgsaussichten. Die beste Hilfe für Polen ist der Angriff auf die US-Besatzungstruppen hierzulande. Nur wenn der neue antiimperialistische Internationalismus für den Rückzug der USA und die Auflösung der Bundeswehr und der NATO kämpft, wenn von Europa aus eine Bresche in die Einkreisung der Sowjetunion geschlagen wird, dann ist die Vorbedingung dafür geschaffen, diese zum Rückzug aus ihrem osteuropäischen Vorfeld zu zwingen.

1.4. Metropolitane Massenarmut, Massenarbeit und vorindustrieller Pauperismus, das Problem einer neuen antiimperialistischen Synthese

Mit der Sozialrevolte der BRD, der Situation im Mittleren / Nahen Osten bzw. in Zentralamerika und mit Polen haben wir aktuelle Konstellationen des internationalen Klassenkampfes genannt, die drei unterschiedlichen historischen Epochen angehören und doch alle zugleich die Front gegen den Weltimperialismus ausdrücken. Viel zu wenig war uns bisher bewußt, daß der antiimperialistische Kampf immer gleichzeitig ist, daß er im Iran von der vorindustriellen Massenarmut ausgeht, in Osteuropa von den an die Fließbänder und in die Schwerindustrie und Bergwerke gezwungenen, noch in erster Generation auf dem Land großgewordenen Massenarbeitern und hierzulande von den metropolitane Unterklassen, den Nachkommen der Massenarbeiter, die aus der Maschinerie wieder ausgestoßen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden sind.

Während der Kampf weltweit von völlig unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt wird, erscheint die imperialistische Weltmacht als ein Monstrum, das diese Ungleichzeitigkeiten ständig neu schafft und das diese unterschiedlichen Verhältnisse unter die modernsten Ausbeutungsstrukturen der Multis unterworfen hat. Mehr denn je versucht der Imperialismus heute, den unterschiedlichen Entwicklungsepochen auf Weltebene die am weitesten vorangetriebene Struktur der Ausbeutung und Vergegenständlichung von menschlicher Arbeit als Schrittmacher des Sozialprozesses überzustülpen. Heute, in der Ära des Nachkeynesianismus, kann dies mehr denn je bedeuten, daß die weniger weit 'modernisierten' Sektoren der Weltgesellschaft zu reinen Konsolidierungszwecken des Monstrums gebraucht, umstrukturiert, deformiert, ja physisch ausgelöscht werden. Vergessen wir über den sicher zu Recht hervor gehobenen Beispielen nie, daß der Welt von heute tatsächlich im globalen Maßstab ein Inferno der Vernichtung und des Völkermords droht, dem gegenüber die Bestialitäten des NS sich als bescheidenes Vorspiel ausnehmen könnten, wenn der globale antiimperialistische Durchbruch ausbleibt.

1.4.1.

Gegenwärtig werden in den drei Kontinenten die dörflichen Subsistenzwirtschaften ausgelöscht, und die landlos gemachten Massen werden zu Millionen in die Slums der Städte getrieben. Durch die Lebensmittelmultis und den Exportanbau werden die Kleinbauern enteignet und die landlosen Armen ihrer Existenzgrundlage beraubt. Wenn dieser Prozeß weitergeht wie in den vergangenen Jahren, dann wird es sehr rasch zu einer Ära kommen, die für die Hälfte der Weltbevölkerung die Zerstörung des physischen Existenzminimums bedeutet. Die vorindustrielle Massenarmut in den Slums und Reservaten wird dann nur noch der Politik des Hungers und der „negativen Bevölkerungspolitik“ ausgesetzt sein – der Politik der Bomben, der Massensterilisation und der Vernichtung.

Die Zerstörung der ländlichen Existenzgrundlagen hat gewaltige Flüchtlingsströme, eine nationale und internationale Arbeitsmigration in Gang gesetzt. War noch vor kurzem die Rotationswanderung, die Saisonarbeit, bei der die Wanderarbeiter zu einem späteren Zeitpunkt in ihre Heimatdörfer zurückkehrten, vorherrschend, so sind heute die Wander- und Flüchtlingsströme Wanderungen ohne Rückkehr. Die Dörfer sind zerstört, die zurückgebliebenen Familienmitglieder hungern. Auch die internationalen Arbeitermigrationen gehören hierher, der ständige Zufluß der enteigneten Landlosen in die versteinerte spätkapitalistische Welt. Im Verlauf der Krisen der 70er Jahre wurden ihre Ströme entscheidend verändert. Zu der Einwanderung in die Metropolen kommt mehr und mehr die Zuwanderung in die neuen „Schwellenländer“ des Erdölbooms und der Dollarmärkte.

In den Weltmarktfabriken der drei Kontinente, in den Klein- und Kleinstbetrieben der Slums, die als Zulieferer für die Multis arbeiten, sind diese enteigneten Massen heute direkt in die Ausbeutungsstruktur der Multis integriert. In Arbeitslagern zusammengepfercht, von den Militärapparaten umstellt, werden sie zur Arbeit bis zum körperlichen Ruin getrieben. Aber in den städtischen Slums der drei Kontinente sind neue Subsistenzbeziehungen entstanden: das traditionelle Existenzrecht und die Familienwirtschaft entstehen auch jenseits der traditionellen Dorfwirtschaft und spielen in den Städten eine neue Rolle. Direkt mit der modernsten Ausbeutungsstruktur des Weltmonstrums konfrontiert, von Vernichtung bedroht,

gibt es für diese Massen keine Widerstandsperspektive, die sich an den bolschewistischen Mythos von Entwicklung über Schwerindustrie und Staatsklaverei oder den Fortschrittsglauben der städtischen Eliten binden läßt. Ihr Recht auf Existenz wird zuallererst als Recht auf Brot oder Reis, auf die erneuerte Dorfgemeinde, auf kommunale moralische Ökonomie verstanden werden. Jede sozialrevolutionäre Initiative gegenüber den Sansculotten der drei Kontinente wird scheitern, die sich weigert, traditionell vorkapitalistische Normen dadurch zu erneuern, daß sie Subsistenzrecht und Gemeinde als ausschließliche kommunitäre Basis einer dezentralen und begrenzten technisch-wirtschaftlichen Entwicklung außerhalb der Despotien der überregionalen Märkte anerkennt.

Aus der Sozialgeschichte ist das Paradoxon wohl vertraut, daß der hier skizzierte Impetus erst dann aus den Massen heraus zum kollektiven Ausbruch kommt, wenn die ersten Phasen des staatsabsolutistischen Aufbaus von kapitalistischen Kathedralen der Macht schon durchlaufen sind. Die Entwicklung im Iran ist dafür exemplarisch. Bei allen territorialen Unterschieden läßt es sich auf alle anderen „Schwellenländer“ anwenden, auch auf die, die, wie beispielsweise die Türkei oder Brasilien, schon eine längere Periode staatlich gelenkter Entwicklungsbarbarei absolviert haben und im Verlauf der jetzigen Krise wieder einmal auf ihre Ausgangspunkte zurückgeworfen werden. Und das gilt auch für die Arbeitsmigranten, die in den metropolitanen Ghettos, den Arbeitslagern in Saudi-Arabien oder den Hochhäusern in Hongkong oder den Slums von Abidjan leben – auch sie sind aus der Tradition des Existenzrechts heraus direkt mit dem modernsten Ausbeutungszyklus konfrontiert, und ein beträchtlicher Teil von ihnen wird noch in der nächsten Zeit aus dem Arbeitsleben in das vorindustrielle Massenelend zurückgestoßen werden. Wie die Slumbewohner werden auch die Wanderarbeiter ihre vorkapitalistische Kultur nicht mehr im Verlauf von Generationen abstreifen, wie das in Europa der Fall gewesen ist, sondern sie werden die moralische Ökonomie als einziges Überlebensmittel erneuern und direkt gegen die Entwicklungsklaverei des modernen Kapitals einsetzen.

Nicht nur in Iran, sondern in den Slums der „Schwellenländer“ und in den Zonen der Arbeitsimmigration ist weltweit eine neue ‚Sansculotterie‘ entstanden, die nicht mehr durch Fortschritt und Entwicklung gezähmt werden kann wie im damaligen Europa. Die Inhalte der Massenarmut sind feindlich gegenüber dem westlichen und staatskapitalistischen „Fortschritt“, sie sind rückwärtsgewandt und zugleich revolutionär. Aber ihr revolutionärer Ausbruch ist durch Bomben und Massaker bedroht, wenn sich nicht in den Metropolen – aus der nachindustriellen Massenarmut – das antiimperialistische Gegenstück zu ihren sozialrevolutionären Bewegungen herausbildet.

1.4.2.

Die Auseinandersetzung mit den Kämpfen der osteuropäischen Massenarbeiter gegen die realexistierenden sozialistischen Machthaber zeigt die Notwendigkeit, eine vom Klassenstandpunkt her fundierte Abkehr vom Bolschewismus zu vollziehen.

In letzter Konsequenz war der Bolschewismus nur die Weiterentwicklung einer Tendenz, die schon im Marxismus angelegt war: die Unterklassen wurden auf ihre sozialökonomische Funktion als Mehrwertproduzenten festgelegt und reduziert, ihre gesellschaftliche und kulturelle Autonomie wurde negiert. Von da aus war es dem Bolschewismus leicht, den Unterklassen gegenüber noch einmal die Rolle einer elitär vereinheitlichten Entwicklungsbourgeoisie einzunehmen und die nachholende kapitalistische Entwicklung im „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu propagieren. Der Bolschewismus hat 1917/18

eine der chaotischsten Revolutionen der Geschichte unter seine Kontrolle bekommen. Er prägte ihr in den Jahren bis 1921 (Kriegskommunismus) eine Entwicklung auf, die bis in die 30er Jahre vom ungelösten Widerspruch zwischen den um eine dezentrale Erneuerung der Dorfgemeinde kämpfenden Bauern-Arbeitern und dem Anspruch der Bolschewiki geprägt blieb, als sozusagen letzte bürgerliche Klasse auf dem Staatsweg ein tayloristisch normiertes Proletariat der Massenproduktion hervorzubringen. So bleibt alles in allem das historische Bild eines Sozialprozesses, bei dem mehrere Revolutionen nebeneinander herliefen: die jacqueries der erneuerten Dorfgemeinde, der sozialrevolutionäre Kampf der mit ihr verbundenen Bauern-Arbeiter und die Machteroberung einer intellektuellen Elite, welche mittels ihrer ‚marxistisch-leninistischen‘ Ideologie ein Instrument entwickelt hatte, das es ihr ermöglichte, mit der tayloristisch modernisierten Staatsklaverei zeitweilig aus der ‚Arbeiterbewegung‘ heraus zu agieren. Heute steht unzweideutig fest, daß bei diesen antagonistischen Kämpfen mehrerer gleichzeitiger Revolutionen zunächst die jacquerie die Oberhand behielt (die NEP drückte eine partielle Anerkennung dieses Faktums aus). Das Blatt wendete sich erst 1929/30, als der in seine stalinistische Konsequenz weiterentwickelte Bolschewismus den Teilsieg der Dorfgemeinde mit dem Genozid der ‚Zwangskollektivierung‘ (zehn Millionen Opfer) liquidierte, von da aus die Renitenz der schmalen Bauern-Arbeiterklasse ihrer Basis beraubte und mit einer ungeheuren sozialtechnischen Anstrengung die taylorisierte Massenproduktion der 30er Jahre durchsetzte. (Bezüglich der 40er Jahre ist an den von Stalin Churchill gegenüber geäußerten Satz zu erinnern, der Krieg gegen die russischen Bauern sei mindestens genauso schrecklich gewesen wie der Naziüberfall auf die Sowjetunion.)

Seither ist die SU – und mit Abstrichen das von ihr im Gefolge des Zweiten Weltkriegs annektierte osteuropäische Vorfeld – das klassische Zentrum der Massenarbeit geblieben. Denn es wurde eine völlig nivellierte Klasse geschaffen, deren tayloristische Unterwerfung unter den Arbeitsprozeß nie von der despotischen Gewalttätigkeit der mechanisierten Großfabrik losgekommen ist, wie sie bis Ende der 60er Jahre auch im Westen noch vorherrschte. Das liegt einfach daran, daß die bolschewistische Staatsklaverei ein Programm vertrat, das sie zwang, den über mehrere Generationen verlaufenen proletarischen Konstituierungs- und Anpassungsprozeß des Westens in einer Generation zu durchlaufen und zu überspringen. Aller minimalen Möglichkeiten beraubt, innerhalb dieses Despotismus gewerkschaftsreformistisch zu agieren, konnte die osteuropäische Klasse über Jahrzehnte all jene Formen des Widerstands entwickeln und aufrechterhalten, auf die die spätkapitalistischen Regime des Westens seit Jahrzehnten mit Krisen- und Rationalisierungsantworten reagierten, über welche der unflexiblere und weniger akkumulierte Despotismus des Ostens bis heute nicht verfügt: der umfassenden Verweigerung der Arbeit in den landwirtschaftlichen Kombinat und den industriellen Zentren gleichermaßen. Insofern ist und bleibt die SU der schwächere Koloß der imperialistischen ‚Bipolarität‘, weil die seinen Mehrwert produzierenden Massen viel mehr Klasse für sich und Nichtwert sind als die Klassen des Westens. Und deshalb sind die polnischen Ereignisse der letzten zwei Jahre auch ein Indikator dafür, wie eine aus der kollektiven Verweigerung zur revolutionär-syndikalistischen Negation übergehende sowjetische Arbeiterklasse sich konstituieren könnte, wenn dem Spätstalinismus durch einen antiimperialistischen Durchbruch im Westen die äußere Legitimationsbasis entzogen wird. Der neue antiimperialistische Internationalismus wird also ein doppeltes Gesicht haben: er wird für den Rückzug der US-Besatzungsmacht und die Auflösung der NATO / Bundeswehr kämpfen. Das wird zur Folge haben, daß von Europa aus eine Bresche in die imperialistische Einkreisung der Sowjetunion geschlagen wird. Das aber wird die Vorbedingung sein, um die Sowjetunion zum Rückzug aus ihrem osteuropäischen Glacis zu zwingen. Für die Völker Europas wird damit der Weg zu einer revolutionären Blockfreiheit frei – einer Blockfreiheit wohlgermerkt ohne Nationalstaaten und damit auch ohne ‚deutsche Wiedervereinigung‘.

1.4.3.

Was heißt nun in diesem Zusammenhang nachindustrielle Massenarmut des Westens?

Im Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt erscheinen die Krise und die Neustrukturierung der Arbeit begründet in dem weltweiten Kampfzyklus Ende der 60er Jahre, in dessen Zentrum die Massenarbeiterkämpfe in den Metropolen standen. Die Vereinheitlichung der Massenarbeit war Voraussetzung gewesen für die Politisierung und Entfaltung dieser Kämpfe; daß in der Fabrik Lohnsteigerungen über den Produktivitätszuwachs hinaus erkämpft wurden, dem entsprach im gesellschaftlichen Bewußtsein eine weitgehende Verweigerung der Lohnarbeit als Maßstab der Bedürfnisbefriedigung: die Aneignung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und Einrichtungen wurde für Arbeiter und Arbeitslose, für Jugendliche und Studenten und – in immer stärkerem Maße – für Frauen zur Selbstverständlichkeit. Damit weiteten sich die Kämpfe auch territorial auf die Bereiche der Reproduktion und Ausbildung aus. All diese Einkommensforderungen schlugen sich in der Inflation der Staatshaushalte nieder, sie führten zur „Krise des Keynesianismus“, indem sie das Metropolenkapital zwangen, von der Ära der Massenarbeit, der Vollbeschäftigung und der Sozialleistungen Abschied zu nehmen und das bisherige ökonomische und rechtliche Verhältnis von Arbeit und Lohn umzuwälzen.

Die Krisenlösungsstrategien unterschieden sich in den verschiedenen europäischen Ländern anfangs voneinander. Die BRD als Immigrationsland verfügte schon seit den 60er Jahren über einen doppelten Arbeitsmarkt, dessen klassische Spaltungsfunktion mit den Revolten der ausländischen Arbeiter 1973 zusammenbrach. Zugleich festigten sich in den 70er Jahren zahllose Klein- und Mittelstandsbetriebe als abhängige Zulieferer für die Großfabriken, die einen Ansatz für eine neue Arbeitsmarktpolitik markierten. Vor allem aber gelang es in der BRD mittels sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Arbeiterpolitik, das Lohnniveau einzufrieren und zugleich Masseneinkommen über hohe Energiepreise abzuschöpfen, die Arbeitslosigkeit dosiert und schrittweise einzuführen und durch Staatsverschuldung die Folgen der Krise eine zeitlang abzumildern. Gleichzeitig konnte sich das BRD-Kapital durch technologische Spezialisierung und aggressiven Export von Investitionsgütern konkurrenzlos und mit überschüssiger Zahlungsbilanz innerhalb der neuen internationalen Arbeitsteilung einrichten. Die Klassenkämpfe gegen dies Modell Deutschland wurden von den neuen sozialen Teilbewegungen der 70er Jahre überlagert, wobei allein die Anti-AKW-Bewegung wirklich in der Lage gewesen ist, die laufende Neustrukturierung des Kapitals und der Arbeit zu beeinträchtigen.

In anderen europäischen Ländern (Italien, Frankreich, Großbritannien) ist das Kapital schon länger zu einer anderen Strategie übergegangen, die zunehmend auch für die BRD an Bedeutung gewinnt: zum Angriff auf die Arbeiterzentralität und zur sozialen Zersetzung der Klasse. Das Kapital gewinnt das Kommando über die Arbeitskraft zurück, indem es sich dezentralisiert („fabbrica diffusa“), die Arbeitsmärkte aufsplittet und die Beschäftigungsverhältnisse selbst extrem verunsichert – mit der Speerspitze der Massenarbeitslosigkeit. Die vereinheitlichte Front der Massenarbeiter wird zerstört, und unter dem Einsatz der neuen Technologien der Robotisierung und Informatik wird die Arbeiterklasse zu einer Manövriermasse für die Neuzusammensetzung durch das Kapital. Der Arbeitsmarkt wird in verschiedene Segmente aufgeteilt, entsprechend einer Kombination von hochentwickelter Großtechnologie mit Sektoren von mobiler Arbeitskraft und Niedriglohnarbeit, die weit über den traditionellen Sektor der Frauenarbeit hinausreicht. Die europäische Automobilindustrie liefert den Anschauungsunterricht dafür, wie die alten

Massenarbeiteravantgarden zerschlagen wurden und wie die Zersplitterung der Arbeitsmärkte dazu benutzt wurde, den Sprung zur Komplexautomation zu vollziehen, arbeitsintensive Fertigungsschritte in Klitschen zu verlagern und Komplexautomation und Massenarmut miteinander zu verschweißen.

Noch mehr als schon heute wird es daher in den kommenden Jahren um die Bereitstellung von Niedriglohn-Arbeitskraft für neue Formen der Ausbeutung und Verwertung gehen: in Kleinstbetrieben, Schwitzbuden, Kontraktarbeitsverhältnissen, in Alternativen usw. Ein von der Mehrwertproduktion unabhängiger oder „alternativer“ Sektor wird auch in den Metropolen nicht existieren. Vielmehr wird eine neue Ungleichzeitigkeit hergestellt zwischen der hochautomatisierten Großtechnologie einerseits und den unsicheren, schlecht entlohnten, arbeitsintensiven Sektoren andererseits. Das Bindeglied bildet die Politik des gespaltenen Arbeitsmarktes. – Um einen Kern garantierter Arbeit, die gebunden bleibt an die „Megatechnologie“ und die Komplexautomation, und deren Leistung und Beschäftigung hochentlohnt, gesichert und gewerkschaftlich geschützt bleibt, gruppieren sich zunehmend Randzonen von prekärer Beschäftigung für die schwächeren Anbieter auf dem Arbeitsmarkt: Jugendliche, Hausfrauen, legale und illegale Immigranten, ältere Arbeitskräfte. . . Dies sind die Zonen der Mobilität, der Jobberei und der ausgelagerten Fertigungsschritte: Zeitarbeit und Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Heimarbeit, Arbeit in Klitschen und Schwitzbuden, illegale Arbeit, Schwarzarbeit, Alternativen und Zwangsarbeit.

Aber auch die Arbeits- und Lebensbedingungen der „garantierten“ Arbeiter in den Großkombinaten ändern sich radikal. Auf Fabrikebene wird sich die neue Klassenzusammensetzung durch eine fortschreitende Polarisierung der bisherigen Hierarchien auszeichnen. Eines der entscheidenden Produkte der Krise der 70er Jahre wird in den 80ern ein qualitativer Sprung im tayloristischen Kommando über die Arbeiterklasse sein: die Klasse wird in vereinsamte Maschine-Mensch-Aggregate zersplittert, aus den neuralgischen Produktionspunkten überhaupt technologisch wegrationalisiert, durch Mikroelektronik, neue Handhabungssysteme und ein datenmäßig verfeinertes Überwachungssystem zu lähmen gesucht. Gleichzeitig ziehen sich die bisherigen Offiziere und Unteroffiziere der Produktion auf Kommandoposten zurück, der Antagonismus wird räumlich, technologisch und einkommensmäßig sichtbar und greifbarer als je zuvor.

Es ist klar, daß die Destabilisierung der Klasse und deren Zerlegung in unüberschaubare Mobilitätssegmente der Arbeitsmärkte metropolitane und internationale nur ein Durchgangsstadium zu dieser neuen Fabrikdespotie ist. Von einigen transnationalen Giganten aus rückt dieser Prozeß dank der technologisch gegebenen Möglichkeiten der gleichzeitigen Destabilisierung territorial vor. Er sucht sich jetzt endgültig das gesamte gesellschaftliche Leben zu erobern. Die neuen Sozial- und Überwachungstechniken des Staates arbeiten diesem Prozeß zu.

Eine Widerstandslinie in der neuen Hochburg des Spättaylorismus zu finden, ist unsagbar schwer, weil die bisherigen informellen wie politisch sichtbaren Formen des Arbeiterwiderstands absolut ausmanövriert sind. Es wird nötig, in ersten revolutionären Kernen neue Bedingungen der Subversion und der Destabilisierung zu erforschen und auszuprobieren. Um

die vom Kapital gesetzte Polarisierung der spättayloristischen Fabrikbelegschaften politisch zu antizipieren, d.h. um die neuen Schichten der Aggregatebediener zu gewinnen, sind vor allem Experimente mit adäquat veränderten Sabotage-techniken erforderlich.

Zweifellos wird zu Beginn der 80er Jahre in bezug auf die neue Klassenzusammensetzung in ihrer Gesamtheit die Orientierung an diesem spättayloristischen Fabrikproletariat keine oberste Priorität haben. Vorrangig wird die Eroberung des sozialen Terrains von der aktuellen Sozialrevolte der Zwangsarbeiter, Zwangssylieren, der Prekären / Jobber usw. sein. Aber von Anfang an muß dieser Prozeß der Vereinheitlichung von unten sich auch dem Ziel verpflichten, antagonistisch ins Herz der spättayloristischen Transnationalen vorzustoßen und die breite Masse der Aggregatebediener sozialrevolutionär zu erobern.

Was dem Automationsarbeiter bei der Arbeit an Autonomie genommen wird, das soll er sich an seiner Familie zurückholen. Derzeit wird an neuen sozialen Ersatzbefriedigungen für die zunehmende Entfremdung im Arbeitsprozeß gearbeitet. Hauptleidtragende sind in erster Linie die Frauen. Denn die Haupttendenz scheint dahin zu gehen, daß durch sozialpolitische und familienrechtliche Maßnahmen die Kernfamilie der Automationsarbeiter wieder stärker der Herrschaft der Patriarchen unterworfen wird. Die Frauen sind noch mehr Objekte der Ersatzbefriedigung. Aggression und offene Gewalt gegen Frauen nehmen zu und werden staatlich geschützt. Das Kapital nimmt Abschied von der Ära, in der es die Reproduktionskosten der Arbeitskraft weitgehend getragen hat, indem es den Forderungen nach Sozialleistungen nachgab und sogar die Reproduktionsarbeit — in Kinderkrippen, Tagesheimen, durch Sozialrenten und Kindergeld — teilweise bezahlt hat. Die staatliche Reproduktion der Arbeiterklasse ist am Ende, die Kosten haben die unbezahlten Hausfrauen in den Kleinfamilien zu tragen. Aber wenn das Kapital von der staatlich organisierten Aufzucht der Arbeiterklasse Abschied nimmt, braucht es auch neue Mittel, um die Zerbrochenen und die Aussteiger, die Kriminellen und die Armen zur Arbeit zu zwingen. Der außerökonomische Zwang zur Arbeit muß zunehmen. Gerade in Deutschland ist Arbeit immer auch ein soziales Verhältnis zwischen Kapital und Unterklassen und ein Verhältnis zum Staat gewesen; Arbeitsmotivation, Disziplin und Staatsloyalität waren stets gleichbedeutend. Je mehr die Arbeit als solche entwertet wird, desto mehr wird sie andererseits als staatlich-kapitalistisches Gewaltmittel aufgewertet. Arbeitstherapie und Zwangsarbeit stehen an erster Stelle bei der staatlichen Organisation der Arbeit. Alle Arten der Lagerhaltung möglicher Arbeitskraft, die Verbindung von Bestrafung, Internierung in Gefängnissen oder psychiatrischen Anstalten, sozialer Rehabilitation (z.B. Behinderter) oder Fürsorge mit Arbeitsverhältnissen und -auflagen, alle Arten der Arbeitsmotivation und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und nicht zuletzt die Alternativen übernehmen die Funktion, Arbeitskraft zwangsweise bereitzustellen außerhalb des Arbeit-Lohn-Verhältnisses. Es gibt einen fließenden Übergang von dieser Art Zwangsarbeitsverhältnissen zu den untersten Segmenten des „freien“ Arbeitsmarktes. Arbeit ist hier reines Element sozialer Kontrolle, und zwar nicht mehr durch hohe, sondern gerade durch niedrige Einkommen. Die Sozialpolitik jenseits des Wohlfahrtsstaates wird künftig wieder die Frage zu regeln versuchen, wieweit die Unterklassen zu verelenden sind, um sie zugleich doch noch in die untersten Arbeitsmarktabschnitte hineinzupressen — denn das Ziel bleibt die Einbeziehung aller Formen von Arbeit und Ausbeutung in den Mehrwertzyklus des Kapitals — vom „Welfarestate“ zum „Workfarestate“.

Aus alledem ist ganz klar, daß sich bei der Klassenzusammensetzung der 80er Jahre das Gewicht von den garantierten Arbeitsformen verschieben wird auf die Einkommens- und Ar-

beitslosen, auf nicht-garantierte Jobberschichten, auf die unteren Segmente in einem hierarchisch gegliederten Arbeitsmarkt. Skizzieren wir den aktuellen Zustand. Wir erleben gegenwärtig die Entwicklung einer völlig einkommenslosen subproletarischen Jugendszene mit, die in den großstädtischen und industriellen Zentren entsteht und ein immer wichtigeres Kontingent der Arbeitslosen stellt — inzwischen 40-60%. Diese Jugendlichen haben ihr „no future“ eindeutig klar gemacht: alle kurzfristigen „Berufsförderungsprogramme“ sind gescheitert, für sie gibt es keine Integration in den komplex-automatisierten Produktions- und Verwaltungssektor. Der Ausländeranteil unter diesen Jugendlichen ist hoch und nimmt trotz rigoroser Einwanderungssperren weiter zu. Es scheitern auch alle Versuche, diese Jugendszene durch sozialtechnische Initiativen aus der Alternativszene heraus anzubinden und die Ausländerassimilationsprogramme haben inzwischen nur noch repressive Züge. An der Sozialrevolte waren diese Jugendlichen aktiv beteiligt, vor allem in Zeiten der offenen Konfrontation: vor allem der Häuser- und Jugendzentrenkampf hat für sie Sammelpunkte geschaffen, von denen aus auch längerfristig sozialrevolutionäre Perspektiven entwickelt werden könnten. Erfolg oder Mißerfolg solcher Prozesse werden über den Ausgang der sozialen Kämpfe in den 80er Jahren überhaupt entscheidend sein, denn diese Jugendlichen sind der Drehpunkt zu allen Segmenten der aufkommenden Massenarmut, vor allem auch zu den Ausländer-Communities.

Ein weiterer Teil der Massenarmut sind die klassischen Deklassierten, die Knackis, „Asozialen“, Psychiatrisierten, Drogenabhängigen, Alkoholiker, Prostituierten, hinzu kommen die illegalen Einwanderer und die Asylanten in den neuen Lagern, und wir haben schon darauf verwiesen, daß mit der Einingung und weiteren Taylorisierung der garantierten Arbeit dieser Teil der Massenarmut immer schneller anschwellen wird. Und als mobile Verbindungsschicht in der neuen Massenarmut wirkt die Jobberszene der über 18jährigen. Sie stammt aus den unterschiedlichsten Klassen: Von älter gewordenen Punks bis zu ausgestiegenen Studenten sind alle vertreten. Hinsichtlich ihrer Armut und ihrer Arbeit haben sie sich immer mehr angeglichen: unqualifizierte Tätigkeiten, häufiger Arbeitsplatzwechsel bei niedrigen Löhnen, Zeiten intensiver Ausbeutung wechseln mit Zeiten der Nichtarbeit und mit Zeiten kurzfristiger militanter Aktivitäten. Auffällig ist, daß das Jobben immer weniger den Charakter eines Zuverdienstes für die Urlaubsreise oder zusätzlich zum Bafög hat, sondern daß immer mehr Leute sich mit dem Jobben als Existenzweise einrichten. Inzwischen ist ein wachsender Teil der Militanten in der Sozialrevolte zu Jobbern geworden — alle tun es, aber kaum einer redet darüber. Es ist dringlich, von hier aus sozialrevolutionäre Initiativen zu entwickeln.

Damit ist unser gegenwärtiges Dilemma benannt: wie läßt sich ein Zusammenhang zwischen den gespaltenen Arbeitsmärkten und der Sozialrevolte der 80er Jahre herstellen? Die nicht-garantierte Arbeit und Jobberei im weitesten Sinn enthält an sich kein vereinheitlichendes Moment, sondern sie ist Ausdruck eines zerstörerischen Organisationsprinzips des Kapitals selbst. Subjektivität läßt sich nur vom Kampf dagegen her beschreiben. Für die BRD gilt zudem, daß nach allen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts keine Entfaltung und Vereinheitlichung revolutionärer Subjektivität denkbar ist und kein organisierender Ansatz ausreicht, der allein aus dem kurzfristigen Zyklus von Revolte und Resignation, aus der lockeren Zusammenfügung der vorhandenen sozialen Teilbewegungen folgt oder der eine organisatorische Festigung ihrer Kerne zu erreichen versucht. Die soziale Zersetzung und Segmentierung scheint sich in den Typus der Revolte hinein fortzusetzen. Wir stehen inmitten einer Reihe von Auseinandersetzungen in Teilbereichen, aber diese Revolten erschöpfen sich in kurzfristigen Aktivitäten von Militanten, die kaum zur Kenntnis nehmen, daß sie selber, in ureigenster Person, Teil der neuen Massenarmut sind.

Die Subjekte und aktiven Träger der verschiedenen Teilbewegungen in der BRD sind mehr und mehr von Jobberei und unsicherer Arbeit geprägt, und es ist die entscheidende Frage, welche verallgemeinerbaren Inhalte, Verhaltensweisen und sozialen Forderungen sie künftig mit den metropolitanen Unterclassen verbinden. Dies gilt gerade auch für das Verhältnis zur Arbeit, zum Geld und Einkommen und in bezug auf die Arbeitsmärkte. Als der mobilsten Zwischenschicht des Kapitals kommt den Jobbern, zumal denen, die in der Tradition der Revolte gegen den Leistungsfanatismus stehen, eine besondere Bedeutung und Gegenmacht zu. Aber der Kampf gegen die Arbeit wird in den 80er Jahren mit Notwendigkeit umfassender sein und von den ‚politischen‘ auf die ‚sozialen‘ Jobberschichten übergreifen, auf das Proletariat der Leih- und Teilzeitarbeit, der Heimarbeit und Klitschen, auf die jugendlichen Arbeitslosen und die aus der Produktion Hinausgeworfenen, auf die Armen und Sozialhilfeempfänger.

Darin liegt die Hoffnung auf eine Erweiterung der Teilbewegungen und auf die Auflösung der Grenzen zwischen den Kernen der Revolte und den Massenkämpfen des modernen Proletariats und Subproletariats. Die Chance liegt in der radikalen Neuformulierung der „sozialen Frage“ von unten. Ausgehend von der nicht-garantierten Arbeit und der neuen Massenarmut ist ein weit größeres Terrain abzustecken als es dem bewußten Teil der Revolte bislang entspricht. Die Ungleichzeitigkeit der kapitalistischen Entwicklung, zwischen Komplexautomation und Massenarmut, die Spaltung der Arbeitsmärkte, die neue Despotie der unterbezahlten Arbeit muß angegriffen werden durch eine neue Subjektivität der Unterclassen. Ihr Kampf wird allerdings immer weniger organisierbar sein als Fabrik- oder Lohnkampf, vielmehr werden sich Formen des „rohen“ Syndikalismus zwangsläufig mit Maschinenstürmerei und Sabotage gegen den in der Technologie vergegenständlichten Arbeitsdespotismus und gegen die Despotie in den Klitschen, Schwitzbuden und Zeitleihfirmen verbinden. Und „Lohn“ wird nicht mehr ein mehr oder weniger gerechter Anteil am Arbeitsprodukt sein, sondern nur ein Teil unter anderen zur Sicherung des Einkommens, Teil der Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums im Territorium. Des weiteren wird es um all die Konfliktfelder zwischen Regime und Unterclassen gehen, in denen die Bedürfnisse der Unterclassen unmittelbar hervortreten (und nicht mehr durch reformistische Initiativen kanalisiert werden können) – um alle Bereiche des Einkommens außerhalb des direkten Lohns, der Wohnung, des Gesundheitswesens, der Sozialhilfe und anderer Sozialgelder, um Verbindungslinien zwischen assimilationsunwilliger Ausländercommunity, Knast, Psychiatrie und Behinderung, um parastaatlichen Drogenhandel und Prostitution...

Nur aus einem vielfältigen Ansatz unter Vorrang der „sozialen Frage“ in diesem Sinne kann aus der Massenarmut der Metropolen eine neue revolutionäre Subjektivität gewonnen werden. Mit der massenhaften Zunahme der Armut gewinnt das *Recht auf Existenz* – jenseits der Arbeit und außerhalb staatlicher Kontrolle – eine neue historische Aktualität. Die

Zerstörung des workfare-Systems der 80er Jahre wird notwendig kombiniert werden mit der Aneignung und Eroberung eines sozial garantierten Einkommens. Überall wird dieser Widerspruch virulent werden, wo das Recht auf Existenz in Anspruch genommen wird – nämlich in der Weigerung der Menschen, ihre Verausgabung als Arbeitskraft hinzunehmen, in den aggressiven Formen der Aneignung, die bei der Delinquenz und im Straßenkampf direkt mit der Staatsgewalt konfrontiert sind, und im Kampf um Sozialleistungen.

Aber noch erscheinen die Massenarmut und ihr Kampf ums Existenzrecht völlig zersplittert. Jeder subproletarische Stadtteil besteht aus Dutzenden von Ghettos, die – von den Häuser- und Straßenkämpfen abgesehen – kaum über innere Verbindungslinien verfügen. So müssen wir festhalten, wo die Gemeinsamkeiten der neuen Massenarmut liegen: in dem Herausgeworfensein aus der proletarischen Anpassungskultur der Leistungsgesellschaft des Spätnazismus, aus der Arbeitsmoral bis zur Selbstvernichtung, aus den beschränkten und erstarrten Strukturen der nur auf Fortpflanzung gerichteten Kleinfamilie, die in ihre Drei-Zimmer-Wohnung eingeschlossen ist. Die Einschränkung des Lebens auf Arbeits- und Fortpflanzungskraft beginnt im neuen Subproletariat zu explodieren, und zwar noch in den wenigsten Fällen aus bewußter Entscheidung, sondern meist als Folge sozialtechnischer Maßnahmen von oben und von Einschränkungen. Nur ganz vereinzelt gibt es bis heute Ansätze, um diesen Ausgrenzungsprozeß aus der Leistungsgesellschaft zum Ausgangspunkt neuer Kämpfe zu nehmen. Aber darauf kommt es entscheidend an.

Es kommt darauf an,

- die sozialtechnischen Vereinzelungsstrategien – einschließlich der neuen Arbeitsformen – gänzlich zu kappen und dem Regime die Möglichkeit zu nehmen, die neue Massenarmut zu „regulieren“, d.h. aufzusplintern und gegeneinander auszuspielen,
- die Folgen dieser Vereinzelung, nämlich Ohnmacht und Tendenzen zur individuellen Selbstvernichtung oder zum stadtteilinternen Ghettokrieg zu blockieren,
- übergreifende Verbindungspunkte zu schaffen, von denen aus sich selbstbestimmtes soziales Leben jenseits des Arbeits- und Fortpflanzungszwangs neu entfalten kann,
- und bei alledem das *Recht auf Existenz und Menschenwürde* jenseits der kapitalistischen Normen neu zu schaffen – und das heißt in erster Linie das sozialrevolutionäre Gewaltrecht der Eigentums- und Einkommenslosen.

Das ist, im Schnittpunkt zwischen Ost und Süd, unsere, die metropolitane Seite. Nur von hier aus können wir die Beziehungen zu den Klassenkämpfen außerhalb der Metropolen herstellen, nur von hier aus können wir einen Antiimperialismus begründen, der den Machthabern der Metropolen ihre Vernichtungsinstrumente gegenüber der Massenarmut in den drei Kontinenten aushöhlt und unbrauchbar macht und der es zugleich den Massenarbeitern des Ostens ermöglicht, aus der bolschewistisch modernisierten Staats- und Entwicklungsklaverei auszubrechen.

REIHE INTERNATIONALE KRITIK

HEINZ DIETERICH
US-STRATEGIE
IN ZENTRALAMERIKA

DER WEG IN DEN KRIEG

"DER WEG IN DEN KRIEG" – Destabilisierung & Counterinsurgency der USA in Centralamerika. Münsteraner Thesen. DM 9,60
"COUNTERINSURGENCY PLANNING GUIDE" (deutsch) – Direkt aus Fort Bragg (USA). Einsatzpläne in Lateinamerika. 100 S. DM 10,60
"ALTERNATIVER IRLANDREISEFÜHRER" – viele Tips & Adressen. DM 11,60
"10 JAHRE KRIEG IN NORDIRLAND" (INFO 15/16) 100 S. DM 8,00
"DIE KULISSENSCHIEBER" – Neue Quellen & Dokum. der US-Außenpolitik. Council on Foreign Relations & kompl. "who is who" der Trilateralen Kommission. 350 S. DM 24,90
"NATO-DOKU" – Unbekannte Texte zur Einsatzdoktrin taktischer Atomwaffen in Europa. Von Gray bis Ikle interne Texte. DM 9,80
"DAS GEHEIMDOKUMENT VON SANTA FE" – Eine interamerikanische Politik für die 80er Jahre. Erstmals in deutscher Sprache. DM 4,00
"UNSER LEBEN GEHÖRT DER MENSCHHEIT" – neue Texte von George Jackson. DM 8,60
"DIE KOMPLETTE GESCHICHTE DER I.R.A." – von Tim P. Coogan. 500 S., und viele Bilder. DM 20,60

WISK D 637 OBERURSEL 5 – PF 35 – PS-Kto. 406293 - 609 Frankfurt

Fatima statt Farah



Omol Bani
Erfahrungen
einer Frau in der
iranischen
Revolution

iva

WISSEN- SCHAFT KAPUTT

Herausgeber: Mai-Gruppe/Theoriefraktion
 Anschrift: C. Göstemeyer, Postfach 3112,
 4400 Münster
 Postscheckkonto: 1881 55-462 (Dtmd)
 (BLZ: 440 100 46)

Zur Einführung: Der Produktionsvorgang dieser
 Publikation
Michel van Nieuwstadt/Maarten van de Oever
 Das Gebiet Wissenschaft. Streifzüge im Grenzgebiet
 Wissenschaft und drumrum
Frans van den Oudenrijn
 Massenarbeiterkampf und Sozialdemokratisierung
 der Wissenschaft
Ahtrich Meyer
 Die Entwicklung der Wissenschaft von der
 Utopie zur Arbeit
Carlo Göstemeyer
 Sparkommissare gegen Intellektuelle.
 Helmut Schelskys Rundumschlag gegen
 Wissenschaft und Gesellschaft heute
Wolfgang Braunschädel/Jörg Hausmann
 Ruhr-Universität Bochum (Fotobericht)
Danielle und Jacques Rancière
 Die Legende der Philosophen. Die Intellektuellen
 und die Reise durch den Gauchismus
Jacques Rancière
 Portrait des alten Intellektuellen als
 eines jungen Dissidenten
Jacques Rancière
 Das Denken von anderswoher
Karl-Heinz Roth
 Der Untergang der Intelligenz: von der Verantwortung
 für andere zur sozialrevolutionären Moral
Sergio Bologna
 Der Stamm der Maulwürfe

Die Alternative Leben als Sabotage



Detlef
Hartmann
Zur Krise
der techno-
logischen
Gewalt

iva

